Reporter FORUM

Deutscher Reporterpreis 2020

Nominierungen in der Kategorie

Investigation

Inhaltsverzeichnis

Oliver Hollenstein, Robert Bongen, Niklas Schenck, Oliver Schröm, Caroline Walter: "Wie man sich einen Onkologen kauft" 1

Oliver Hollenstein, Manuel Daubenberger, Karsten Polke-Majewski, Christian Salewski, Oliver Schröm: "Der Bankier und seine Freunde in der Politik" 10

Jonas Breng, Julia Amberger: "Für ein paar Tausend Dollar…" 32

Jörg Diehl, Roman Lehberger, Fidelius Schmid: "Der König der Spione" 44

Steffen Lüdke, Giorgos Christides, Maximilian Popp, Teams von Forensic Architecture, Bellingcat, Lighthouse Reports: "Europa schießt scharf" 60

Sönke Iwersen, Marina Cveljo, Andrea Rexer, Hans-Peter Siebenhaar, Thomas Tuma, Isabelle Wermke: "Roland Bergers späte Reue" 69

Pascale Müller, Eugen Shakhovskoy (Pseudonym), Anna Schmidt (Pseudonym): "Die Unsichtbaren" 92

Nicolas Richter, Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter, Jörg Schmitt, Jan Willmroth und Nils Wischmeyer: "Unter Wölfen - Catch me if you can" 110

Sven Becker, Rafael Buschmann, Roman Höfner, Nicola Naber, Gerald Traufetter, Christoph Winterbach: "Geiler Typ" 162

Christoph Giesen, Lea Deuber, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Kai Strittmatter: "China Cables - Und weg bist du" 174

Wie man sich einen Onkologen kauft

Ein Hamburger Unternehmen soll deutschlandweit Krebsärzte bestochen haben, damit sie teure Infusionen bei ihm bestellen. Dabei nutzt es eine Gesetzeslücke.

Von Robert Bongen, Oliver Hollenstein, Niklas Schenck, Oliver Schröm und Caroline Walter, ZEIT ONLINE, 18.12.2019

Wenige Minuten vor neun Uhr biegt der Tross von Polizeitransportern in das Gewerbegebiet im Nordosten von Hamburg ein. Am Albert-Schweitzer-Ring 18 in Jenfeld bleiben die Fahrzeuge stehen, Dutzende Bereitschaftspolizisten marschieren in einer langen Reihe in das dortige Firmengebäude. Sechseinhalb Stunden später werden die Beamten aus diesem und dem Nachbargebäude Hunderte Kisten mit Beweismaterial in einen Lastwagen packen: Verträge, Abrechnungsunterlagen, kopierte E-Mail-Postfächer.

Es ist die größte Razzia, die in Hamburg je in einer Wirtschaftsstrafsache angeordnet wurde. 420 Polizisten schlagen am Dienstagmorgen gleichzeitig an 47 Orten zu. Arztpraxen werden durchsucht, fünf Apotheken, ein Krankenhaus, mehrere Firmensitze, Privathäuser, sogar Bankschließfächer werden geöffnet. Es geht um Bestechung. Im Mittelpunkt steht das Hamburger Unternehmen ZytoService. Der Marktführer bei der Herstellung von Infusionen für Krebstherapien soll in den vergangenen Jahren systematisch Ärzte bestochen haben. Eine Anfrage von ZEIT ONLINE zu den Vorwürfen beantwortete das Unternehmen nicht.

Es ist nicht der erste Verdacht von Korruption im Milliardenmarkt mit Krebsmitteln. Aber der Fall hat eine neue Dimension, weil es neben klassischer Bestechung um eine neue Methode geht: Statt Ärzte in geheimen Treffen Geld auf Nummernkonten im Ausland zu versprechen, werden die Mediziner ganz offen und auf den ersten Blick legal gekauft.

Mit dem Geld internationaler Investmentfonds hat ZytoService in den vergangenen Jahren in ganz Deutschland Onkologen ihre Praxen abgekauft und daraus Medizinische Versorgungszentren, kurz MVZ, gemacht. Eigentlich ist es verboten, dass Apotheker oder pharmazeutische Herstellbetriebe wie ZytoService sich an Arztpraxen beteiligen und damit die Nachfrage nach ihrem eigenen Produkt kontrollieren. Ärztliche Entscheidungen sollen sich am Wohl des Patienten ausrichten, nicht an finanziellen Interessen. Doch das Gesetz lässt ein Schlupfloch, das ZytoService sich für sein Geschäftsmodell zunutze gemacht haben soll.

Wer verstehen will, wie dieses Modell funktioniert, muss sich das komplizierte Geschäft mit dem Krebs anschauen. Monatelang haben ZEIT ONLINE und das NDR-Magazin *Panorama* zum Firmenkonstrukt von ZytoService recherchiert, mit skeptischen Ärzten und geprellten Apothekern gesprochen, finanzschwache Krankenhäuser besucht und Infusionen anschauen dürfen, die so viel kosten wie ein Mittelklasseauto. Den Anfang nimmt diese Geschichte vor mehr als 15 Jahren. Mit drei Apothekern, die mehr wollen.

Drei Apotheker erkennen das Geschäft mit dem Krebs

Im Jahr 2002 beschließen die drei Hamburger Apotheker Enno S., Thomas B. und Thomas H., damals alle um die 40 Jahre alt, enger zusammenzuarbeiten. Sie glauben, eine Marktlücke entdeckt zu haben. Die Herstellung von Infusionen zur Behandlung von Krebs könnte man, wie sie es nannten, professionalisieren. Statt in kleinen Laboren in der Apotheke sollen die Infusionen im quasi industriellen Maßstab im Großlabor produziert werden. Sie gründen die ZytoService GmbH, bekommen 2006 eine Zulassung als pharmazeutischer Hersteller und beginnen, im großen Stil auch für andere Apotheken zu produzieren.

Es ist eine zynische Erkenntnis für alle Kranken, aber das Geschäft mit dem Krebs ist gigantisch – bis heute ein Wachstumsmarkt. Knapp jeder zweite Deutsche erkrankt in seinem Leben irgendwann einmal an Krebs, haben Wissenschaftler des Robert Koch-Instituts in Berlin berechnet. 1,5 Millionen Krebskranke gibt es in Deutschland heute, jedes Jahr bekommt etwa eine halbe Million Menschen die Diagnose. Das sind fast doppelt so viele wie vor 40 Jahren. Und es werden noch mehr.

Die Wahrscheinlichkeit, an Krebs zu erkranken, steigt im Alter. Eine alternde Bevölkerung bekommt also häufiger Krebs.

Besonders viel Geld lässt sich mit den Infusionen gegen Krebs verdienen, dem Geschäftsfeld von ZytoService. Sieben Milliarden Euro geben die gesetzlichen Krankenkassen derzeit jedes Jahr für Krebsmedikamente aus – 3,8 Milliarden Euro davon bezahlen sie für Infusionen, die in speziellen Laboren für jeden Patienten individuell zubereitet werden.

Als die drei Hamburger Apotheker ZytoService Anfang des Jahrtausends gründen, liegt die Summe nicht einmal ein Drittel so hoch. In einem wachsenden Markt setzen sie damals auf Expansion – auch mithilfe von Investoren. 2008 beteiligt sich der Investmentfonds Capiton an ZytoService. Für 7,4 Millionen Euro wird in Hamburg ein großes Labor gebaut. Gleichzeitig beginnt das Unternehmen mit Lobbyarbeit. Mitinhaber Enno S. gründet den "Bundesverband der Rezeptur Herstellbetriebe", dessen Präsident er bis heute ist. Zwölf Mitglieder vertritt der Verband. Entsprechend skeptisch wird der Verband gesehen – vor allem von Apothekern.

Arzt und Apotheker – eine lukrative Verbindung

Der Markt für Krebsmedikamente ist speziell. Die individuell angefertigten Infusionen sind extrem teuer, für einen einzigen Patienten kosten sie oft mehrere Tausend, manchmal Zehntausende Euro. Im Gegensatz zu anderen Fachärzten müssen die Onkologen ihre Rezepte nicht an den Patienten aushändigen, sondern leiten sie direkt weiter an eine Apotheke mit einem speziellen Labor. Entsprechend lukrativ ist es für Apotheker, einen Arzt an sich zu binden.

Etwa 250 Apotheken mit solchen Speziallaboren gibt es heute in Deutschland, hinzu kommen jene Herstellbetriebe, die Enno S. als Lobbyist vertritt. Es gibt einen harten Konkurrenzkampf um Kunden, aber auch um politischen Einfluss und Gesetze. Enno S. wirbt für strengere Regeln, etwa bei Dokumentation und Sterilität, die Apotheker mit kleineren Laboren kaum einhalten können. Die Apotheker warnen dagegen, dass eine mehrere Hundert Kilometer lange Anfahrt aus einem Herstellbetrieb für die sehr empfindlichen und nicht lange haltbaren Infusionen zu

weit sein könnte. Seit Jahren gibt es darüber eine Debatte, der Nachweis allerdings ist äußerst schwierig zu führen.

Der kleine Verband der zwölf Hersteller verschafft sich viel Gehör. Enno S. tritt bei Anhörungen im Bundestag auf, schickt Stellungnahmen an Ministerien. Als 2014 ein Antikorruptionsgesetz verabschiedet werden soll, versorgt ZytoService über eine Anwaltskanzlei Bundestagsabgeordnete mit Argumenten gegen allzu scharfe Regelungen. Im Wahlkampf im August 2017 besucht der heutige Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) die Produktion von ZytoService in Jenfeld.

Das Unternehmen wächst in diesen Jahren rasant: Zwischen 2011 und 2017 hat sich der Absatz auf mehr als 400.000 Infusionen verdoppelt, der Umsatz auf etwa 240 Millionen Euro fast verdreifacht. 2016 steigt Capiton aus, der Investmentfonds IK Investment Partners übernimmt die Anteile. Es sind nun unter anderem Pensionsfonds von New Yorker Lehrern und öffentlichen Bediensteten in Manchester, die hoffen, dass ihr Geld bei ZytoService gemehrt wird.

In einem Newsletter an die Kunden schreibt der Fonds, man erwarte, dass der Marktanteil des neuen Investments in Hamburg "in den nächsten Jahren dramatisch steigen wird". Tatsächlich zeigt sich in den Geschäftsberichten von ZytoService, dass das Unternehmen enormes Potenzial hat. Die Produktion in Hamburg-Jenfeld war zuletzt bei Weitem nicht ausgelastet, zudem hat der Konzern drei weitere Standorte von einem Konkurrenten gekauft. ZytoService-Mitgründer Thomas B. wird im Newsletter an die Investoren zitiert: "Wir wollen den deutschen Onkologie-Markt wirklich verändern und mit IKs Unterstützung glauben wir, das zu können."

Mümmelmannsberg, eine Hochhaussiedlung im Osten von Hamburg. Knapp 18.000 Menschen leben hier auf gerade einmal 2,8 Quadratkilometern, 60 Prozent der Wohnungen sind Sozialwohnungen, fast jeder Vierte bekommt Hartz IV. Mitten drin in einem schmucklosen Flachbau liegen Arztpraxen, in den langen Fluren sitzen dicht gedrängt Patienten und warten. Im zweiten Stock befindet sich die SKH Stadtteilklinik. Vorn ein Schwesternzimmer, dahinter ein Flur mit einigen Patientenzimmern, alles etwas in die Jahre gekommen.

1990 hat die Klinik 82 Betten, versorgt mehr als 3.000 Patienten im Jahr vollstationär. Dann geht es bergab. 2012 sind es weniger als 1.000 Patienten, vor gut fünf Jahren kündigt der Vorbesitzer die Schließung des Krankenhauses aus finanziellen Gründen an. Als ZytoService die Klinik kauft, hat sie noch 15 Betten und keine Onkologie.

Hier in Mümmelmannsberg beginnt ZytoService seine geplante Revolution des Onkologiemarkts.

Schon wenige Monate nach der Übernahme beginnt die kleine Hamburger Klinik, in ganz Deutschland Medizinische Versorgungszentren zu gründen. Das erste ist in Hamburg-Lokstedt, es folgen weitere in Duisburg, Düsseldorf, Ulm, Mainz, München. Onkologen werden angesprochen, ob sie sich vorstellen könnten, ihren Kassensitz an das Unternehmen zu übertragen und künftig für ZytoService zu arbeiten. Bis heute hat das Krankenhaus 15 Medizinische Versorgungszentren gegründet.

Bis zu 30 MVZ sollen es in den nächsten Jahren werden, erklären die Verantwortlichen in dem Newsletter an die Investoren, ein integrierter Gesundheitskonzern wolle man werden, eine Marke im Onkologie-Markt. Dazu schafft der Konzern sogar eine neue Dachmarke: Alanta.

Eigentlich dürfen Apotheken und Herstellbetriebe wie ZytoService keine MVZ gründen, genauso wenig wie Finanzinvestoren. Mit dieser Regelung aus dem Jahr 2012 wollte der Gesetzgeber sicherstellen, dass die Eigentümer der Praxen am Patientenwohl und an der Gesundheit der Bevölkerung interessiert sind, nicht nur an wirtschaftlichen Interessen. Aber Krankenhäuser, das regelt das Gesetz explizit, dürfen MVZ kaufen. Und wer hinter einem Krankenhaus als Investor steht, prüft zunächst einmal niemand. Noch sieht es aus wie ein legales Geschäft, das ZytoService betreibt. Eines, das durch ein Schlupfloch im Gesetz möglich wird.

Eine ausgebootete Apothekerin

Ein Neubau am Rand einer deutschen Innenstadt, mehrere Hundert Kilometer vom Hamburg entfernt. Über ein Atrium führt der Weg zu einer modern eingerichteten Arztpraxis. Bis vor einiger Zeit war das hier eine normale onkologische Gemeinschaftspraxis. Dann erhielt der Schriftzug auf der Homepage eine winzige

Ergänzung: "MVZ GmbH" steht nun hinter dem Praxisnamen, auch an der Praxistür findet sich der Zusatz.

Die hier ansässigen Ärzte haben ihre Praxis verkauft, sie sind jetzt angestellt bei einer MVZ GmbH, die zum Konzerngeflecht um ZytoService gehört und deren Gewinne und Verluste direkt zur Konzernmutter nach Hamburg durchgereicht werden. Dieses MVZ hat, wie seine Schwesterfirmen, drei Geschäftsführer: Einer ist auch Geschäftsführer von ZytoService und der Holding Alanta, die anderen beiden sind Geschäftsführer der SKH Stadtteilklinik.

Für die meisten Patienten dürfte die Umwandlung der Praxis weitgehend unbemerkt vonstattengegangen sein. Umso stärker sind die Auswirkungen aber in einer Apotheke einen Kilometer Luftlinie entfernt zu bemerken.

Die Apothekerin, die nicht namentlich genannt werden möchte, führt durch eine Tür im hinteren Teil der Apotheke in das ehemalige Labor. Große Teile der Einrichtung fehlen bereits, einige medizinischen Geräte stehen ordentlich verpackt vor der Tür, die Typenschilder zeigen das Baujahr: 2015. Mehrere Hunderttausend Euro hat die Apothekerin vor wenigen Jahren hier investiert, um die Regeln für die Herstellung der empfindlichen Infusionen einhalten zu können. Aber jetzt muss sie alles abwickeln. Die Aufträge fehlen. Sieben von zehn Mitarbeitern musste sie kündigen.

Bis zur Übernahme der Praxis durch ZytoService haben diese Mitarbeiter die Infusionen für die Patienten der Praxis gemischt, nicht selten auf Zuruf. Stolz war man hier, wie in vielen anderen Städten, auf die enge Zusammenarbeit von Arztpraxis und Apotheke. Vor der Behandlung wurde der Patient in der Praxis eingehend untersucht, gewogen, das Blut analysiert. Auf Basis dieser aktuellen Werte wurden im Labor die Infusionen mit der tagesaktuell richtigen Dosis angefertigt und in die Praxis gebracht.

Von heute auf morgen keine Aufträge mehr

Das ist vorbei. Einen Monat vor dem Ende, sagt die Apothekerin, hätten ihr die Ärzte nach zwanzig Jahren die Zusammenarbeit gekündigt. Für andere Kollegen in anderen Städten war die Frist sogar noch kürzer. Einer erzählt, er habe drei Wochen

zuvor von dem Verkauf erfahren. Ein weiterer berichtet, die Praxis habe erst am Tag der letzten Lieferung Bescheid gesagt, dass er keine Aufträge mehr bekomme.

Und woher stammen die Infusionen jetzt? Kunden seien bei ihr gewesen, erzählt die Apothekerin, und hätten gefragt, wo denn die Antares-Apotheke sei. Die liegt in Hamburg, viele Hundert Kilometer von der Stadt entfernt. Unter dem Namen Antares-Apotheke haben Enno S., Thomas B. und Thomas H. vor zehn Jahren ihre drei Apotheken zusammengeführt. Von dort aus gehen die Verschreibungen direkt weiter zu ZytoService.

Die von ZytoService gegründeten Medizinischen Versorgungszentren bestellen ihre Medikamente über Antares bei ZytoService. ZEIT ONLINE und NDR *Panorama* liegt ein interner Bericht der Krankenkasse DAK vor. Sie hat das Firmengeflecht um ZytoService, die Klinik in Mümmelmannsberg und die MVZ geprüft und anschließend die eigenen Abrechnungsdaten analysiert. Ergebnis: Die Klinik in Mümmelmannsberg fungiere nur als Strohmann, habe keine eigenständige wirtschaftliche Kontrolle über die MVZ. Der Konzern könne das Verordnungsverhalten der MVZ kontrollieren und sämtliche Verordnungen der Schwesterfirma ZytoService zuleiten. Und er nutze diese Möglichkeiten.

Zum gleichen Ergebnis kommt auch die Hamburger Staatsanwaltschaft. ZytoService soll die Praxen nur gekauft haben unter der Bedingung, dass Ärzte ihre millionenschweren Medikamentenbestellungen an den Konzern geben. Aus dem auf den ersten Blick nicht eindeutig illegalen Kauf der Praxen wird so ein mutmaßlich illegales Geschäftsmodell: Der Konzern kauft sich die Nachfrage nach seinem eigenen Produkt. Die Staatsanwaltschaft wertet das als Bestechung – auch, weil die Ärzte neben einem guten Kaufpreis zusätzliche Vergünstigungen bekommen haben sollen.

Für Patienten ändert sich auf den ersten Blick wenig, wenn zwar der behandelte Arzt der gleiche bleibt, aber die Besitzverhältnisse der Praxis sich ändern. Doch bleibt die Behandlung unter anderem wirtschaftlichen Einfluss wirklich gleich?

Eine andere deutsche Stadt. Treffen mit einem Onkologen, der aus Angst vor Konsequenzen anonym bleiben möchte. ZytoService hat ihn anzuwerben versucht, mehrfach traf er sich mit zwei Vertretern der Firma, ließ sich die Konditionen

erläutern. Von Anfang an seien ihm die Männer dubios vorgekommen, sagt er. Am Ende lehnt er ab. "Der Patient spielt überhaupt gar keine Rolle. Der Patient soll kommen, damit man ihn abrechnen kann. Das ist nicht meine Medizin, die ich machen will."

Für viele Ärzte ist es attraktiv, die eigene Praxis an einen Investor zu verkaufen, der sie dann in ein Medizinisches Versorgungszentrum umwandelt. Investitionen für teure Geräte bedeuten ein großes unternehmerisches Risiko, viele Mediziner beklagen sich über immer mehr Bürokratie und hoffen auf Entlastung. Ärzte, besonders solche, die kurz vor der Altersgrenze stehen, berichten inzwischen, dass sie gezielt von Investoren angesprochen werden.

Der Deal ist einfach: Die Investoren bezahlen dem Arzt einen großzügigen Kaufpreis für seine Praxis, der überträgt im Gegenzug seinen Kassensitz an das neu gegründete MVZ und arbeitet als dessen Angestellter weiter. Nach drei Jahren geht der Sitz dauerhaft an das MVZ über, die Inhaber dürfen einen Nachfolger suchen. Das ist deutlich leichter als die klassische Nachfolgersuche – und vor allem für den Arzt weniger aufwendig, zumal die Investoren finanzkräftiger sind als ein potenzieller junger Nachfolger.

Der Anreiz, teure Medizin zu verschreiben

Auch für den Arzt, der am Ende abgelehnt hat, klingt das Angebot anfangs sehr attraktiv. ZytoService habe ihm einen hohen sechsstelligen Betrag für seine Praxis geboten, berichtet er. Ein verlockendes Angebot, mit dem er alle Schulden losgeworden wäre. Im Gegenzug hätte er allerdings wohl Mitarbeiter entlassen müssen. Die potenziellen neuen Chefs hätten gleich zu Beginn klar gemacht, dass die Personalkosten so niedrig wie möglich sein müssten, sagt er.

Das noch viel größere Problem ist für ihn allerdings ein anderer Vorschlag der potenziellen Investoren: Als Angestellter im neuen MVZ hätte der Arzt deutlich weniger verdient als heute. Er sollte nur dann mehr bekommen, wenn er den Umsatz des MVZ steigere. Je mehr Verschreibungen er für Antares und ZytoService generiert hätte, desto höher wäre sein Bonus ausgefallen. Dem Arzt erschien das unlauter. "Ich will mir nicht von irgendjemandem vorschreiben lassen, wie ich zu verordnen habe."

Es ist genau das, was viele Ärzte beunruhigt am Einstieg der Investoren – und was für den Patienten dramatische Folgen haben kann. Profitiert ein Arzt von den Medikamentenumsätzen, ist es für ihn lukrativ, möglichst viele Medikamente zu verschreiben – und möglichst teure Medikamente.

"Es liegt natürlich die Gefahr auf der Hand, dass der Arzt, um den Gewinn des Konzerns zu steigern, auch teure Medikamente einsetzt, die gar nicht medizinisch geboten sind", sagt Professor Wolf-Dieter Ludwig, Vorsitzender der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft und selbst Onkologe. "Nur über die Menge der verordneten Zytostatika oder Antikörper wird dann Profit in diesem Konstrukt erzielt." Ludwig glaubt, dass solche Geschäftsmodelle zwangsläufig den Patienten schaden.

Kein Transparenzregister für die Krebspraxen

Der Fall ZytoService dürfte die Diskussion um die Privatisierung der ambulanten Versorgung erneut anfachen. Seit Jahren ist bekannt, dass Investoren das Schlupfloch im Gesetz nutzen, finanzschwache Krankenhäuser kaufen und damit Medizinische Versorgungszentren gründen. Weil Investoren innerhalb von wenigen Jahren Anteile an Hunderten Zahnarztpraxen erwarben, schritt die Bundesregierung ein und erließ strengere Regeln, die meisten gelten aber nur für Zahnärzte.

Erst vor wenigen Wochen wurde das Thema zudem im Bundestag debattiert. Die Linke hat vorgeschlagen, ein Transparenzregister für MVZ einzuführen, nachdem die Bundesregierung eingeräumt hatte, keine Ahnung zu haben, wem die knapp 3.200 MVZ in Deutschland gehören. Der Vorschlag wurde abgelehnt.

Auch von anderer Seite gibt es immer wieder Vorschläge und Appelle. Der Bundesrat hat unter anderem vorgeschlagen, dass Krankenhäuser nur noch MVZ in ihrer Umgebung gründen dürfen und für Fachgebiete, die im Krankenhaus auch vorhanden sind. Und auch der Deutsche Ärztetag fordert in einem Beschluss strengere Regeln für Medizinische Versorgungszentren. Es müsse endlich sichergestellt werden, dass ärztliche Entscheidungen unabhängig von wirtschaftlichen Interessen getroffen werden.

Der Bankier und seine Freunde in der Politik

Die Warburg-Bank soll in der Cum-Ex-Affäre Millionen zurückzahlen. Es folgt ein Lehrstück über zu viel Nähe von Politikern und Wirtschaft. Auch Olaf Scholz tritt auf.

Von Manuel Daubenberger, Oliver Hollenstein, Karsten Polke-Majewski, Christian Salewski und Oliver Schröm, DIE ZEIT, 03.09.2020

Das Tagebuch des Christian Olearius besteht aus gebundenen Kladden, Hunderte Seiten insgesamt, die Blätter dicht beschrieben. 22 Bände haben Ermittler 2018 während einer Durchsuchung sichergestellt. Olearius ist heute 78 Jahre alt und Mitinhaber der größten deutschen Privatbank M.M.Warburg. Sein Tagebuch ist ein wichtiges Beweisstück in einem der größten Wirtschaftsskandale der Bundesrepublik. Es geht um wohl illegale Aktiendeals namens Cum-Ex, bei denen sich Olearius und seine Bank viele Millionen Euro an Steuern vom Staat erstatten ließen, die sie zuvor gar nicht gezahlt hatten, und um den Vorwurf der schweren Steuerhinterziehung gegen den Bankier. Warburg und Olearius bestreiten diese Vorwürfe. So weit zum strafrechtlichen Teil.

Olearius' Erinnerungen führen aber auch in eine Welt, die der Öffentlichkeit normalerweise verschlossen bleibt, in der hochwohlmögende Bankiers beste Verbindungen in die Politik pflegen, in der Emissäre hin- und herreisen und Deals auszuhandeln versuchen. Zu lesen ist vom leidenschaftlichen Engagement einiger SPD-Politiker für die Bank und von öffentlich nicht bekannten Begegnungen mit dem heutigen Vizekanzler und SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz, der damals Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg war. Schließlich ist von einer Finanzbeamtin die Rede, die den mutmaßlichen Steuersündern eine solch fürsorgliche Zuneigung angedeihen ließ, als liege ihr mehr am Wohl der Bank als am Gemeinwohl. Und wenn

auch vieles davon nicht strafrechtlich relevant sein mag, so stellt sich doch die Frage, was daran richtig ist und was falsch.

Seit fünf Jahren hat die ZEIT immer wieder über den Fall Warburg berichtet. Nun konnten Reporter von ZEIT und ARD -*Panorama*umfangreiche Passagen der Tagebücher von Christian Olearius einsehen, sie betreffen die entscheidenden Jahre 2016 bis 2018. Die handschriftlichen Notizen erlauben keine endgültigen Antworten. Sie sind ein subjektiver Bericht, teilweise schreibt der Bankier über Vorgänge und Gespräche, die er nicht selbst erlebt hat, sondern über die er sich von seinen Mitarbeitern berichten ließ. Die Fahnder der Staatsanwaltschaft Köln, die gegen Warburg ermitteln, messen den Tagebüchern dennoch hohen Beweiswert zu. Die ZEIT und *Panorama*haben in den vergangenen Monaten zudem Tausende Seiten an Ermittlungsakten, E-Mails, internen Vermerken und vertraulichen Berichten ausgewertet sowie Dutzende Gespräche mit Beteiligten geführt. Vieles von dem, was Olearius festhielt, lässt sich aus weiteren Quellen belegen, anderes bleibt offen: Haben Politik und Steuerverwaltung in Hamburg bewusst die Augen verschlossen vor den höchst zweifelhaften Geschäften, die Olearius und Warburg betrieben? Und welchen Einfluss hatten die Treffen zwischen dem Bankchef und den Politikern auf die lange Zeit sehr milden Entscheidungen der Hamburger Verwaltung?

Showdown in Berlin

Am 16. November 2017 eskaliert im Bundesfinanzministerium in Berlin ein Konflikt, der sich fast zwei Jahre lang aufgebaut hat. Acht Personen sitzen dort an jenem Donnerstag zusammen: Vertreter der Kölner Staatsanwaltschaft, der Steuerfahndung Düsseldorf, der Hamburger Finanzverwaltung und des Bundesfinanzministeriums. Die Steuerexperten des Bundes wollen ihre Hamburger Kollegen dazu bringen, 43 Millionen Euro für den Staat zu retten, die zuvor durch Cum-Ex verloren gingen. Das Geld hatte das Hamburger Finanzamt 2012 an Warburg ausgezahlt. Der entsprechende Steuerbescheid verjährt nach fünf Jahren, also in wenigen Wochen Ende 2017. Will man das Geld zurückbekommen, muss er vorher aufgehoben werden.

Die Fahnder aus NRW argumentieren, die Beweislast gegen Warburg sei erdrückend, so berichten es mehrere Teilnehmer der Sitzung. Seit fast zwei Jahren ermitteln die Staatsanwälte damals schon gegen die Bank, mehrere Tausend Seiten umfasst ihre Akte. Für sie scheint klar zu sein: Warburg hat sich Steuern erstatten lassen, die vorher niemals gezahlt wurden. Die Finanzbeamten des Bundes sehen es genauso. Das Treffen haben sie anberaumt, weil die Hamburger Finanzverwaltung im Jahr zuvor schon einmal 47 Millionen Euro an Cum-Ex-Erstattungen verjähren ließ, die an Warburg ausgezahlt worden waren. Das soll nicht noch einmal passieren.

Doch die Hamburger wehren sich. Besonders vehement tritt Svenja Pannhusen* auf. Im Hamburger Finanzamt für Großunternehmen ist sie unter anderem für Warburg zuständig. Bei Teilnehmern des Gesprächs erweckt sie den Eindruck, dass sie die Steuermillionen auf keinen Fall zurückfordern will. Die Hamburger bewerten den Fall juristisch anders und sorgen sich vor allem, dass die Bank wegen der Steuerrückzahlung in Notlage geraten könnte. Die Stimmung ist gereizt, berichteten mehrere Teilnehmer unabhängig voneinander. Schließlich sagt der verantwortliche Unterabteilungsleiter des Bundesfinanzministeriums noch einmal unmissverständlich: Der Steuerbescheid muss aufgehoben, das ausgezahlte Geld zurückgefordert werden. Pannhusen soll gefragt haben, was das denn bedeute. Daraufhin antwortet der Unterabteilungsleiter lapidar: "Das ist eine Weisung."

Das Bundesfinanzministerium greift direkt in ein konkretes Steuerverfahren ein. Das ist ein höchst außergewöhnlicher Vorgang. Wie konnte es so weit kommen und was wurde aus der Weisung?

Im Fokus der Ermittler

Die Privatbank M.M.Warburg ist seit 1798 eine der feinsten Adressen Hamburgs, sie verwaltet Milliarden für die Vermögenden der Stadt. Im Jahr 1986 holte der Familienerbe Max Warburg Christian Olearius in die Bank. Olearius wurde ein erfolgreicher Banker und ein gefragter Berater der Politik: Er verhandelte für die Stadt den Kauf von 40.000 Wohnungen aus dem gescheiterten Unternehmen Neue Heimat; er rettete das Hamburger Stahlwerk; er sammelte Spenden für die Elbphilharmonie und schmiedete ein Konsortium zur Rettung der Reederei Hapag-

Lloyd. Olearius galt als idealtypischer hanseatischer Unternehmer: wirtschaftlich erfolgreich, politisch und sozial engagiert.

Im größten Steuerskandal der deutschen Geschichte wird inzwischen gegen mehr als 100 Banken und 900 Personen ermittelt. An Cum-Ex verdienten viele Bankhäuser, die teilweise deutlich mehr Gewinn einstrichen als Warburg. Aber die Hamburger Privatbank rückte in den Fokus der Ermittlungen, weil zwei Aktienhändler, die im März 2020 im ersten Cum-Ex-Strafprozess vom Landgericht Bonn verurteilt wurden, ihre Geschäfte vor allem mit Warburg betrieben hatten. Das Gericht nannte die Deals illegal und verpflichtete Warburg, zu Unrecht kassierte Steuern von mehr als 170 Millionen Euro zurückzuzahlen. Olearius und einem weiteren Warburg-Manager stellte das Gericht ein vernichtendes Zeugnis aus: Es gehe um "vorsätzliches Handeln". Es sei auszuschließen, dass die Banker "auch nur entfernt davon ausgingen, am Aktien- oder am Derivatmarkt sei es möglich, risikolos und quasi unbegrenzt derartige Profite zu generieren", heißt es im Urteil. Vielmehr hätten sie "bewusst" damit geplant, dass sich mit Cum-Ex-Geschäften Steuerrückzahlungen kreieren ließen, ohne vorher Steuern zu zahlen. Warburg hat Revision eingelegt.

Im Juni 2020 erhob die Staatsanwaltschaft Köln Anklage gegen vier aktive und ehemalige Mitarbeiter der Warburg-Gruppe wegen schwerer Steuerhinterziehung. Im kommenden Jahr werden laut Informationen aus Ermittlerkreisen wohl auch Christian Olearius und Max Warburg angeklagt. Beide bestreiten die erhobenen Vorwürfe.

Es beginnt vor 13 Jahren

Anfang 2007 reist Hanno Berger nach Hamburg. Der ehemalige Finanzbeamte galt als cleverster Steuertrickser Deutschlands und war einer der Köpfe hinter der Cum-Ex-Masche, auch er muss sich wohl bald vor Gericht verantworten. Berger und Olearius haben sich ein Jahr zuvor kennengelernt, Warburg hat sich auf Rat von Berger an ersten Cum-Ex-Geschäften versucht. Bei dem Besuch in Hamburg, so erinnerte sich ein damaliger Begleiter vor Gericht, schlägt Berger Olearius vor, Cum-Ex in großem Umfang zu betreiben. Berger erklärt dem Bankier die Magie der Geschäfte: Dividendenstripping, Leerverkäufe, Steuererstattungen. Eine scheinbar geniale Idee, viel Geld zu machen. Olearius lässt sich darauf ein und investiert über

einen Fonds sogar privates Geld, behauptet aber bis heute, dass alle Geschäfte legal gewesen seien.

Zwischen 2007 und 2011 erzielt Warburg mit Cum-Ex Millioneneinnahmen. In jenen Jahren schüttelt die Finanzkrise die Bankenwelt durch, viele Banken nutzen steuergetriebene Aktiengeschäfte als sichere Einnahmequelle. Zwischen 2005 und 2011 entsteht dem deutschen Fiskus aus Cum-Ex-Geschäften nach Berechnungen des Steuerprofessors Christoph Spengel ein Gesamtschaden von mindestens 7,2 Milliarden Euro, andere Fachleute schätzen ihn noch viel höher. Auf Warburg entfallen keine fünf Prozent davon. Doch die Privatbank macht mit Cum-Ex nicht nur üppige Gewinne. Sie treibt es auch weiter als andere: Die Bundesbank stellt 2011 fest, dass Warburg künftige Gewinne aus Cum-Ex-Geschäften sogar zur Abdeckung von Risiken eingeplant hatte.

In Fachkreisen wird damals längst diskutiert, wie zweifelhaft diese Deals sind. Eine der ersten Einschätzungen veröffentlicht 2010 ausgerechnet ein Hamburger Steuerbeamter: Banken müssten im Zweifel beweisen, dass die Steuern, die sie zurückfordern, auch wirklich bezahlt wurden. Der Aufsatz kursiert bald unter Verantwortlichen von Warburg. Doch die anderen Hamburger Finanzbeamten hören nicht auf ihren Kollegen. Am 5. April 2011 erlässt das Hamburger Finanzamt für Großunternehmen einen Steuerbescheid für 2009. Der Staat erstattet der Bank danach 48 Millionen Euro. Die Staatsanwaltschaft wird der Bank später vorwerfen, dass 46,8 Millionen Euro davon unrechtmäßig erlangte Steuerrückzahlungen für Cum-Ex-Geschäfte sind.

Januar 2016: Durchsuchung bei Warburg

Knapp fünf Jahre, nachdem dieser Steuerbescheid ausgestellt worden ist, klingeln im Januar 2016 Ermittler aus Nordrhein-Westfalen bei Warburg zur Hausdurchsuchung. Christian Olearius und andere Verantwortliche hätten gewusst, dass sie sich jahrelang ungerechtfertigt Steuern in dreistelliger Millionenhöhe erstatten ließen, heißt es im Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Kölns. So seien "die Mitglieder der Leitungsebene eng in die Gespräche bzw. Planungen der Cum/Ex-Transaktionen eingebunden" gewesen. Sie hätten gewusst, dass es bei den Geschäften

darum ging, den Fiskus zu prellen. Das ist die Sicht der Ermittler. Olearius hingegen schreibt zum Tag der Durchsuchung in sein Tagebuch, er könne sich hinsichtlich der Beschuldigung keinen Reim machen.

Der Besuch der Fahnder hat Folgen. Die Bankenaufsicht BaFin fragt nach, wie hoch die Risiken für die Bank seien. Warburg steht damals unter Druck. Mehr als eine halbe Milliarde Euro an Schiffskrediten lasten auf den Bilanzen der Bank. Weil der Staat Investitionen in Schiffe steuerlich begünstigte, hatten deutsche Anleger in den Nullerjahren immer neue Schiffe finanziert – viel mehr, als gebraucht wurden. Nun fahren sie hohe Verluste ein.

Warburg gibt sich unbesorgt und beziffert die möglichen Verluste aus Cum-Ex-Rückzahlungen im schlimmsten Fall auf 7,4 Millionen Euro. Die Aufseher sind hingegen skeptisch. Mitte Februar 2016 beauftragt die BaFin die Wirtschaftsprüfer von KPMG mit einer sogenannten Schwerpunktprüfung: Sie sollen die Cum-Ex-Geschäfte von Warburg durchleuchten.

*Name geändert

Bevor sie ihren Bericht schreiben, versuchen die KPMG-Prüfer noch, Warburg einen Ausweg zu weisen. Sie empfehlen der Bank, so notiert es Olearius in seinem Tagebuch, Kontakt zur Finanzbehörde aufzunehmen und Zugeständnisse zu machen. Einige an Cum-Ex beteiligte Banken hatten sich frühzeitig mit den Behörden geeinigt und Geld zurückgezahlt. Ein Deal also. Olearius und seine Berater diskutieren darüber, entscheiden sich aber dagegen. KPMG will sich auf Nachfrage dazu nicht äußern.

Der Bericht von KPMG, der einige Wochen später fertig ist, fällt schmerzhaft für Warburg aus: Die Art der Geschäfte erscheint den Prüfern offenbar verdächtig. Die Bank müsse sich darauf einstellen, mehr als 90 Millionen Euro zurückzuzahlen. Den Verantwortlichen der BaFin erklären die Prüfer, alles hänge nun von der Entscheidung der Finanzverwaltung ab. Im Protokoll des Gesprächs zwischen den Prüfern und den Bankenaufsehern liest sich das so: Sollte das Finanzamt das Geld zurückfordern, sei dieser "gewaltige" Betrag innerhalb kurzer Frist zu zahlen und zu buchen. "In einem solchen Fall könnten die Eigenmittelgrundsätze von der Warburg Gruppe nicht mehr eingehalten werden." Die Warburg-Bank hätte also nach Einschätzung der Prüfer nicht

genug Geld gehabt, um die Forderung zu bedienen. Sie hätte in solch einer Situation die Unterstützung ihrer Eigentümer gebraucht. Weiter heißt es in dem Protokoll: "Die bisherigen Antworten der Warburg Bank zu dieser Situation seien eher nicht so gut gewesen ('Prinzip Hoffnung')."

Die Bankenaufsicht beauftragt daraufhin einen weiteren Wirtschaftsprüfer. Deloitte soll in einer Sonderprüfung die Risiken für Warburg genau klären.

Fast alles scheint in diesen ersten Jahreswochen 2016 gegen Christian Olearius und seine Bank zu laufen. Im Bundestag konstituiert sich ein Untersuchungsausschuss zu Cum-Ex. Und das Finanzgericht Hessen spricht ein wegweisendes Urteil: Wer eine Steuererstattung erlangen will, muss nachweisen, dass die Steuer zuvor gezahlt wurde. Deute etwas auf Steuerbetrug hin, etwa sehr hohe Renditen, sei die Bank in der Beweispflicht. Eigentlich eine Frage des gesunden Menschenverstandes. Aber in der Welt der Banken galten lange Zeit andere Regeln.

April 2016: Besuch aus dem Finanzamt

Die Zentrale von Warburg liegt nahe der Alster in bester Lage von Hamburg, ein Neorenaissance-Gebäude. Mitte April 2016 gehen dort weitere schlechte Nachrichten ein: Die Staatsanwaltschaft Köln informiert das Hamburger Finanzamt für Großunternehmen offiziell über ihre Ermittlungen gegen Warburg.

Die Hamburger Finanzbeamten wussten schon seit September 2014 von den zweifelhaften Geschäften der Bank. Am 5. Juni 2015 hatten die Beamten allerdings in einem Vermerk festgehalten, dass Warburg die Steuern zu Recht ausgezahlt worden seien (siehe Infokasten). Bis heute verteidigt sich Warburg mit diesem Vermerk gegen den Vorwurf, illegal gehandelt zu haben. Doch mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und dem Urteil aus Hessen ändert sich für die Hamburger Finanzbeamten nun die Sachlage, sie stellen Fragen an die Bank.

Am 12. Mai 2016 sucht Svenja Pannhusen, die für Banken zuständige Sachgebietsleiterin im Finanzamt für Großunternehmen, die später so vehement für Warburg streiten wird, das Gespräch mit der Bank. Sie hat die düstere Warnung von KPMG gelesen und will die Steuererstattungen zurückfordern, so geht es aus Protokollen der Bank hervor. Es gebe "keinen Nachweis", dass die

Kapitalertragssteuer auch wirklich erhoben wurde, sagt Pannhusen laut Protokoll. Die Forderung komme "wohl für die Bank nicht überraschend". Die Finanzbeamtin verweist auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und das Urteil aus Hessen. Eine weitere Frist will das Finanzamt der Bank nicht einräumen, weil "die Verjährung der Ansprüche des Finanzamtes unmittelbar bevorstehe". Das ist eine ebenso klare wie konsequente Position.

Bis zu diesem Zeitpunkt unterscheidet sich das Vorgehen des Hamburger Finanzamts nicht von dem anderer Ämter in Deutschland. Landauf, landab sind die Beamten mittlerweile äußerst aufmerksam, was Cum-Ex-Geschäfte und deren Verjährung angeht. Man will möglichst viele der zu Unrecht ausgezahlten Milliarden zurückbekommen und eine Verjährung unbedingt verhindern.

Olearius organisiert einen Verteidigungskampf

Für die Warburg-Bank könnte das einem finalen Stoß gleichkommen, schließlich geht es um mehr als 90 Millionen Euro, die die ohnehin angeschlagene Bank wohl kaum aufbringen könnte. Christian Olearius beginnt, einen leidenschaftlichen Verteidigungskampf zu organisieren. Zunächst beauftragt Warburg mehrere Anwaltskanzleien mit Gutachten und Untersuchungen. Sie attestieren der Bank, dass es keine Hinweise dafür gebe, dass eine Steuer doppelt erstattet worden sei – und falls es doch so gewesen sei, dass es ebenfalls kein Indiz gebe, dass die Warburg-Verantwortlichen davon gewusst hätten.

Mit diesen Argumenten wendet sich Warburg Ende Mai direkt an Svenja Pannhusen. Man habe sich immer an alle Gesetze gehalten, schreiben Olearius und der Familienerbe Max Warburg in einem Brief. "Für uns ist es nur schwer begreiflich, wie man aus einer ex-post-Betrachtung heute zu dem Ergebnis kommen soll, dass die durch M.M.Warburg & CO durchgeführten Aktientransaktionen nicht zulässig gewesen sein sollen." Dem Schreiben legen die Bankinhaber einen Vermerk der Wirtschaftskanzlei Linklaters bei. Darin attestieren die Juristen, dass es "keinen begründeten Zweifel" an der Steuererstattung gebe.

Nur wenige Tage später, am 2. Juni, berichtet Olearius in seinem Tagebuch, Pannhusen habe seinen Mitarbeitern gesagt, sie wolle Warburg recht geben.

Allerdings, so habe die Beamtin angedeutet, sei der politische Druck bei dieser Entscheidung gewaltig.

Die freundliche Frau Pannhusen

Von da an taucht Svenja Pannhusen, die anscheinend so plötzlich ihre Meinung änderte, wieder und wieder in Olearius' Tagebuch auf – auch wenn es zu einem persönlichen Gespräch zwischen den beiden offenbar nicht kommt. Entsprechend vorsichtig sind alle von Olearius festgehaltenen Aussagen von Pannhusen zu beurteilen. Möglicherweise hat sie Dinge anders gesagt, als es die Warburg-Leute an Olearius herangetragen haben, möglicherweise hat Olearius Dinge falsch verstanden oder verzerrt notiert. Die Frage wäre jedoch, wieso die Beamtin auf einmal umkippt und von nun an konsequent pro Warburg argumentiert.

Pannhusen äußerte sich auf Anfrage nicht zu den Vorfällen. Die Finanzbehörde verwies auf das Steuergeheimnis und erklärte, die Steuerverwaltung handele stets ausschließlich aufgrund von Recht und Gesetz.

Aus dem Tagebuch, weiteren Dokumenten und Aussagen von Zeugen ergibt sich das Bild einer Finanzbeamtin, die den potenziellen Steuersünder, den sie anfangs so scharf anging, plötzlich so eng betreut, wie es sich kaum ein Steuerzahler zu träumen wagt. Immer wieder soll Pannhusen Warburg-Verantwortliche persönlich über den Stand des Verfahrens unterrichtet haben. Mitte Juli 2016 notiert Olearius beispielsweise, Pannhusen habe mit seinem Mitarbeiter telefoniert und mitgeteilt, sie habe zwar einen Bescheid veranlasst. "Man würde aber nicht den Bestand der Bank gefährden wollen" **,**habe sie berichtet.

Olearius notiert dazu in seinem Tagebuch: "Der Fall hat politische Dimensionen." Es geht also längst nicht nur um die technische Frage, ob Steuern zu Unrecht erstattet wurden oder nicht. Sondern auch um Politik.

Hilfe aus der SPD

Für die politische Dimension hat Olearius selbst gesorgt, indem er bereits wenige Wochen nach der Durchsuchung einen alten Freund und Berater eingeschaltet hat. Alfons Pawelczyk ist ein Urgestein der Hamburger SPD. Er war Zweiter Bürgermeister der Hansestadt, anschließend Berater auch für Warburg, später hat er

mit Olearius Spenden für die Elbphilharmonie gesammelt. Pawelczyk wird für Olearius in der Krise zum wichtigen Ratgeber – und zum Verbindungsglied in die Politik. Im April 2016 notiert der Bankinhaber in seinem Tagebuch etwa: "Pawelczyk impft mir ein, nicht einzulenken, sondern standhaft und lässig unsere Ansprüche zu verteidigen, nicht zu früh einzuknicken."

Pawelczyk ist nicht der einzige Politiker, der sich in der SPD-Hochburg Hamburg zu engagieren beginnt. Von März 2016 an wird er zu den Begegnungen mit Olerarius oft von einem der damals mächtigsten Männer in der Hamburger SPD begleitet: Johannes Kahrs, Vorsitzender des Kreisverbands Hamburg-Mitte, Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags und haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Gemeinsam schlagen sie Olearius vor, Fragen zusammenzustellen, die zur Beantwortung ans Finanzministerium in Berlin weitergereicht werden sollen, notiert Olearius etwa im Mai 2016. Einige Wochen später verspricht Kahrs, Gespräche mit der Leitung der BaFin und dem Finanzministerium aufzunehmen, und stellt in Aussicht, eine drohende Anhörung von Olearius im Untersuchungsausschuss auszusetzen. Kahrs, der sich inzwischen aus der Politik zurückgezogen hat, will sich zu den Vorgängen ebenso wenig im Detail äußern wie Pawelczyk.

Nach Ansicht von Pawelczyk ist die Lage so ernst, dass es noch gewichtigere Fürsprecher braucht. Im Tagebuch schreibt Olearius unter dem 3. August 2016: "P(awelczyk) will, dass S(cholz) die Sache in die Hand nimmt." Mit Unterlagen ausgestattet besucht der Sozialdemokrat seinen Parteifreund und Bürgermeister. Einen Tag später notiert Olearius: "Am Donnerstag, den 4. August, berichtet H. Pawelczyk vom Gespräch mit H. Scholz. Der geht der Sache nach. Man hat gerühmt, dass die Bank für die Stadt vieles getan habe und wir ihr Beistand gegeben haben. Die Eilbedürftigkeit ist bekannt, es kann sich die Notwendigkeit ergeben, Sch(olz) im Urlaub aufzusuchen." Olaf Scholz antwortet auf Nachfrage, der Termin am 4. August 2016 sei in seinem Kalender vermerkt, er habe aber keine konkrete Erinnerung an das Gespräch.

Es bleibt unklar, wie genau die Begegnung zwischen Pawelczyk und Scholz verlief. Aber offenbar hat Olearius den Eindruck gewonnen, dass die Grenzen in der Angelegenheit so aufgeweicht sind, dass man den Bürgermeister sogar in dessen

Urlaub besuchen kann. Nachdem Pawelczyk die Tür geöffnet hat, steht als nächster Schritt ein persönliches Treffen zwischen Olearius und Scholz an.

In der Zwischenzeit gehen bei Warburg ausnahmsweise einmal gute Nachrichten ein: Ende August 2016 notiert Olearius, die Finanzbeamtin Svenja Pannhusen habe der Bank telefonisch mitgeteilt, sie habe entschieden, die Steuerbescheide nicht zurückzunehmen. Das heißt: Warburg muss die 47 Millionen Steuern aus 2016 nicht zurückzahlen und wahrscheinlich auch nicht die 43 Millionen aus 2017.

Das erste Treffen 2016

Am 7. September 2016 kommt es schließlich zum Gipfeltreffen. Christian Olearius und Max Warburg besuchen um 18.45 Uhr für anderthalb Stunden Bürgermeister Scholz, so geht es aus Olearius' Aufzeichnungen hervor. "Er lässt mich spüren, dass er frühere Treffen mit mir in Erinnerung behalten hat, hört aufmerksam unserer Schilderung zu und stellt kluge Fragen", hält Olearius fest. Neben den rechtlichen Aspekten rund um die Cum-Ex-Ermittlungen habe er den Bürgermeister auch auf die miserable wirtschaftliche Lage der Bank hingewiesen. "Wir bekommen nichts versprochen, erwarten, fordern das auch nicht. Jederzeit könnte ich mich melden, er erwarte das auch in dieser Angelegenheit." Einen Tag später wird Olearius dem Warburg-Aufsichtsrat von dem Treffen berichten, in dem Sitzungsprotokoll zu entnehmen.

In seinem Kalender sei für den 7. September 2016 ein solches Treffen vermerkt, bestätigt Olaf Scholz. Eine präzise Erinnerung an diese Begegnung und den konkreten Gesprächsverlauf habe er aber nicht mehr.

Folgt man Olearius' Schilderungen, dann hat er von Olaf Scholz bei diesem ersten Treffen keinerlei Versprechen erhalten. Aber er hat seine Sicht der Dinge jetzt ganz oben, beim Bürgermeister, und im zuständigen Finanzamt platziert. Mehr kann man nicht verlangen. Oder doch?

Ein Politikum

Dass Olearius' Strategie des direkten Zugangs zu Politikern notwendig ist, zeigt eine Nachricht von Svenja Pannhusen, der zuständigen Finanzbeamtin. Ende September 2016 teilt sie laut Olearius' Tagebuch mit, sie habe das Papier mit ihrer

Bewertung abgeschlossen. Fazit: Warburg habe lediglich fahrlässig gehandelt, sie sehe keinen Anlass, die Steuerbescheide zu widerrufen, so fasst es jedenfalls Olearius zusammen. "Da jetzt das Papier den Hierarchieweg überstehen müsste, empfiehlt sie, politischen Beistand einzuholen. Ich telefoniere mit H. Pawelczyk, der Scholz unterrichtet."

Wenige Tage später haben Verantwortliche der Bank wieder Kontakt zu Pannhusen. Olearius schreibt am 7. Oktober ins Tagebuch, die Finanzbeamtin habe mit ihren Vorgesetzten gesprochen; zudem habe sich die Staatsanwaltschaft gemeldet. Die Steuern müssten nun doch zurückgefordert werden. "Die Politik müsse entscheiden. Sie bedaure."

Spätestens jetzt ist der Fall tatsächlich ein Politikum geworden.

Was ist passiert? Wieso muss plötzlich die Politik entscheiden – ist das Finanzamt in seinem Umgang mit Steuerverfahren nicht unabhängig, wie es bis heute immer wieder vom Hamburger Senat betont wird?

Sicher ist, dass die Manager von Warburg nun etwas unternehmen müssen, wenn sie nicht sehr viel Geld verlieren wollen.

So bittet Christian Olearius abermals um einen Termin bei Olaf Scholz, der alte Sozialdemokrat und Bankberater Alfons Pawelczyk hat dazu geraten. Was dann passiert, gleicht einem Wirtschaftskrimi mit rasantem Drehbuch:

14. Oktober 2016: Olearius trifft sich mit Kahrs und Pawelczyk. Kahrs will mit Scholz sprechen, bevor das Treffen zwischen Olearius und Scholz ansteht, so notiert es Olearius in seinem Tagebuch. Dazu befragt kann sich Olaf Scholz an kein solches Gespräch mit Kahrs erinnern.

17. Oktober: Auf Drängen von Olearius ruft ein Warburg-Mitarbeiter bei der Finanzbeamtin Pannhusen an. Der Mitarbeiter verfasst danach ein Protokoll: Pannhusens Ausführungen lägen nun zur Prüfung in der Finanzbehörde, wie in Hamburg das Finanzministerium genannt wird. Ausführlich habe Pannhusen dem Warburg-Mitarbeiter demnach ihre Argumente erklärt und man habe gemeinsam erörtert, was man dagegen vorbringen kann. Pannhusen halte es angesichts der wirtschaftlichen Konsequenzen für wahrscheinlich, dass die Finanzbehörde die

Steuern doch nicht zurückfordert. "Die Finanzbehörde nimmt nach ihrer Aussage für sich immer in Anspruch, bei solchen komplexen Sachverhalten die bessere Sach- und Rechtskenntnis zu haben." Sie rate, noch keinen Kontakt zur Behörde aufzunehmen, sie melde sich, sobald sie das als angemessen erachte.

21. Oktober: Olearius beauftragt einen Berater, über das Wochenende ein Papier mit Argumenten für Scholz und Pannhusen zusammenzustellen.

25. Oktober: Olearius trifft sich wieder mit seinen Beratern Pawelczyk und Kahrs.

26. Oktober: Es kommt zum zweiten Spitzentreffen innerhalb von zwei Monaten zwischen dem Regierenden Bürgermeister Olaf Scholz, dem Warburg-Chef Christian Olearius und dem Bankerben Max Warburg. So steht es im Tagebuch. Die Bankiers drücken Scholz das von den Warburg-Beratern verfasste Argumentationspapier in die Hand. Olearius notiert: "Im Laufe des Mittwochs, 26. Oktober, ist das Schreiben fertig gestellt. Wir – M.W. und ich – übergeben es dem 1. Bürgermeister als Entwurf." In dem Papier argumentiert Warburg auf sieben Seiten, dass man sich immer an die Gesetze gehalten habe. Das Finanzamt solle bitte auch bedenken, dass eine Rückforderung die Existenz der Bank gefährden könne.

Auch dieses Treffen finde sich in seinem Kalender, bestätigt Scholz. Er könne nicht ausschließen, ein solches Papier gesehen oder ausgehändigt bekommen zu haben. Aus eigener Erinnerung könne er es aber auch nicht bestätigen, er habe keine aktive Erinnerung an die Begegnung.

Warum die beiden Bankiers Scholz das Papier übergeben, ist unklar. Wollten sie ihn beeinflussen? Hofften sie, der Bürgermeister würde sich in den Steuerfall einmischen? Und warum nimmt Scholz das Papier an, wenn die Politik keinen Einfluss auf das Finanzamt nehmen darf? Olearius schreibt über Scholz: "Er führt das Gespräch allein. Ich berichte über den zwischenzeitlichen Verlauf und unsere Einstellung. Er fragt, hört zu, äußert keine Meinung, lässt nichts durchblicken, was er denkt und ob und wie er zu handeln gedenkt. Ich verstehe das, will ihn auch nicht drängen und ihn in irgendeiner Weise kompromittieren."

27. Oktober: Warburg verschickt das Papier nun auch offiziell an Svenja Pannhusen im Finanzamt.

9. November: Olearius schreibt in sein Tagebuch, Olaf Scholz habe sich gemeldet: "H. Scholz ist pikiert ob des Sieges von Trump und dann: Schicken Sie das Schreiben ohne weitere Bemerkung an den Finanzsenator. Ich frage nichts, danke und lasse das Schreiben Tschentscher überbringen." Der Finanzsenator, das ist damals Peter Tschentscher, ist heute Scholz' Nachfolger als Bürgermeister.

In seinem Kalender sei unter diesem Datum ein Anruf vermerkt, teilt Scholz auf Nachfrage mit. Er habe jedoch keine konkrete Erinnerung an das Telefonat oder seinen Inhalt. Sollte es jedoch so gewesen sein, wie Olearius schreibt, spräche dies dafür, dass er Olearius mit dessen Anliegen an die dafür zuständige Behörde verwiesen habe, da er sich aus Steuerverfahren generell und auch in diesem Fall herausgehalten habe. Er hätte sich, so argumentiert Scholz, dann ausdrücklich nicht die Auffassung von Olearius zu eigen gemacht oder das Papier selbst an die zuständige Behörde weitergeleitet, "da dies allein aufgrund der Tatsache der Weiterleitung durch den Ersten Bürgermeister Anlass zu Interpretationen hätte geben können".

17. November: Verantwortliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzamts treffen sich mit Vertretern der Steuerverwaltung aus der Finanzbehörde von Senator Tschentscher. In juristischen Zweifelsfällen ist es üblich, dass die Finanzämter die übergeordnete Behörde hinzuziehen. Die Beamten einigen sich auf eine Lösung: trotz der Ermittlungen der Staatsanwälte, trotz der mittlerweile öffentlichen Debatte über Cum-Ex und trotz eines Untersuchungsausschusses beschließen sie, von Warburg keine Steuern zurückzuverlangen und die Forderungen verjähren zu lassen.

Was steckt hinter der Entscheidung?

Man wüsste gern, was die Beamten zu dieser Entscheidung gebracht hat. Doch die Finanzbehörde antwortete auf wiederholte schriftliche Nachfrage der ZEIT aus Gründen des Steuergeheimnisses nur allgemein: Wolle das Finanzamt eine belastende Maßnahme gegen einen Steuerpflichtigen treffen, müsse es von deren Rechtmäßigkeit

überzeugt sein. Außerdem müsse die Verwaltung die Kosten eines möglichen Rechtsstreits berücksichtigen. Die Behörde betont allerdings für den Fall Warburg: Politischen Einfluss aus der Behördenspitze habe es auf diese Entscheidung nicht gegeben.

Auch der damalige Finanzsenator und heutige Bürgermeister Tschentscher teilte mit, es habe keinen politischen Einfluss auf die Entscheidung der Finanzbeamten gegeben. Über Treffen des damaligen Bürgermeisters Scholz sei er nicht in Kenntnis gesetzt worden. An ihn gerichtete Schreiben von Steuerpflichtigen seien an die Steuerverwaltung weitergegeben worden. Er selbst habe nicht an Gesprächen zu Steuerverfahren teilgenommen und auch keine Bewertungen vorgenommen, das gelte auch für das Gespräch am 17. November 2016. Darüber sei er nicht informiert worden.

Christian Olearius dagegen erfährt die aus seiner Sicht frohe Kunde sehr schnell. Noch am Tag der Sitzung telefoniert einer seiner Mitarbeiter mit Pannhusen, schreibt Olearius über den 17. November 2016 in sein Tagebuch. Die Steuererstattung werde nicht widerrufen, man sehe keine neuen Tatsachen, habe die Beamtin seinen Mitarbeitern gesagt. Pannhusen empfehle, Ruhe zu bewahren. Ende 2016 seien alle Steuerfragen für das Jahr 2009 verjährt, das Risiko für die Bank halbiert. Denn dann, so lässt sich diese Passage verstehen, könnte das Finanzamt nur noch die für 2010 und 2011 erstattete Steuer zurückfordern. Folgt man Olearius' Schilderungen, dann tritt Pannhusen nicht wie eine Beamtin des Staates auf, sondern wie eine Steuerberaterin der Warburg-Bank. Und tatsächlich: Zum Jahreswechsel Ende 2016 verjähren 47 Millionen Euro.

Wäre der Fall der Privatbank Warburg eine Hamburger Affäre, dann wäre sie an dieser Stelle zu Ende. Aber Cum-Ex hat die hanseatischen Machtzirkel längst verlassen und ist zu einem Skandal von bundesweiter Bedeutung aufgestiegen, mit dem sich viele Behörden beschäftigen: die Kölner Staatsanwaltschaft, Wirtschaftsprüfer, die Finanzaufsicht, das Bundesfinanzministerium. Sie alle drängen auf Antworten von der Privatbank – und vom Hamburger Finanzamt.

Den Anfang machen im Januar 2017 die Wirtschaftsprüfer von PwC, die der Bank ihren Jahresabschluss bestätigen müssen. Sie fordern Sicherheiten, um die

möglicherweise anstehenden restlichen Cum-Ex-Rückzahlungen bewältigen zu können, hält Olearius in seinem Tagebuch fest. Auch die BaFin schaut skeptisch auf Warburg. Wegen der maroden Schiffskredite verlangt die Aufsicht ebenfalls zusätzliche Sicherheiten der Bank.

Zeitgleich meldet sich die Kölner Staatsanwaltschaft bei der für Warburg zuständigen Finanzbeamtin Svenja Pannhusen. Nach der Warburg-freundlichen Entscheidung der Hamburger Beamten sind die Warburg-Anwälte in Köln vorstellig geworden und haben auf die Verjährungsentscheidung des Hamburger Finanzamts hingewiesen. Wenn Warburg nichts zurückzahlen muss, wie könne dann der Vorgang strafrechtlich relevant sein?

Die Staatsanwaltschaft, die von der Hamburger Entscheidung bis dahin offenbar nichts wusste, ist konsterniert. Pannhusen erklärt, die Sachlage sei nicht so eindeutig gewesen, dass man das Geld habe zurückfordern können. So geht es aus einem Aktenvermerk vom 23. Januar 2017 hervor. Offensichtlich vertritt die Beamtin eine andere Rechtsauffassung als die Staatsanwaltschaft.

Eine besondere Art Botschafterin

Svenja Pannhusen tritt jetzt wie eine Art Botschafterin der Bank auf. Als das Finanzgericht Hessen in einem anderen Fall gegen einen Cum-Ex-Sünder entscheidet, spricht sie mit den Wirtschaftsprüfern von PwC, die sich mit Warburg beschäftigen, schreibt Olearius am 23. März. Frau Pannhusen habe klare Worte gefunden: "Keine neuen Erkenntnisse. Und auch das neue Urteil des FG Hessen sei nicht einschlägig."

Einige Wochen später spricht sie – wie Olearius notiert – abermals mit PwC. Die Wirtschaftsprüfer wollen das Testat, also die Bestätigung für den Jahresabschluss, verweigern, nachdem sie das fertige Gutachten der Sonderprüfer von Deloitte erhalten haben. In dem mehr als 1.000 Seiten umfassenden Bericht zeichnen die von der BaFin beauftragten Sonderprüfer ein erschütterndes Bild der Geschäfte Warburgs. Das Fazit: Warburg sei bei den Aktiengeschäften "unseres Erachtens nicht zur Anrechnung von Kapitalertragsteuer auf die Körperschaftsteuer/den Solidaritätszuschlag berechtigt" gewesen. "Die einzige für uns ersichtliche Motivation für die Durchführung der Transaktionen bestand in der Generierung eines Steuervorteils." PwC erwartet, dass

Warburg das Geld zahlen muss, und will, dass die Bank dafür Geld zurücklegt. Die Bank will das nicht. In einem Aufsichtsratsprotokoll von Warburg vom 12. Mai 2017 heißt es, trotz intensiver und emotional geführter Gespräche zwischen Vertretern von Warburg und PwC habe es keine Einigung gegeben.

Doch Svenja Pannhusen kann offenbar helfen: Am 9. Mai habe eine Telefonkonferenz mit Frau Pannhusen und PwC stattgefunden, heißt es im Aufsichtsratsprotokoll. "Als Ergebnis dieser zehnminütigen Telefonkonferenz hat der Abschlussprüfer festgehalten, dass die Aussagen dergestalt waren, dass es nun keinen Grund mehr gäbe, einen uneingeschränkten Testatsvermerk zu verweigern oder Haftungsübernahmen der Gesellschafter zu fordern." Pannhusen habe Mut bewiesen, attestiert Olearius ihr später im Tagebuch.

Bleibt noch die Staatsanwaltschaft. Der teilt Pannhusen mit, dass sie im fertigen Bericht von Deloitte keine Anhaltspunkte für eine Rückforderung der Steuern sehe. "Dieses Gutachten gäbe ihr nach vorläufiger Einschätzung derzeit keinen Anlass, die Steuerbescheide zu ändern", hält ein Staatsanwalt in einem Vermerk fest. Eine erstaunliche Einschätzung.

Juni 2017: die Spende

Im Juni 2017 empfängt Olearius wieder einmal Johannes Kahrs, den einflussreichen Hamburger Sozialdemokraten. Die Männer sprechen über den Untersuchungsausschuss im Bundestag, bei dem laut Kahrs wenig herausgekommen sei, wie Olearius hinterher notiert. Und sie überlegen, was für Konsequenzen nun angemessen sind. Kahrs scheint hier sehr konkrete Vorschläge zu haben. Olearius schreibt zum 14. Juni: "Ich sollte keine großen Wiedergutmachungsansprüche stellen, sondern vielleicht darüber nachdenken, dass ein Regierungsmitglied sich bei einem hiesigen Fest sich positiv über M.M. Warburg und mich auslässt." Und er ergänzt, da müsse einiges richtiggestellt werden.

Auch Kahrs hat ein Anliegen: Er sucht Geld. Ihm sei ein Spender abgesprungen, berichtet er Olearius während eines weiteren Treffens im September. "Ich gewähre die Hälfte", notiert der Bankinhaber am 7. September 2017. Nur vier Tage später, am 11. September, registriert die Hamburger SPD eine Spende über 13.000 Euro von einer

Firma, an der Olearius beteiligt ist. Weitere Firmen, an denen Olearius Anteile hält, spenden 2017 insgesamt 45.500 Euro an die SPD. Den größten Teil davon erhält der Kreisverband Mitte, dessen Vorsitzender Johannes Kahrs ist.

Mit dem Jahreswechsel Ende 2016 und der Verjährung der potenziellen Rückzahlung von rund 47 Cum-Ex-Millionen war die erste Halbzeit für Warburg gut ausgegangen. Aber da ist noch die zweite Halbzeit: dieses Jahr 2017, in dem die Rückzahlung von 43 Millionen Euro infrage steht. Darum geht es jetzt.

Herbst 2017: Nun droht doch die Rückzahlung

Wie Svenja Pannhusen die Lage sieht, ist kein Geheimnis mehr: Auf sie kann sich Warburg verlassen. Es seien keine neuen Sachverhalte mehr aufgetreten, sie wolle die Betriebsprüfung bald abschließen, das habe Pannhusen einem Warburg-Verantwortlichen am Telefon erklärt, notiert Olearius am 7. September.

Doch Anfang Oktober 2017 trifft ein unerfreuliches Schreiben der BaFin bei Warburg ein. Wegen der anhaltenden Schiffskrise brauche man abermals neue Absicherungen. Olearius berät sich mit Kahrs und Pawelczyk. "Ich soll mich ruhig stellen, keinen Terz machen" **,**habe Kahrs geraten, notiert Olearius. Pawelczyk dagegen empfehle, erneut Scholz einzuschalten. Er habe sogar schon eigenmächtig einen Termin für den 10. November vereinbart.

Wie ein Jahr zuvor geht es auch in diesem Herbst 2017 Schlag auf Schlag:

8. November 2017: Das Bundesfinanzministerium schaltet sich ein. Die Beamten dort stehen auf demselben Standpunkt wie die Staatsanwaltschaft Köln: Die Steuer wurde zu Unrecht erstattet. Sie fürchten, dass die Hamburger wie 2016 auch jetzt wieder viele Millionen verjähren lassen. In einem Brief an die Hamburger Finanzbehörde fordert der Bund Hamburg auf, die Verjährung zu stoppen. Für den Fall, dass die Rückforderung die Existenz von Warburg bedrohe, könne man die Zahlung ja notfalls aussetzen.

10. November: Der Brief aus Berlin geht in der Finanzbehörde in Hamburg ein. Es ist zufällig der Tag, an dem es zum nächsten, dem dritten Treffen zwischen dem Hamburger Bürgermeister Scholz und dem Warburg-Chef Olearius kommt. Der Banker schreibt dazu in seinem Tagebuch: "Ich meine, sein zurückhaltendes Verhalten

so auslegen zu können, dass wir uns keine Sorgen zu machen brauchen." Scholz hat eingeräumt, dass es dieses Treffen gegeben habe, betonte aber in einem Interview am 1. März 2020, dass sein Gesprächspartner "Vermutungen" darüber angestellt habe, was Scholz denke, dass er aber "keinerlei Aussagen zu diesem Thema" von ihm bekommen habe.

16. November: Im Finanzministerium findet das eingangs erwähnte Treffen statt, an dem Vertreter der Kölner Staatsanwaltschaft, der Steuerfahndung Düsseldorf, der Hamburger Finanzverwaltung und des Bundesfinanzministeriums teilnehmen. Ergebnis: Das Bundesfinanzministerium überstimmt die Hamburger und weist die Finanzbehörde klar und deutlich an, die 43 Millionen zurückzufordern.

1. Dezember: Nachdem Hamburg immer noch nicht gehandelt hat, schickt das Bundesfinanzministerium eine schriftliche Weisung. Nun reagiert die Hamburger Behörde.

Für Olearius ist das der "Negativ-Schlag", wie er schreibt. Am 4. Dezember 2017 notiert er, Frau Pannhusen habe "inoffiziell" angerufen: "Gegen den Willen Hamburgs wird das Bundesfinanzministerium eine Einzelanweisung erlassen, mit dem Inhalt, wir müssen für 2010 (und 2011?) zahlen." Am 13. Dezember übergibt Pannhusen den neuen Steuerbescheid persönlich einem Warburg-Verantwortlichen. Es müssen 43 Millionen Euro aus Cum-Ex an den Staat zurückfließen, inklusive Zinsen sogar 56 Millionen.

Am nächsten Tag wird Pannhusen noch einmal mit einem Verantwortlichen von Warburg sprechen. Glaubt man Olearius' Tagebuch, dann sagt Pannhusen in diesem Gespräch, dass die Argumentation für den geänderten Bescheid nicht haltbar sei, die Klagechancen für die Bank seien gut. "Die gesamte Finanzbehörde Hamburgs sei der Meinung, Warburg habe sich nichts zu Schulden kommen lassen" **,** notiert Olearius. Pannhusen habe berichtet, sie habe in einem Ministerium noch nie eine so aggressive Stimmung gegenüber einem Unternehmen gespürt wie in Berlin. Auch sie müsse jetzt erklären, warum sie die Vorjahre habe verjähren lassen. "Sie schäme sich. Das sei kein Rechtstaat."

Über den Verlauf des Telefonats gibt es nur Olearius' Eintrag, Svenja Pannhusen äußerte sich auf Nachfrage nicht dazu. Aber wenn Olearius das Telefonat korrekt wiedergibt, dann drängt sich eine schlichte Frage auf: Wessen Interessen vertritt die Beamtin eigentlich?

Christian Olearius, der lange Zeit weithin respektierte, von manchen bewunderte Patriarch, hat so gehandelt, wie er es immer tat: Er führte diskrete Gespräche mit den Einflussreichen und den politisch Verantwortlichen der Stadt, legte seine Argumente dar, organisierte Unterstützung. Damit war er jahrzehntelang erfolgreich.

Doch diese Methode war nun an ihre Grenzen gestoßen. Es ist ein Unterschied, ob man eine Hamburger Reederei retten will oder ob es um den Vorwurf der schweren Steuerhinterziehung geht. Und es ist ein Unterschied, ob man Probleme innerhalb der Stadtgrenzen von Hamburg lösen will oder man es zusätzlich mit der Bundesregierung in Berlin und den Staatsanwälten in Köln zu tun hat.

In Olearius' Tagebuch ist auf vielen Seiten die Empörung darüber spürbar, dass sich offenkundig der Rest der Republik gegen ihn verschworen habe. Er hält sich weiterhin für unschuldig. Auf Nachfrage teilte er mit, er habe keinen Einfluss auf die Politik oder die Verwaltung in Hamburg genommen. Es sei "zulässig und üblich, dass relevante Hamburger Unternehmen sich von Zeit zu Zeit mit dem Ersten Bürgermeister und/oder Mitgliedern des Senats über die unterschiedlichsten Themen austauschen". Gleiches gelte für Max Warburg, schrieb dessen Anwalt auf Nachfrage.

Eine Ausschusssitzung im Juni 2020

Es gibt in der Affäre Fragen, die bis heute ungeklärt sind: Warum warb die für Warburg zuständige Finanzbeamtin so einseitig für die Bank? Wie weit reichte die Rolle von Johannes Kahrs und Alfons Pawelczyk als Lobbyisten von Warburg? Welche Rolle spielte Olaf Scholz?

Der ehemalige Hamburger Bürgermeister ist heute Bundesfinanzminister – und tritt in Sachen Cum-Ex gern als Aufklärer auf. Er hat beispielsweise vorgeschlagen, die Frist der absoluten Verjährung von 20 auf 25 Jahre auszudehnen, um den Behörden mehr Zeit zu verschaffen, die komplexen Sachverhalte zu ermitteln.

Es gibt keine Belege, dass Scholz Grenzen überschritten und unzulässig zugunsten der Warburg-Bank eingegriffen hätte. Aber er und der Hamburger Senat flüchten sich bei Fragen nach den drei persönlichen Treffen mit dem Warburg-Manager Christian Olearius in eine Wolke aus Erinnerungslücken und Halbwahrheiten.

Am 1. Juli dieses Jahres erklärte Scholz den Bundestagsabgeordneten des Finanzausschusses in einer vertraulichen Sitzung, er sei mit dem Warburg-Vorgang nicht beschäftigt gewesen. Das ist angesichts der drei Treffen und des von Warburg übergebenen Argumentationspapiers schwer zu glauben.

Auf Nachfrage der ZEIT antwortete Olaf Scholz ebenfalls, er sei in seiner Zeit als Erster Bürgermeister Hamburgs nicht mit dem Steuerverfahren Warburg befasst gewesen, habe keine Akteneinsicht genommen und sich nicht in diese Angelegenheit eingeschaltet. Seine grundsätzliche Linie in Gesprächen, in denen ihm Steuersachen vorgetragen würden, bestehe darin, nichts zu seiner Einschätzung des Falls zu sagen und höchstens Nachfragen zu stellen. Eine Intervention in laufende Steuerverfahren komme nicht infrage. Er habe sich in den Gesprächen mit Olearius deshalb nicht näher verhalten und keine Zusagen oder eigene Einschätzungen in der Sache vorgenommen. Er habe auch keinen Kontakt zur Steuerverwaltung gesucht.

Die Abgeordneten fragten Scholz an jenem 1. Juli auch, ob er sich über das eine berichtete Zusammentreffen hinaus nochmals mit Olearius getroffen habe. Antwort Scholz: Hamburg sei klein, da laufe man sich schon einmal über den Weg.

Wie oft denn pro Jahr man sich über den Weg laufe?, rief daraufhin eine Abgeordnete fragend in den Saal.

Er sei Christian Olearius im Laufe seines Lebens mehrfach begegnet, sagte Scholz, zumeist bei größeren Veranstaltungen, beispielsweise in der Elbphilharmonie. Bei einem Jubiläum der Warburg-Bank habe er als Redner fungiert. Er erinnere sich auch, ab und zu mit Vertretern von Warburg geredet zu haben, wie im Übrigen auch mit Vertretern der Berenberg Bank oder der Hamburger Sparkasse Haspa. Dies sei ein normaler Vorgang. Es gebe aber keine regelmäßigen Treffen.

Die beiden weiteren persönlichen Treffen, über die Olearius in seinem Tagebuch schreibt, erwähnte Scholz mit keinem Wort.

Für ein paar Tausend Dollar bringt dieser Mann Afrikaner mit falschen Papieren nach Europa. In sein Geschäft verstrickt: Mitarbeiter der Vereinten Nationen

Ein Report über Korruption im UN-Flüchtlingshilfswerk

Von Julia Amberger und Jonas Breng, Stern, 09.01.2020

Wenn Edward an den Ort des Verbrechens geht, trägt er seine besten Sachen. Die blauen Sneakers und das gebügelte blaue Polohemd. Edward läuft durch den Eingang des Pearl Highway Hotels in Ugandas Hauptstadt Kampala. Mit großen Schritten schreitet er an der Rezeption vorbei. Vorbei an den Marmorschmetterlingen und dem Porträt des Präsidenten. Die Kellner nicken ihm zu. Edward kennt man hier. Obwohl eigentlich keiner wissen darf, was er hier tut.

In einem Innenhof lässt er sich auf einen der weißen Plastikstühle sinken und mustert die Gäste. Es ist ein kalter Novemberabend, und nur ein Liebespaar und drei junge Männer, die auf ihre Handys starren, sind da. „Wenn die Treffen hier stattfinden, dürfen mich nicht die falschen Leute sehen“, sagt Edward. Links neben ihm sitze immer der Kunde. Rechts der Verkäufer vom UNHCR. „Der Mensch vom UNHCR ist die wichtigste Person. Er sorgt dafür, dass die ganze Sache läuft“, sagt Edward und blickt sich erneut über die Schulter. Er wirkt nervös. Denn, was er berichtet, könnte Wellen schlagen. Nicht nur in Kampala. Sondern auch weit weg. In den USA oder Europa.

Der Grund dafür ist die Organisation, die laut Edward in seine Deals verwickelt ist: der UNHCR.

Der UNHCR ist das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Mit einem Budget von 7,8 Milliarden Euro und weltweit 17 000 Mitarbeitern hilft es überall, wo

Krieg und Elend herrschen. Die Organisation betreibt Flüchtlingslager, versorgt Verwundete, bietet Schutz. Seit 70 Jahren.

Für Edward aber ist der UNHCR vor allem interessant, weil er sich um das Thema „Resettlement“ kümmert – um die Umsiedlung von Flüchtlingen in die westliche Welt. „Resettlement“ ist für viele Menschen in Flüchtlingslagern die begehrteste Chance auf ein neues Leben. Es bedeutet, dass ein Flüchtling nicht in einem Schlauchboot über das Mittelmeer muss, sondern mit dem Flugzeug in die USA, nach Australien oder Europa geflogen wird. Ganz offiziell. Ohne zusätzlichen Asylantrag. Ohne Risiko. Reserviert ist das Verfahren für die Bedrohtesten und Schutzlosesten aus den Lagern. Jene, die um ihr Leben fürchten müssen.

Mitarbeiter des UNHCR entscheiden darüber, wer auf den Resettlement-Listen landet. Derzeit kommen auf 70,8 Millionen Flüchtlinge weltweit knapp 50 000 bis 60 000 solcher Umsiedlungen pro Jahr. Die Chance, einen der Plätze zu ergattern, liegt also unter 0,1 Prozent. Edward macht aus dieser Lotterie ein Geschäft. Denn bei ihm gewinnt, wer bezahlt.

„Wenn der Preis stimmt, kann ich als Broker dafür sorgen, dass jemand ganz oben auf der Liste landet. Wenn nötig mit einer falschen Identität oder einer neuen Biografie. Meine Geschäftspartner beim UNHCR machen das möglich“, sagt er.

Was Edward berichtet, beschädigt den Ruf des UNHCR: Denn er behauptet, dass beim Resettlement nicht Bedürftigkeit über den Schutz von Flüchtlingen entscheidet, sondern Geld. Dass nicht immer die Verwundbarsten umgesiedelt werden, sondern jene, die es sich leisten können.

Druck von allen Seiten

Innerhalb des vergangenen Dreivierteljahrs recherchierte der stern in sechs Ländern. Er interviewte aktuelle und ehemalige Mitarbeiter des UNHCR, sprach mit Flüchtlingen, Ermittlern und Whistleblowern. Dabei erhielten die Reporter Einblick in eine Welt aus Korruption und Einschüchterungen.

Edward hat lange gezögert, bevor er sich entschied, mit dem stern zu sprechen. Sein richtiger Name darf nicht genannt werden. Denn für einen Täter wie ihn ist es gefährlich, sein Geschäft offenzulegen. Vor allem, weil das Geldverdienen für andere

ja weitergeht. Doch Edward hat nichts mehr zu verlieren. In ein paar Wochen wird er Uganda verlassen und in Sicherheit sein. „Das System ist falsch. Ich will nicht, dass es für immer so weitergeht. Deshalb spreche ich“ , sagt er.

Auf der Terrasse des Hotels in Kampala beschreibt er, wie das Geschäft abläuft. Edward fungiere bei den Treffen als Vermittler. Er bringe Kunde und Verkäufer zusammen – einen Afrikaner mit genügend Geld und einen korrupten UNHCR -Mitarbeiter.

Zu Beginn des Treffens lade der Kunde erst einmal zum Essen ein. Meistens Hühnchen. Dann lege er einen Briefumschlag mit Geld auf den Tisch. Zurzeit seien es knapp 2500 Dollar. 2000 Dollar gingen an den UNHCR -Mitarbeiter, 500 Dollar nehme Edward für seine Vermittlung. Dann tauschten Käufer und Verkäufer Handynummern und Unterlagen aus. „Danach dauert es immer ein wenig. Aber spätestens nach sechs Monaten ist der Kunde im Westen“, sagt Edward.

Konfrontiert mit seinen Aussagen, heißt es beim UNHCR, dass man tatsächlich Hinweise auf Korruption im Resettlement-Programm in Uganda und Kenia erhalten habe. Diese Fälle würden begutachtet, und dort, wo ausreichende Informationen zur Verfügung stünden, werde ermittelt. „Die Integrität des Resettlement-Programmes hat oberste Priorität. Wir sind gut aufgestellt“, so die Pressesprecherin Cecile Pouilly.

Dass man beim UNHCR den Eindruck vermitteln will, alles unter Kontrolle zu haben, ist wenig verwunderlich. Denn der Druck, der auf der Organisation lastet, ist extrem. Auf der einen Seite gab es seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so viele Flüchtlinge wie heute. Auf der anderen Seite nimmt die Bereitschaft vieler Länder, Flüchtlinge aufzunehmen, immer weiter ab. In aller Welt hetzen rechte Populisten gegen Migranten. Erst im September reduzierte Donald Trump die Anzahl der Resettlement-Plätze für die USA von 30 000 auf 18 000. Der UNHCR ringt darum, die Aufnahmebereitschaft zu erhöhen – da kann er Aussagen wie die von Edward nicht gebrauchen.

Edwards Büro liegt im Westen von Kampala, im ersten Stock eines ockerfarbenen Gebäudes. Edward betreibt hier, gemeinsam mit einem Anwalt, eine Nichtregierungsorganisation, die vorgibt, Geflüchteten mit ihrem Papierkram zu

helfen. Doch auf den Straßen von Kampala hat sich rumgesprochen, dass die beiden Männer Flüchtlinge nach Norwegen, Schweden oder Dänemark bringen können.

Das Geschäft mit dem Resettlement floriert vor allem in Uganda und Kenia, denn die beiden Länder sind die wichtigsten Anlaufstellen für Flüchtlinge in Ostafrika. Hier stehen einige der größten Lager der Welt. Reiche Kongolesen zum Beispiel, sagt Edward, wüssten, dass sie den Umweg über Uganda nehmen müssten, wenn sie nach Europa oder in die USA umgesiedelt werden wollen. „Die verkaufen ihr gesamtes Hab und Gut, buchen einen Flug nach Kampala und schlagen hier dann mit zehn- oder zwanzigtausend Dollar bei einem Broker wie mir auf“, sagt er. Auf einem Blatt Papier zeichnet er auf, wie der Betrug weitergeht, wenn das Treffen im Pearl Highway Hotel stattgefunden hat.

Geklaute Identitäten

Die Aufgabe des UNHCR-Mitarbeiters besteht zunächst darin, ein passendes Land für seinen Kunden zu finden. Was nicht ganz einfach ist. Denn der UNHCR ist an die Wünsche der Aufnahmeländer gebunden. Deutschland zum Beispiel nahm 2019 nur Sudanesen, Somalier, Eritreer, Iraker und Syrer auf. Die meisten Länder haben weitere Kriterien. Sie wollen zum Beispiel zeitweise nur Waisenkinder, nur Vergewaltigungsopfer oder nur Menschen mit Herz-Kreislauf-Beschwerden. Diese Kriterien sind für Menschen außerhalb des UNHCR geheim und werden ständig geändert. So soll verhindert werden, dass jemand Biografien anpasst oder fälscht. Doch genau das passiere, sagt Edward, weil Mitarbeiter des UNHCR ja an dem Betrug beteiligt seien.

Kann der Kunde nämlich Krankheiten nachweisen, die ihn für ein bestimmtes Aufnahmeland qualifizieren, braucht der korrupte UNHCR -Kontaktmann ihn nur noch auf die Liste dieses Landes zu bringen. Passt das gesundheitliche Profil nicht, muss der UNHCR -Mitarbeiter die Krankheit erfinden. In Zusammenarbeit mit den besten Ärzten des Landes würden Atteste ausgestellt, sagt Edward. Manchmal sind es allerdings nicht Krankheiten, die erfunden werden, sondern Geschichten von Rebellengruppen, die hinter dem Kunden her seien. Dafür setzt man dann laut Edward auf hochrangige Polizisten, die das Ganze bescheinigen.

Zudem komme es immer wieder zu Identitätsklau, sagt Edward. In diesem Fall versorgt der UNHCR-Mitarbeiter den Kunden mit einem neuen Namen und Papieren, mit denen dieser in den Westen ausreisen kann. Der Flüchtling wiederum, der wirklich so heißt und dessen Identität und Fluchtgeschichte gestohlen wurden, muss im Lager zurückbleiben. Der stern sprach mit mehreren Menschen, die diese Vorwürfe erheben.

Als Reaktion auf die Recherchen verweist der UNHCR schriftlich auf eine Reihe von Maßnahmen, die zuletzt getroffen wurden, um Identitätsklau zu verhindern. „Wir haben ein neues biometrisches System in Uganda und Kenia eingeführt, das Fingerabdrücke, Netzhaut und Fotos der Flüchtlinge erfasst“, so eine Pressesprecherin. Betrug soll damit schwieriger werden. Das Verfahren gilt allerdings nur für neue Flüchtlinge. Wer früher als 2018 Asyl beantragte, ist weiter nur mit Passbild und Fallnummer in der UNHCR -Datenbank gespeichert.

Schwierige Vergangenheit

Der UNHCR hatte schon in der Vergangenheit mit Korruption im Resettlement zu kämpfen. 2001 wurden zum ersten Mal neun Personen, unter ihnen ein Deutscher, in Kenia verklagt, weil sie über Jahre Bestechungsgelder in Millionenhöhe kassiert hatten. 2017 sorgte ein ähnlicher Fall im kenianischen Kakuma für Schlagzeilen, wo fünf UNHCR -Mitarbeiter auf Kosten der Flüchtlinge Geld verdienten. Und zuletzt berichtete die Reporter-Website „The new Humanitarian“ im August 2019 über Korruptionsfälle im Sudan. Auch hier das Problem: Resettlement.

Stets sprach der UNHCR danach von Einzelfällen und gelobte Besserung. In Somalia, Kenia oder Uganda stehen deshalb seit einigen Jahren Beschwerdekästen in den Flüchtlingslagern, an denen man Korruption melden kam. Zudem wurde eine kostenlose Beschwerde-Hotline eingerichtet, und vor den Büros der Hilfsorganisationen stehen Plakate: „Jeder Service ist gratis“, „Null Toleranz für Betrug, Korruption und Schmiergelder“. Zudem wurde in Kampala auch eine Prüfstelle geschaffen, die ärztliche Atteste kontrolliert.

Die wichtigste Waffe gegen Korruption jedoch nennt sich IGO, das Inspector General’s Office. Es ist so etwas wie die interne Hauspolizei des UNHCR.

Dessen Chefin Karen Madeleine Farkas äußerst sich für gewöhnlich nicht gegenüber der Presse. „Doch es macht mich einfach traurig, wenn es heißt, wir würden versuchen, Dinge zu vertuschen. Alle beim UNHCR nehmen Fälle von Korruption unglaublich ernst“, sagt sie. Tatsächlich hat sich die Zahl der Inspektoren in den vergangenen fünf Jahren von 13 auf 26 verdoppelt. Außerdem setzt man beim UNHCR mittlerweile auf Profis. Waren es früher oft ehemalige Entwicklungshelfer, die für das IGO arbeiteten, werden heute nur noch erfahrene Ermittler mit kriminalistischer Ausbildung angeheuert.

Gegen 35 Mitarbeiter ergriff der UNHCR im Jahr 2018 „disziplinarische Maßnahmen“. 14 mehr als noch 2017.

Und auch die Zahl der Anzeigen, die beim IGO eingingen, hat sich von 2016 bis 2018 fast verdoppelt. „Natürlich würde ich mir bei 17 000 Mitarbeitern auch noch mehr Inspektoren wünschen. Aber jeder Dollar, den wir in Korruptionsbekämpfung investieren, fehlt in den Flüchtlingslagern. Der UNHCR ist jetzt schon unterfinanziert“, sagt Farkas.

Ein Mann, der das IGO kritisch sieht, ist wie Farkas Australier. Er heißt Frank Montil. „Das IGO ist für die Größe der Aufgabe nicht gut genug aufgestellt“, beklagt der Antikorruptionsexperte. Montil war zehn Jahre lang stellvertretender Direktor beim OIOS, einer übergeordneten UN-Ermittlungsbehörde. Nach dem ersten großen Korruptionsskandal 2001 in Kenia leitete Montil die Taskforce, die die Verbrechen beim UNHCR untersuchte.

Das IGO hat für ihn vor allem zwei Probleme. Erstens: Es gibt kein richtiges Zeugenschutzprogramm. Das halte viele Betroffene von Aussagen ab. Zweitens: die Kultur im UNHCR. Alle wollten das saubere Image schützen, damit keine Spenden verloren gingen. „Die tun einfach so, als könnte es bei den Guten keine Verbrechen geben“, sagt Montil. „Dabei gibt es sie.“

Der Mann in Göteborg

Manche Fälle landen dennoch vor Gericht. Wie der von Amissa A. Sie stammt aus Kinshasa, der Hauptstadt des Kongos, eine Frau mit kräftiger Stimme, die es gut hatte in ihrem alten Leben. Ihr Mann arbeitete als Geograf in einer Goldmine im Osten

des Landes – bis er 2015 von Soldaten getötet wurde. Die Soldaten überfielen auch Amissa A., vergewaltigten sie vor ihren Kindern und bedrohten sie mit dem Tod. Aus Angst floh sie mit ihren beiden Töchtern nach Uganda. Von einer Freundin wusste sie, dass eine Umsiedlung aus Kampala möglich ist.

Dort allerdings, sagt Amissa, sei sie betrogen worden. 900 Dollar habe sie einem Übersetzer vom UNHCR und seiner Komplizin, einer Mitarbeiterin einer Hilfsorganisation, für ihre Umsiedlung bezahlt. Doch als sie erfuhr, dass ein Resettlement eigentlich gratis sei, wollte sie das Geld zurück. Weil man ihr aber nur 200 Dollar zurückgab, zeigte sie die beiden an. Es kam zu einem Prozess vor dem Gericht in Mengo, einem Stadtviertel von Kampala.

Amissa A. sagt, dass kurz nach der ersten Verhandlung im April 2019 ihre 14 Jahre alter Tochter entführt worden sei. Später sei sie an einem Bahngleis ausgesetzt worden. „Sie wollten mich unter Druck setzen und zum Schweigen bringen." Nach drei Verhandlungstagen ließ Amissa die Klage fallen. Kurz nach dem Prozess, so erzählt es Amissa, sei sie von Mitarbeitern des UNHCR als Verräterin beschimpft worden. Mittlerweile wohnt sie mit ihren Töchtern in einem der übelsten Viertel Kampalas. Beinahe alles hat sie verloren.

Der Übersetzer dagegen, sagt Amissa, habe kurz nach dem Prozess überraschend nach Schweden gedurft. Als Notfall. Über das Resettlement-Programm.

Fragt man Edward nach dem Übersetzer, der hier Paul heißen soll, schüttelt er lachend den Kopf, als könne er es nicht fassen: „Der hat sich in Uganda als Broker die Taschen vollgemacht, und als er zum Problem wurde, hat ihn der UNHCR auch noch evakuiert. Gegen den bin ich eine kleine Nummer." Heute wohnt Paul M. in einer großzügigen Wohnung am Rand von Göteborg, wo er den stern empfängt. Von einem Betrug an Amissa A. will er nichts wissen. „Alles nur Behauptungen", sagt Paul. Er sitzt auf einer Ledercouch, vor der ein moderner Flachbildfernseher flimmert. Im Nebenzimmer spielt eine Haushälterin mit seinen beiden Söhnen. Laut Paul wurde er umgesiedelt, weil seine Frau, die in der Küche gerade das Essen vorbereitet, gesundheitliche Probleme hat. Die Frage, welche das seien, will er nicht beantworten.

Dass er überhaupt mit dem stern spricht, begründet er damit, dass auch er beim UNHCR Korruption vermute, an der er aber nicht beteiligt gewesen sei. In seiner Zeit als Übersetzer seien ständig Leute ins UNHCR -Büro gekommen, sagt Paul, die behaupteten, ihre Namen seien geklaut worden. Manche von ihnen lebten laut Datenbank längst in den USA oder Kanada. „Ihre Identitäten müssen an reiche Kongolesen oder Leute aus Uganda verkauft worden sein“, sagt Paul.

Gleiches berichtet auch Omari Elethere Kikombe, Vorsitzender der kongolesischen Flüchtlingsgemeinde in Dänemark. Der Arzt trifft häufig Kongolesen, die über das Resettlement nach Dänemark kommen. Manchmal komme es zu kuriosen Szenen. Denn auch wenn im Pass stehe, dass sie aus dem Kongo stammten, sprächen viele der Menschen gar kein Französisch, geschweige denn Swahili.

Angst vor der Kolonialmacht

Richtig ist allerdings auch, dass der UNHCR unter schweren Bedingungen arbeitet. In fast allen Ländern, in denen er hilft, ist Korruption verbreitet. Kenia und Uganda etwa stehen auf Platz 144 und 149 in der Korruptionstabelle von Transparency International. Wie kann sich der UNHCR also vor Korruption schützen? Abschottung ist keine Option. Er kann nur funktionieren, wenn er eng mit den jeweiligen Regierungen zusammenarbeitet und die Menschen vor Ort einbindet. Im Einsatzgebiet besteht das Team immer aus lokalen und internationalen Mitarbeitern. Würde man nur mit internationalen Kräften arbeiten, sähen die Menschen im UNHCR die Wiederkehr einer Kolonialmacht. Das heißt aber auch, dass die Probleme der Einsatzländer schnell die Probleme des UNHCR werden.

Am besten weiß das ein Mann aus dem Osten Kenias. Er sitzt im Garten eines Hotels in Garissa, nahe der somalischen Grenze. Wenn es um den UNHCR geht, ballen sich seine Hände zu Fäusten. Viele Jahre arbeitete er für den UNHCR im kenianischen Dadaab, einem der größten Flüchtlingslager der Welt. Er möchte anonym bleiben, weil er fürchtet, in der Entwicklungshilfe sonst keine Anstellung mehr zu finden. Aber er will reden.

„Das Kartell, das hier in Kenia mit Resettlement Geld macht, besteht im Prinzip nur aus lokalen Mitarbeitern“ , sagt er. „Es sind alles Kenianer, die auf unterer Ebene

effektiv zusammenarbeiten. Die Internationalen bekommen davon nichts mit.“ Frei von Schuld seien sie deshalb aber nicht. „Sie lassen sich manipulieren und schauen naiv weg. Es wirkt manchmal so, als wollten sie von den Sachen, die im Hintergrund passieren, nichts mitbekommen.“ Ein Problem sei auch, dass die Internationalen immer nur für einen begrenzten Zeitraum im Land stationiert seien. So könnten die lokalen Mitarbeiter leicht Netzwerke bilden, die für die internationalen Kräfte unsichtbar blieben.

Warum aber schaffen es die ehrlichen, lokalen Kollegen nicht, das Problem zu lösen? „Ein Job beim UNHCR ist das Beste, was einem hier passieren kann. Niemand will seine Privilegien riskieren, weil er jemanden anschwärzt.“ Er selbst habe es aber irgendwann nicht mehr ausgehalten und an das IGO geschrieben. Passiert sei daraufhin erst einmal nichts. Bis man ihn etwas später entlassen habe. „Ich habe mich mit den falschen Leuten angelegt. Deshalb wurde ich zunächst wie ein Aussätziger behandelt und anschließend systematisch rausgedrängt“, sagt er. Verantwortlich für seine Entlassung seien jene Kollegen gewesen, die in Dadaab am Resettlement verdienten. „Mein Fall zeigt, dass es beim UNHCR heikel ist, auf Korruption aufmerksam zu machen. Whistleblower leben gefährlich.“

Auf diesen konkreten Vorwurf erwidert eine Pressesprecherin des UNHCR: Natürlich nehme man den Schutz von Whistleblowern ernst und versuche das Beste, diesen zu gewährleisten. Doch die Hauptverantwortung für die Sicherheit der Menschen trage immer noch das Land, in dem der UNHCR operiere.

Edwards Abschied

In Kampala liegt das Hauptquartier des UNHCR hinter Stacheldraht und weiß lackierten Eisentoren. Die Frau, der der Vermittler Edward vorhält, mit ihm zusammenzuarbeiten, streicht sich selbstbewusst den Blazer glatt. Seit mehr als 20 Jahren arbeitet sie für den UNHCR und ist in Kampala eine Frau, zu der die Menschen aufblicken. Bis zu seiner Ausreise arbeitete auch Paul für sie. Als Übersetzer.

Sie spricht ruhig und gelassen, bis sie mit Edwards Vorwurf konfrontiert wird. Überrascht reißt sie die Augen auf und presst sich gegen die Lehne ihres Stuhls. „Broker?“, sagt sie. „Vor Kurzem habe ich Übersetzer trainiert, da habe ich dieses

Wort zum ersten Mal gehört.“ Sie gibt sich ahnungslos. Leidenschaftlich erzählt sie, was sie alles gegen Korruption tue. Dass sie jeden sofort rausschmeiße, der Geld von benachteiligten Menschen annehme.

Aus Genf klingt das ganz ähnlich. Als Antwort auf die Korruptionsvorwürfe verweist man dort auf den Verhaltenskodex, den alle UNHCR -Mitarbeiter und Angestellte von Partnerorganisationen unterschreiben müssten. „Wir haben eine Null-Toleranz-Politik gegen alle Formen von Korruption. Der ‚code of conduct‘ spezifiziert, dass niemand seine Position gegenüber Schutzbefohlenen missbrauchen darf, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen“, sagt die Sprecherin.

Schon wenige Tage nach dem Besuch im UNHCR tut sich etwas in Kampala. Ein Aktivist, der seit vielen Jahren auf das Problem aufmerksam macht, erhält einen Anruf von der Organisation. Er soll ab sofort helfen, Vermittler und korrupte Mitarbeiter des UNHCR zu identifizieren. Und eine Frau, die tagelang vor dem UNHCR gegen den Betrug an ihrem Onkel demonstrierte, hat endlich einen Termin. Bei der Resettlement-Chefin persönlich.

Für Edward spielt das alles keine Rolle mehr. Er steigt im Dezember 2019 in ein Flugzeug und fliegt in sein neues Leben. Zu seiner Frau in die USA. Dem UNHCR sei Dank.

Was ist Resettlement?

Das sogenannte Resettlement-Programm bezeichnet die Umsiedlung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen in Länder der Ersten Welt. Es existiert seit den 80er Jahren. 2018 gab es 55 676 Plätze in 27 Aufnahmeländern. Organisiert wird es durch den UNHCR, den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen

CASSILBE M., Mutter von drei Kindern

„Mein Mann hat sich mit der Regierung in Ruanda angelegt, die ihn seitdem verfolgt. Weil er sich im Untergrund in Uganda verstecken muss, schlage ich mich allein mit meinen drei Kindern durch. Vor zwei Jahren habe ich beim UNHCR alle

nötigen Dokumente für ein Resettlement abgegeben. Als ich vor einiger Zeit fragte, was aus dem Antrag geworden ist, erfuhr ich, dass meine Familie und ich längst in den USA leben müssten. Jemand hat unsere Identitäten geklaut."

OMARI ELTHERE KIKOMBE, Arzt

„Ich bin Vorsitzender der kongolesischen Gemeinde in Dänemark und habe selbst Geld bezahlt, um meine Schwestern nach Europa zu holen. Das war ein Fehler. Denn es war vergebens. Ich wurde betrogen. Natürlich weiß ich, wie das Geschäft mit dem Resettlement funktioniert. Als Arzt in Dänemark werde ich hin und wieder ins Krankenhaus gerufen, wenn kongolesische Patienten ankommen. Ich soll übersetzen. Vor Ort muss ich dann aber oft feststellen, dass die Leute aus Uganda oder Ruanda stammen. Auch wenn in ihren Pässen etwas anderes steht."

JUDITH M., Kioskbesitzerin

„Mein Onkel ist schwer krank. Wir haben deshalb vor ungefähr einem Jahr voM UNHCR erfahren, dass wir umgesiedelt werden sollen. Doch statt meines Onkels stieg vor ein paar Monaten ein anderer Mann ins Flugzeug. Er nahm sich den Platz, der eigentlich für ihn reserviert war. Mein Onkel ist zu schwach, um sich dagegen zu wehren, deshalb habe ich vor dem Hauptgebäude des UNHCR in Kampala demonstriert. Seitdem werden wir von Mitarbeitern des UNHCR eingeschüchtert und bedroht."

GRATIEN N., Übersetzer

„Ich habe als Übersetzer in Flüchtlingslagern gearbeitet. Dort habe ich erfahren, wie sich Mitarbeiter des UNHCR am Resettlement bereichern. Um die Fälle zu dokumentieren, habe ich einen Bericht verfasst, den ich dem UNHCR übergeben habe. Es wurden Ermittlungen aufgenommen. Doch nach einem Jahr hat man sie wieder eingestellt. Ohne Erfolg. Seitdem hageln nachts Steine auf mein Dach. Einmal wurde

meine Tür ramponiert. Ich fühle mich nirgendwo mehr sicher, ziehe alle paar Monate um.“

Der König der Spione

Terrorismus Fast 20 Jahre lang jagte Murat Cem als V-Mann Verbrecher, bis er an seinem letzten Fall zerbrach: Den Berliner Attentäter Anis Amri konnte er nicht aufhalten. Hier erzählt »VP01« erstmals seine Geschichte.

Von Jörg Diehl, Roman Lehberger und Fidelius Schmid, DER SPIEGEL, 07.03.2020

Murat Cem saß am Vormittag des 21. Dezember 2016 in seinem Wohnzimmer und sah fern. Zwei Tage zuvor hatte ein Mann einen Lastwagen in die Menschenmenge auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz gelenkt, elf Menschen totgefahren, Dutzende verletzt und den polnischen Fahrer erschossen. In den Nachrichten hieß es nun, der unbekannte Täter sei auf der Flucht.

»Ja, hallo?«

In fast 20 Jahren Arbeit für die Polizei hatte Murat Cem sich abgewöhnt, seinen Namen am Telefon zu nennen. Er fürchtete, sich sonst zu verraten.

Am anderen Ende war ein Polizist, der ihn lange kannte. Er sagte diesen einen Satz: »Es war Anis Amri.«

Cem hatte in diesem Moment Schwierigkeiten zu atmen, die Tränen stiegen ihm in die Augen, so schildert er es heute. Der Beamte sagte, Amri sei auf der Flucht, jeder Hinweis könne helfen, ihn zu fassen. Cem stammelte: Frankreich vielleicht, Italien. Er glaube nicht, dass Amri sich festnehmen lasse. »Ich denke, dass der sich eher erschießen lässt, als dass er in Haft kommt.« Er erinnerte daran, wie gefährlich Amri sei. Dann legten die beiden auf.

Als bald darauf Amris Bild im Fernsehen auftauchte, befiel Cem eine tiefe Traurigkeit. Manchmal sucht sie ihn noch heute heim.

Murat Cem kannte Anis Amri besser als jeder Polizist. Er kannte ihn wahrscheinlich besser als die meisten Gesinnungsgenossen des Islamisten. »Es gab Tage«, sagt Cem, »an denen brachte ich Amri abends ins Bett und holte ihn morgens wieder ab.«

Cem hatte die Polizei vor Amri gewarnt, erstmals im Herbst 2015, danach immer wieder. An diesem Mittwoch nun, zwei Tage nach dem Attentat, fragte er sich: Hat er, der Polizeispitzel, der V-Mann, versagt? Oder hat die Polizei versagt, weil sie seine Warnungen nicht ernst genug nahm?

Zweieinhalb Jahre später, im Sommer 2019, sitzt Murat Cem in einem Restaurant einer deutschen Universitätsstadt und kämpft mit einer übergroßen Pizza Margherita. Er holt tief Luft. »Viele Menschen verwünschen den Tag, an dem sie mich trafen«, sagt er. »Ich verfluche den Tag, an dem ich Anis Amri begegnet bin.«

Cem ist Anfang vierzig, mittelgroß, korpulent. Er trägt Vollbart und eine Schirmmütze. Er hat kein Facebook-Profil, es gibt keine öffentlich verfügbaren Fotos von ihm. Murat Cem ist nicht sein richtiger Name, es war sein Deckname im Einsatz. Seine wahre Identität kennt außer dem SPIEGEL nur ein ausgewählter Zirkel von Beamten. In den Akten seines wichtigsten Falls taucht er mit einer Abkürzung auf: VP01. VP bedeutet Vertrauensperson, so nennt die Polizei ihre geheimen Informanten.

Über viele Jahre war Murat Cem ein V-Mann im Einsatz gegen Schwerverbrecher und Terroristen. Er ließ Dealer, Waffenhändler und Mörder hochgehen. Im Herbst 2015 schleuste die Polizei ihn in die Islamistenzelle um den Hassprediger Abu Walaa ein, der als »Nummer eins« des »Islamischen Staats« (IS) in Deutschland galt. Sie setzte Cem auch auf Osama Bin Ladens angeblichen Ex-Leibwächter Sami A. an, der lange in Deutschland lebte und 2018 abgeschoben wurde.

Cem ermittelte ebenfalls gegen die Attentäter, die im Frühjahr 2016 einen Bombenanschlag auf den Essener Sikh-Tempel verübten. Und er lieferte Informationen, die in mehreren Terrorprozessen zu Anklagen führten. Einmal verhinderte er wohl sogar das Attentat eines jungen Islamisten auf ein Einkaufszentrum in Essen.

Vor allem aber ist Murat Cem der Spion, der die Ermittler auf Anis Amri aufmerksam machte, ihn ausspähte und immer wieder vor ihm warnte. Für die Amri-Untersuchungsausschüsse in Düsseldorf und Berlin ist VP01 ein hochbrisantes Thema. Die Abgeordneten wollen ihn dringend befragen. Reporter versuchten, ihn aufzuspüren. Seine Feinde würden ihn am liebsten tot sehen. Doch bislang blieb Murat Cem für alle ein Phantom. Auftritte in Parlamenten oder vor Gericht verhinderte das nordrhein-westfälische Innenministerium. Zu gefährlich für den Informanten, hieß es. Cem lebt seit Jahren unter falschem Namen an einem geheim gehaltenen Ort.

Im März 2019 wandte sich Murat Cem an den SPIEGEL. Er wollte seine Geschichte erzählen und über Anis Amri sprechen, über jenen Fall, an dem er, wie er sagt, zerbrach. Nach dem Attentat in Berlin beendete die Polizei die Zusammenarbeit mit Cem. Der einstige Spitzenspitzel bekommt heute Hartz IV.

Ein SPIEGEL-Team hat Cem in den vergangenen Monaten immer wieder getroffen, Hunderte Stunden mit ihm geredet, ist mit ihm zu Einsatzorten gefahren, hat Zehntausende Seiten Akten zu seinen Fällen ausgewertet, hat mit Ermittlern, Weggefährten und Angehörigen gesprochen. So etwas wie Cem, sagen Beamte, die ihn lange kennen, habe es in der deutschen Kriminalgeschichte »noch nicht gegeben«. Er sei der Beste gewesen, ein Naturtalent und wahrscheinlich der wichtigste V-Mann der Bundesrepublik. Im Frühjahr erscheint ein SPIEGEL-Buch über Cems Leben und seine Fälle.

Seine Geschichte gewährt einen einzigartigen Einblick in die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Nie zuvor sind Journalisten in Deutschland einem derart wichtigen V-Mann so nahegekommen. Cems Leben führt mitten hinein in die sensible und bisweilen gefährliche Zusammenarbeit von Ermittlern und ihren Spionen.

Schon die Natur ihrer Aufgabe ist zwielichtig. V-Leute sind Spitzel in der kriminellen oder extremistischen Szene, heimlich vom Staat angeworben. Oft sind sie Verbrecher, die von der bösen auf die gute Seite wechseln. Die Polizei bezahlt sie bar, in Akten hinterlassen sie wenig Spuren, und im Bedarfsfall lässt man sie schnell fallen.

Während es für Informanten des Verfassungsschutzes seit der Aufarbeitung der rassistischen Morde des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) gesetzliche Regeln gibt, arbeiten die Spitzel der Polizei nach wie vor in einem juristischen Graubereich.

Cems Fall zeigt daher auch, wie sehr die Polizei die Grenzen der Vorgaben dehnt, wenn es ihr nützt. Er zeigt, dass es Schwächen im System gibt, die bewusst in Kauf genommen und ausgenutzt werden. Oft heiligt der Zweck die Mittel.

Die Arbeit von Spitzeln ist immer schizophren. Auf der einen Seite müssen sie ihre Rolle glaubhaft spielen, damit sie unter Verbrechern nicht auffliegen. Mitunter begehen sie Straftaten. Auf der anderen Seite stiften sie – wenn sie übers Ziel hinausschießen – womöglich die Delikte erst an, die sie der Polizei melden.

»Der Einsatz von V-Leuten in Strafverfahren hat bis heute keine eigene gesetzliche Grundlage«, kritisiert der Kölner Strafrechtler Nikolaos Gazeas. »Das ist verfassungswidrig.« Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte dem SPIEGEL, er könne sich vorstellen, über Verbesserungen nachzudenken. Einer »möglichen Optimierung des Systems« wolle er sich nicht verschließen. »Die Polizei muss allerdings vollständig handlungsfähig bleiben. Das ist wichtig«, so Reul.

Die Bundesrepublik hat schon so manches Debakel mit ihren Vertrauenspersonen erlebt: Der erste Verbotsantrag gegen die NPD scheiterte einst, weil die Partei von so vielen Informanten durchsetzt war, dass nicht mehr auszumachen war, welche verfassungswidrige Aktion von der NPD stammte und welche von staatlichen Spionen. Auch im Umfeld des NSU trieben sich unzählige V-Leute herum, ohne dass sie auch nur einen der zehn Morde verhindert hätten.

Einen Fragenkatalog des SPIEGEL zu Murat Cem ließ die nordrhein-westfälische Polizei inhaltlich unbeantwortet. Stattdessen verwiesen die Behörden auf die »amtliche Geheimhaltung« von V-Mann-Einsätzen. Generell seien Spitzel ein »legitimes Mittel der Strafverfolgung« und unterlägen gerichtlicher Kontrolle.

Cem interessierte sich nie für diese juristischen Feinheiten. Er lebte für die »Action«, wie er heute sagt, das Abenteuer, für den Moment des Glücks, wenn ein Spezialeinsatzkommando heranbretterte und alle Verdächtigen zu Boden riss. Die Arbeit als V-Mann war für Cem Lebensinhalt und Berufung zugleich. »Wenn mich einer gefragt hätte: Liebst du deine Familie oder die Polizei? Ich hätte gesagt: ›Ich liebe die Polizei.‹«

Die Ermittler machten Murat Cem Ende der Neunzigerjahre zu ihrem Mann, als er mit einem Bein bereits im Gefängnis stand. Sie waren seine Rettung, er wurde ihr Werkzeug. Ein guter Deal, wie er fand.

Als Sohn türkischer Gastarbeiter wuchs Cem in einem Problemviertel in Nordrhein-Westfalen auf. Das »Tal der langen Messer« nannten sie die Gegend. Dort wohnte die Familie in einem Hochhaus, elf Menschen in einer Vierzimmerwohnung, der Vater starb früh.

In der Schule hänselten sie Cem für seine Mädchenschrift, er galt als klug und fleißig. Er schaffte den Realschulabschluss und machte eine Ausbildung zum Elektroinstallateur. Doch er blieb ein Kind des Problemstadtteils. Fahren ohne

Fahrerlaubnis, Drogen, Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung und Bedrohung, Cems Vorstrafenregister wuchs schnell. Zwölfmal wurde er inzwischen verurteilt, erst kürzlich kam die bislang letzte Bewährungsstrafe hinzu – wegen Diebstahl. »Entweder ich jage Straftäter«, sagt Murat Cem, »oder ich begehe Straftaten.« Ein Dazwischen gibt es nicht.

Mit 19 Jahren stiegen Cem und sein bester Freund im großen Stil in den Drogenhandel ein. Mehr als zwei Jahre lang schmuggelten sie Haschisch aus den Niederlanden nach Deutschland, es dürften Dutzende Kilo gewesen sein. Als sie aufflogen, so erzählt es Cem, habe er nur zwei Möglichkeiten gesehen: Entweder er packt aus und verpfeift seinen besten Freund, oder er geht sehr lange ins Gefängnis. Cem verpfiff seinen besten Freund.

Er fand schnell Gefallen daran, mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Zunächst gab er den Beamten gelegentlich Tipps, dann lieferte er regelmäßig Informationen, schließlich wurde er zum V-Mann der Polizei Krefeld. Er war gut, das sprach sich herum, bald forderten ihn Dienststellen in ganz Nordrhein-Westfalen an.

Es war eine Tätigkeit wie für Cem gemacht. Er bewegte sich weiterhin im kriminellen Umfeld, dessen Sprache, Gepflogenheiten und Regeln er kannte. Er schnüffelte in Bordellen, Obdachlosenheimen und Moscheen. Der Nervenkitzel, den er schon als Dealer geliebt hatte, blieb ihm erhalten. Doch jetzt stand er auf der Seite der Guten, des Staates, ihm drohte kein Gefängnis mehr. Stattdessen lobten ihn die Polizisten, er spürte, wie sehr sie auf ihn angewiesen waren. Er war kein Niemand mehr, er war ein Jemand und bekam auch noch Geld dafür. Weniger zwar, als sich mit Drogen verdienen ließ, bis zu 100 Euro pro Einsatztag, bei Erfolg noch eine Belohnung, alles ausgezahlt in einem Umschlag in bar. Für ihn aber war es sauber verdientes Geld. Zusätzlich bezog er noch Sozialleistungen. Von seiner Nebentätigkeit für die Polizei erfuhr das Jobcenter allerdings nichts.

Einer seiner ersten Einsätze führte Murat Cem mitten in einen der spektakulärsten Mordfälle des Jahres 2002. In Köln war die 15-jährige Rebecca ermordet worden. Jugendliche fanden zwei Monate nach der Tat ihren verwesten Körper auf dem Gelände einer ehemaligen Glasfabrik. Die Polizei verdächtigte Guido S., einen jungen Mann aus dem Umfeld des Opfers. Nachweisen konnte sie ihm nichts.

Cems Auftrag war es, sich mit S. anzufreunden und ihm ein Geständnis zu entlocken. Er bekam eine Wohnung, ein Fahrrad und viel Zeit. Wochenlang drückte er sich in der Gegend herum.

Den ersten Schritt der Annäherung machte Cem, als er S. wie zufällig vor einem Kiosk traf. Er kaufte dessen Kumpel Haschisch ab – und blieb in der Nähe. Bald waren Cem und der Verdächtige beste Freunde. Doch was den Mord betraf, schwieg S. beharrlich.

Cem hatte eine Idee. Er lud seinen neuen Kumpel ins Kölner Großbordell Pascha ein, es gab Sex auf Staatskosten. Auf dem Heimweg gestand Guido S., Rebecca ermordet zu haben.

Murat Cem wähnte sich am Ziel, doch die Ermittler waren noch nicht zufrieden. Sie verlangten das Geständnis auf Band, um es vor Gericht verwerten zu können. Doch wie ließ sich das arrangieren? Mit einem kleinen Theaterstück.

Die Beamten verwanzten die Wohnung, die sie ihrem V-Mann für den Einsatz zur Verfügung gestellt hatten. Dann nahmen sie Cem auf offener Straße zum Schein fest. Als wäre er in höchster Not, gab er in diesem Augenblick dem Mordverdächtigen Guido S. seinen Wohnungsschlüssel und bat ihn, dort auf ihn zu warten. Bald kehrte Cem von der Polizeiwache zurück. Für S. musste er nun noch vertrauenswürdiger gewirkt haben. Sie spielten Playstation, und Cem bohrte nach, wie das mit Rebecca gewesen sei. Da gestand S. den Mord noch einmal. Er habe Sex mit ihr gewollt, doch sie habe sich geweigert. Er habe sie gefesselt und sich an ihr vergangen. Und »dann mit dem Messer – zapp«, sagte Guido zu V-Mann Cem. So war es später in der Aufzeichnung zu hören.

Als die Männer die Wohnung verließen, raste ein Trupp Polizisten heran. Die Beamten warfen Guido S. zu Boden und fesselten ihn. Cem lief auf S. zu und versetzte ihm einen Tritt. »Du Schwein! Du Hurensohn!«, schrie er, so erzählt er es heute. Ein Beamter riss ihn weg.

Der Fall beschäftigt ihn immer noch. Er sticht aus den etwa 60 Einsätzen heraus, die er für die Polizei absolviert hat, weil er einer der ersten seiner Laufbahn war. Und weil es um einen Teenager ging. Er hat inzwischen selbst eine Tochter in diesem Alter.

Fast 20 Jahre lang sah das Berufsleben des Murat Cem so aus: Die Polizei zeigte ihm Fotos seiner Zielperson und nannte ihm Orte, wo er sie treffen konnte. Meistens gelang es ihm schnell, Vertrauen herzustellen, Nähe zu schaffen. Murat Cem mag Menschen. Und Menschen mögen Murat Cem.

Manchmal scheiterte er, manchmal brachte er sich in Lebensgefahr. Einmal fanden Drogendealer zufällig Papiere mit seinem echten Namen und führten ihn grimmig ab. Er dachte, sie brächten ihn jetzt um, doch sie brachten ihn nur zu seinem Wagen.

Ein anderes Mal ging er mit einem Kölner Zuhälter, auf den geschossen worden war, über Wochen in Bordelle. Cem sollte herausfinden, was der Hintergrund der Tat war. Es folgten Exzesse mit bezahlten Frauen, Alkohol und Kokain. Murat Cem lud grundsätzlich ein. Wenn das Geld weg war, rief er seine VP-Führer an und besorgte Nachschub. Dass er die Spesen der Polizei auch für Drogen ausgab, so Cem heute, habe er den Beamten damals nicht gesagt. Sie hätten ihn aber auch nicht gefragt. Wahrscheinlich war ihnen klar, dass ihr V-Mann mit einem Zuhälter keine Ausflüge in den Zoo machte.

Die zuständige Beamtin schimpfte irgendwann, man wolle Cems »Fickerei« nicht mehr bezahlen. Doch der Einsatz lief weiter, ehe er Monate später ergebnislos abgebrochen wurde.

Murat Cem führte das Leben eines Zwielichtigen und Kriminellen. Der Staat wollte es so. Denn Cem war sehr erfolgreich in dem, was er tat.

Mit seiner Hilfe fasste die Polizei Dutzende Schwerverbrecher. Einmal spürte er sogar Kunstgüter auf, die während des Irakkriegs aus dem Nationalmuseum in Bagdad gestohlen worden waren.

Dass der Einsatz der geheimen Polizeihelfer rechtlich problematisch ist, wissen Bund und Länder schon seit Jahren: Eine Expertenkommission des Bundesjustizministeriums empfahl bereits 2015 »die Schaffung einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für den Einsatz von V-Personen«. V-Leute griffen in die Grundrechte von Bürgern ein.

Diese Eingriffe nur auf die sogenannte Ermittlungsgeneralklausel der Polizei zu stützen sei zu wenig, so die Juristen.

Es war ein Arbeitsauftrag an die Gesetzgeber. Doch die reagierten bislang nicht. »Es ist eines Rechtsstaats unwürdig, dass er sich scheut, wichtige Ermittlungsinstrumente gesetzlich zu normieren«, sagt Nikolaos Gazeas, der Strafrechtler aus Köln. Seiner Ansicht nach muss geregelt sein, dass V-Leute keine Straftaten begehen dürfen und niemand, der Verbrechen begangen hat, V-Mann werden kann. »Vor einem solchen Gesetz fürchten sich die Ermittler aber, weil sie dann viele Quellen nicht mehr einsetzen können«, sagt er.

Auch die innenpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Irene Mihalic, selbst Polizeibeamtin in Nordrhein-Westfalen, sagt, dass es keinen »absichtlich geschaffenen Graubereich für den Einsatz von V-Leuten geben darf«.

Noch weiter geht die Berliner Richterin Anna Luise Decker. Sie kommt in ihrer in Münster vorgelegten Doktorarbeit zu dem Schluss, die jahrzehntelange Praxis sei verfassungswidrig. »V-Leute sind hochwirksame, aber gleichzeitig hochgefährliche Beweismittel«, so Decker. Sie würden ohne Regelung und effektive Kontrolle tief in die Privatsphäre der Ausgeforschten eindringen, müssten für ihre Aufgaben keinerlei Qualifikation vorweisen, zugleich seien ihre Aussagen von Polizei oder Gericht kaum zu überprüfen.

Im Unterschied zu verdeckten Ermittlern der Polizei sind V-Leute keine Beamten und auch keine Angestellten des Staates. Man habe es »nicht mit Klosterschülern zu tun«, sagt NRW-Innenminister Reul. »Wenn Sie mit den Falken fliegen wollen, dürfen Sie keine Taube sein.« Oder wie Murat Cem es formuliert: »Wer wird denn V-Mann außer Kriminellen und Verrückten?«

Doch Cem war anders. Er brachte etwas mit, das selten war in seiner Zunft: Er war verlässlich. Das Oberlandesgericht Celle attestierte ihm später, die jahrelange »intensive und umfassende Beweisaufnahme« im Fall Abu Walaa, der »Nummer eins« des IS in Deutschland, habe »keine Anzeichen erbracht, dass die Angaben der VP01 unrichtig sein könnten«. Darüber hinaus hätten Cems VP-Führer ihn als jemanden beschrieben, der immer die Wahrheit gesagt und sich stets an Absprachen gehalten habe. An Cems »persönlicher Integrität« bestehe »kein Zweifel«.

Murat Cem war ein Juwel, ein Glücksgriff für die Polizei, weil er Gegensätzliches vereinte: Er war kriminell genug, um in der Szene zu funktionieren, und zugleich anständig genug, um für die Behörden arbeiten zu können. Das wussten seine VP-Führer und schützten ihn, wo sie nur konnten – egal wie.

In den Akten der Staatsanwaltschaft Bochum findet sich ein Urteil des Landgerichts aus dem Jahr 2011. Es geht um eine Bande kurdischer Heroindealer, die Cem nach einem monatelangen Undercover-Einsatz hatte auffliegen lassen. Um darzulegen, wie glaubwürdig der eingesetzte Spitzel war, ist in dem Urteil eine Charakterisierung des V-Mannes enthalten. Sie beruht auf Aussagen seiner VP-Führer.

Der V-Mann habe »kleine Vorstrafen, wobei er nie in Haft war«, heißt es in dem Papier. Dass Murat zu diesem Zeitpunkt bereits achtmal verurteilt worden war, einmal wegen gemeinschaftlicher Einfuhr und Handel von Drogen im großen Stil, teilten die

Beamten dem Gericht wohl nicht mit. Auch seine Lebensumstände beschrieben sie solider, als sie waren.

Cem arbeite »seit ca. Mitte 1999 für die Polizei«, heißt es weiter in dem Urteil, »wobei er bis zu einem Einsatz pro Jahr hatte«. Das hatte mit der Realität wenig zu tun. Denn Cem war schon damals viel häufiger im Einsatz.

Vermutlich wollten die Beamten den Anwälten der Dealer keine Angriffsfläche bieten. Auch wenn Cem gute Arbeit geleistet hatte, allein der Anschein, dass ein Spitzel unglaubwürdig war, konnte ein Verfahren gefährden.

Es war 2008, als Murat Cem das erste Mal mit Islamisten in Berührung kam und sich ein Milieu erschloss, in dem Jahre später sein berühmtester Fall spielen würde. Ein Bekannter interessierte sich für den Islam, wie Cem erzählt. Der Mann besuchte Vorträge der radikalen und bei Jugendlichen beliebten Salafisten Pierre Vogel und Sven Lau. Er fragte Cem, ob er ihn begleiten wollte.

Cem hatte wenig Lust, er brannte mehr für die handfeste Kriminalität, Drogen- und Waffenhandel zum Beispiel. Seine VP-Führer allerdings waren elektrisiert: Gute Quellen in dieser Szene waren selten.

Also fuhr Cem über Monate zum Freitagsgebet nach Mönchengladbach, wo Lau eine maßgebliche Rolle in dem Verein »Einladung zum Paradies« spielte. Da er wenig Ergiebiges brachte, endete der Einsatz bald wieder.

Fünf Jahre später aber schleusten Cems VP-Führer ihren besten Mann zurück in die Islamistenszene. 2013 startete die Bochumer Polizei ihre Operation »Neptun«. Es ging um Sami A., einen salafistischen Prediger und Gefährder, der es wegen seiner mutmaßlichen Mitgliedschaft in Osama Bin Ladens Garde als »Leibwächter« des Terroristenführers zu einiger Berühmtheit gebracht hatte. In Deutschland unterhielt Sami A. wohl Kontakte zur al-Qaida nahestehenden »Düsseldorfer Zelle«, die einen Sprengstoffanschlag geplant hatte.

Cem sollte Sami A. so nahe wie möglich kommen, dessen Netzwerk auskundschaften und seine Absichten aufklären.

Damals hatte sich bereits eine beträchtliche Anzahl Islamisten aus Deutschland in den Bürgerkrieg nach Syrien aufgemacht. Die Sicherheitsbehörden waren alarmiert, aber schlecht informiert über die Szene. Murat Cem sollte das ändern. Nur wie?

Als Einstiegshilfe hatten seine VP-Führer Cem einen Stand der »Lies!«-Kampagne im Stadtzentrum von Bochum empfohlen, wie er sagt. Dort verteilten Islamisten kostenlos Koranexemplare an Passanten und versuchten sie in Gespräche zu verwickeln. Doch der V-Mann fand den Salafistenstand nicht.

Schließlich steuerte Cem eine konservative Moschee an. Dort log er, er wolle mehr über seinen Glauben lernen. Man hieß ihn willkommen. Cem knüpfte Freundschaften und fuhr zu Islamseminaren. Eines Tages lud ihn jemand zu einem besonderen Gebet ein: Der Prediger war Sami A., seine Zielperson.

Vor der ehemaligen Moschee im Bochumer Stadtteil Langendreer stehen heute zwei Bänke. Es ist Vormittag, die Straßen sind ruhig, die Vögel zwitschern.

An dem Gebäude erinnert nichts daran, dass es einmal einer der wichtigsten Treffpunkte für Salafisten war. Spitzengardinen hängen hinter den Scheiben. Auf den Fensterbänken stehen Figuren aus Porzellan und Plastik. Sami A. wurde 2018 in einem rechtsstaatlich fragwürdigen Verfahren nach Tunesien abgeschoben (SPIEGEL 30/2018). Aus seiner Moschee ist eine Wohnung geworden.

Cem setzt sich auf eine Bank. »Scheich Sami war radikal, aber auch ein lieber Mensch«, sagt er. »Der Koran, den er mir beigebracht hat, war nicht falsch.« Er benutzt noch immer die respektvolle Anrede »Scheich«, auch wenn er A. ausspioniert hat. Sie seien so etwas wie Freunde geworden, sagt Cem.

Für seine Aufenthalte in Bochum tauschte Cem die Straßenkleidung gegen die Dschalabija, ein arabisches Gewand. Er ließ sich den Bart wachsen und fuhr mit seinen neuen Freunden von einer Salafistenveranstaltung zur nächsten. Er war älter als die meisten, deswegen nannten sie ihn »Abi«, Türkisch für großer Bruder.

Für Sami A. gab er den treuen und wissbegierigen Gefährten. Sie gingen zusammen zum Karatetraining und in die Sauna. Und wenn Sami A. einmal Bochum verlassen wollte, was er als abgelehnter Asylbewerber eigentlich nicht durfte, nahm Cem ihn in seinem Auto mit.

Der Polizei berichtete er all das – und noch viel mehr. Wie ein Teufelsaustreiber bei Sami A. in der Moschee zu Besuch gewesen sei. Dass Sami A. seinen Zuhörern von Jungfrauen und nicht endender Manneskraft im Paradies berichtete. Einmal, so Cem, habe einer der Zuhörer gefragt, was denn sei, wenn er im Paradies einen Ferrari wolle. »Du kannst einen Ferrari aus Gold haben«, soll Sami A. geantwortet haben.

Trotz Cems Einsatz gewannen die Behörden lediglich die Erkenntnis, dass Sami A. eine wichtige Figur in der Islamistenszene war. Für ein Strafverfahren reichten die Informationen nicht.

Doch Murat Cem war nun tief ins salafistische Milieu der Bundesrepublik Deutschland vorgedrungen. Er lernte die Protagonisten der Szene kennen, Hasan C. aus Duisburg etwa, der in seinem Reisebüro jungen Männern Propagandavideos des IS zeigte. Oder Boban S., dessen Dortmunder Koranschule zu einem Sammelbecken für Islamisten wurde.

Und Murat Cem traf auf Ahmad A. alias Abu Walaa, den mutmaßlichen IS-Statthalter aus Hildesheim. Er war als »Prediger ohne Gesicht« bekannt, weil er peinlich genau darauf achtete, dass es keine Bilder von ihm gab, die ihn von vorne zeigten.

Unter Abu Walaa war der »Deutschsprachige Islamkreis Hildesheim« (DIK) zu einer der radikalsten Moscheen hierzulande avanciert. In den verwinkelten Räumen im Erdgeschoss eines rotgeklinkerten Eckhauses sammelten sich Fanatiker aus ganz Deutschland.

Murat Cem wurde einer der Dauergäste »Ich habe gedacht, ich wohne da«, sagt er heute. Er übernachtete in der Moschee, häufig ohne Decke oder Kissen, und trainierte im Fitnessraum.

Es war Cems Verdienst, dass der Generalbundesanwalt schließlich ein Verfahren gegen die prominentesten salafistischen Hassprediger in Deutschland beginnen konnte.

Der Prozess gegen Abu Walaa und seine Unterstützer läuft immer noch vor dem Oberlandesgericht in Celle.

Cem deckte auch auf, wie aus dem Umfeld der Prediger reihenweise junge Männer und Frauen nach Syrien und in den Irak verschwanden. Er nannte der Polizei Namen und Daten und verhinderte so einige Terrortrips.

Der V-Mann lebte damals ausschließlich für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, 24 Stunden am Tag, 7 Tage pro Woche, Urlaub gab es nicht. Mit seinem Toyota Corolla, den das Düsseldorfer Landeskriminalamt gemietet hatte, fuhr Cem im Ruhrgebiet umher, Bochum, Dortmund, Duisburg und immer wieder nach Hildesheim. Irgendwo trafen sich immer ein paar Salafisten.

Er sei besessen von seiner Mission gewesen, sagt Cem. Je mehr Islamisten er kennenlernte, desto zufriedener waren seine Führungsbeamten. Die Jagd auf Radikale war wie eine Sucht.

Doch diese Sucht zehrte an Cems Kräften. Er war ständig müde und schlief kaum. Er ging aus dem Haus, ohne seiner Frau zu sagen, wann er wiederkommen werde. Sie hatte sich längst abgewöhnt, Fragen zu stellen. Er hätte ihr sowieso keine vernünftigen Antworten gegeben, sagt sie heute.

Die Belastung war enorm. Aber Cem konnte nicht aufhören. Er sehnte sich nach der Anerkennung seiner VP-Führer, nach dem Adrenalin im Einsatz. Und Geld gab es auch. Die Polizei machte sich Cems Gefallsucht und Hilfsbereitschaft zunutze. Man schmeichelte ihm, weil man ihn brauchte. Niemand war so vielseitig einsetzbar wie er. Einen Auftrag abzusagen kam für ihn nie infrage.

Lange merkte Cem nicht, wie ihm die Anstrengung zusetzte, stets ein doppeltes Spiel zu spielen. »Du musst dich ständig verstellen«, sagte er später. »Dein Kopf wird andauernd durchgefickt.« Doch eine professionelle Fürsorge erfuhr er in seiner aktiven Zeit nie. Er war eben kein Polizist, sondern nur ein Hilfsarbeiter.

Die Tage und Nächte im Milieu bargen eine weitere Gefahr. Wenn Cem zu Hause war, bemerkte er, wie er die radikalen Gedanken der Islamisten verinnerlicht hatte. Irgendwann herrschte er seine Frau an, sie dürfe keine Musik mehr hören und solle sich ordentlich kleiden. Sie sagte, er habe nicht alle Tassen im Schrank. »Du wirst verrückt in einem solchen Einsatz«, sagt Cem heute. »Du musst aussehen wie die, reden wie die, lernen, was die lernen. Irgendwann bist du wie die.«

Er war nicht nur mittendrin in der Szene, sondern längst ein Teil von ihr. Umgeben von Menschen, die nicht nur ständig von Allah sprachen, sondern auch davon, töten zu wollen. Und die Polizei drängte Cem, diesen Männern noch viel näher zu kommen. »Ich musste die Leute aus dem Verkehr ziehen«, beschreibt er seine Mission. »Ich musste die wirklich wegmachen. Ich musste es schaffen, dass sie mir noch mehr vertrauen, noch mehr erzählen.«

Die Raststätte Geismühle liegt an der Autobahn 57 zwischen Düsseldorf und Krefeld. Murat Cem setzt sich an einen der Holztische unter den Bäumen. Es ist der Platz, an dem er meist auf seine VP-Führer gewartet hat, um ihnen Bericht zu erstatten. Und wo er gezwungen war, wenigstens für ein paar Minuten zur Ruhe zu kommen.

»Manchmal habe ich mir gedacht: wozu das alles?«, sagt er. Er habe sich überlegt, wie es wohl wäre, wenn er zu den Islamisten überliefe. Der Stress wäre vorbei gewesen, er hätte nicht mehr lügen, nicht mehr fürchten müssen, vor Müdigkeit am Steuer einzuschlafen. Er wäre frei gewesen, vielleicht sogar er selbst.

Meistens rissen ihn seine VP-Führer aus den trüben Gedanken. Cem berichtete ihnen, so detailgetreu er konnte. Er versuchte, nichts wegzulassen, auch nichts, was ihm unwichtig erschien. Die Gespräche hatten etwas Reinigendes für ihn. Sie hätten ihm immer wieder klargemacht, sagt er, auf welcher Seite er stehe. Die VP-Führer waren wie große Brüder für ihn, wie echte Freunde, von denen Cem längst keine mehr hatte.

Am 13. November 2015 sprach der V-Mann mit einem Islamisten aus dem Hildesheimer Kreis um Abu Walaa über mögliche Anschläge. Die Planungen dazu liefen längst, sagte der Mann; von Handgranaten auf Polizeireviere sprach er, von der Idee, Beamte mit einem falschen Notruf in einen Hinterhalt zu locken, um sie zu erschießen. Schalldämpfer für die Waffen hätten sie schon, sagte er, es sei nun an der Zeit, etwas mit »Gewehren zu machen«. In »ein bis zwei Wochen« könne es losgehen. Gegen 20 Uhr trennten sich Cem und der Islamist aus Hildesheim, wie aus Polizeipapieren hervorgeht.

Gut eine Stunde später zündete in Paris ein IS-Terrorist eine Bombe vor dem Stade de France, wo gerade die deutsche gegen die französische Fußballnationalmannschaft spielte. Kurz darauf zogen seine Komplizen durch die Stadt und ermordeten 130 Menschen. Es war ein Massaker.

Am nächsten Tag berichtete Cem seinem VP-Führer von dem Gespräch am Abend zuvor in Hildesheim. Das Protokoll seiner Aussage erreichte sehr schnell die höchsten Stellen. So floss es in eine geheime Lagebewertung ein, die der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) drei Tage später, am 17. November, zu lesen bekam. An diesem Abend musste der Politiker eine schwierige Entscheidung treffen.

In Hannover sollte ein Freundschaftsspiel der deutschen Fußballnationalmannschaft stattfinden. Von einem französischen Geheimdienst hatten die deutschen Behörden eine Warnung vor einem Anschlag auf die Partie erhalten. Hinzu kamen nun die bedrohlich klingenden Berichte des V-Mannes Murat Cem.

Der Innenminister flog schließlich nach Hannover und sagte das Länderspiel ab. Die genauen Gründe behielt er für sich. »Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern«, sagte de Maizière. Es war eine rätselhafte Äußerung, die Angst machte, statt zu beruhigen.

Was de Maizière wohl meinte: Mitten in Deutschland gab es zu dieser Zeit eine Islamistenzelle, der die Polizei einen Anschlag ähnlich dem in Paris zutraute. »Die haben die Verdächtigen damals sofort hochgenommen«, sagt Cem. »Aber man konnte ihnen nichts beweisen. Gar nichts.«

Am Abend des abgesagten Fußballspiels traf der V-Mann den Islamisten Amri zum ersten Mal. Cem fuhr ihn mit dem Auto vom Duisburger Hauptbahnhof in die Dortmunder Moschee von Boban S., auch Bilal Ö. aus Dinslaken war dabei.

Cem konnte sich mit Amri allerdings zunächst kaum unterhalten, wie er seinem VP-Führer erklärte. Der Tunesier sprach fast nur Arabisch, was Cem nicht beherrschte. So brauchte es Bilal Ö. als Übersetzer. Amri möchte »hier was machen«, sagte Ö. Cem sah Amri an. Der Tunesier nickte bestätigend. Cem meldete es nach dem Treffen seinem VP-Führer, der schrieb einen Bericht.

Eine Woche später saßen die drei wieder in Cems Toyota. Diesmal nutzten sie ein Übersetzungsprogramm auf dem Handy, um sich zu verständigen. Cem wollte die beiden Islamisten aus der Reserve locken. Deshalb raunte er, auch er wolle unbedingt »in Deutschland was machen«. So erinnert er sich an die Fahrt.

Um glaubwürdig unter den Extremisten zu sein, sollte Cem sich »allzeit anschlagsbereit« zeigen. Das hatte die Polizei ihm aufgegeben. Damit er den schmalen Grat zur Anstiftung einer Straftat aber nicht überschritt, hatten die Beamten ihm folgende Sprachregelung vorgeschlagen: Er sei grundsätzlich bereit, im Sinne Allahs etwas in Deutschland zu machen. Zu kompliziert, fand Cem, zu gekünstelt. Er improvisierte. Und Amri biss an.

Der Tunesier erzählte freimütig von einer Kalaschnikow, die er »für 1500 Euro in Napoli« besorgen könne, ein »russisches Fabrikat«. Wenn Murat das Geld habe, könnten sie sofort nach Italien fahren. »Lass mich überlegen, aber warum nicht?«, antwortete Cem. Er wollte Zeit gewinnen, um die heikle Mission mit seinen VP-Führern zu besprechen.

Den Beamten berichtete er: »Anis macht auf mich einen sehr radikalen Eindruck, er will unbedingt für seinen Glauben kämpfen.« Es war der 24. November 2015, keine zwei Wochen nach den Anschlägen in Paris und ein gutes Jahr, bevor Amri in Berlin töten würde.

Wieder eine Woche später, wieder saßen sie im Auto des Spitzels. Anis Amri hielt Murat Cem einen blauen Pass unter die Nase. So erinnert sich der V-Mann heute, und so steht es in seiner Vernehmung von damals. Mit dem Dokument werde er nach Frankreich fahren, um Kalaschnikows zu besorgen, sagte Amri. Er wolle in Deutschland Anschläge im Namen Allahs verüben. Sie könnten auch gemeinsam nach Paris fahren. Er kenne dort Brüder, von denen sie Waffen bekämen, so Amri.

Cem war hellwach: Gab es endlich die Möglichkeit, den gewaltbereiten Tunesier hochgehen zu lassen? Mit einer Methode, die er als V-Mann häufig angewendet hatte – einem Scheinkauf illegaler Waren? Wieder spielte Cem auf Zeit, er müsse dafür Vorbereitungen treffen. Dann sprach er mit seinen Führungsbeamten.

Die Polizisten aber kamen seinem Wunsch nicht nach. Es sei alles zu riskant, sagten sie, und spiele im Ausland, wo andere Gesetze gelten würden. Sie erinnerten Cem daran, wer im Zentrum ihres Interesses stand: Abu Walaa, der mutmaßliche IS-Mann, und nicht Anis Amri.

»Ich habe denen gesagt: Komm, lass uns das machen, lass mich mit dem Amri die Waffen kaufen gehen«, sagt er. »Aber die wollten das nicht.« Das Landeskriminalamt (LKA) Nordrhein-Westfalen beantragte zumindest, Anis Amri fortan telefonisch zu überwachen.

Zugleich veränderte sich das Verhältnis zwischen dem Spitzel und radikalem Tunesier. Per Messenger fragte Amri seinen neuen Bekannten plötzlich, ob er ein Polizeispitzel sei. War Cem aufgeflogen? Panik, Angst, die Polizei erwog, ihn aus der Szene abzuziehen. Doch Cem gelang es schnell, den Verdacht gegen sich zu zerstreuen.

Die Polizei aber war unsicher, wie sie mit Amri umgehen sollte. Wenn sie gegen ihn aktiv würde, könnte ihr V-Mann auffliegen. Und den brauchten die Staatsschützer unbedingt für das Großverfahren gegen Abu Walaa und dessen Gefährten.

Das Landeskriminalamt und der Generalbundesanwalt entschieden sich für einen Kompromiss. Um ihren wertvollen V-Mann zu schützen, baten sie das Bundesamt für Verfassungsschutz darum, ein sogenanntes Behördenzeugnis zu schreiben. Es sollte die Spur zu VP01 verschleiern und zugleich die Gefährlichkeit Amris unterstreichen.

In dem Papier hieß es, dem Bundesamt lägen »unbestätigte Hinweise« auf folgendes Szenario vor: Anis Amri versuche »offensiv, Personen als Beteiligte an islamistisch motivierten Anschlägen im Bundesgebiet zu gewinnen. Er beabsichtige, sich mit Schnellfeuergewehren des Typs AK 47 zu bewaffnen, die er über Kontaktpersonen in der französischen Islamistenszene beschaffen könne«.

Anis Amri verbrachte inzwischen viel Zeit in Berlin. Die dortige Generalstaatsanwaltschaft lehnte es ab, gegen ihn zu ermitteln. Das Papier des Verfassungsschutzes war den Anklägern zu dünn.

Auch im Bundeskriminalamt (BKA) waren die Beamten skeptisch. Das Szenario eines Kalaschnikow-Kaufs bewerteten sie mit »eher auszuschließen« – und sollten damit recht behalten. 2016 tötete Amri nicht mit Gewehren, sondern mit Pistole und einem Lastwagen. Diese Gefahr wiederum hatte das BKA nicht vorhergesehen. Erst nach dem Berliner Anschlag reformierte die Behörde ihre Analysemethoden, um das Gefahrenpotenzial von Islamisten besser abschätzen zu können.

Die Bundeskriminalisten schienen den Warnungen aus Düsseldorf grundsätzlich nicht zu trauen. Die »von der VP geschilderten Anschlagspläne« Amris ließen sich »bisher anderweitig in keiner Weise« bestätigen, hieß es in einem als »geheim« eingestuften Vermerk vom 4. Februar 2016. Außerdem gebe es eine Sprachbarriere zwischen Informant und Islamist, weshalb deren Kommunikation »nicht gänzlich frei von Interpretationen der VP sein dürfte«.

Ganz anders die Einschätzung des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts und des Generalbundesanwalts. Sie waren restlos überzeugt von ihrer VP01. In einem Dokument hielten die Düsseldorfer Beamten fest, es seien »auch nach intensiver Prüfung keine plausiblen Gründe erkennbar, die die Quelle veranlassen könnten, die Unwahrheit zu sagen«.

Hinter diesen Zeilen steckten auch strategische Überlegungen. Cems Aussagen wurden für das Ermittlungsverfahren gegen Abu Walaa und seine Hassprediger-Kameraden dringend gebraucht. Ein V-Mann, vom BKA amtlich zum Aufschneider erklärt, wäre für den Fall eine Katastrophe gewesen.

Um die Zweifel an Cems Glaubwürdigkeit auszuräumen, schlug das BKA vor, den V-Mann zu verkabeln, um alle Gespräche aufzeichnen zu können. Cem stimmte zu, doch

seine VP-Führer aus Nordrhein-Westfalen lehnten ab: Es sei zu gefährlich, Cems Leben stehe auf dem Spiel.

Der Streit zwischen den Behörden über die Frage, wie gefährlich Amri und wie glaubwürdig der V-Mann in seiner Nähe sei, nahmen zu. Am 23. Februar 2016 kam es zu einem Krisentreffen in Karlsruhe. Vertreter des Generalbundesanwalts waren dabei, Beamte des LKA Nordrhein-Westfalen, des BKA und ein Ermittler aus Niedersachsen. Mehrere Teilnehmer beschrieben die Diskussion als »hitzig«, manche sagten, es sei »lautstark« gewesen.

Am Ende setzten sich der Generalbundesanwalt und das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen durch. In einem Vermerk war die Rede von »der uneingeschränkten Vertrauenswürdigkeit der VP01«. Murat Cems Angaben wurden nun offiziell als »plausibel« bewertet.

Zugleich verdichteten sich die Hinweise auf Amris Anschlagsbereitschaft. Im Netz hatte der Tunesier Dschihad-Seiten angesteuert und Anleitungen zum Bau von Rohrbomben gelesen.

Für die Ermittler des Düsseldorfer LKA stand damit fest, dass Amri einen Anschlagsplan verfolgte. Sie schrieben an den Generalbundesanwalt und regten die Einleitung eines Verfahrens wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat an.

Karlsruhe übergab den Fall an die Generalstaatsanwaltschaft Berlin. Diese eröffnete tatsächlich ein Verfahren wegen versuchter Beteiligung an einem Tötungsdelikt. Doch die Berliner Polizei ermittelte ergebnislos, sie überwachte Amri auch bald nicht mehr. Statt für einen potenziellen Terroristen hielten die Beamten ihn für einen eher durchschnittlichen Drogendealer. Es war eine verheerende Fehleinschätzung. Die Warnungen des V-Mannes verhallten im Durcheinander der zuständigen Behörden.

Murat Cem und Anis Amri waren sich über die Monate nähergekommen. Sie schliefen zusammen in der Dortmunder Moschee, Rücken an Rücken, Kopf an Kopf in einem kleinen Raum. Cem fuhr mit Amri nach Hildesheim, in die Moschee zu Abu Walaa. Im Februar 2016 fiel ihm auf, wie schweigsam der Tunesier war. Amri wirkte in sich gekehrt. Er hörte Naschids, islamistische Gesänge, und sah sich Prediger auf YouTube an.

War das die Ruhe vor dem Sturm? Bereitete sich Amri auf einen Anschlag vor? »Er ist nur mit Allah und sich selbst beschäftigt. Man könnte meinen, dass er sichergehen will, ins Paradies zu kommen«, warnte Cem seine VP-Führer und berichtete, dass Amri in den kommenden Tagen nach Berlin fahren wolle.

Die Düsseldorfer Beamten vom Staatsschutz alarmierten ihre Kollegen in der Hauptstadt. Sie baten darum, dass Amri beschattet würde, aber keinesfalls kontrolliert. Man fürchtete, Amri könnte misstrauisch werden und Cem, den vermeintlichen Freund, verdächtigen, seine Reise verraten zu haben.

Kaum aber war Amri in Berlin aus dem Flixbus ausgestiegen, es war der 18. Februar 2016, sprachen ihn Berliner Beamte mit Namen an und kontrollierten ihn. Für Amri konnte kein Zweifel bestehen: Die Polizisten hatten auf ihn gewartet. Er war gewarnt

und alarmierte sofort seine Glaubensbrüder in Dortmund. Für Cem konnte es nun sehr gefährlich werden.

Seine VP-Führer trafen ihren Informanten in einer McDonald's-Filiale in der Nähe des Düsseldorfer LKA. Er erinnerte sich später nicht mehr genau an die Begriffe, mit denen die Beamten ihre Berliner Kollegen bedachten. Die Ausdrücke »Idioten« und »Scheiße« seien wahrscheinlich gefallen.

Er sei nun in großer Gefahr, sagte ein Polizist zu Cem. Schließlich hatte der Spitzel kurz vor der Kontrolle noch angerufen, um zu fragen, wann Amri in Berlin sein werde. Wahrscheinlich war der Tunesier nun überzeugt, dass Cem für die Behörden arbeitete. Der V-Mann versuchte, nicht darüber nachzudenken. Er war ohnehin überzeugt: »Ich kann mich überall rausquatschen.«

Anis Amri aber hatte gerade andere Sorgen. Die Berliner Polizei hatte ihm sein Handy abgenommen. Er bat Cem, ein neues für ihn zu besorgen. Der V-Mann half gern – und versorgte die Polizei gleich mit den entsprechenden Daten, um Amri weiter abhören zu können. Amri zeigte kein Zeichen des Misstrauens, im Gegenteil: Die Freundschaft der beiden Männer wuchs.

In der Nacht vom 23. auf den 24. Februar 2016 chauffierte Murat Cem seinen »Bruder« Anis Amri nach Berlin. Sie brachen am späten Abend auf, nach dem Nachtgebet in der Dortmunder Moschee. Cem setzte sich ans Steuer, Amri auf den Beifahrersitz. Er hatte einen schwarzen Rucksack dabei.

Nach einem Kaffee an einer Raststätte schimpfte Amri über den Salafistenprediger Ibrahim Abou-Nagie und sein »Lies!«-Projekt. Man dürfe die Ungläubigen nicht bekehren, man dürfe niemals mit ihnen sprechen. Sie töteten jeden Tag Muslime, deswegen müsse er sie töten.

Amri zog ein schwarzes Tuch über den Kopf und ließ nur die Augenpartie frei. Er sah nun aus wie einer der IS-Kämpfer. Cem schauderte, doch er schwieg. Am frühen Morgen erreichten sie ihr Ziel, die Fussilet-Moschee in Berlin-Moabit. Der Gebetsraum an der Perleberger Straße war ein berüchtigter Treff gewaltbereiter Islamisten in der Hauptstadt.

Die Tür war nicht verschlossen, beide verschwanden in dem Gebäude und versuchten, etwas zu schlafen. Später ging Cem vor die Tür, um eine Zigarette zu rauchen. Als er zurückkam, hatte sich Amri das traditionelle Gewand eines Imams angezogen. Er gab nun den Vorbeter.

Welch skurrile Szene: Morgens um sechs Uhr verrichteten der Mann, der noch im selben Jahr den schlimmsten islamistischen Anschlag in der deutschen Geschichte verüben würde, und der Undercoveragent, der jeden islamistischen Anschlag verhindern wollte, gemeinsam das Frühgebet. Dann frühstückten sie.

Es war inzwischen Frühjahr geworden im Jahr 2016. Die Versuche des nordrhein-westfälischen LKA, des Problems Anis Amri Herr zu werden, waren gescheitert. Weder eine Abschiebung nach Tunesien war gelungen noch der Versuch, ihn wegen Sozialbetrugs in Untersuchungshaft zu nehmen.

Als sich Amri immer öfter in Berlin aufhielt, schlug Cem seinen Führungsbeamten vor, auch in die Hauptstadt zu ziehen. Er habe Amri nahebleiben wollen, sagt er. Cem

hielt den Tunesier für hochgefährlich und zu allem entschlossen. Amri habe ihn sogar darum gebeten, so der V-Mann. Doch die Polizei war dagegen und erinnerte den Spitzel an seinen wichtigsten Auftrag, die Ausspähung von Abu Walaa und dessen Umfeld. Amri sei jetzt ein Berliner Problem, sagte einer der Beamten.

Den Schlusspunkt seiner Beziehung mit Anis Amri setzte Cem allerdings selbst. Amri hatte sich am 30. April 2016 bei ihm gemeldet und um ein Gespräch gebeten. »Ich habe eine Sache sehr wichtig für Sie«, schrieb Amri via Telegram. »Was Gutes?«, fragte Cem. Er fügte seiner Nachricht einen Smiley hinzu. »Warum lachen Sie? Stück Scheiße!«, schrieb Amri darauf. Und dann der altbekannte Vorwurf: Cem sei ein Spitzel der Polizei, ein Heuchler. »Warum sagst du so?«, schrieb der V-Mann zurück. »Was ist passiert? Was soll das?« Amri sei selber ein Heuchler, setzte er hinzu. »Du selber Arschloch.«

Anis Amri hatte wohl mitbekommen, dass Cem in einem schwachen Moment mit einem anderen Salafisten über den Tunesier gelästert hatte, über seine Aggressivität und Planlosigkeit. »Du bist ein Scheißheuchler!«, tobte Amri. »Wenn ich gucken dich, ich schlachte dich, verstehst du, pfui, ich verfluche deine Mutter!«, schrieb er Cem. »Hurensohn, Schweinehund, Schwein. Du bist Schwein. Komm treffen mir in Dortmund. Ich bin in Dortmund. Du bist Mann, komm her!«

Die beiden sahen sich nie wieder. So verlor auch die Polizei den Kontakt zu Anis Amri. Der Terrorist wurde vier Tage nach dem Anschlag in Italien auf der Flucht erschossen. Und für Spion Cem ging die Zeit unter Islamisten zu Ende.

Am 10. August 2016 durchsuchte die Polizei Moschee und Wohnung des Predigers Abu Walaa. Tags zuvor hatte sie ihren Spitzel VP01 aus der Szene abgezogen.

Abu Walaa war schnell klar, wer ihn verraten hatte. In einem Telegram-Kanal rief er zum Mord an Murat Cem auf. »Ich möchte euch heute über einen Spion berichten, der seine Religion wegen ein paar Euro verkauft hat«, sagte er.

Die Polizei stellte Cem und seine Familie unter Zeugenschutz, den sie aber eher als Käfig empfanden. Sie kamen in eine ihnen unbekannte Kleinstadt, in der es nicht viel zu tun gab. »Ihr nehmt mir mein Leben«, sagte Cem den Beamten. Zur Polizei verlor er langsam den Kontakt. Im September 2016 telefonierte er mit seinem ehemaligen VP-Führer. Der Beamte arbeitete inzwischen für den Staatsschutz in Krefeld und sagte, er müsse jetzt den Fall Amri bearbeiten. »Passt gut auf den auf!«, sagte Cem und wiederholte sein ewiges Mantra. »Der ist wirklich gefährlich.«

Murat Cem macht sich immer noch schwere Vorwürfe. »Wir hätten ihn stoppen können«, sagt er, »aber wir haben es nicht getan.« Hätte er vielleicht auf eigene Faust mit Amri nach Berlin gehen sollen, gegen alle Anweisungen?

Cem fühlt sich heute alleingelassen im Zeugenschutz. »Am Anfang war es okay, die Beamten zeigten Interesse an mir und meiner Familie«, sagt Cem. Doch wenn er Probleme gehabt habe oder es ihm nicht gut gegangen sei, habe er keine Hilfe bekommen. Es habe immer öfter Streit gegeben. Er sei »nicht der Prinz«, hätten die Zeugenschützer ihm gesagt, so Cem. Er habe sein Leben für die Polizei riskiert. »Und das ist der Dank?«

Die Berichte, wonach ihn seine ehemaligen Islamistenkumpane und deren Anwälte als »Agent Provocateur« bezeichneten, als einen, der Straftaten im Auftrag des Staates provoziert habe, hätten ihm wehgetan, sagt Cem.

Von den 50 000 Euro, die er für seinen Islamisteneinsatz als Belohnung bekommen sollte, ist kaum etwas übrig geblieben. Die Beamten des Zeugenschutzes haben mit dem Geld Cems Schulden bezahlt.

2018 kam er wieder ins Schleudern. Ein Spediteur und der Inhaber eines Paketdienstes beschuldigten ihn, sie beklaut zu haben. Es ging um Tausende Liter Diesel, die verschwunden waren, und um ein E-Bike. Weil er die Diebstähle vor Gericht zugab, kam Cem mit einer Bewährungsstrafe davon. Es war nun wie früher im »Tal der langen Messer«: Murat Cem, der Kleinkriminelle.

Die einst offenbar in Aussicht gestellten deutschen Pässe für ihn und seine Frau gab es plötzlich doch nicht. Beide leben als geduldete Türken in der deutschen Provinz. »Im Moment habe ich ein ziemlich katastrophales Leben«, sagt er.

Murat Cem hat verstanden, dass er wahrscheinlich nie wieder als Informant für die Polizei arbeiten wird. Gewöhnen kann er sich nur schwer an den Gedanken. »Irgendwann würde ich gern einmal den Mann kennenlernen, der beschlossen hat, mein Leben auszuknipsen«, sagt Cem, wenn es ihm schlecht geht.

Doch diesen einen Mann gibt es nicht. Seine Zeit als Spion endete, weil VP01 mit dem Anschlag des Anis Amri zu einem Politikum wurde, gefragt von den Untersuchungsausschüssen, gesucht von der Presse. Keine Behörde will sich an ihm die Finger verbrennen.

Wenn es Murat Cem gut geht, dann hofft er trotzdem, irgendwann und irgendwo wieder als V-Mann arbeiten zu können. Verbrecher zu jagen, das war eben doch das Größte.

Europa schießt scharf

Am 4. März will der Pakistaner Muhammad Gulzar mit Tausenden anderen Migranten den Grenzzaun überwinden – und stirbt dabei. Alles deutet darauf hin, dass griechische Soldaten ihn erschossen haben. Europas Außengrenze wird zur Todeszone.

Von Giorgos Christides, Steffen Lüdke, Maximilian Popp, DER SPIEGEL; gemeinsam mit Forensic Architecture, Bellingcat, Lighthouse Reports, 09.05.2020

Die Landgrenze zwischen Griechenland und der Türkei ist 212 Kilometer lang. Sie verläuft größtenteils entlang des Flusses Evros. Lediglich im Norden, im Dreieck von Karaağaç, sind die beiden Staaten auf elf Kilometern durch einen Zaun getrennt.

Anfang März, kurz bevor Corona zum alles beherrschenden Thema wird, schaut die Welt auf diesen Zaun.

Auf der türkischen Seite der Grenze drängen sich Tausende Migrantinnen und Migranten. Auf der griechischen Seite haben sich Sicherheitskräfte in Stellung gebracht. Tränengas liegt in der Luft. Hubschrauber kreisen über dem Gebiet, Menschen brüllen wild durcheinander.

Muhammad Gulzar, 42, hat schlecht geschlafen. Er wacht am 4. März hungrig auf, so wird es später seine Frau Saba Khan, 38, erzählen. Khan würde an diesem Morgen am liebsten nach Istanbul zurückkehren, von wo das Ehepaar aufgebrochen war, in der Hoffnung, es nach Europa zu schaffen. Gulzar trotzt seiner Frau ein Zugeständnis ab: Einmal noch würden sie versuchen, den Zaun zu überwinden. Kurz darauf ist Gulzar tot, ein Schuss hat ihn in den Brustkorb getroffen.

Einige Tage später sitzt Saba Khan in einem Restaurant in Istanbul. Sie hat ihr Gesicht in den Händen vergraben. An ihrem Handgelenk die Uhr, die ihr Mann ihr geschenkt hat. Muhammad Gulzar und Saba Khan, beide aus Pakistan, haben erst am 21. Januar geheiratet. Jetzt ist Khan verzweifelt: Wäre Muhammad noch am Leben, wenn sie darauf bestanden hätte umzudrehen?

Die Weltöffentlichkeit hat das Drama längst vergessen, das sich in der ersten Märzwoche im türkisch-griechischen Grenzgebiet zutrug. Saba Khan aber kann nicht vergessen. Genauso wenig wie die anderen Familien vergessen können, die in den Chaostagen im März Angehörige verloren haben. Mindestens zwei Menschen sind bei dem Versuch, die Grenze nach Griechenland zu überwinden, ums Leben gekommen, Dutzende wurden verletzt, zum Teil schwer. Bis heute ist nicht geklärt, wer dafür verantwortlich ist.

Zwischen der Türkei und Griechenland ist ein Propagandakrieg entbrannt. Präsident Recep Tayyip Erdoğan behauptet, griechische Sicherheitskräfte hätten gezielt auf Migranten geschossen, was die griechische Regierung bestreitet.

SPIEGEL-Reporter haben gemeinsam mit den Rechercheteams Forensic Architecture, Lighthouse Reports und Bellingcat wochenlang auf beiden Seiten der Grenze recherchiert, mehr als zwei Dutzend Augenzeugen befragt, Flüchtlinge, Grenzschützerinnen, Politiker, Ärzte. Sie werteten offizielle Dokumente aus, darunter den Autopsiebericht von Muhammad Gulzar. Die Analysten haben mehr als 100 Videos und Fotos gesichtet, die Migrantinnen und Migranten an der Grenze aufgenommen haben.

Die Ergebnisse der Recherche widersprechen den offiziellen Darstellungen, gerade den griechischen, in entscheidenden Punkten. Der Tod von Muhammad Gulzar war vermutlich ein Unglück. Doch ein Unglück mit Ansage. Eine Rekonstruktion der Ereignisse rund um den 4. März liest sich wie das Drehbuch einer Eskalation, die beide Seiten willentlich herbeiführten.

Die Erpressung

Bei einem Angriff auf einen Militärposten in der syrischen Provinz Idlib am 27. Februar töten mutmaßlich russische Kampfjets mindestens 33 türkische Soldaten. Die türkischen Behörden sperren Facebook und Twitter, doch lange lässt sich die Nachricht nicht unterdrücken. Erdoğan beruft eine Krisensitzung ein, an deren Ende eine überraschende Entscheidung steht: Die Türkei öffnet ihre Grenzen nach Europa.

Erdoğan will mit dem öffentlichkeitswirksamen Bruch des EU-Flüchtlingsdeals wohl von den Problemen seines Militärs in Syrien ablenken - und zugleich von den

Europäern mehr Geld für die Versorgung von Geflüchteten in der Türkei erpressen. Und tatsächlich, in den nächsten Tagen wird kaum jemand mehr über die türkischen Verluste in Idlib sprechen.

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 diente der Busbahnhof im Istanbuler Stadtteil Aksaray als Drehkreuz nach Europa. Nun drängen hier erneut Flüchtlinge in die Busse. Über Facebook und WhatsApp hat sich die Nachricht verbreitet, dass die Tore nach Europa offen stünden. Mehr als 10 000 Migranten machen sich auf den Weg. Zum Teil chartern die türkischen Behörden selbst Busse, um Menschen an die Grenze zu bringen.

Auch der Pakistaner Gulzar und seine Frau nehmen in Istanbul einen der Busse an die Grenze. Es ist nicht das erste Mal, dass Gulzar nach Europa aufbricht. 2007 war er nach Griechenland gekommen, dort hatte er jahrelang gelebt, die meiste Zeit mit einer Duldung, zunächst allein, später mit seinem ältesten Sohn. Seine damalige Frau und vier Kinder blieben in Pakistan zurück. Gulzar reparierte Kamine in griechischen Häusern. Sein letzter Chef Nikolaos Tsokanis beschreibt ihn als ehrlichen und arbeitsamen Menschen.

Beruflich lief es gut für Gulzar, privat fehlte ihm etwas. Er war verheiratet, aber seine wahre Liebe, Saba Khan, lebte in Pakistan. Er beschloss, sich von seiner Frau zu trennen und nach Pakistan zu reisen, um Khan zu heiraten. Tsokanis sagt, er habe Gulzar gebeten zu warten, bis Khan eine offizielle Einreisegenehmigung bekomme. Doch das hätte Monate gedauert, die beiden hätten nicht so lange warten wollen. "Ich habe es schon mal nach Europa geschafft", soll Gulzar gesagt haben. "Ich schaffe es auch diesmal."

Gulzar flog von Griechenland nach Pakistan. Am 21. Januar heirateten er und Khan. Wenige Tage später reiste das Brautpaar über Iran in die Türkei. Für ihre Zukunft in Griechenland hatten sie große Pläne. Saba Khan wollte als Friseurin arbeiten, vielleicht sogar einen Schönheitssalon eröffnen. Nur die griechischen Grenzschützer standen ihnen noch im Weg.

Kyriakos Mitsotakis ist erst seit einem Dreivierteljahr Premier Griechenlands, doch schon jetzt überschattet die Flüchtlingskrise seine Amtszeit. Auf den

griechischen Inseln leben Migrantinnen und Migranten in überfüllten Lagern. Immer wieder kommt es zu Gewalt gegen Geflüchtete. Mitsotakis weiß, dass das Asylsystem endgültig zusammenbrechen würde, sollten die Flüchtlingszahlen noch einmal sprunghaft ansteigen. Und genau damit muss er seit der Grenzöffnung durch Erdoğan rechnen.

In seiner Not setzt Mitsotakis das Asylrecht am 1. März für einen Monat aus, was Juristen später als Rechtsbruch werten werden. Er schickt 1000 Soldaten und 1000 Polizisten als Verstärkung in den Norden.

Das Schlachtfeld

Muhammad Gulzar und Saba Khan haben Erdoğans Beteuerungen geglaubt, wonach die Grenze offenstünde. Doch was sie bei ihrer Ankunft in Pazarkule vorfinden, ist ein Schlachtfeld. Tausende Menschen campieren im Freien. Griechische Sicherheitskräfte gehen mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Schutzsuchende vor.

Wenn sie geahnt hätten, was sie an der Grenze erwartet, wären sie niemals in den Bus gestiegen, sagt Saba Khan. Dann hätten sie versucht, mit einem Boot auf eine griechische Insel zu gelangen. Nun aber stecken sie im Grenzgebiet fest. Um den Druck auf die Europäer aufrechtzuerhalten, hindern türkische Gendarmen die Flüchtlinge in Pazarkule daran, nach Istanbul zurückzukehren.

Die Migranten werden zunehmend verzweifelter, manche werfen mit Steinen auf griechische Grenzschützer. Nach Informationen des Bundesnachrichtendienstes sollen sich auch türkische Agenten als Provokateure in die Menschenmenge gemischt haben. Und die Griechen wehren sich offensichtlich gegen den Andrang, und zwar nicht nur mit Wasserwerfern und Tränengas: Mehrere Flüchtlinge schildern dem SPIEGEL, von griechischen Sicherheitskräften beschossen worden zu sein.

Ein Syrer sagt, dass seine Frau vermisst werde, seit griechische Grenzschützer die Familie am 29. Februar beim Überqueren des Grenzflusses Evros gestoppt hätten. Mehrmals hätten die griechischen Beamten geschossen und ihn mit Gewalt von seiner Frau getrennt. Ein weiterer Syrer, Mohammad al-Arab, starb am 2. März am Evros, mehr als 80 Kilometer südlich vom Grenzposten Pazarkule. Die Rechercheagentur Forensic Architecture kommt aufgrund von Videoanalysen zu dem Ergebnis, dass al-

Arab erschossen wurde. Zwei Augenzeugen geben an, dass griechische Soldaten das Feuer eröffnet hätten.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen reist in das Krisengebiet. Erstmals seit vier Jahren kann die EU nicht mehr darauf bauen, dass Erdoğan die Flüchtlinge aufhält. Jetzt ist Griechenland der "Schild" Europas, wie von der Leyen sagt. Über die Gewaltvorwürfe gegen griechische Sicherheitskräfte verliert sie kein Wort.

Elias Tzimitras wird immer dann gerufen, wenn Gefahr droht. Er ist Teil einer Spezialeinheit der griechischen Streitkräfte, den die Militärführung an die griechisch-türkische Grenze verlegt hat.

Die griechischen Sicherheitskräfte sind in zwei Linien organisiert. Vorn stehen die Polizisten mit Schilden, Schlagstöcken und Pistolen. Dahinter warten die Soldaten mit Schnellfeuergewehren. Tzimitras und seine Männer.

Als Offizier ist es Tzimitras verboten, mit Medien zu sprechen. Sein echter Name, sein Rang und der Name seiner Einheit müssen deshalb geheim bleiben. Die Lage an der Grenze sei extrem angespannt gewesen, berichtet Tzimitras. Er und seine Kameraden hätten Angst gehabt, gekidnappt zu werden, unter den Migranten seien auch bewaffnete Männer gewesen. Tzimitras und seine Kameraden schoben tage- und nächtelang Schichten. Permanent seien sie Provokationen türkischer Soldaten ausgesetzt gewesen.

Die Regierung in Athen bestreitet, dass griechische Sicherheitskräfte scharfe Munition eingesetzt hätten. Tzimitras widerspricht dieser Darstellung. "Wir haben - sowohl mit Platzpatronen als auch mit scharfer Munition geschossen", sagt er. Es habe sich dabei jedoch lediglich um Warnschüsse in die Luft oder auf den Boden gehandelt. Die Erlaubnis dazu sei ihnen von der Militärführung erteilt worden.

Auch Videos, die die Forensiker ausgewertet haben, belegen, dass am 4. März mit scharfer Munition geschossen wurde. Ein Video, gefilmt von der türkischen Seite der Grenze, veröffentlicht unter anderem vom türkischen Staatssender TRT, zeigt ein Feuer am Grenzzaun. Dann fallen Schüsse, ein junger Mann sackt zusammen.

Der Mann, der die verwackelten Bilder filmt, ruft auf Englisch: "Waffenfeuer von der griechischen Armee … Ich habe jemanden gesehen, der angeschossen wurde." Migranten fliehen vom Zaun, wenig später tauchen Männer hinter dem Feuer am Zaun auf, offenbar handelt es sich um griechische Soldaten.

Auf einem Video von der griechischen Seite hört man dieselbe Schussfolge. Außerhalb des Kamerawinkels unterhalten sich zwei Griechen. "Sie haben gezielt", sagt die erste Person. "Sie haben gezielt", bestätigt die zweite. "Das ist der einzige Weg ..."

Im Video lassen sich die charakteristischen Geräusche scharfer Munition herausfiltern: zunächst ein Knacken, das die Stoßwelle des Projektils erzeugt, dann der Lärm des Mündungsknalls. Bei Platzpatronen wäre nur der Mündungsknall zu hören.

Steven Beck, ein US-Waffenexperte, der die Aufnahmen überprüft hat, ist sicher, dass es sich bei den Schüssen, die im Video zu hören sind, um scharfe Munition handelt. Die Intervalle zwischen den Schüssen deuten seiner Analyse nach darauf hin, dass es sich um eine halbautomatische Waffe handelt. Der Schütze habe rund 40 bis 60 Meter von der Kamera entfernt gestanden. In sämtlichen verfügbaren Videos lassen sich nur auf der griechischen Seite Personen ausmachen, die in einem Umkreis von 60 Metern stehen und entsprechende Waffen tragen.

Der Schuss

Als Muhammad Gulzar und Saba Khan nach einer unruhigen Nacht aufwachen, sind am Grenzposten schon die ersten Kämpfe ausgebrochen. Tränengas liegt in der Luft. Khan kann kaum atmen.

Gulzar trägt an diesem Tag eine schwarze Jacke, eine blaue Jeans mit Löchern und schwarze knöchelhohe Stiefel mit einem Reißverschluss. Er nimmt die Hand seiner Frau, gemeinsam marschieren sie Richtung Zaun. Über einen Lautsprecher warnen griechische Grenzer: "Versucht nicht, die Grenze zu überschreiten." Khan beobachtet, wie ein Mann ein Loch in den Zaun schneidet. Nur wenige Meter von den beiden entfernt. Teilweise nutzen die Migranten Bolzenschneider, die ihnen wohl türkische Gendarmen ausgehändigt haben.

Die griechischen Soldaten stehen parallel zum Zaun, zwischen den Männern liegen einige wenige Meter. Sie tragen Atemschutzmasken und Schnellfeuergewehre. Alle paar Minuten sind Schüsse zu hören, auch aus automatischen Waffen. Trotzdem versuchen Männer weiter, den Zaun zu durchbrechen. Eine Gruppe von Migranten trägt den ersten Verletzten davon. Mit dem Arm hält der Mann sich die linke Gesichtshälfte. Seine Beine haben die Migranten in eine Decke gelegt, sodass sie ihn besser transportieren können. Als sie die Straße erreichen, heben sie den Verletzten in einen türkischen Krankenwagen.

Muhammad Gulzar und Saba Khan stehen nicht weit vom Grenzzaun entfernt. Gulzar redet auf Griechisch auf die Sicherheitskräfte ein. Er habe sich gerade weggedreht, sagt Khan, als der tödliche Schuss gefallen sei. Mit der Hand auf der Brust sei ihr Mann zusammengebrochen. "Steh auf", habe sie geschrien, "steh auf."

"Der Schuss kam mit Sicherheit von der griechischen Seite", sagt Khan. Sie selbst sei von einem Schuss beinahe am Fuß getroffen worden.

Auf einem Video ist zu erkennen, wie Menschen zu dem verletzten Gulzar eilen. Sein Gesicht ist verdeckt. Die Stiefel mit dem Reißverschluss, das Muster der zerrissenen blauen Jeans und die schwarze Jacke lassen aber keinen Zweifel, dass es Gulzar ist, der dort auf dem Boden liegt.

"Sie haben ihn getötet, heb ihn hoch!", rufen die Migranten auf Arabisch. Sie ziehen ihm das Shirt und die Jacke hoch. Im Laufschritt tragen sie Gulzar Richtung Straße zu den Krankenwagen.

Der SPIEGEL hat mit zwei der Migranten gesprochen, die das Geschehen an diesem Tag gefilmt haben. Beide geben an, dass Gulzar von der griechischen Seite aus erschossen worden sei. Einer der Männer, Sobhi, sagt, ein Soldat habe Gulzar mit einem Schnellfeuergewehr erschossen. In einem Video ist Sobhi kurz nach dem Vorfall zu sehen. Er sagt: "Da ist ein Pakistani, dem mit scharfer Munition in die Schulter geschossen wurde. Am Zaun, der Krankenwagen hat ihn gerade mitgenommen."

Bilder des griechischen Fernsehsenders Skai zeigen griechische Soldaten entlang des Zauns, nahe jener Stelle, an der Gulzar erschossen wurde. Sie tragen Schnellfeuer-

gewehre der Typen FN Minimi, M4 und M16, die Waffen feuern Projektile des -Kalibers 5,56 Millimeter. Laut dem Autopsiebericht des Istanbuler Instituts für Gerichtsmedizin, der dem SPIEGEL vorliegt, wurde genau ein solches Projektil in Gulzars Körper gefunden.

Das Knattern automatischer Waffen nimmt kein Ende. Handykameras fangen die Geräusche auf, mehr und mehr Migranten filmen jetzt. Einige Menschen fliehen in Panik vom Zaun. Innerhalb von vier Minuten werden vier verletzte Männer weggetragen, 14 Minuten später ein fünfter. Einige von ihnen weisen Schusswunden auf.

Einer der Verletzten lässt sich zweifelsfrei identifizieren. Er heißt Mohammad Hantou. Videos zeigen ihn, wie er über das Feld stolpert, mit einer Hand hält er sich den Kopf. Als er hinfällt, helfen ihm Kameraden auf und stützen ihn.

Der SPIEGEL trifft Hantou einen Tag später im Krankenhaus von Edirne. Sein Bruder Riad ist bei ihm, am rechten Ohr trägt Hantou einen Verband. Zwei Schrotkugeln hätten ihn dort getroffen, eine habe einen Knochen hinter dem Ohr zerstört, sagt er. So hätten es ihm die Ärzte erklärt. Griechische Sicherheitskräfte, da ist sich Hantou sicher, hätten an diesem Tag auf ihn geschossen.

Vom Grenzposten bis zur Universitätsklinik von Edirne sind es nur 14 Kilometer. Eine halbe Stunde nachdem Gulzar von der Kugel getroffen wurde, liefern ihn die Notärzte dort ein. Die Ärzte versuchen, ihn zu reanimieren, vergebens. 45 Minuten später wird er für tot erklärt.

Als Saba Khan davon erfährt, bricht sie auf dem Gehweg neben dem Krankenhaus zusammen. So zeigen es Aufnahmen eines Kamerateams des TV-Senders CNN. Khan schluchzt und schreit, ihren Kopf schlägt sie gegen ein Auto, immer wieder. Bis zuletzt, sagt sie später, habe sie daran geglaubt, dass Gulzar überlebe.

Die griechische Regierung weist auf Nachfrage des SPIEGEL sämtliche Vorwürfe pauschal als "türkische Propaganda" zurück. Griechenland habe das "Recht, seine Grenzen zu schützen", heißt es in einem schriftlichen Statement.

Die EU-Staaten haben ihre Migrationspolitik seit 2015 verschärft. Sie haben Rettungsmissionen im Mittelmeer eingestellt, Gulzars Tod stellt trotzdem eine Zäsur dar. Hier haben Grenzschützer Hilfe nicht nur unterlassen. Sie wurden aller Wahrscheinlichkeit nach selbst zu Tätern.

Es ist durchaus möglich, dass Gulzar aus Versehen erschossen, dass er von einem Querschläger getroffen wurde. Es wäre die Verantwortung der Behörden, genau das in Erfahrung zu bringen. Indem die griechische Regierung sämtliche Berichte über Angriffe auf Migranten als türkische Propaganda abtut, macht sie eine Aufklärung des Sachverhalts jedoch unmöglich.

Saba Khan wischt in dem Restaurant in Istanbul durch die Fotos auf ihrem Handy. Sie hat eine Anwältin beauftragt, den Fall weiterzuverfolgen, notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die Richter sollen schaffen, was die Politik verweigert: Gerechtigkeit für Muhammad Gulzar.

Mitarbeit: Usman Mahar

A
l
i
q
u
a
m

l
o
r
e
m

a
n
t
e

Roland Bergers späte Reue

Er ist Deutschlands bekanntester Unternehmensberater. Seine Stiftung tut viel Gutes und vergibt einen Preis für Menschenwürde. Die Auszeichnung soll auch an Bergers Vater erinnern, den der Junior lange zum Nazi-Opfer stilisierte. In Wahrheit war Georg Berger früh NSDAP-Mitglied, hoher Funktionär in der Hitler-Jugend und Profiteur von Arisierungen. Jetzt stellt sich Roland Berger der Wahrheit.

Von Sönke Iwersen, Andrea Rexer, Marina Cveljo, Hans-Peter Siebenhaar, Isabelle Wermke, Handelsblatt, 18.10.2019

Es ist ein Preis, der Roland Berger besonders am Herzen liegt: Eine Million Euro hat die Stiftung des profiliertesten deutschen Unternehmensberaters dafür ausgelobt, außerordentliche Verdienste um den Schutz der Menschenwürde auszuzeichnen. Mit der Verleihung will Roland Berger seit 2008 auch an jenen Mann erinnern, den er stets als sein moralisches Vorbild bezeichnete: Georg Berger, seinen Vater.

Wenn Berger ruft, kommen alle. Der mittlerweile 81-Jährige prägte die deutsche Wirtschaft und verfügt über ein Netzwerk der Sonderklasse. Schirmherren des Roland Berger Preises waren schon die Bundespräsidenten Christian Wulff und Horst Köhler, in der Jury saßen der ehemalige Außenminister Joschka Fischer, der frühere Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, und Friedensnobelpreisträger Kofi Annan. Wenn am kommenden Montag in Berlin der achte Roland Berger Preis für Menschenwürde vergeben wird, ist Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble der Festredner.

Viel Freund, viel Ehr - vor allem, wenn man eines bedenkt: Bergers Vater war nicht das aufrechte Nazi-Opfer, zu dem ihn sein Sohn in zahlreichen Interviews stilisierte. Ganz im Gegenteil: Berger senior war ein Profiteur des Hitler-Regimes.

13 Jahre lang gehörte Georg Berger der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) an. Er arbeitete als oberster Finanzchef der Hitler-Jugend, wurde 1937 von Adolf Hitler zum Ministerialrat ernannt, leitete später als Generaldirektor ein „arisiertes“ Unternehmen in Wien und wohnte in einer von ihren jüdischen Eigentümern beschlagnahmten Villa.

Das Handelsblatt recherchierte diese Details in monatelanger Arbeit. Konfrontiert mit den Ergebnissen, kam von Berger kein Dementi. Er engagierte den bekannten Historiker Michael Wolffsohn, einen Experten für deutsch-jüdische Geschichte. Gemeinsam sprachen sie nun vor wenigen Tagen erstmals über das wahre Gesicht von Georg Berger. Die bittere Bilanz seines Sohnes: „Wenn Sie so wollen: Ja, dann war es wohl ein ungewollter 'tragischer Selbstbetrug', den ich mir da habe zuschulden kommen lassen.“ (siehe Interview auf Seite 50)

Die deutsche Geschichte bleibt komplex - und die Aufarbeitung zeitigt auch im Jahr 2019 vielerlei Facetten. Erst fünf Monate ist es her, dass die Keks-Erbin Verena Bahlsen mit ihren Worten zur NS-Geschichte ihres Familienunternehmens Empörung auslöste. „Bahlsen hat sich nichts zuschulden kommen lassen“, sagte die Urenkelin des Gründers Hermann Bahlsen, obwohl das Unternehmen in der NS-Zeit mehr als 200 Zwangsarbeiter beschäftigte. Kurz danach entschuldigte sie sich. Nun soll ein unabhängiger Historiker das Thema aufarbeiten - so wie das auch andere Unternehmen wie etwa Dr. Oetker bereits unternahmen (siehe „Dunkle Ahnung“ auf Seite 49).

Verena Bahlsen war 26 Jahre alt, als sie sich mit einer einzigen Äußerung an der deutschen Vergangenheit verhob. Roland Berger ist 81 und erzählt seit fast zwei Dekaden, sein Vater sei Opfer der Nationalsozialisten gewesen.

Dabei hätte er es besser wissen können. Die Widersprüche im Leben seines Vaters scheinen zu offensichtlich. So stellt sich die Grundfrage: Handelte es sich um einen Fall tragischen Selbstbetrugs oder um bewusste Geschichtsklitterung?

Vergangenheitsbewältigung ist ein schwieriges Thema in Deutschland. Die NSDAP hatte einst mehr als sieben Millionen Mitglieder. Die Kinder der Nazis sprachen selten über Verbrechen und Schuld. „Die Ambivalenz zwischen der Liebe zu

den Eltern und dem Bewusstsein, die Eltern haben Unrecht getan, ist eine Zerreißprobe für die Kinder“, erklärt die Soziologin Uta Rüchel. „Eine Verschönerung der doch so anderen Realität ist kein Einzelfall.“

Das gilt auch für diejenigen, zu denen andere aufblicken. Jahrzehntelang war Roland Berger die Nummer eins seiner Branche. Er beriet Wirtschaftsgrößen und Regierungen, lehrte an Universitäten, erhielt zahlreiche nationale und internationale Auszeichnungen (siehe „Doyen der Beraterbranche“ auf Seite 47). Nichts, was Georg Berger je getan haben mag, schmälert die Lebensleistung seines Sohnes. Doch was immer Roland Berger zur öffentlichen Verklärung seines Vaters trieb: Naivität wäre eine merkwürdige Antwort bei einem sonst so versierten Menschenkenner.

Roland Bergers erste öffentliche Sätze zum Papa stammen aus dem März 2003. Dem Berliner „Tagesspiegel“ sagte er damals, sein Vater sei zwar NSDAP-Mitglied gewesen, aber noch vor Kriegsbeginn „aus religiöser Überzeugung aus der Partei ausgetreten“. Im Laufe der Zeit dramatisierte Berger die Rolle seines 1977 verstorbenen Vaters immer mehr. 2012 rühmte er ihn in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“: „Unter Gefahr für sein Leben hat er gezeigt: Mit mir nicht.“

Es war eine bewegende Geschichte, die Berger erzählte. Aber sie stimmt nicht. Das Handelsblatt hat historische Zeitungsartikel ausgewertet, zahlreiche Archive durchforstet und Georg Bergers Personal- sowie seine Strafakte studiert. Er war nicht der Mann, den sein Sohn beschrieb.

Georg Berger kam am 12. September 1893 in Würzburg zur Welt. Er lernte den Kaufmannsberuf, wurde im Januar 1911 Lagerbuchhalter in Kulmbach. Berger kämpfte im Ersten Weltkrieg und wurde am Arm verwundet. Nach Kriegsende arbeitete er frei für verschiedene Firmen, wurde im November 1922 Direktor der Tiroler Industriewerke; von 1927 bis 1934 war er selbstständiger Steuerberater und Treuhänder. Anschließend widmete er seine Arbeitskraft ganz der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

All das geht aus dem Personalfragebogen der Reichsleitung der NSDAP vom 22. September 1935 hervor, unterschrieben von Georg Berger selbst. Sein Sohn sagte später, Berger sei 1933 auf Anraten des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht in die

NSDAP eingetreten. „Er glaubte wohl auch, dass die Partei etwas Positives bewirken könnte“, so Berger junior gegenüber dem „Rotary Magazin“, das ihn weiter zitierte: „Nach der Reichskristallnacht 1938 wurde ihm klar, wohin das Ganze führen würde, nämlich in den Holocaust. Konsequent, wie er war, ist er deshalb schnell aus Hitlers Partei ausgetreten.“

Das stimmt nicht. Georg Berger trat schon zwei Jahre früher in die NSDAP ein - am 1. Juni 1931 - und zahlte seine Mitgliedsbeiträge bis September 1944. Im April 1934 wurde Berger Revisor in der Reichsleitung der NSDAP. Am 24. Februar 1935 leistete er im Münchener Bürgerbräukeller seinen Eid auf den Führer: „Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Am 10. Januar 1936 stieg Berger zum Reichskassenverwalter der Hitler-Jugend auf. Im November 1937, als sein Sohn Roland zur Welt kam, war der Vater oberster Finanzchef des Nazi-Nachwuchses, außerdem Verbindungsführer zu den Spitzenbehörden. Berger führte eine Dienstpistole mit sich, eine Walther PPK, Kaliber 7,65. Seine Gesinnung verewigte er im Vorwort des Buchs „Verwaltungs-Dienstvorschriften für NSDAP-Hitler-Jugend“. Als Berger am 30. September 1939 aus seinen Ämtern schied, gab er gesundheitliche Gründe an. Er beantragte ein Dankschreiben von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß - und bekam es auch.

Das Handelsblatt bat Roland Berger vor einem Monat zum Gespräch. Wie kam er darauf, dass sich sein Vater 1938 unter Lebensgefahr mit dem Hitler-Regime anlegte, wenn Georg Berger doch in Wirklichkeit Spitzenfunktionär der NSDAP war und blieb? Am 11. Oktober lud der Unternehmensberater in sein Büro in der feinen Münchener Maximilianstraße. An seiner Seite: Michael Wolffsohn. Der jüdische Historiker soll gemeinsam mit dem Historischen Institut der Universität Potsdam die Rolle von Bergers Vater in der NS-Zeit aufarbeiten. Schon jetzt, sagte Wolffsohn im Gespräch, sei eines klar: „Georg Berger war in der Tat Profiteur des NS-Systems.“

Roland Berger erzählte an jenem Nachmittag in München, dass er bislang das Gegenteil geglaubt habe, die Opfergeschichte: „Mir schien das alles plausibel“, sagte Berger. „Insofern gab es in mir keinerlei Zweifel.“

Das Bild von seinem Vater wurde mit den Jahren sogar immer vorteilhafter. Im November 2008 hob er seine Idealisierung auf eine neue Ebene: Die Roland Berger Stiftung entstand. Ausgerüstet mit 50 Millionen Euro Kapital aus Bergers Privatvermögen sollte sie sich für eine gerechtere Chancenverteilung in der Gesellschaft einsetzen. Außerdem lobte seine Stiftung den Roland Berger Preis für Menschenwürde aus. „Das geht auf meinen Vater zurück, einen überzeugten Christen“, erklärte Berger später der „Süddeutschen Zeitung“.

Bergers gute Taten blieben nicht unbemerkt. Am 15. November 2008 verlieh ihm das Jüdische Museum in Berlin den Preis für Verständigung und Toleranz. Die Jury um Museumsdirektor Michael Blumenthal postulierte: „Sein Engagement für Menschenrechte und Bildung begründet Roland Berger auch mit den Erfahrungen seiner Familie im nationalsozialistischen Regime. Sein Vater hatte sich öffentlich von der NSDAP distanziert und war 1944 verhaftet worden.“

Bergers bewusste oder unbewusste Lebenslüge erhielt damit ein moralisches Siegel, das niemand mehr hinterfragte. Alle deutschen Medien, das Handelsblatt eingeschlossen, glaubten ihm die Heldengeschichten seiner väterlichen Lichtgestalt in dunkler Zeit aufs Wort. Besonders treuherzig gab sich ein Magazin aus Hamburg.

„Exklusiv für ‚Manager Magazin' hat der Erste Ratgeber der Republik sein Privatarchiv geöffnet und in etlichen Gesprächen eine Lebensbilanz gezogen“, schrieb die Redaktion in ihrer Titelgeschichte im November 2008. Als Kind habe Berger „miterlebt, wie entwürdigend der Vater im Dritten Reich behandelt wurde“.

Aufmüpfig sei sein Vater gewesen. Standhaft habe sich der Tiefgläubige gegen das Drängen der Nazis geweigert, er solle aus der Kirche austreten. Reichsjugendführer Baldur von Schirach habe gar verboten, Roland Berger zu taufen. Seine Eltern hätten sich nicht daran gehalten. Georg Berger habe sich als Geldverwalter geweigert, antireligiöse Veranstaltungen zu finanzieren. „Um ihn umzustimmen, bot man ihm den Posten eines Ministerialrats an“, hieß es in dem

Artikel. Dabei hatte Hitler Georg Berger schon am 20. April 1937 zum Ministerialrat ernannt - sieben Monate vor Roland Bergers Geburt.

Es gab viele solcher Widersprüche, wenn Berger über seinen Vater sprach. Niemand fragte nach. In der Hamburger Erzählung der Lebensgeschichte von Georg Berger ging er im totalitären Regime aufrecht seinen Weg. „Berger verzichtete auf die vermeintliche Karriere und wechselte im Mai 1939 wieder in die freie Wirtschaft“, schrieb das „Manager Magazin“. Und weiter: „Er stieg zum Generaldirektor der Ankerbrot-Werke auf, der größten Brotbäckerei Österreichs. ... Berger war mit einem klassischen Saniererjob beauftragt worden. Er sollte die Ankerbrot-Werke entschulden, die Verluste minimieren und die Eigentumsverhältnisse ordnen.“

Freie Wirtschaft? Klassischer Saniererjob? Ankerbrot wurde 1891 von den jüdischen Brüdern Heinrich und Fritz Mendl gegründet. 1938 beschlagnahmte der Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens ihr Unternehmen, die Familie Mendl flüchtete in die Schweiz, später in die USA und nach Neuseeland. Auf diese Weise „arisiert“, kam die Großbäckerei in öffentliche Zwangsverwaltung.

Dass Georg Berger Generaldirektor von Ankerbrot werden konnte, hatte System. „Führungskader der Hitler-Jugend wurden in Nazi-Deutschland bevorzugt behandelt“, erklärt der NS-Historiker Michael Buddrus. Einzelheiten regelte eine Verfügung von Hitlers Stellvertreter Heß. Diejenigen HJ-Führer, die einen anderen Beruf ergreifen wollten, waren „von allen Parteidienststellen in dem Bestreben zur Erlangung einer angemessenen Stellung zu unterstützen“.

Und Berger senior wurde unterstützt. Der frischgebackene Chef zog von Berlin nach Wien, wohnte zehn Monate lang im Hotel Erzherzog Rainer. Dann machten ihm die Nazis eine Villa frei.

Das Anwesen in der Sternwartestraße 75 schmückt Wien noch heute. Es liegt im Cottage-Viertel, Anfang des 19. Jahrhunderts als Domizil für Beamte, Lehrer und Offiziere entworfen. Später siedelten sich hier Künstler an, zwei Häuser entfernt wohnte bis 1931 der Schriftsteller Arthur Schnitzler. Hinter der opulenten Villa, in die Familie Berger kurz vor Weihnachten 1941 einzog, lag im großen Garten ein Teich,

erzählte Roland Berger später Journalisten. Hier lernte er im Winter als Dreikäsehoch das Schlittschuhlaufen.

Die Bergers hatten viel Platz. Ein Grundriss der Villa zeigt zwei Wohnzimmer, einen Speisesaal, ein Damen- sowie ein Herrenzimmer, zwei Kinder- und ein Kinderspielzimmer. Auf dem Dachboden gab es zwei Zimmer für Diener, eines für Gäste, eines zum Bügeln und ein Bedenkzimmer.

Die rechtmäßigen Eigentümer des Anwesens hießen Heinrich und Laura Kerr. Am 10. November 1938 nahmen Gestapo-Beamte dem damals 74 und 76 Jahre alten jüdischen Ehepaar sämtliches Bargeld ab, ihre Versicherungspolicen, Halsketten, Uhren, ja sogar Manschettenknöpfe und Krawattennadeln. Später beschlagnahmten die Nazis auch ihre Villa. Die Kerrs wurden ausgebürgert - wie viele Juden aus dieser Nachbarschaft.

In ihre Häuser zogen in der Regel ranghohe Nationalsozialisten. Die Sternwartestraße 75 wurde dem „arisierten“ Unternehmen Ankerbrot zugeschlagen, die Villa diente fortan als „Dienstwohnung“ für ihren Generaldirektor. Georg Berger ließ sich von seinem Aufsichtsrat ein Vorkaufsrecht einräumen. Die Haushälterin der Kerrs durfte bleiben; sie war arischer Abstammung.

Roland Berger hat all dies nie erwähnt, wenn er über seinen Vater sprach. Dabei sprach er viel. „Bis heute ist mein Vater für mich ein moralisches Vorbild. Er steht für Anstand und Mut“, sagte Berger dem „Focus“ im Juli 2012. Dem „Rotary Magazin“ sagte er im August 2015: „Wenn mein Vater etwas tat, war er davon auch überzeugt. Er war ein ernsthafter Überzeugungstäter.“

Im Frühjahr 1941 veranstalte Ankerbrot einen „kameradschaftlichen Gefolgschaftsabend“ in den Wiener Sofiensälen. Es war ein symbolträchtiger Ort. Im Mai 1926 gründete sich dort die NSDAP in Österreich, ab 1938 waren die Sofiensäle eine Sammelstelle für die zur Deportation bestimmten Juden. Genau hier führte SA-Obergruppenführer Alfred Proksch Berger in die Firma und Wiens Gesellschaft ein.

Proksch war ein Nazi der ersten Stunde. Er hatte die NSDAP in Österreich mit aufgebaut und verlor über seine glühende Verehrung für Hitler sogar seine Staatsbürgerschaft. Als die NSDAP 1933 in Österreich verboten wurde, floh Proksch

nach Deutschland. 1938 kehrte er in seine inzwischen von Hitlers Truppen besetzte Heimat zurück und wurde Gruppenführer der Sturmabteilung (SA).

Am 15. März 1941 trat Proksch in den Sofiensälen vor die Ankerbrot-Belegschaft. Er war nun Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP und Präsident des Landesarbeitsamtes Wien. Wenn dieser Mann einen neuen Chef vorstellte, wusste jeder der 2000 anwesenden Mitarbeiter, wie er Georg Berger einzuschätzen hatte.

Knapp ein Jahr später kam Berger erneut in die Sofiensäle. Am 2. Februar 1942 berichtete das „Neue Wiener Tagblatt“ von einem „Gefolgschaftsabend der Ankerbrotfabrik“, der dort am Samstag zuvor stattgefunden hatte. Ein Ballett tanzte, Kunstradfahrer führten ihr Können vor. „Auch die glänzenden Leistungen zweier Musikkapellen trugen dazu bei, dass von allem Anfang an unter den Anwesenden eine glänzende Stimmung herrschte“, schrieb die Zeitung. Berger sprach die Begrüßungsworte. Das Motto des Abends: „Die Front der Heimat grüßt die Front im Feld“.

In der Erinnerung seines Sohnes fand diese Nazi-Idylle nicht statt - im Gegenteil. Nachdem sein Vater nach der „Reichskristallnacht“ 1938 aus der NSDAP ausgetreten sei, so erzählte Roland Berger der „Süddeutschen Zeitung“, „hatten wir alle sechs bis acht Wochen die Gestapo im Haus. Die Gestapo kam auch noch, nachdem wir 1941 nach Wien gezogen waren ... Die haben alles durchsucht, bis zum Kohlenkeller, um etwas gegen meinen Vater zu finden. Das ging bis ins Lächerliche. Uns hat mal eine Bäuerin aus Egglkofen, dem Heimatort meiner Mutter, eingelegte Eier geschickt. Die haben sie 1942 als Vorwand genommen, um meinen Vater das erste Mal zu verhaften.“

War es so? Dem Handelsblatt liegt die Handakte des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof Wien von 1943 vor. Im Frühjahr des Vorjahres gab es demnach mehrere Anzeigen gegen Georg Berger, eine stammte vom Verkaufsleiter der Ankerbrot. Der war zum Kriegsdienst eingezogen worden und beschwerte sich, dass der daheim gebliebene Generaldirektor in seiner „Judenvilla“ in Saus und Braus lebte, während überall Lebensmittel und Kleidung rationiert waren.

Einzelheiten schildert ein Polizeibericht vom 20. Juni 1942. Berger habe seine Villa „mit einem unerhörten, in einem krassen Widerspruch zu den durch die Kriegslage gebotenen Sparmaßnahmen stehenden Aufwand“ ausgebaut, stand dort zu lesen. 22 seiner Mitarbeiter verbrachten demnach mitten im Krieg 3724 Arbeitsstunden damit, Bergers Prachtbau zu verschönern. Zwar warnte der Werksleiter der Ankerbrot, dass dadurch der Betrieb litt. Er habe aber „die Zurückziehung der Arbeiter von den Adaptierungsarbeiten nicht erreichen können“.

Die Kosten der Umbauten veranschlagten die Beamten mit 80.000 Reichsmark. Das entspräche einer heutigen Kaufkraft von mehr als 300.000 Euro. Berger zahlte davon laut Unterlagen ein Zehntel, das Unternehmen den Rest. Eigentlich hätte das Projekt einer Genehmigung des Arbeitsamts und der Gemeindeverwaltung bedurft, kritisierten die Polizisten. Berger habe die Vorschrift umgangen, indem er die Umbauten als „geringfügig“ deklarierte. Im Bericht wurde dies als „bewusste Täuschung“ festgehalten.

Die NS-Beamten werteten Bergers Aktivitäten als Kriegswirtschaftsverbrechen und leiteten ein Verfahren ein. Berger habe durch sein Verhalten als Betriebsführer das Ansehen der NSDAP geschädigt. Fast jeden Tag brachte laut den Ermittlungen ein Mitarbeiter „drei bis vier Kilo feine Backwaren“ ins Haus, ohne dass Berger dafür die vorgesehenen Lebensmittelmarken abgab. 3850 Kilogramm Heizmaterial, das „nur für den lebenswichtigen Betrieb der Firma bestimmt war“, soll Berger privat verfeuert haben.

Am 3. April 1942 beschlagnahmte die Gestapo 68 Eier, einen Topf mit zehn Kilogramm Talg, siebeneinhalb Stangen Butterschmalz und viereinhalb Kilogramm Schokolade in Bergers Villa. Das Horten von Nahrungsmitteln stand unter Strafe. Am 16. Juni 1942 rückte die Gestapo erneut an und fand laut Protokoll 18 in einem Weinregal gelagerte, mit Butterschmalz gefüllte Flaschen, 30 Kilogramm Würfelzucker, 45 Flaschen Fruchtsäfte, 50 Kilogramm Bienenhonig sowie mehr als 300 Flaschen Sekt und Wein. Außerdem habe Berger in seiner Villa 130 Pakete Waschpulver, acht Kilo Kernseife sowie Möbel- und Kleiderstoff in rauen Mengen gebunkert.

Berger sagte später aus, er habe die Lebensmittel und Spinnstoffe kurz vor dem Krieg erworben. Bergers Ehegattin Thilde dagegen antwortete bei ihrer Befragung, sie habe das Butterschmalz 1941 von Verwandten erhalten - zwei Jahre nach Kriegsbeginn.

Die NS-Beamten stuften Berger nicht nur als Dieb ein, sondern auch als Betrüger. Er habe nach der ersten Durchsuchung das Butterschmalz in Weinflaschen umfüllen lassen, um die Polizei zu täuschen. Im Juli 1942 musste Berger den Vorstand der Ankerbrot AG verlassen. Seine Dienstvilla räumte er trotzdem nicht.

Roland Bergers Vater wurde nun tatsächlich zum Widerständler. 24 Monate lang verteidigte er seinen Prachtbau mit 600 Quadratmetern Ziergarten gegen die Nazis. Auskunft über seinen Kampf gibt das Staatsarchiv Wien.

Nach den dort verwahrten Unterlagen war die Traumimmobilie in der Sternwartestraße unter Nazi-Führern heiß begehrt. Berger hatte früh zugegriffen, 1942 wollte Alfred Proksch sie haben. Kaum war Berger bei Ankerbrot entlassen, meldete sich der Gauleiter bei der Wiener Verwaltung. Er beabsichtige, die Luxusvilla als Dienstwohnung in Anspruch zu nehmen, schrieb Proksch. Das Problem: Berger saß noch drin.

Er hatte gut verhandelt. Zwar zahlte er jeden Monat 305 Reichsmark an den Verwalter der Villa. Dieser Spottpreis deckte aber kaum die Grundsteuer und Betriebskosten. Während der Generalstaatsanwalt dem Landgericht Wien einen dringenden Tatverdacht gegen Berger wegen Kriegswirtschaftsverbrechen meldete, verwies Georg Berger auf seinen Mietvertrag: Darin war eine Kündigung nicht vorgesehen.

Unter totalitärer Herrschaft stritt sich Berger mit den Nazis um Vertragsklauseln. Weil er die Villa 1941 kaufen wollte, blieb ein mögliches Ende des Mietverhältnisses ungeregelt. Der Schriftverkehr zeigt, wie Berger die Nazi-Behörden ausmanövrierte: Man müsse ihm wohl eine Ersatzwohnung zur Verfügung stellen, schrieb der Präsident des Landesarbeitsamts am 16. Februar 1943 in einem Vermerk. Doch entweder fand sich keine, oder Berger gefielen sie nicht. Ein Jahr später wohnte der Ex-Generaldirektor noch immer in der Sternwartestraße 75. Proksch beschwerte sich

beim Staatsrat, er könne sich „nicht denken, dass diese doch an sich einfache Übertragung eines im Reichsbesitz stehenden Gebäudes“ so schwierig wäre.

Im Mai 1944 ging die Villa zwar in den Besitz des Reichsarbeitsministeriums über. Doch selbst als ein Vertreter des Gauarbeitsamts am 13. Juni 1944 zum Besichtigungstermin vorbeischaute, hielt Berger die Stellung. Erst später im gleichen Jahr setzten ihn die Nazis auf die Straße. Der Ausgang seines Verfahrens wegen Kriegswirtschaftsverbrechen ist unklar. Im zweiten Halbjahr 1944 wurde Berger offenbar aus der NSDAP ausgeschlossen.

Roland Berger fasste den Abstieg seines Vaters ganz anders zusammen: „Politische Verfolgung und Krieg haben meinen Vater sehr verändert. Vorher war er ein wohlhabender, geachteter Unternehmer gewesen ... Wegen Verschwörung gegen die NSDAP wurde er erstmals 1942, endgültig 1944 verhaftet. Man schickte ihn 1945 an die Ostfront, wo er in russische Kriegsgefangenschaft geriet.“ Manchen Medien erzählte Berger auch, sein Vater sei vor dem letzten Kriegseinsatz ins Konzentrationslager Dachau gekommen.

Das Handelsblatt hat alle Registerstellen gefragt, die dies bestätigen könnten. Die KZ-Gedenkstätte Dachau hat keinen Eintrag zu Georg Berger. Das International Center on Nazi Persecution in Bad Arolsen, dessen Kartei 50 Millionen Hinweise zu 17,5 Millionen Verfolgten der NS-Zeit umfasst, fand keine einzige Karte zu seiner Person. Dasselbe beim Bundesarchiv Berlin Lichterfelde, dem Militärarchiv Berlin, dem Staatsarchiv Amberg, dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv, dem Staatsarchiv München, dem Staatsarchiv Würzburg, dem Wiener Stadt- und Landesarchiv sowie dem Österreichischen Staatsarchiv. Nirgendwo gibt es Unterlagen, die Georg Berger als Insassen in Dachau, Justizopfer der Nazis oder Kriegsgefangenen der Sowjetunion identifizieren.

Für seine Taten und Ämter musste sich Berger erst später verantworten. Am 21. Juli 1947 verurteilte ihn die Spruchkammer des Internierungslagers Regensburg als „Minderbelasteten“ in der NS-Zeit. Berger erhielt 500 Reichsmark Strafe und zwei Jahre Haft auf Bewährung. In dieser Phase durfte er kein Unternehmen leiten, nicht

selbstständig arbeiten oder als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunkkommentator tätig sein.

Berger hatte ein Entnazifizierungsverfahren durchlaufen - so wie Millionen andere Deutsche. 95 Prozent aller Untersuchten wurden dabei von jeder Schuld entlastet, als „Mitläufer“ eingestuft oder blieben aus sonstigen Gründen ungestraft. Nur 0,05 Prozent galten anschließend als „Hauptschuldige“. 0,63 Prozent waren „schuldige Belastete“. In Bergers Kategorie der „Minderbelasteten“ landeten 4,1 Prozent der Untersuchten.

Historiker betrachteten später diesen Versuch der Vergangenheitsbewältigung der alliierten Siegermächte als problematisch. „Es wurde bei den Entnazifizierungsprozessen viel gelogen. Oft halfen Verwandte, Freunde oder Personen, die in Abhängigkeit zu den Beschuldigten standen, und stellten ihnen Persilscheine aus“, erläutert NS-Forscher Helmut Rönz. „Auf die Einordnung in die Kategorie Minderbeteiligter kann man sich nur schwer verlassen.“

Georg Bergers Entnazifizierungsakte scheint dies zu bestätigen. Angesichts seiner Ämterhäufung und Ranghöhe in der NSDAP sei er als Hauptschuldiger einzustufen, vermerkten die Richter. Zahlreiche Zeugen hätten aber zu seiner Entlastung ausgesagt. Demnach sei Berger „nur auf dem Papier“ Ministerialrat gewesen und habe später bei der Ankerbrot Fabrik „sofort den Kampf gegen die von der Partei betriebene Korruption aufgenommen“. Zudem habe er sich „gegen die von der Partei und Gestapo betriebene Arisierung des Unternehmens gewendet“.

Beweise dafür fehlen in der Akte. Während kein anderes Archiv Unterlagen zu Bergers angeblichem Widerstand gegen die Nazis, seiner Verurteilung oder seiner Kriegsgefangenschaft findet, wurde ihm dies von den Richtern der Spruchkammer in Regensburg offenbar einfach geglaubt. Aus dem Urteil: „Die Kammer ist zu der Überzeugung gekommen, dass der Betroffene nach dem Maß seiner Kräfte Widerstand geleistet und dadurch Schaden erlitten hat.“

Opportunismus und eine Karriere in der NSDAP führten nicht zu einer Haftstrafe. Berger allerdings empfand auch die Einstufung als Minderbelasteter noch als zu hart. Er ging in Berufung. Der Kassationshof im Bayerischen Staatsministerium

für Sonderaufgaben akzeptierte dann seine „politische Verfolgung von 1944“, bestätigte am 22. Juli 1948 aber die Einschätzung der ersten Instanz: Berger hatte „die NSDAP durch seine Tätigkeit wesentlich gefördert“.

Georg Berger wollte das Urteil nicht wahrhaben. Das Gerechtigkeitsempfinden seines Vaters war nach der Entnazifizierung auf ewig gestört, erzählte sein Sohn im Jahr 2008 dem „Manager Magazin“. Der „Süddeutschen Zeitung“ sagte er noch im vergangenen Jahr: „Es war schon sehr schwer für ihn - auch die Tatsache, dass er von den Amerikanern ausgerechnet in Dachau inhaftiert wurde.“

Georg Berger war nie in Dachau. Sein Internierungslager befand sich 120 Kilometer nördlich - in Regensburg. Die Lebensbedingungen dort waren zweifellos hart. Ein Vergleich der Kalorienwerte der Lagerverpflegung mit denen der Nahrungsrationen in der amerikanischen Besatzungszone zeigt allerdings, dass die Insassen teils besser versorgt waren als die Zivilbevölkerung. Die Häftlingszeitung „Der Lagerspiegel“ zeugt auch von einem reichhaltigen Kulturbetrieb - inklusive „Kabarett, Konzerten und Kasperletheater“.

Trotzdem, so klagte Roland Berger später, war die Strafe für seinen Vater zu viel. „Aus dem Helden meiner Kindertage war ein Mann geworden, der auf eine faire Chance in seinem Leben nicht mehr hoffte.“ Mühsam habe sich der Vater eine neue Existenz als selbstständiger Handelsvertreter aufgebaut. „Doch richtig Großes stellte er im Geschäftlichen - früher seine große Leidenschaft - nicht mehr auf die Beine.“

Ganz anders der Sohn: Roland Berger machte sich in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Wirtschaft einen Namen wie kaum ein anderer. Am Montag vergibt seine Stiftung den Roland Berger Preis für Menschenwürde 2019. Die Bühne der Feier wird das Jüdische Museum in Berlin.

INTERVIEW

„Schmerzhafte Zweifel“

Der Unternehmensberater Roland Berger und der jüdische Historiker Michael Wolffsohn sprechen über die dunklen Seiten des Berger-Vaters Georg und die Frage: Geht es hier um bewusste Schönfärberei oder einen tragischen Fall von Selbstbetrug?

Sönke Iwersen, Andrea Rexer, Thomas Tuma, Handelsblatt, 18.10.2019

Es ist kein normales Interview, dem sich Roland Berger am 11. Oktober in den lichtdurchfluteten Räumen seines Münchener Büros hoch über der Maximilianstraße stellt. Der 81-Jährige ist auch nicht allein gekommen: Ellen Daniel, die Kommunikationschefin seiner Stiftung begleitet ihn, außerdem eine zweite PR-Beraterin und der renommierte Historiker Michael Wolffsohn.

Die Vorbereitung hat einen Grund. Heute geht es nicht um die üblichen Themen, die man mit der Unternehmensberater-Legende leidenschaftlich diskutieren kann: Europa, Brexit-Angst, Prognosen für die Weltwirtschaft. Diesmal ist Berger selbst das Thema - und vor allem sein Vater Georg.

Handelsblatt: Herr Berger, viele Jahre lang haben Sie in Interviews immer wieder und ausführlich über Ihren Vater gesprochen, den Sie als Nazi-Opfer beschrieben. Nun zeigen Handelsblatt-Recherchen: Georg Berger war in der NS-Zeit ein Profiteur des Regimes. Wie erklären Sie diese Diskrepanz?

Roland Berger: Ich kann zunächst mal nur sagen: Das Bild, das ich bislang von meinem Vater hatte, stammt aus seinen eigenen Erzählungen, aus den Erinnerungen meiner Mutter und den Berichten von Verwandten und Freunden, die ihn aus der Nazizeit kannten und uns oft besuchten, nachdem er aus russischer Gefangenschaft wieder zu Hause war. Mir schien das alles plausibel. Ich habe ja zum Beispiel erlebt, wie etwa die Gestapo unser Haus in Wien zwischen 1942 und 1944 immer wieder durchsucht hat. Klar, damals war ich noch ein kleiner Steppke, der die

Gesamtzusammenhänge nicht deuten konnte. Aber die Bilder der Gestapo-Schergen in unserem Haus sind mir tief in der Erinnerung geblieben.

Handelsblatt: Welche konkreten Erinnerungen haben Sie noch an Ihren Vater?

Berger: Am 12. September 1944 bin ich beispielsweise mit meiner Mutter und meiner Schwester im Münchener Hauptquartier der Gestapo im Wittelsbacher Palais gewesen, wo ich meinem Vater ein paar Gedichte aufsagen durfte zu seinem Geburtstag. Dann mussten wir schnell wieder gehen. Mein Vaterbild saß ziemlich fest, bis Ihr Anruf und die ersten Andeutungen über die Hintergründe es doch nachhaltig erschüttert haben.

Handelsblatt: Wie kam es überhaupt dazu, dass Sie erst vor rund 15 Jahren anfingen, das Leben Ihres Vaters in Interviews zu thematisieren?

Berger: Zu meinem 70. Geburtstag im Jahr 2007 wollte der Econ-Verlag eine Autobiografie von mir veröffentlichen.

Handelsblatt: Die ersten Interviews zu ihm gaben Sie aber schon 2003. Starteten die Vorarbeiten so früh?

Berger: Um die Zeit herum habe ich angefangen, über die Gründung einer Stiftung nachzudenken und mich so auch mit meiner Lebens- und Familiengeschichte zu beschäftigen. Die vom Verlag bestellte Autorin hat jedenfalls erstmals eigene Recherchen angestellt, deren Ergebnisse sich mit meinen Erkenntnissen weitgehend deckten...

Handelsblatt: ... und die davon ausgingen, dass Ihr Vater zum Beispiel nach der sogenannten „Reichskristallnacht“ 1938 sein NSDAP-Parteibuch zurückgab - aus Protest gegen die antisemitischen Exzesse damals? Dass er danach von der Gestapo

verfolgt wurde? Dass er angeblich sogar im Konzentrationslager Dachau inhaftiert war, wie Sie es häufig berichtet haben?

Berger: Ja, ich hatte zum damaligen Zeitpunkt keinen Grund, an meinem Bild von ihm wirklich zu zweifeln. Jetzt will ich es natürlich genau wissen. Und deshalb bat ich nach dem ersten Hinweis des Handelsblatts auch die Historiker Michael Wolffsohn und Sönke Neitzel, reinen Tisch zu machen und alles aufzuklären, was aufzuklären ist. Das soll in den nächsten Monaten lückenlos dokumentiert werden. Ich will die Wahrheit wissen - und dann auch mein Vaterbild verändern und meine früheren Äußerungen zurücknehmen, falls das nötig ist. Oft sind Dinge und Lebensgeschichten ja nicht nur schwarz oder weiß, sondern grau...

Handelsblatt: ... wobei Ihr Vater in Ihren Erzählungen ein gläubiger Christ und Gegner der Nazis war.

Berger: Wenn sich herausstellen sollte, dass ich falsche Dinge behauptet habe, bereue ich das aufrichtig - und werde es öffentlich richtigstellen.

Handelsblatt: Sie haben unter anderem in Interviews gesagt, Ihr Vater sei 1933 in die NSDAP eingetreten.

Berger: Nein, 1931.

Handelsblatt: Beide Zahlen haben Sie immer mal wieder genannt. Und das - falsche - Datum 1933 ist natürlich das schmeichelhaftere. Als die Nationalsozialisten einmal die Macht ergriffen hatten, strömten Millionen Deutsche in die NSDAP. Ihr Vater war früher dran.

Berger: Ja.

Handelsblatt: Sie erwähnten vorhin den Econ-Verlag, der Ihre Lebensgeschichte publizieren wollte. Warum ist dieses Buch, Ihre Autobiografie, eigentlich nie erschienen?

Berger: Das hatte nichts mit dem Dritten Reich zu tun.

Handelsblatt: Die Nazikarriere Ihres Vaters muss ja auch da schon eine Rolle gespielt haben.

Berger: Das Manuskript führte unter anderem etliche Klienten der Unternehmensberatung auf, denen wir als Berater auch im Nachhinein zur Vertraulichkeit verpflichtet sind. Dazu gab es unterschiedliche Auffassungen über Struktur und Sprachstil, es sollte ja in der Ichform erscheinen.

Handelsblatt: Unsere Recherchen ergaben unter anderem: Ihr Vater trat eben nicht 1938 aus Protest aus der Partei aus. Er arbeitete als oberster Verwaltungschef der Hitlerjugend und wurde 1937 von Adolf Hitler persönlich zum Ministerialrat ernannt. 1939 bat er Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß um ein Dankschreiben, das er auch erhielt.

Michael Wolffsohn: Ich beschäftige mich gemeinsam mit den Kollegen Neitzel und Scianna von der Uni Potsdam mit dem Fall erst seit zwei Wochen. Wir werden alles prüfen und dann bewerten. Sie haben da also einen enormen Vorsprung - aber bei den hier genannten Fakten recht. Was Herr Berger dazu in Interviews gesagt hat, kenne ich nur kursorisch. Zum Dankesschreiben von Heß: Berger bekam nicht das Prädikat „ehrenhalber“. Das ist relevant. Auch hier gilt es, das Wie und Warum genau nachzuprüfen. Quellen und Quellenkritik gehören für Historiker zusammen.

Handelsblatt: Aber Sie verstehen sicher, dass wir uns auch auf die Interviews von Roland Berger als Quelle stützen müssen.

Wolffsohn: Jede Quelle, erst recht NS-Quellen, bedürfen der Quellenüberprüfung.

Handelsblatt: Ab 1941 leitete Georg Berger das „arisierte“ Wiener Unternehmen Ankerbrot als Generaldirektor und lebte mit Frau und Familie fortan in einer hochherrschaftlichen Villa, die vorher ebenfalls einer jüdischen Familie gehörte.

Berger: In dieser Zeit haben viele Menschen Schuld auf sich geladen und aus Arisierungen Vorteil gezogen. Das war falsch und ist nicht zu rechtfertigen - auch wenn das Haus nicht auf meinen Vater übertragen wurde und er Miete zahlte.

Wolffsohn: Soweit sich das bisher feststellen lässt, war Georg Berger in der Tat Profiteur des NS-Systems. Das scheint klar. Dass er Täter gewesen sein soll, lässt sich nach derzeitigem Stand meiner Recherche nicht erkennen.

Berger: Damals war ich noch keine zehn Jahre alt. Wie hätte ich das alles richtig wissen, geschweige denn einordnen sollen?

Handelsblatt: Ihr Vater wurde damals in Wien von der NSDAP-Größe Alfred Proksch in sein Amt als Ankerbrot-Chef eingeführt. So eine Behandlung wird nicht gerade Systemgegnern zuteil.

Wolffsohn: Wir werden alle Details und Zusammenhänge sauber recherchieren und veröffentlichen.

Handelsblatt: Herr Berger, im April 1942 kam die Gestapo tatsächlich zu Ihnen nach Hause - allerdings aufgrund diverser Anzeigen wegen Verstößen gegen die Kriegswirtschaftsordnung. Es ging darum, dass Ihr Vater im großen Stil Lebensmittel gehortet haben soll.

Wolffsohn: Wobei Sie sicher wissen, wie ernst man viele dieser Gestapo-Akten nehmen kann. Das waren oft auch Instrumente der Denunziation.

Handelsblatt: Manche sind sicher ebenso kritisch zu sehen wie Entnazifizierungs-Unterlagen, die nach dem Krieg vielfach durch die Aussagen alter Freunde, Nachbarn und Verwandter geschönt wurden.

Wolffsohn: Beides stimmt.

Handelsblatt: Unser Fazit: Er erregte offenbar nicht aus politischen Gründen Anstoß, sondern aus ökonomischen. Im September 1942 musste er seinen Posten räumen, weigerte sich aber, die Dienstvilla zu verlassen. Wissen Sie, wie das Verfahren gegen ihn wegen Kriegswirtschaftsverbrechen ausging?

Wolffsohn: Glauben Sie mir, dass wir jeden Stein umdrehen und da keinerlei Rücksicht nehmen werden. Aber so weit sind wir einfach noch nicht. Qualität und Tiefe gehen vor Schnelligkeit. Da bitte ich um etwas Geduld.

Handelsblatt: Wir konnten zum Beispiel auch keinerlei Belege dafür finden, dass Georg Berger erst von den Nazis und später auch noch von den Amerikanern in Dachau inhaftiert gewesen sein soll, wie oft behauptet wurde. Ebenso wenig fanden wir Beweise dafür, dass der Vater an der Ostfront diente.

Wolffsohn: In der NS-Zeit war er offenbar nicht in Dachau. Er war definitiv nicht an der Ostfront in Polen oder der Sowjetunion. Was sonst verstehen Sie unter „Ostfront“?

Handelsblatt: Das müssen Sie besser Roland Berger fragen, der das in Interviews öfter erwähnte.

Wolffsohn: Georg Berger war als Soldat in Ost-Österreich. Das wissen wir recht sicher. Als Nicht-Historiker muss Roland Berger nicht mit der Fachterminologie vertraut sein. Als ich Ostfront las, hatte ich Berger'sche Kriegsverbrechen in der Sowjetunion befürchtet. Man muss bei diesem Thema methodisch von Worst-Case-Szenarien ausgehen. Dafür haben wir bislang keinerlei Hinweise. Ich will Roland

Bergers Sprachholper nicht verteidigen, aber er ist nun mal Laie auf dem Gebiet. Ein Laie, der seinen Papa verehrt hat.

Handelsblatt: Solche persönlichen Bande verstehen wir völlig. Andererseits hat er sich ja dann doch über 15 Jahre lang sehr detailliert zu diesem Vater und dessen vermeintlichen Opferrolle geäußert.

Wolffsohn: Ich denke, darin sind wir uns einig: Vater Berger war kein Opfer.

Handelsblatt: Mit Verlaub: Hätte man das nicht viel früher merken können, ja: müssen?

Berger: Ich kann nur noch mal wiederholen: Es erschien mir - gerade aufgrund eigener Erlebnisse - alles plausibel. Insofern gab es in mir keinerlei Zweifel, die einen Umdenkungsprozess hätten in Gang setzen können.

Handelsblatt: Sie haben Ihren Vater sogar als „moralisches Vorbild“ bezeichnet. Würden Sie diese Einschätzung mit dem heutigen Wissen noch aufrechterhalten?

Berger: In diesem Zusammenhang sicher nicht mehr, auch wenn ich noch andere Dinge mit ihm erlebt habe, die mir bis heute vorbildlich erscheinen.

Handelsblatt: Wie oft haben Sie ihn nach dem Krieg eigentlich noch gesehen?

Berger: Nach dem Krieg sah ich ihn erst nach seiner russischen Gefangenschaft wieder. Er kehrte als gebrochener Mann zurück. Der Kontakt zu ihm war in den Wiener Jahren am intensivsten. Er hatte ja Arbeitsverbot. Später habe ich ihn noch an den Wochenenden getroffen. Gestorben und begraben ist er in Egglkofen, der Heimat meiner Mutter.

Handelsblatt: Wann?

Berger: Er ist 1977 gestorben, im Alter von 84 Jahren.

Handelsblatt: Was hat Ihr Vater nach dem Krieg zunächst gemacht?

Berger: Er hat sich ein paar Jahre als Handelsvertreter versucht. Aber ganz ehrlich: Es ging ihm erbärmlich. Er durfte ja keine Führungsaufgaben mehr übernehmen.

Handelsblatt: Auch das hätte Sie stutzig machen können.

Berger: Wir werden noch aufarbeiten lassen, wofür er in russische Gefangenschaft kam und später noch von den Amerikanern interniert wurde. Man muss ja auch erst mal an die Unterlagen kommen.

Handelsblatt: Sie vergeben seit 2008 alljährlich einen „Preis für Menschenwürde“ - auch im Gedenken an Ihren Vater, wie Sie zum Beispiel bei der Gründung der Stiftung erklärt haben.

Berger: Also, in der Stiftungssatzung steht das nicht. Da geht es nur um den Schutz und die Förderung der Menschenwürde weltweit und das Gedenken an das Unrecht, auch während Nazizeit und Holocaust.

Handelsblatt: Wir wollen den Preis gar nicht infrage stellen. Der Stiftungszweck ist höchst ehrenwert. Aber Sie haben am 27. März 2008 bei der Übergabe der Stiftungsurkunde eine Rede gehalten, in der Sie auf das Schicksal Ihres Vaters eingegangen sind. Geht es da nicht womöglich auch um Irreführung der Öffentlichkeit?

Berger: Das kann ich so nicht sehen. Ich habe den Lebensweg meines Vaters nach bestem Wissen und Gewissen beurteilt. Heute bin ich klüger - auch durch die neuen Fakten und Dokumente. Aber eine Irreführung war nie meine Absicht. Warum sollte ich das auch tun?

Handelsblatt: Ihr Preis wurde erstmals am 24. November 2008 vergeben. Neun Tage vorher erhielten Sie vom Jüdischen Museum in Berlin den Preis für Verständigung und Toleranz. Im April 2013 wiederum erhielt dieses Museum den Roland Berger Preis.

Wolffsohn: So linear und monokausal sind doch solche Beziehungen nicht. Roland Berger wird von der jüdischen Gemeinschaft nicht als Initiator eines Preises gesehen, sondern als Mensch, der sich vieler Verdienste rühmen darf. Das Jüdische Museum war und ist übrigens nicht Repräsentant der deutsch-jüdischen Gemeinschaft, sondern ein staatliches Museum.

Handelsblatt: Und wir wollen auch dieses Lebenswerk nicht infrage stellen. Die Grundsatzfrage ist aber tatsächlich, ob wir hier einen Fall absichtlicher Schönfärberei erleben oder einen tragischen Selbstbetrug. Verstehen Sie?

Wolffsohn: Natürlich sind beide Varianten theoretisch denkbar. Aber es ist doch weit plausibler, dass hier ein noch sehr junger und dann erwachsener Mann im Nachhinein seinen Vater verklärt hat... wie weit, das werden wir in den nächsten Wochen klären.

Berger: Wenn Sie so wollen: Ja, dann war es wohl ein ungewollter „tragischer Selbstbetrug“, den ich mir da habe zuschulden kommen lassen. Ich stelle es mir zwar auch gar nicht so leicht vor, in einem solchen Regime im Jahr 1939 die Ämter niederzulegen. Aber aus einer Niederlegung wird kein Akt des Widerstands.

Wolffsohn: Und glauben Sie mir: Ich habe vieles an Vergangenheitsbewältigung erlebt und erforscht - braune wie rote Geschichte. Ich finde es sehr gut, wie offen Herr Berger mit allen möglichen Resultaten unserer weiteren Recherchen umgeht.

Berger: Ich bin dem Handelsblatt gewissermaßen dankbar, dass Sie in mir diese schmerzhaften Zweifel an meinem Vaterbild geweckt haben und so die Wahrheit näherbringen.

Handelsblatt: Herr Berger, Herr Wolffsohn, vielen Dank für das Interview.

Die Unsichtbaren

Immer schneller, immer billiger: In deutschen Unternehmen arbeiten Menschen aus der Ukraine unter ausbeuterischen Bedingungen. Kriminelle Vermittler locken sie offenbar mit falschen Versprechen. Erster Teil einer dreiteiligen Multimedia-Investigation über die Ausbeutung ukrainischer Arbeiter in Deutschland und Polen.

Pascale Müller, Eugen Shakhovskoy, Anna Schmidt, BuzzFeed News

11. März 2020

URL: Die Unsichtbaren - Wie ukrainische Arbeiter in Deutschland ausgebeutet werden

---

Anna kennt zwei deutsche Wörter: Strafe und schneller.

Zehn Stunden am Tag packt sie Autoteile in Kartons und klebt Sticker darauf.

Annas Kolleginnen essen heimlich Bananen auf der Toilette. Würden die Aufseherinnen das sehen, würden sie den Frauen den Lohn kürzen.

Um vier Uhr morgens ist Anna aufgestanden, um sich in eine Schlange zum Waschen zu stellen. 50 Leute leben in dem Haus, aber es gibt nur eine Dusche. Im Bad schimmelt es, in der Küche haben sie nicht mal eine Tasse für Kaffee. Anna gießt sich Haferflocken in einen Plastikbecher mit heißem Wasser.

300 Euro zahlt Anna für ein Bett hier jeden Monat. Einen Euro pro Tag muss sie für Benzinkosten zahlen, außerdem verlangen die Vermittler von ihr weitere 20 Euro pro Monat, angeblich um den Multivan abzubezahlen. Fünfzig Euro kosten ihre Arbeitsschuhe.

Anna hat jeden Morgen Angst, dass die Polizei sie kontrolliert. Sie muss sich mit 15 anderen Frauen und Männern aus der Ukraine in einen Multivan quetschen. Der Bus ist immer zu voll.

Um sechs Uhr morgens beginnt Anna ihre Schicht. In der Lagerhalle ist es kalt. Anna ist zu dünn angezogen, ihre Füße frieren. Die Arbeit ist schwer, aber am Ende wird Anna nichts verdienen. Sie wird ihren Arbeitgebern Geld schulden. Männer, vor denen sie sich fürchtet. Deshalb ist ihr Name geändert.

Anna ist am billigsten. Sie arbeitet umsonst

Anna kommt aus der Ukraine und hat kein gültiges Visum, sie arbeitet illegal in Deutschland. Und sie ist angewiesen auf diese Männer.

Anna hat eine Tochter, die sie auf eine gute Universität schicken will. Ein Bekannter hat ihr Arbeit in Deutschland versprochen. In einer Schokoladenfabrik in Berlin. Das goldene Ticket in ein besseres Leben.

350 Euro hat sie dem Mann im Voraus bezahlt, angeblich für Vermittlungsarbeit und Dokumente. Geld, auf das sie gespart hatte. Alles legal, dachte sie. Doch schon bald wird sie misstrauisch. Auf den ersten Vermittler folgen viele weitere: Igor, Josef, Sergey, Mascha, Zhenya. Jeder von ihnen verlangt weitere Gebühren, hier 50 Euro, dort 50 Euro.

Anna hat schon früher im Ausland gearbeitet; Erdbeeren in Finnland gepflückt. Sie hatte dort eine Aufenthaltserlaubnis, hat gut verdient und Steuern gezahlt. In Deutschland aber ist alles anders. Deutschland wird für Anna zum Albtraum.

So schildert zumindest Anna ihre Erlebnisse. „Es war alles eine Lüge“, sagt sie ein halbes Jahr später, im Sommer 2019, in einem McDonalds in einer Hamburger Vorstadt, während sie in ihrem schwarzen Kaffee rührt. Was Anna erzählt, ist nicht vollständig nachprüfbar, es deckt sich aber mit Erzählungen weiterer ukrainischer Arbeiter und Arbeiterinnen, mit denen BuzzFeed News

während der Recherche gesprochen hat. Eine davon will in derselben Lagerhalle gearbeitet haben wie Anna.

„Die dargestellten Vorfälle sind für uns untragbar und inakzeptabel“

Zweieinhalb Monate habe sie in der Lagerhalle mit den Autoteilen gearbeitet, sagt Anna. Diese Lagerhalle gehört dem deutschen Logistikriesen Fiege. Ein milliardenschweres Unternehmen und nach eigenen Angaben einer der führenden Logistikdienstleister in Europa.

Eine Sprecherin von Fiege schreibt auf Anfrage von BuzzFeed News: „Die von Ihnen dargestellten Vorfälle sind für uns untragbar und inakzeptabel. Sollten sich Ihre Vorwürfe bestätigen, so werden wir umgehend Maßnahmen und auch rechtliche Schritte gegen die Verantwortlichen einleiten.“ Man habe außerdem eine umfassende Prüfung veranlasst und den Betriebsrat eingeschaltet. Grundsätzlich halte Fiege die „gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitspausen“ sowie die „Bestimmungen zur Höchstarbeitszeit“ ein.

Fiege arbeitet unter anderem mit dem Autozulieferer Bosch, mit Zalando, Haribo, der Zeit, dem Tagesspiegel, der Berliner Morgenpost und der Warenhauskette Galeria Karstadt Kaufhof. Es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass diesen oder anderen Kunden die angeblichen Zustände in der Lagerhalle von Fiege bekannt waren.

Immer mehr Menschen wollen immer mehr Dinge immer schneller geliefert bekommen. Dafür braucht es immer mehr billige Arbeitskräfte. Anna ist am billigsten. Sie arbeitet umsonst.

Die Männer, die Anna nach Deutschland gebracht haben sollen, verdienen an der Miete und der Vermittlung. Anna hat am Ende nichts. Außer Schulden und Angst.

Unklar ist, für wen die Frauen gearbeitet haben

Das Lagerhaus von Fiege in Hamburg werde von Russen und Tschetschenen kontrolliert, sagt Nadiya, eine weitere Frau, die ebenfalls angibt, dort gearbeitet zu haben. Nadiya sagt, sie habe im Sommer 2019 zwei Tage illegal und unter ausbeuterischen Verhältnissen bei Fiege gearbeitet und dabei kein Geld verdient. Auch Nadiyas Name ist geändert. Das Unternehmen gibt an, auch die Vorwürfe von Nadiya erst prüfen zu müssen.

Es ist unklar, für wen Nadiya und Anna genau gearbeitet haben – ob für Fiege selbst oder ein mögliches Subunternehmen. Selbst die beiden Frauen wissen es nicht. In einem Punkt geben sie jedoch an, sich sicher zu sein: Die Lagerhalle, in der sie Kartons gepackt haben, soll zu Fiege gehört haben. Anna gibt an, dort Autoersatzteile mit Logos von Ford und Bosch gepackt zu haben. Fiege betont in seiner Stellungnahme, dass beide Unternehmen keine Kunden am Standort Hamburg seien.

„Ich glaube, es sind sehr mächtige Leute“

Wer ist für die angebliche Ausbeutung verantwortlich? BuzzFeed News hat mögliche Verbindungen zwischen den Geschichten von Anna und Nadiya sowie sechs weiteren Ukrainern gefunden, die alle in einem Punkt zusammenlaufen: Einem mutmaßlichen Netzwerk von russischen und tschetschenischen Kriminellen. Hamburg scheint ein Zentrum ihrer Aktivitäten zu sein.

Die Männer, die dahinter stehen, sind offenbar gefährlich. Das meint jedenfalls Anna. Wir treffen sie im Herbst in einem Hostel in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs wieder, um unter vier Augen sprechen zu können. Sie hat Angst,

dass die Mitglieder dieses mutmaßlichen Netzwerks ihr schaden könnten. „Ich glaube, es sind sehr mächtige Leute. Ich möchte nichts mit ihnen riskieren. Wie kann ich wissen, wie das alles endet? Ich habe keinen Bodyguard“, sagt sie.

BuzzFeed News hat ein Jahr lang zur Arbeitsausbeutung von ukrainischen Staatsbürgern in Deutschland und Polen recherchiert. Die Recherchen zeigen, dass die Arbeiter offenbar systematisch mit falschen Versprechen über Polen nach Deutschland gelockt werden, von kriminellen Einzelpersonen, Netzwerken und Agenturen. Hier arbeiten sie für deutsche Unternehmen. Nach Informationen von BuzzFeed News dürften tausende Ukrainer von diesem Betrug betroffen sein. Die Menschen scheinen in Deutschland vielfach unter Bedingungen zu leben, die man als moderne Sklaverei bezeichnen kann. Oft ist ihnen zunächst nicht bewusst, dass ihr Aufenthalt illegal ist. Später werden sie dadurch erpressbar. Oft arbeiten sie wie Anna, mutmaßlich, ohne am Ende Geld dafür zu bekommen.

Zwei umfangreiche Ermittlungsverfahren in Hamburg

Auf Anfrage von BuzzFeed News schreibt die Pressesprecherin der Staatsanwaltschaft Hamburg: „In Hamburg werden (mindestens) zwei umfangreiche Ermittlungsverfahren geführt, die Bezugspunkte zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen aufweisen.“ Leider könne man aufgrund der laufenden Ermittlungen keine weiteren Angaben machen. Die Sprecherin verweist allerdings auf eine Durchsuchung im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen, die am 15. Januar 2020 stattfand. Während der Durchsuchung wurde „eine erhebliche Anzahl ukrainischer Staatsbürger von den Einsatzkräften des Hauptzollamts Hamburg überprüft.“ In der dazugehörigen Pressemitteilung des Hamburger Hauptzollamtes heißt es, der Zoll habe 24 Geschäfts- und Privaträume in Norddeutschland durchsucht.

Gegen die mutmaßlichen Täter wird laut Zoll bereits seit Ende 2018 ermittelt. Den Beschuldigten werde zur Last gelegt, mindestens 3.000 Arbeitnehmer

eingesetzt und beschäftigt zu haben, ohne Sozialversicherungsbeiträge abzuführen. Laut Zoll sei dabei ein Schaden in Höhe von rund sechs Millionen Euro entstanden.

Ob sich die Ermittlungen von Zoll und Staatsanwaltschaft gegen die hier genannten Personen und Unternehmen richten, wollten die Behörden mit Hinweis auf die laufenden Verfahren nicht kommentieren.

BuzzFeed News ist Arbeitern, die im selben Haus untergebracht waren, in dem Anna gewohnt haben will, im Oktober 2019 auf ihrem Weg zur Arbeit verdeckt gefolgt. Wir haben beobachtet, wie mindestens fünf Personen am frühen Morgen von einem Fahrer an diesem Haus abgeholt und in einem Kleinwagen bis durch das große Tor des Fiege „Mega-Center“ in Hamburg-Moorfleet gefahren wurden. Sie stiegen direkt vor dem Eingang aus und betraten das „Mega-Center“.

Die Fiege Gruppe ist ein Familienbetrieb in fünfter Generation und gehört nach eigenen Angaben zu den führenden Logistikdienstleistern in Europa. Das Unternehmen betreibt Logistikzentren, insbesondere sogenannte „Mega-Center“, in 15 Ländern, darunter Polen, Italien, Indien, China und Taiwan. Erst kürzlich hat die Fiege Gruppe ein Joint Venture mit der Warenhauskette Galeria Karstadt Kaufhof abgeschlossen. Auf der Webseite der Gruppe heißt es: „Wir tragen Verantwortung für die Gesellschaft als Teil der Gesellschaft.“

Fiege betonte, dass bei neuen Mitarbeitern, die durch Subunternehmer beschäftigt würden, „stets alle erforderlichen Unterlagen wie Aufenthaltstitel, Arbeitsgenehmigung und Ausweisdokumente“ kontrolliert würden. Es sei dem Unternehmen „nicht bekannt, dass Personen in unserem Logistikzentrum illegal beschäftigt werden.“

„Es war ein Albtraum“

Das Einfamilienhaus liegt in einer Hamburger Vorstadt. Fichten grenzen es vom Nachbargrundstück ab, Schulkinder radeln vorbei. Alles an dem Haus wirkt unverdächtig – bis auf zwei graue Müllcontainer. Die Container sind zu groß für eine Familie, bis oben hin voll mit Plastiktüten und beklebt mit Schildern auf Kyrillisch. Die Jalousie im Erdgeschoss des Hauses bewegt sich leicht. Für einen kurzen Moment ist ein Mann zu sehen, der auf die Straße blickt. Dann ist er verschwunden.

Anna sagt, sie habe in diesem Haus gewohnt, während sie bei Fiege gearbeitet habe. Schimmel, Kälte, Mehrbettzimmer voller fremder Männer und Türen, die man nicht abschließen könne. Lange habe sie es dort nicht ausgehalten: „Es war ein Albtraum."

Am Briefkasten des Hauses standen über einen Zeitraum von neun Monaten immer wieder unterschiedliche Namen. Im Frühjahr 2019 waren es zwei dem Klang nach tschetschenische Namen, außerdem die Firma Alfa Logistik GmbH sowie der des derzeitigen Geschäftsführers dieser Firma. Im Januar 2020 ist der Name des Geschäftsführers verschwunden – der Firmenname aber nicht.

Auf Anfrage von BuzzFeed News schreibt die Alfa Logistik GmbH, weder das Unternehmen noch der Geschäftsführer seien Eigentümer des Grundstückes in Barsbüttel. In der Email heißt es: „Nach unserer Kenntnislage ist das dortige Haus aktuell und auch im Januar 2020 unbewohnt. Es steht insoweit leer. Es ist schlichtweg falsch, dass unser Unternehmen dieses Haus an Personen zu menschenunwürdigen Wohnbedingungen überlassen haben soll."

Auf die Nachfrage, woher und warum dem Unternehmen das Haus bekannt ist, ging Alfa Logistik nicht ein. Ebenso wenig auf die Nachfrage, wie man sich die Namen am Briefkasten erklärt. Auch die Frage, ob das Unternehmen oder einer der derzeitigen oder ehemaligen Geschäftsführer das Haus nutze oder jemals Eigentümer oder Mieter war, hat Alfa Logistik nicht beantwortet.

Personenschützer, Tschetschenen in militärischer Aufmachung, Fotos von teuren Autos

Zwei der ehemaligen Geschäftsführer der Alfa Logistik GmbH sind Ruslan Tsinaev und Alexander Alekseev. Letzterer ist ein ehemaliger Profiboxer. 2013 kämpft er um den IBF WM-Titel. Auch sein Geschäftspartner Tsinaev hat offenbar Kontakte in die Hamburger Kampfsportszene. Das zumindest legt seine Facebook-Freundesliste nahe. Sonst finden sich dort: Personenschützer, Tschetschenen in militärischer Aufmachung und Fotos von teuren Autos. Tsinaev ist laut Handelsregister bereits im Mai 2018 als Geschäftsführer ausgeschieden, Alekseev im September 2019. Er wird auf der Website des Unternehmens aber nach wie vor als Geschäftsführer genannt.

Personen, mit denen BuzzFeed News gesprochen hat, haben Tsinaev und Alekseev auf Fotos als die Männer wiedererkannt, die ihnen illegale Arbeit in Logistikzentren, die zu Fiege gehören, vermittelt haben sollen. Eine Person gibt an, dass sie Alekseev auch in den Lagerhallen von Fiege gesehen hätte. Eine weitere Person sagt, dass er in ein Hostel gekommen sei, um dort Arbeiter anzuwerben, die „Autoteile sortieren“ sollten.

Eine Sprecherin von Fiege schreibt auf eine Anfrage von BuzzFeed News, dass das Unternehmen weder in Hamburg noch an einem anderen Standort der Gruppe in einer Geschäftsbeziehung mit der Alfa Logistik GmbH stand oder steht. Auf die Frage, ob das Unternehmen Geschäftsbeziehungen zu Alexander Alekseev oder Ruslan Tsinaev unterhält oder unterhielt, ging Fiege bisher nicht ein.

BuzzFeed News hat neben dem Haus in Barsbüttel zwei weitere Unterkünfte identifiziert, die möglicherweise mit dem mutmaßlichen Netzwerk um Alexander Alekseev und Ruslan Tsinaev zusammenhängen. Eines ist im nordrhein-westfälischen Lotte, eines im niedersächsischen Tespe, rund eine Autostunde von Hamburg entfernt.

Auch das Haus in Tespe liegt unscheinbar in einem Wohngebiet, direkt an einem Deich. Es ist ein Neubau, Kabel hängen aus der Wand, vor der Gartentür steht ein Plastikstuhl. Von außen sind keine Bewohner zu sehen, weder Haustür noch Hausnummer sind von der Straße oder der Hinterseite des Hauses einsehbar. Es scheint, als ob das Haus in den Garten eines Grundstücks gebaut wurde. Es ist deshalb nicht möglich, den oder die Besitzer herauszufinden. Ein Antrag, die Grundbuchakten einsehen zu dürfen, wird vom Grundbuchamt Winsen (Luhe) abgelehnt. BuzzFeed News liegen allerdings Fotos und Beschreibungen vor, anhand derer das Haus identifizierbar ist. Eine der ehemaligen Bewohnerinnen des Hauses ist Nadiya.

Nadiya sagt, sie sei ebenfalls von diesem Netzwerk nach Deutschland gelockt worden. Mit einem sehr ähnlichen Versprechen wie Anna: Sie könne in einer Kaffeefabrik in Berlin arbeiten. Ihr seien sieben Euro Stundenlohn versprochen worden. Umgerechnet rund 200 Euro habe sie noch in der Ukraine an zwei Vermittler gezahlt, die Überweisungsbelege liegen BuzzFeed News vor. Dafür habe sie einen gefälschten Ausweis und ein polnisches Visum bekommen, sagt Nadiya. Für Reisekosten und Dokumente habe sie insgesamt fast 1000 Euro ausgegeben. Geld, auf das sie lange habe sparen müssen. Doch als sie am Zentralen Busbahnhof in Berlin angekommen sei, habe ihr der Mann gesagt, die Jobs in der Kaffeefabrik seien alle vergeben. Stattdessen solle sie nach Hamburg kommen. Dort habe sie ein weiterer Mann am Busbahnhof abgeholt. „Ruslan war sein Name“, sagt Nadiya.

„Und die Leute bleiben und arbeiten, weil sie keine Wahl haben“

BuzzFeed News hat Ruslan Tsinaev gebeten, zu dieser Schilderung Stellung zu nehmen und anzugeben, ob er dieser Mann war. Tsinaev hat auf diese Anfrage nicht geantwortet. Die Frau gibt an zu glauben, dass Alexander Alekseev ihr

eigentlicher Arbeitgeber gewesen sei. BuzzFeed News hat eine Telefonnummer angerufen, von der Arbeiter angeben, dass sie Alekseev gehöre. Der Mann am anderen Ende sagte, Alexander Alekseev zu sein und auch, dass er nach wie vor für Alfa Logistik arbeite.

Der Mann namens Ruslan habe sie in eine Lagerhalle gebracht, in der sie Autoteile verpacken soll, sagt Nadiya. Die Beschreibungen der Lagerhalle von Nadiya und Anna sind sich sehr ähnlich, obwohl die beiden Frauen sich nie begegnet sind: Autoreifen, Kisten mit Alkohol, Kälte. Außerdem geben beide an, dass die Lagerhalle neben einem McDonalds und einer Tankstelle gelegen habe. Dies würde zur Lage des „Mega-Center“ in Moorfleet passen.

„Zwei Tage. Ich habe zwei Tage dort gearbeitet. Es war sehr schwer. Du kannst dich nicht mal hinsetzen. Ich habe mich eine Minute hingesetzt und sofort haben sie mich angeschrien“, sagt sie BuzzFeed News am Telefon. „Der Name [der Firma] ist Fiege.“

Eine Sprecherin von Fiege schrieb auf Anfrage von BuzzFeed News, das Unternehmen halte die „gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitspausen“ sowie die „Bestimmungen zur Höchstarbeitszeit“ ein.

Untergebracht worden sei sie im Haus am Deich, sagt Nadiya. Dort hätten noch mehr Menschen gewohnt, etwa 30, die meisten aus der Ukraine. Allen sei etwas anderes versprochen worden. Stattdessen seien sie alle bei Fiege gelandet. Einige seien bereits ein halbes Jahr dort gewesen. „Sie hatten kein Geld, um zu gehen. Also mussten sie bleiben, um was zu verdienen, im Glauben, dass sie nach einem Monat etwas hätten. Aber das hat nie geklappt, weil sie zwei Monatsmieten im Voraus bezahlen mussten“, sagt Nadiya. 600 Euro seien das gewesen.

„Und die Leute bleiben und arbeiten, weil sie keine Wahl haben.“

Wenn die Angaben von Nadiya und Anna über die Belegung der Häuser stimmen und man davon ausgeht, dass viele der Arbeiter – wie die beiden Frauen – nur wenige Wochen bleiben, dann bedeutet das: Allein über dieses Netzwerk könnten in den vergangenen Jahren hunderte Ukrainer nach Deutschland geschleust und ausgebeutet worden sein.

Auch Expertinnen für den Kampf gegen Menschenhandel, Gewerkschafter und die Internationale Organisation für Migration (IOM) in Kiew sprechen BuzzFeed News gegenüber von einem wachsenden Problem.

„Wir haben viel mehr Opfer von Menschenhandel, die in Polen ausgebeutet werden als in Deutschland, aber was wir beobachten, ist, dass den Menschen in der Regel vorgeschlagen wird, über Polen nach Deutschland zu gehen“, sagt Irina Mydlovets, Expertin für die Bekämpfung von Menschenhandel der IOM in Kiew. Das kann auch Vitaly Mahinko bestätigen, Vorsitzender der ukrainischen Gewerkschaft „Trudova solidarnist“. „Wir begegnen nirgendwo solcher Grausamkeit wie in Deutschland“, sagt Mahinko. Mit Grausamkeit meint er vor allem körperliche Gewalt. Seine Gewerkschaft unterstützt seit vielen Jahren Ukrainer, die im Ausland arbeiten und dort unrechtmäßig behandelt werden. Sie registriert alle Fälle, die sie aus Polen, Deutschland und auch aus anderen Ländern erreichen – und würde diese gerne auch an die Behörden weitergeben. „Aber wir haben festgestellt, dass es kein Land gibt, kein Staat, die daran interessiert sind“, sagt Mahinko.

„Wir waren ohne Geld, ohne Essen, nichts. Ich war so verzweifelt, ich wollte zur Polizei gehen“

Das mutmaßliche Netzwerk um den Boxer Alekseev reicht nach Recherchen von BuzzFeed News offenbar noch weiter. Vier ukrainische Staatsangehörige, mit denen wir in Deutschland und Polen gesprochen haben, geben an, bei einem

Unternehmen namens „texidea care GmbH“ im nordrhein-westfälischen Rheine gearbeitet zu haben, darunter Kateryna und Olga. Sie kommen aus dem Süden der Ukraine. Wir filmen verdeckt, als sie an einem Tag im Juli 2019 von ihrer Unterkunft zu texidea gefahren werden. Es ist schon fast hell, obwohl es erst halb sechs ist. Die Frauen kommen mit anderen Arbeitern aus dem Haus, steigen durch die Heckklappe in einen grünen Multivan. Er ist völlig überfüllt. Wir fahren ihnen bis vor das Lagerhaus hinterher.

Kateryna und Olga geben an, Retoure von Kleidern zu packen. Möglicherweise für den Internethändler EMP, denn die Adressen eines der Standorte der texidea care GmbH und die für den EMP-Retourenservice sind identisch. Eine detaillierte Anfrage bezüglich der Vorwürfe sowohl an texidea care GmbH, als auch an EMP, blieben unbeantwortet.

Neben den beiden Frauen hat BuzzFeed News noch mit einem Ehepaar gesprochen, das in Rheine gearbeitet hat. Es bestätigt die Berichte von Kateryna und Olga in vielen Punkten. Was die beiden Frauen beschreiben, klingt noch schlimmer als in Hamburg. Zwei Monate hätten sie ohne irgendeine Entlohnung in der Lagerhalle gearbeitet. Stattdessen hätten sie mehr als 400 Euro Vermittlungsgebühr bezahlen müssen, dazu noch 3 Euro pro Tag für die Fahrt in dem Multivan und 300 Euro pro Monat für die Unterkunft. Außerdem noch 50 Euro Zuschuss, von dem der Multivan „abbezahlt“ werden müsse.

BuzzFeed News liegt ein Vertrag von Kateryna mit einer ukrainischen Arbeitsvermittlung namens „EuroWay“ vor, der diese Vermittlungsgebühr bestätigt. Hinter diesem Firmennamen verbirgt sich laut ukrainischem Handelsregister allerdings kein Unternehmen, sondern eine Einzelperson. BuzzFeed News hat „EuroWay“ um Stellungnahme gebeten, jedoch keine Antwort erhalten.

„Wir waren ohne Geld, ohne Essen, nichts. Ich war so verzweifelt, ich wollte zur Polizei gehen“, sagt Olga, als wir sie nach der Arbeit in einem nahegelegenen Park treffen. „Egal was passiert und wenn sie mich ausweisen, ich wollte sie nur

zur Rechenschaft ziehen, irgendwie. Weil es mir so weh tut, ich kann gar nicht sagen, wie sehr.“ Kateryna und Olga sagen, sie hätten rund drei Monate jeden Tag zwischen acht und zehn Stunden gearbeitet. Insgesamt hätten sie dafür nur 250 Euro bekommen. Ein polnischer Kollege habe ihnen mit Geld für Brot aushelfen müssen, sagen sie.

Alekseev soll mit einer Tasche voller Bargeld gekommen sein

Der Mann soll sich bei einer deutschen Vorgesetzten auch über die Arbeitsbedingungen der Ukrainer beschwert haben. Daraufhin soll die Vorgesetzte jemanden in Hamburg angerufen haben. Direkt am nächsten Morgen, es sei der 15. oder 16. Juli 2019 gewesen, sei Alexander Alekseev mit dem Auto in Rheine vorgefahren. Sowohl Kateryna als auch Olga erkennen ihn auf einem Foto wieder. Alekseev habe eine Tasche mit Bargeld dabei gehabt. Das Geld habe er den aufgebrachten Arbeitern gegeben – allerdings nur einigen und nicht genug.

BuzzFeed News hat die Firma texidea care GmbH mit den Vorwürfen konfrontiert. Das Unternehmen hat hierauf nicht geantwortet. Auch Alexander Alekseev hat auf eine Anfrage bezüglich der Schilderungen der Frauen nicht geantwortet.

Die Alfa Logistik GmbH schreibt auf Anfrage, dass das Unternehmen keinen Vertrag mit der texidea care GmbH oder mit Fiege abgeschlossen habe. Weiter teilt das Unternehmen mit: „Selbstverständlich können Sie davon ausgehen, dass wir nicht Arbeitgeber der von Ihnen beobachteten (und uns nicht benannten und damit uns nicht identifizierbaren) Menschen sind.“ Deshalb könne man zu den Vorwürfen auch nicht Stellung nehmen, das könne nur der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin.

Kateryna und Olga kommen aus einer ukrainischen Stadt, die früher für Schiffsbau bekannt war und in der es heute kaum noch Arbeit gibt. Sie sind den

ganzen Weg mit einem Reisebus gekommen: 1800 Kilometer. „Es gibt direkte Busverbindungen von der Ukraine nach Deutschland. Alle kommen, um hier zu arbeiten“, sagt Olga. „Legal oder illegal, das ist egal. Sie wollen einfach nur weg.“ Der Umstieg ist in Polen, Warschau. „Als ich gefahren bin, waren es acht Busse“, sagt Olga. „Und fast alle Passagiere waren Ukrainer.“

Wie Kateryna und Olga haben in den vergangenen Jahren hunderttausende Menschen die Ukraine verlassen. Durch den Krieg im Osten des Landes wurden viele Menschen vertrieben, außerdem hat sich die wirtschaftliche Lage durch den Konflikt verschlechtert.

„Das Problem ist, dass die Leute aufgrund der wirtschaftlichen Krise immer riskantere Angebote annehmen“, sagt die Expertin für die Bekämpfung von Menschenhandel bei der IOM in Kiew, Irina Mydlovets.

Vor dem Konflikt seien die Menschen ins Ausland gegangen, wenn sie dort umgerechnet 1000 US-Dollar im Monat oder mehr hätten verdienen können, so Mydlovets. Heute würden sie schon für 300 US-Dollar gehen. Der Mindestlohn in der Ukraine liegt seit diesem Jahr bei umgerechnet knapp 160 Euro im Monat. Laut der IOM-Expertin ist fast jede fünfte Person in der Ukraine bereit, ein sogenanntes „riskantes“ Jobangebot anzunehmen, dass sie potentiell in eine Situation von Menschenhandel bringen kann.

Um Betroffenen zu helfen und Aufklärung zu betreiben, arbeitet die IOM mit der nationalen Hotline zur Bekämpfung von Menschenhandel im westukrainischen Ternopil zusammen. In dem kleinen Büro mit hohen Wänden nehmen die Mitarbeiterinnen circa 1800 Anrufe im Monat an. Eine von ihnen ist Oksana Shliusar. Ihr Telefon klingelt im Minutentakt.

BuzzFeed News hat alle 58 Hauptzollämter in Deutschland gefragt, wie viele ukrainische Staatsbürger in den vergangenen fünf Jahren bei Razzien oder Kontrollen angetroffen wurden. Ein Sprecher der Generalzolldirektion antwortet für alle Dienststellen, dass die Statistik keine Auswertung nach Herkunftsländern

zulasse. Mit anderen Worten: Weder weiß der Zoll, wie groß das Problem ist, noch, ob es schlimmer wird.

Doch es gibt Hinweise, dass es ein Problem gibt. Das Hauptzollamt Braunschweig schreibt: „In der Tat gibt es regelmäßig Kontrollen, bei denen wir auf ukrainische Staatsangehörige ohne Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis stoßen.“ Auch die Bundespolizei meldet regelmäßig, dass Ukrainer mit gefälschten Pässen an der Grenze aufgegriffen werden.

- 6. Juli 2019, Ebersbach: Die Polizei kontrolliert einen Kleinbus, in dem fünf Männer und eine Frau aus der Ukraine sowie eine Rumänin sitzen. Sie finden gefälschte Dokumente, die Personen werden ausgewiesen.
- 16. August 2019, Ludwigsdorf: Zwei Ukrainer werden am gleichen Tag an der Grenze kontrolliert, einer ist mit gefälschten Dokumenten unterwegs und will nach Hamburg. Der andere ist angeblich bei einer polnischen Firma angestellt, ihm fehlt allerdings ein sogenannter Entsendeantrag. Beiden wird die Einreise verweigert.
- 21. September 2019, Ludwigsdorf: Die Polizei kontrolliert einen ukrainischen Reisebus und trifft auf einen Mann, der mit gefälschtem slowakischen Ausweis einreisen will, weil ein Bekannter ihm einen Job im Baugewerbe versprochen hat. Ihm wird die Einreise verweigert.
- 1. Dezember 2019, Ludwigsdorf: Sechs ukrainische Staatsangehörige werden von der Polizei in einem Linienbus kontrolliert, sie haben gefälschte rumänische Ausweispapiere dabei. Ihnen wird die Einreise verweigert.

BuzzFeed News hat in einem Bericht des Bundeskriminalamtes ein Ermittlungsverfahren aus dem Jahr 2016 gefunden, in dem eine Vermittlungsagentur aus Kiew erwähnt wird, die des Menschenhandels mit 25 Ukrainern beschuldigt wird. Laut BKA soll die Agentur ukrainische

Staatsangehörige mit falschen Versprechungen über Polen nach Deutschland gebracht haben. Hier seien die Arbeiter teilweise bedroht, geschlagen sowie unter schlechten Bedingungen untergebracht und zur Arbeit gezwungen worden, schreibt das BKA. Ein Lohn sei in den meisten Fällen nicht oder nur in unverhältnismäßig geringer Höhe bezahlt worden. In einigen Fällen seien die Geschädigten mit gefälschten rumänischen Identitätspapieren ausgestattet worden.

Das Ermittlungsverfahren betrifft nicht die hier genannten Personen und Unternehmen. Aber es lässt sich wie eine Schablone über das legen, was uns Anna sowie acht weitere Ukrainer über ihre mutmaßliche Arbeit bei deutschen Logistikunternehmen berichten.

„Aus der Ukraine kommen jetzt viel mehr Leute“, sagt auch eine Übersetzerin des Zolls in einem Telefonat mit BuzzFeed News. Die Frau arbeitet seit rund zehn Jahren als vereidigte Übersetzerin für zahlreiche Zolldirektionen in Deutschland und Österreich sowie weitere Behörden. Welche genau, das darf sie nicht sagen. Aber: Die Anfragen an sie hätten sich in den vergangenen Jahren verdoppelt. Sie schätzt, dass sie 2019 mit mindestens 100 Ukrainern gesprochen hat. Aus Sicherheitsgründen dürfe sie teilweise kein Protokoll führen, daher hat sie keine exakte Statistik.

Wenn die Menschen vom Zoll aufgegriffen werden, seien sie oft sehr verzweifelt. Generell gehe der Zoll freundlich mit den Menschen um, aber die Übersetzerin wundert sich, dass in den Gesprächen nie Hilfe angeboten werde – wie sie etwa für Opfer von Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung besteht.

Vor allem die Menschen, denen nicht bewusst gewesen sei, dass sie illegal gearbeitet hätten, täten ihr deshalb leid. „In meiner Erfahrung waren alle Leute, außer einem einzigen, von einer Agentur angeworben“, sagt sie. Die Werbung für Arbeit in Deutschland sei in der Ukraine „allgegenwärtig“, sagt die Frau. Sie würde auf Facebook gepostet, in ukrainischen Printmedien geteilt oder auch einfach an Litfaßsäulen geklebt. Deshalb hat die Übersetzerin in einer

russischsprachigen Facebookgruppe vor den Tricks der illegalen Vermittlungsagenturen gewarnt. Vor allem die Rekrutierung über Facebook scheint ein neues und bisher unbeachtetes Problem zu sein.

BuzzFeed News hat über ein halbes Jahr hinweg mehrere russischsprachige Facebook-Gruppen beobachtet, in denen zahlreiche offensichtlich betrügerische oder ausbeuterische Jobangebote für Deutschland geteilt wurden: Angebliche Arbeit auf einer Erdbeerfarm in der Nähe von Osnabrück, in einem Lager der Deutschen Post, als Lieferfahrer oder in einer Gärtnerei. Die drei größten dieser Gruppen haben jeweils über 30.000 Mitglieder, in einer davon werden oft pro Tag mehr als 400 Posts geteilt.

In den Facebook-Gruppen stoßen wir auch auf ein Angebot, dass uns bekannt vorkommt – Arbeit in einer Schokoladenfabrik in Deutschland. Das Prinzip ist immer gleich: Einzelne Facebooknutzer oder -gruppen mit Namen wie „Arbeit in Deutschland“ oder „Loggic Work“ verbreiten dutzende solcher „Anzeigen“ und hinterlassen eine Viber- oder Telefonnummer.

BuzzFeed News hat den oder die Betreiber der Facebookseite „Arbeit in Deutschland“ um eine Stellungnahme gebeten. Laut der Seite steht dahinter eine Arbeitsagentur aus Berlin namens „Job Up“. Im Handelsregister ist jedoch weder an der angegebenen Adresse noch überhaupt eine Firma dieses Namens zu finden. Eine Antwort der Betreiber haben wir nicht erhalten.

Auf der Seite einer ukrainischen Gewerkschaft finden wir den Kommentar einer Frau vom 15. Februar 2020. Sie gibt, an von einem Nutzer in der Facebookgruppe „Loggic Work“ betrogen worden zu sein. „Ich bin fast in die Sklaverei geraten“, schreibt sie. 400 Euro habe sie verloren, aber wenigsten habe sie entkommen können. Der Arbeitsort sei Bremen gewesen. Den anderen Arbeitern dort seien die Pässe abgenommen worden. „BITTE HELFT MIR SIE ZU BESTRAFEN !!!“, schreibt die Frau. Ein Versuch, die Frau zu kontaktieren, bleibt erfolglos. BuzzFeed News hat den betreffenden Facebook-Nutzer mit den Vorwürfen konfrontiert, jedoch keine Antwort erhalten.

BuzzFeed News hat bereits im Sommer 2019 mit dem Facebook-Nutzer Kontakt aufgenommen, der offenbar unter verschiedenen Accounts und in der Facebookgruppe „Loggic Work“ Jobangebote geteilt hatte. Der Mann hatte Mitte Juni ein Stellenangebot für einen Erdbeerhof in der Nähe von Bremen verbreitet. Wir sagen, dass wir aus der Ukraine kommen und auf Arbeitssuche sind. Der Mann sagt, wir müssten mit einem Touristenvisum einreisen. „Dann bekommst du eine saisonale Arbeitserlaubnis, du wirst bei der Polizei, bei der Ausländerbehörde und dem Arbeitsministerium registriert.“

Wir sollen ihm unseren Pass schicken und 250 Euro auf eine Bank in der Ukraine überweisen. Am nächsten Tag rufen wir ihn erneut an, sagen, dass wir Bedenken haben und wollen wissen, ob alles legal sei. Der Mann wird sofort laut. Wenn wir so viele Fragen stellen, sollten wir uns selbst Arbeit suchen.

„Kein deutscher Arbeitgeber wird sich für dich interessieren, für deinen Papierkram. Du brauchst ihn, nicht er dich.“

Dann legt er auf.

Mitarbeit: Marcus Engert

Catch me if you can

Jan Marsalek, Ex-Vorstand von Wirecard, wird weltweit gesucht. Ihn zu schnappen dürfte allerdings länger dauern. Denn der Wirecard-Mann hat Geld, Kontakte - und ist skrupellos genug.

Von Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter, Jörg Schmitt, Jan Willmroth und Nils Wischmeyer, Süddeutsche Zeitung, 03.07.2020

Mitte der Woche sieht es so aus, als sei Jan Marsalek wieder aufgetaucht. Auf den Philippinen kursiert ein Foto von ihm, er trägt das Haar kurzrasiert, dazu ein T-Shirt, türkisfarbene Bermudas und Turnschuhe. In jeder Hand hält er eine Einkaufstüte aus Papier. Dem Anschein nach schlendert da einer der meistgesuchten Männer Europas gerade entspannt von einem Laden zum nächsten, während es in Deutschland Tausende Aktionäre und Investoren nicht fassen können, dass ihr Vermögen dahin ist. Mit deren Geld also geht Marsalek jetzt anscheinend gemütlich auf Shoppingtour - in kurzen Hosen noch dazu, als wolle er die Demütigung perfekt machen.

Allerdings löst sich die vermeintliche Spur zu Marsalek, dem früheren Vorstand der insolventen Aschheimer Wirecard AG, schnell wieder auf: Bei näherer Betrachtung stellt sich das Foto als Fälschung heraus. Im Zeitalter der Fotomontagen ist es einfach, den rasierten Kopf Marsaleks auf so gut wie jeden Körper zu montieren. Man könnte den flüchtigen Manager so auch als Müllsammler in Manila darstellen oder als Bademeister in Phuket oder als Betreiber einer Imbissbude in Moskau.

In der nicht ganz so exotischen Schleißheimer Straße, in der die Staatsanwaltschaft München ihre Büros hat, arbeitet man derweil an einem neuen Haftbefehl gegen Jan Marsalek. Alles, was sich an Verdachtsmomenten gegen ihn finden lässt, tragen die Ermittler jetzt zusammen, bevor sie den 40 Jahre alten Österreicher weltweit zur Fahndung ausschreiben: Marktmanipulation, Bilanzfälschung, Untreue. Der Haftbefehl muss sitzen, damit sich möglichst viele Staaten in der Pflicht sehen, Marsalek festzunehmen.

Wobei die Strafverfolger damit rechnen müssen, dass die Suche länger dauern könnte. Denn Marsalek dürfte die Mittel besitzen, um sich zu entziehen. Bekannte gehen davon aus, dass er aus den Kassen der Wirecard AG ein dreistelliges Millionenvermögen abgezweigt hat und außerdem enge Kontakte zu Geheimdienstlern diverser Länder pflegt, die ihm jetzt zu Beginn eines neuen Lebens helfen könnten.

Vor allem aber dürfte Jan Marsalek sein eigener Charakter helfen. Erst kürzlich hat er seinen 40. Geburtstag gefeiert, und doch nennt ihn ein Bekannter "einen der abgezocktesten Typen, die ich je erlebt habe". Marsalek wirkt immer höflich und kontrolliert, zuweilen sogar charmant mit seinem leichten Wiener Dialekt. Ein Weltbürger des 21. Jahrhunderts, mehrsprachig, weit gereist, technikaffin. Er hat einst in Wien das französische Gymnasium besucht und dann bald, ohne Studium, bei Wirecard Karriere gemacht. Schon mit 30 stieg er in den Vorstand auf, zuletzt schien er in der analogen wie in der digitalen Welt gleichermaßen zu Hause zu sein.

Hinter dieser Fassade hat Marsalek dann wohl systematisch ein Betrugsschema aufgebaut, wie es in Deutschland noch nie vorgekommen ist. Nicht nur war er mutmaßlich daran beteiligt, die Wirecard AG, die auf bargeldlose Bezahlmodelle spezialisiert ist, viel größer aussehen zu lassen, als sie war. Offenbar schaffte er auch ein Vermögen beiseite - für sich selbst.

Immer mehr zeigt sich jetzt, wie sehr sich der Wirtschaftsstandort Deutschland im Fall Wirecard blamiert hat. Der Konzern aus Aschheim sollte der Bundesrepublik, so sahen es jedenfalls die Aktionäre, den Weg ins digitale Zeitalter weisen. Bezahlen ohne Bargeld, das wirkte so zukunftsträchtig wie Autofahren ohne Benzin. Jetzt allerdings stellt sich heraus, dass Deutschland nicht eine neue Tech-Ikone hervorgebracht hat, sondern einen Wirtschaftsskandal unglaublichen Ausmaßes. Der Aufsichtsrat, die Wirtschaftsprüfer, die Aufseher in den Behörden - sie alle haben sich täuschen, ja einlullen lassen wie naive Anfänger. Die Wirtschaftsprüfgesellschaft EY spricht jetzt von einem weltweit orchestrierten, umfassenden Betrug, den sie aber jahrelang nicht entdeckte, allen Warnsignalen zum Trotz.

Während Konzernchef Markus Braun die Investoren und Aktionäre umwarb, baute allem Anschein nach vor allem Marsalek das Lügengebäude namens Wirecard

auf. Dieses Spiel verstand er wohl am besten - das Spiel mit überforderten Kontrolleuren, mit riesigen Geldflüssen quer durch die Steueroasen des Globus hinweg.

Wenn die Geschichte deutscher Krimineller ein Maßstab ist, dann wird man Jan Marsalek irgendwann fassen. Wie Jürgen Schneider, den einstigen "Baulöwen", der Milliarden Euro Schulden anhäufte und untertauchte, bis man ihn 13 Monate nach seiner Flucht, im Mai 1995, braun gebrannt in Florida verhaftete. Auch der frühere Börsenspekulant Florian Homm ging den Fahndern ins Netz. Nach mehrjähriger Flucht wurde er 2013 mit Hilfe von Zielfahndern des FBI geschnappt, als er in den Uffizien in Florenz Gemälde betrachtete. Die US-Polizei war beteiligt, weil sie Geldwäsche vermutete. Wer weiß, ob man den Flüchtigen ohne die amerikanischen Fahnder je gefasst hätte. Der Unterschied zwischen Schneider, Homm und Marsalek ist allerdings dieser: Marsalek scheint viel mehr Geld zu haben. Und ob die Amerikaner diesmal helfen, ist unklar.

Immerhin haben die deutschen Strafverfolger im Fall Wirecard schon mal einen der Hauptverdächtigen in Reichweite: Markus Braun, 50, der langjährige Vorstandschef und Technik-Nerd, hat sich gestellt und ist gegen Kaution auf freiem Fuß. Braun könnte den Ermittlern jetzt erzählen, wie der mutmaßliche Schwindel zustande kam. Fing es mit kleinen Tricks an, die sich verselbständigten, oder gab es immer einen größeren Plan?

Braun wird sich diesen Fragen stellen müssen, weil er nicht untertauchen konnte, oder wollte. Er hat eine Frau und eine Tochter in Wien, und wahrscheinlich ist es schlicht nicht sein Ding, Jahre im Untergrund zu verbringen. Vielleicht stellt er sich auch als Opfer dar, beteuert, dass er selbst hintergangen wurde.

Bei seinem Zögling Marsalek liegen die Dinge anders. Jan Marsalek, der bei Wirecard als Chief Operating Officer die Geschäfte führte, ist noch jung und nicht gebunden, jedenfalls nicht durch Kinder. Er scheint zu wissen, wie man sich in aller Welt durchschlägt. Wer ihn kennt, erzählt jetzt, dass er immer schon schwer greifbar war. Er tänzelte durchs Büro, als würde ihn alles Irdische nicht belasten. Er war oft auf Reisen und immer auf dem Sprung. Sein Büro in Aschheim war voller

Erinnerungsstücke aus aller Welt, Fell- und Offiziersmützen aus Russland, eine Donald-Trump-Pappfigur in Originalgröße.

Seine langjährige Freundin und er lebten in getrennten Wohnungen. Marsaleks Adresse in München war im Zentrum, sie lebte wohl in Schwabing. Marsalek soll angeblich viel gefeiert haben, in Kitzbühel, Moskau, bei einer Party soll Sushi auf dem nackten Körper einer Frau serviert worden sein. Seine Bekannten lud er gerne ins Münchner Luxushotel Mandarin Oriental ein, dort auf der Dachterrasse gab er offenbar Champagner aus und zahlte Rechnungen über Hunderte Euro in bar. Es heißt, er habe nicht gerne mit Karten gezahlt, obwohl das doch das Geschäftsmodell seiner Firma war. Womöglich war es ihm schon immer zuwider, Spuren zu hinterlassen. Er neigte zur Heimlichtuerei. "James Bond war sein Ding", sagt ein Bekannter, "Geheimdienste seine Faszination." Der Staatsanwaltschaft München hat Marsalek offen erklärt, er betreibe "Feindaufklärung" und lasse sich von jemandem in einer ausländischen Regierung mit Informationen über einen unliebsamen Mitarbeiter versorgen.

Das große Versprechen Wirecards lautete immer, dass man die Technologie der Zukunft besitze und sie offensiv auf dem Kontinent der Zukunft vermarkte. Das Asien-Geschäft mit seinen schier unendlichen Verästelungen war vor allem Marsaleks Sache. Er baute ein Netz aus Tochter- und Partnerfirmen auf, in dem immer Geld in großen Mengen bewegt wurde. Womöglich sollte dies verheimlichen, dass der Konzern viel weniger verdiente, als er behauptete. Geld war immer in Bewegung, aber es floss wahrscheinlich nur im Kreis.

Um die Wahrheit zu vertuschen, betrieben Mitarbeiter Wirecards im Verantwortungsbereich von Marsalek einen riesigen Aufwand. Interne Unterlagen legen nahe, dass Verträge mit angeblichen Kunden offenbar erfunden, rückdatiert und mit falschen Unterschriften versehen wurden. Ein Mitarbeiter Marsaleks in Asien tat dies so ausschweifend, dass 2018 zwei örtliche Kollegen für Compliance-Fragen einschritten. Der Vorstand in Aschheim allerdings ließ die beiden Juristen auflaufen.

Marsalek pflegte seinen Hang zum Konspirativen. Viele seiner Gesprächspartner erinnern sich, dass er Gäste ungern in seinem Firmenbüro empfing, sondern lieber andere, weniger sichtbare Treffpunkte bevorzugte, zum Beispiel in Privathäusern.

In solchen Gesprächen soll Marsalek immer gleich gewirkt haben: Er kam im stahlblauen Anzug, mit offenem weißen Hemd und einer großen Armbanduhr. Er wirkte selbstsicher und entspannt. Wenn es um die Probleme in Asien ging, änderte sich seine Verteidigungslinie kaum. Er räumte ein, dass Wirecard halt zu schnell gewachsen sei, es gehe eben noch eher mittelständisch zu und noch nicht wie in einem Dax-Konzern. "Die Strukturen, die anderswo verkrustet sind, müssen wir erst noch schaffen", soll Marsalek einmal gesagt haben - mit wahrscheinlich gespielter Selbstironie. Die Finanzleute in Singapur seien überdies schlampig gewesen und hätten mal eine ordentliche Watschn verdient.

Sonst aber sei alles in Ordnung, beteuerte Marsalek gern.
Jedes Unternehmen habe mal ein Problem mit dem Wirtschaftsprüfer, sagte er oft, und wies zugleich darauf hin, dass die Prüfer von EY ja stets die Stichhaltigkeit der Bilanzen bestätigt hätten. Tatsächlich waren es vor allem die Prüfer von EY, die Wirecards Glaubwürdigkeit stützten - zu Unrecht, wie man heute weiß.

Marsalek lenkte auch regelmäßig die Aufmerksamkeit auf die vermeintlichen Feinde Wirecards. So ließ er Diagramme verbreiten mit kleinen Porträtfotos, die mit Pfeilen verbunden waren, manchmal stand als Erläuterung neben einer Verbindungslinie, dass zwei Personen eine Affäre miteinander hatten. All dies sollte zeigen, wie die Feinde des Konzerns zusammenhingen, zusammenwirkten und womöglich zusammen schliefen. Marsalek referierte oft darüber, dass Wirecard ja nur das Opfer von Medien und Spekulanten sei und dass die wahren Bösewichte nicht in Aschheim säßen, sondern in der Londoner City, von wo aus sie den Aktienkurs Wirecards drückten.

Diese Mischung aus Leugnen, Beschönigen und Ablenken soll Marsalek virtuos beherrscht haben. Er wirkte dabei nicht übereifrig, eher stoisch. Die Wirtschaftsprüfer sind an ihm und seinen Leuten verzweifelt. Jedes Jahr im Frühjahr, wenn die Konzernbilanz zu prüfen war, mussten die externen Kontrolleure Verträge anmahnen,

Unterlagen verlangen, verdächtige Vorgänge aufklären. Marsalek wurde mehrmals von den Kontrolleuren vernommen. 2019 geriet er zum Beispiel in den Verdacht, ein obszön teurer Firmenzukauf von Wirecard im Indien-Geschäft habe nur ihm selbst genutzt, indem Hunderte Millionen Euro aus dem Konzernvermögen an eine Briefkastenfirma auf Mauritius gelangten, die er womöglich selbst kontrollierte.

Marsalek soll auch in solch heiklen Momenten mit der üblichen Nonchalance aufgetreten sein. Auch noch 2019, als dubiose Praktiken Wirecards in Singapur schon Aufsehen erregten. Womöglich spürte Marsalek damals, dass es nur noch eine Frage der Zeit war, bis der Schwindel auffliegen würde. Dennoch redete er den Prüfern ein, dass alles mit rechten Dingen zuging.

Im Juni 2020 dann kollabierte alles. Wirecard musste zugeben, dass es fast zwei Milliarden Euro auf den Philippinen nie gegeben hat. Konzernchef Braun stellte sich der Justiz, sein Unternehmen beantragte die Insolvenz. Und Marsalek erzählte einem Bekannten, er fahre jetzt erst einmal in die Berge. Wenig später, am 23. Juni, soll er am Flughafen von Manila gelandet sein. So steht es zumindest im Computersystem der philippinischen Einwanderungsbehörde: Ankunft am Terminal 1 mit der Morgenmaschine des Billigfliegers Jetstar aus Singapur. Aber stimmt das?

Wegen des Coronavirus dürfen Ausländer nur einreisen, wenn sie zum Beispiel einen philippinischen Partner haben. Laut Einwanderungsbehörde soll Marsalek mit seiner philippinischen Ehefrau gekommen sein. Aber: Marsalek hat keine Ehefrau, schon gar keine philippinische. Auch die Weiterreise gibt Rätsel auf. Angeblich flog Marsalek gleich weiter nach Cebu und am nächsten Morgen von dort mit Sichuan Airlines nach China. Beides ist unwahrscheinlich. Erstens hätte Marsalek in Manila zwei Wochen in Quarantäne verbringen müssen, zweitens ist Sichuan Airlines seit Januar nicht mehr von Cebu aus geflogen.

Der philippinische Justizminister hat angekündigt, den Fall Marsalek rasch zu klären und seinen Beamten zwei Tage Zeit gegeben. Von Marsalek aber gibt es keine Spur, nicht einmal auf den Überwachungsvideos am Flughafen ist er zu sehen. War er gar nicht da? Haben Hacker seinen Namen ins Computersystem geschmuggelt, ohne dass er selbst gelandet ist? Oder hat er jemanden geschmiert?

Die Philippinen gelten als eines der korruptesten Länder in Südostasien, aber auch hier ist spätestens Schluss, wenn der Regierung eine Blamage droht. Und der Fall Wirecard beschädigt längst den Ruf des ganzen Landes. Erst bestätigen die Mitarbeiter lokaler Banken die Existenz eines Milliardenvermögens von Wirecard, das es gar nicht gibt. Und nun blamiert sich der Justizminister, dessen Leute nicht einmal genau wissen, wer wann wo eingereist ist. Die Regierung dürfte also motiviert sein, Marsalek zu fassen. Aber womöglich ist er ja gar nicht dort.

Manche, die Marsalek kennen, trauen ihm zu, dass er sich mithilfe von falschen Papieren und Bestechungsgeld lange durchschlagen kann. Es hat immer wieder Gerüchte gegeben, wonach er in enger Verbindung zu Geheimdiensten stand, zu Israel, womöglich noch mehr zu Russland. Angeblich, erzählte man sich, habe Wirecard Kreditkarten mit vorbezahlten Guthaben an Agenten oder Söldner in Konfliktregionen ausgegeben, womöglich sogar fremde Geheimdienste in die Zahlungsströme der eigenen Kundschaft blicken lassen. Es sind bisher nur Gerüchte, aber sie werden auch in Justizkreisen ernst genommen. Und all das legt nahe, dass Jan Marsalek auf der Flucht durchaus mit professioneller Hilfe rechnen kann.

Er dürfte gut vorgesorgt haben. In seinem Umfeld geht man davon aus, dass er sich in den vergangenen Jahren prall gefüllte Geldspeicher in mehreren Ländern aufgebaut hat, über Briefkastenfirmen oder mit Hilfe von Komplizen, die ihn nun mit Geld versorgen. "Er ist ein Spieler", sagt jemand, der ihn kennt, "aber er spielt abgesichert."

Vielleicht ergeht es Jan Marsalek also erst einmal nicht so wie Ludwig-Holger Pfahls, dem früheren deutschen Staatssekretär und Verfassungsschutzchef, der 1999 wegen Korruptionsermittlungen vor den Augsburger Strafverfolgern nach Taiwan floh. Pfahls blieb jahrelang verschollen, bis er 2004 in Paris verhaftet wurde. Offenbar war ihm schlicht das Geld ausgegangen. Im Gegensatz zu Pfahls aber könnte Marsalek Dutzende, vielleicht Hunderte Millionen Euro beiseitegeschafft haben. Das könnte für ein ganzes Leben reichen.

Und so ist die Geschichte mit dem manipulierten Foto, das Marsalek mit zwei Einkaufstüten zeigt, vielleicht sogar ein Abbild der Wirklichkeit: Marsalek könnte sein

eigenes Foto, womöglich mit Bart und neuer Frisur, in falsche Pässe einkopieren lassen und sich eine neue Identität geben.

In den Unterlagen von Wirecard findet man mehrere Passkopien von Jan Marsalek, wobei ein Detail besonders auffällt. Seine Körpergröße ist mit 1,80 Meter angegeben. Wer ihm begegnet ist, hat ihn kleiner in Erinnerung. Hat er also schon bei solch grundlegenden Informationen wie seiner Körpergröße geschummelt?

Es würde zum Fall Wirecard passen, zu einem Konzern, der mit schamlos aufgeblasenen Bilanzen eine Größe vortäuschte, die er nie hatte. Und zu Jan Marsalek, der sich offensichtlich ein Leben lang größer gemacht hat, als er in Wirklichkeit war.

Das Kartenhaus

Wirecard hat eine sagenhafte Erfolgsgeschichte erzählt - und viele wollten sie glauben. Über Aufstieg und Fall einer Skandalfirma.

Von Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter, Jörg Schmitt, Jan Willmroth und Nils Wischmeyer, Süddeutsche Zeitung, 26.06.2020

Pünktlich um 19.30 Uhr trifft der frühere Konzernchef Markus Braun am Montag dieser Woche in den Büros der Staatsanwaltschaft München ein, um sich verhaften zu lassen. Er geht den Flur entlang, vorbei an der Kaffeeküche, setzt sich im Besprechungszimmer an den großen Tisch. Er ist mit zwei Anwälten da, zwei Polizisten sind anwesend, ferner drei Staatsanwälte. Ein Moment wie dieser ist nie Routine, der Moment, in dem ein Mensch kurz davor ist, seine Freiheit zu verlieren. Als der Haftbefehl verlesen worden ist, stehen alle wieder auf, die Oberstaatsanwältin Hildegard Bäumler-Hösl begleitet Braun noch ins Polizeipräsidium, als wolle sie noch gute Nacht wünschen, bevor Braun seine Zelle betreten muss. Alles läuft ruhig und geordnet ab, was zum Anlass passt: Wenn ein Kartenhaus zusammenfällt, gibt es eben kaum Geräusche.

In der Nacht zuvor um 2.48 Uhr hat Brauns Firma, die Wirecard AG aus Aschheim bei München, erklärt, dass ihr angebliches Vermögen in Asien, knapp zwei Milliarden Euro Cash, wohl nie existiert habe und dass größere Teile von Umsatz und Gewinn womöglich ebenfalls erfunden worden seien. Braun hat Wirecard aus dem Nichts aufgebaut und vor zwei Jahren in den Dax geführt. An diesem Donnerstag hat das Unternehmen einen Insolvenzantrag angekündigt, was bei einem Dax-Konzern noch nie vorgekommen ist. Es ist eine furchtbare Blamage für den Wirtschaftsstandort. Verlierer sind vor allem Mitarbeiter und die vielen Kleinaktionäre, die auf Rendite gehofft hatten und deren Geld nun unwiederbringlich verloren ist. Fast 200 Euro war die Aktie 2018 mal wert, am Donnerstag stürzte sie auf unter drei Euro ab.

Während sich Braun nach seinem Rücktritt als Vorstandschef am Montag darauf gefasst macht, die Nacht in Polizeigewahrsam zu verbringen, ist sein engster Vertrauter, tja, wo eigentlich? Jan Marsalek, der andere Vorstand von Wirecard, der als rechte Hand Brauns galt, bis man ihn feuerte, ist offenbar unterwegs. Es heißt, er habe sich aus Manila gemeldet, der Hauptstadt der Philippinen, dort suche er nach den verschollenen Milliarden Wirecards.

Tatsächlich? Inmitten der Corona-Beschränkungen und der Kernschmelze seines Unternehmens fliegt Marsalek mal eben nach Manila, um Geld zu suchen, das es gar nicht gibt? Womöglich ist Marsalek auch einfach untergetaucht, um seiner Verhaftung zu entgehen. Dass man es nicht genau weiß, passt zu dieser Geschichte von Hybris und Trickserei. Schließlich wusste man als Beobachter von Wirecard nie so genau, was echt war und was falsch.

Markus Braun, der frühere Chef, galt als Visionär. Nun stellt sich heraus, dass seine Firma niemals in den Kreis der Dax-Konzerne hätte aufsteigen dürfen, weil Substanz und Seriosität fehlten. Trotzdem haben Tausende Anleger ihr Geld in Wirecard-Aktien investiert, trotzdem haben Rechnungsprüfer die Bilanzen gebilligt, trotzdem sind die Aufsichtsbehörden Vorwürfen nie richtig nachgegangen.

In der Wirtschaftsgeschichte ist das natürlich nicht der erste und auch nicht der größte Schwindel dieser Art. In den USA hat es den Fall des Energiekonzerns Enron

gegeben, der alle in seinen Bann zog, bevor er implodierte. Oder Bernie Madoff, den Anlagebetrüger, der einen hohen Milliardenschaden anrichtete. Madoff stammte aus Manhattan, dem dunklen Herzen des Spekulantentums. Aber wie konnte es bei Wirecard aus Aschheim so weit kommen? Wie kreierte der Technik-Nerd Markus Braun die Illusion des deutschen "Financial-Technology"-Wunders, das als Start-up begann und bis in den Dax gelangte? Wie also schwindelt man eine Erfolgsgeschichte vor, die es wahrscheinlich gar nicht gibt?

Vielleicht beginnt jede Geschichte dieser Art nicht nur mit dem Schwindler selbst, sondern mit den Erwartungen und Hoffnungen der anderen. In Deutschland sehnte man sich spätestens nach dem VW-Skandal um manipulierte Dieselmotoren nach einer Zukunftsvision für die deutsche Wirtschaft. Die alten Größen im Dax wie die Deutsche Bank, VW oder Bayer enttäuschten oder schummelten, während die Weltmarke Germany im Zeitalter der Digitalisierung keine einzige neue, große Idee hervorgebracht hatte. Es herrschte die Sehnsucht nach einer frischen Erfolgsgeschichte für eine neue Zeit.

Markus Braun hat diese Sehnsucht bedient. Der Österreicher, 1969 in Wien geboren, hat erst als Unternehmensberater gearbeitet, so kam er vor gut 20 Jahren auch zur Vorgängerfirma von Wirecard, die Zahlungen für Porno- und Glücksspielseiten abwickelte. Nach Glamour klang das nicht, aber es steckte eben auch eine Zukunftsidee in dem schmuddeligen Start-up: Je mehr Menschen im Internet bestellen und bezahlen, desto größer wird die Firma.

Markus Braun gelingt es in den vergangenen Jahren mit der immergleichen Masche, die Menschen in seinen Bann zu ziehen. Zum Beispiel im Oktober 2018: Wirecard hat in den 42. Stock eines Wolkenkratzers in der Londoner City geladen, die Londoner nennen ihn wegen seiner keilförmigen Gestalt "Käsereibe". Dort oben, vor raumhohen Fenstern und mit Blick auf die Tower Bridge, will man sich beim "Innovation Day" präsentieren, als Höhepunkt gilt Brauns "Strategic Outlook". Der Chef sagt, er sei schüchtern, wolle aber dennoch versuchen zu sprechen. Dann folgen Superlative. Bis 2025 wolle er zehn Milliarden Euro umsetzen, sagt Braun und fügt hinzu: "Diese sind absolut am unteren Rand." Schließlich sei Wirecard ja eines "der am schnellsten wachsenden Unternehmen im Bereich Payments weltweit".

So tritt Braun immer wieder auf, betont zurückhaltend. Aber dann sagt er, was alle hören wollen: Digitalisierung, Transformation, Disruption. Dazu sehr ehrgeizige Umsatzziele. Es ist simpel, und doch sind die Fans gebannt. Braun verkörpert etwas, das gerade in Deutschland gut ankommt: Ehrgeiz und Understatement, Zukunftsvision und vermeintliche Bodenhaftung.

Während Braun den Konzern nach außen vertritt, führt sein junger Adlatus Jan Marsalek das operative Geschäft. Marsalek ist heute 40 Jahre alt und schon seit einem Jahrzehnt im Vorstand. Er trägt das Haar kurz geschoren, dazu meist blaue Anzüge ohne Krawatte und auffällig große Uhren von Panerai. Mit Braun verbindet ihn, dass sie beide Österreicher sind, vor allem aber, dass Marsalek wie ein Ziehsohn des Konzernchefs wirkt.

Marsalek wirkt im Hintergrund, aber er scheint den Luxus zu lieben. Man erzählt sich, er gebe Champagner auf der Dachterrasse des Hotels Mandarin Oriental aus und sei oft im Businessjet unterwegs. Oft reist er nach Asien, es gilt als größter Wachstumsmarkt für Wirecard, weil dort so viele Menschen bargeldlos zahlen. Das Potenzial ist enorm. Und besonders wächst unter Marsaleks Verantwortung ein Netz von Partnerfirmen und Tochterfirmen, sie sich gegenseitig Geld überweisen und Rechnungen stellen. Mails aus den Singapurer Büros von Wirecard legen nahe, dass selbst die Mitarbeiter kaum noch durchblicken, von wo nach wo Geld gerade fließt, geschweige denn die Prüfer.

Des Öfteren ist die Stimmung sehr angespannt und gereizt, wenn die Kontrolleure von Ernst & Young (EY) im Frühjahr den Jahresabschluss überprüfen. "Wir erwarten von Ihnen, dass Sie uns diese (*fehlenden Anhänge, d.Red.*) in der folgenden Stunde schicken", schreibt EY etwa im April 2018 an zwei Verantwortliche. Interne Mails legen auch nahe, dass es schon damals dubiose Vorgänge gibt, die man den Prüfern nur schwer erklären kann. Es gebe ein hohes Risiko, schreibt ein Mitarbeiter von Wirecard an einen anderen, dass EY "die Story nicht akzeptiert".

Die Story. Ist ganz Wirecard eine erfundene "Story"? Und wie gelingt so etwas?

Die Antwort liegt womöglich in der Art und Weise, wie heute internationale Geschäfte strukturiert sind: Nicht nur in einer einzigen Firma, sondern in vielen

Firmen weltweit. Jahrelang behauptet Wirecard, es sei auf Partnerfirmen angewiesen, die in ihren jeweiligen Ländern im Besitz einer Lizenz für Finanzgeschäfte seien. Doch erregen viele dieser Firmen seit Jahren Verdacht. Wer sie besucht, denkt an Briefkastenfirmen. Und doch soll dieses "Drittpartnergeschäft" einen Großteil von Umsatz und Gewinn Wirecards abwerfen, so stellt es der Konzern jahrelang dar. Bis er am Montag dieser Woche erklärt, frühere Angaben zu diesem zentralen Geschäftsbereich seien wohl "nicht korrekt". Die 1,9 Milliarden Euro, die dieses Geschäft abgeworfen haben soll, sind demnach wohl ebenfalls erfunden. Wie so oft also dürfte ein weltweit verzweigtes Firmennetz dazu gedient haben, etwas zu vertuschen - oder, in diesem Fall, etwas vorzugaukeln.

Allerdings schöpft ein Mann in England früh Verdacht. Er ist sympathisch und unauffällig, hat einst bei einer Bank Bilanzen ausgewertet. Später wechselte er als Reporter zur Zeitung *Financial Times*. Dan McCrum ist etwa so alt wie Wirecard-Vorstand Marsalek und entwickelt sich rasch zu dessen Gegenspieler. Schon 2015 veröffentlicht McCrum Artikel über das "Kartenhaus Wirecard". Im Gegenzug wirft Wirecard der *FT* vor, sie sei Komplizin von Spekulanten und wolle den Kurs der Wirecard-Aktie nach unten treiben.

Wer mutmaßlich ein Lügengebäude aufgebaut hat, muss es schützen, um jeden Preis. Die Wirecard AG geht also unerbittlich gegen jene vor, die ihre Erfolgsgeschichte infrage stellen. Mal verklagt sie die FT auf Schadenersatz, mal zerrt sie die *Süddeutsche Zeitung* vor Gericht. Wirecard will den Zweifel im Keim ersticken. Sollten Braun oder Marsalek je unsicher wirken, oder so, als habe man sie ertappt, würde die Illusion des Weltkonzerns Wirecard sofort in sich zusammenfallen.

Der Auslöser für den Zusammenbruch aber liegt dann an unerwarteter Stelle: bei Wirecard selbst. Im Büro Singapur erregt der örtliche Finanzchef Anfang 2018 Argwohn. Angeblich stiftet er Kollegen bei einer Präsentation dazu an, Geld illegal zwischen Firmen zu verschieben, um Finanzlöcher zu stopfen. Zwei Juristen des Unternehmens in Singapur schöpfen Verdacht, eine externe Kanzlei prüft die Vorwürfe und stützt sie, vermutet sogar, dass Straftaten im Raum stehen.

Doch schon bald dämmert den beiden Juristen, dass die Konzernspitze in Aschheim kein Interesse an harter Aufklärung hat. Eigentlich möchten die beiden Fachmänner gerne nach Deutschland reisen und mit dem Vorstand reden. Doch in Aschheim heißt es, das sei nicht nötig: Jan Marsalek, die rechte Hand von Konzernchef Braun, nehme die Sache in die Hand.

Für die beiden Juristen ist das niederschmetternd. Wie könne Marsalek aufklären, schreibt einer von ihnen in einer Mail an den Vorstand, wenn Marsalek wegen seiner Nähe zu dem verdächtigen Kollegen in Singapur doch selbst belastet sei?

Für ernsthafte Aufräumarbeiten in Singapur aber ist es da vermutlich schon zu spät. Womöglich sind Braun und Marsalek zu tief verstrickt, womöglich ist der Schwindel schon so groß, dass jede gründliche Untersuchung, jedes öffentliche Eingeständnis zur Implosion führen würde. Und so belehrt ein Verantwortlicher für Compliance in Aschheim einen der beiden Juristen in Singapur: "Als Compliance müssen wir Partner des Managements sein ... Wir sind keine Staatsanwälte." Mit diesen Worten lässt sich die Kultur Wirecards vermutlich gut zusammenfassen.

Das Verhängnis nimmt trotz dieser Vertuschungsversuche seinen Lauf. Nach den beiden Juristen in Singapur übernimmt jetzt die Presse: Im Laufe des Jahres 2018 gelangen Informationen über die Missstände bei Wirecard Singapur an die Financial Times, Anfang 2019 berichtet der Reporter McCrum über die mutmaßlichen Bilanztricks. Der Aktienkurs bricht ein.

Bald erscheint der Vorstand Jan Marsalek bei der Staatsanwaltschaft München. Er erklärt sich zum Opfer dunkler Machenschaften, spricht nicht etwa über Ungereimtheiten in der Bilanz, sondern lenkt die Aufmerksamkeit auf einen anderen Schauplatz: Er habe das Gefühl, dass er erpresst werde. Ein Bekannter habe ihm angeboten, die negativen Berichte über Wirecard in der angelsächsischen Presse zu stoppen, wenn Wirecard gut zwei Millionen Pfund zahle. Marsalek erklärt das unanständige Angebot zum Teil mit einer größeren Verschwörung zwischen Presse und Spekulanten gegen sein Unternehmen.

Er nennt ein weiteres Beispiel. So habe er erfahren, erzählt Marsalek, dass einer der Wirecard-Juristen aus Singapur, der mögliche Bilanztricks angeprangert hatte, mit

Londoner Spekulanten zu tun habe. Es gebe dafür einen Beleg: Der Jurist habe interne Unterlagen Wirecards wohl an die FT durchgestochen. Dafür sei er nach London geflogen; das Flugticket habe ein Londoner Spekulant gezahlt. Marsalek will den Kollegen aus Singapur offenbar diskreditieren. Aber woher will er wissen, wer dessen Flugticket bezahlt hat? Marsalek sagt, dies ergebe sich aus einem Zahlungsvorgang mit einer Kreditkarte. Er habe dafür eine gute Quelle: einen Bekannten, "der für einen ausländischen Staat arbeitet".

Offenbar nutzt Marsalek also Kontakte in Polizei- und Geheimdienstkreisen, um einen unbequemen Ex-Mitarbeiter auszuspionieren. Er sei für "Feindaufklärung" zuständig, sagt Marsalek bei der Staatsanwaltschaft. Er umgibt sich immer mal wieder mit dubiosen Zuträgern; Kontakt hat er etwa mit einem Ex-Geheimdienstler aus Libyen, der in Großbritannien Geschäftsleute ausforschen soll. Wirecard hat im Jahr 2019 auf SZ-Anfrage bestritten, Gegner durch den Libyer oder durch Detekteien beobachten zu lassen. Offensichtlich aber geht Wirecard mit aller Härte gegen jene vor, die das mutmaßliche Lügengebäude zum Einsturz bringen könnten, so verklagt das Unternehmen zum Beispiel die Financial Times auf Schadenersatz.

Das geht eine Zeit lang gut. Die deutschen Behörden gehen dem Verdacht nach, den Marsalek gestreut hat. Die Staatsanwaltschaft München ermittelt gegen unbekannt wegen Verdachts der Marktmanipulation, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verbietet gewisse Spekulationsgeschäfte mit der Wirecard-Aktie und stellt Strafanzeige gegen zwei Reporter der Financial Times und gegen Börsenspekulanten. Es stützt die Behauptung von Wirecard, das unschuldige Opfer von Spekulanten zu sein.

Herrscht beim Staat das Gefühl, aus Patriotismus das deutsche Unternehmen vor Angriffen aus dem Ausland schützen zu müssen? Die Münchner Oberstaatsanwältin Hildegard Bäumler-Hösl sagte einmal, dass es schlicht sehr schwierig sei, einen Durchblick zu bekommen. "Ich habe meist ein Grundgefühl für einen Fall, aber das fehlt mir hier völlig", sagte sie Ende 2019. "Es ist schwer zu sagen, wohin es geht."

Für den FT-Reporter Dan McCrum sind es zehrende Zeiten. Wegen der Vorwürfe von Wirecard, er sei ein Handlanger von Spekulanten, überprüft die FT

ihren Reporter, externe Anwälte filzen sein Handy, durchforsten seine Mails. Die Zeitung will sich ganz sicher sein, dass er integer ist. Gleichzeitig fallen Wirecard-Fans bei Twitter über McCrum her.

Die Kettenreaktion aber ist da schon nicht mehr aufzuhalten. Durch die vielen Enthüllungen in der Presse ist Wirecard so unter Druck, dass es ein Sondergutachten bei KPMG in Auftrag gibt, um sich neue Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Die Wirtschaftsprüfer sollen bestätigen, dass alles in Ordnung sei. Der Plan misslingt, weil KPMG Anfang 2020 ein vernichtendes Gutachten schreibt: Wirecard habe viele Unterlagen erst spät oder gar nicht herausgegeben, Geldströme im Geschäft mit Drittpartnern seien nicht nachvollziehbar.

Gleichzeitig untersuchen die Bilanzprüfer von EY die Zahlen für 2019. Diesmal sehen sie genau hin. Von zwei Banken auf den Philippinen verlangen sie eine Bestätigung dafür, dass auf Wirecard-Konten 1,9 Milliarden Euro liegen. Es stellt sich heraus, dass es die Konten nach Angaben der Banken gar nicht - und wohl auch das vermeintliche Geld darauf - nie gegeben hat.

Nun müssen Braun und Marsalek die Frage beantworten, wann und warum der mutmaßliche Schwindel begann und wer dafür verantwortlich war. Braun hat angekündigt, dass er mit der Justiz kooperieren wolle. Die Haftrichterin in München scheint ihm so zu vertrauen, dass sie ihn gegen Zahlung einer Kaution von fünf Millionen Euro wieder freigelassen hat.

Der FT-Reporter Dan McCrum wirkt derweil wie jemand, von dem eine riesige Last abgefallen ist. Die Titelseite seiner Zeitung mit der Geschichte über die Verhaftung Brauns, schreibt McCrum bei Twitter, sei "etwas fürs Poesiealbum".

Marsalek soll derweil noch auf den Philippinen sein. Wenn er Glück hat, werden ihn die philippinischen Behörden nicht verhaften, die Gefängnisse dort gelten als Höllenlöcher. Ein Bekannter Marsaleks versichert, dass dieser am Wochenende nach München zurückkehren und sich der Staatsanwaltschaft stellen wolle. Aber wer will ihm jetzt noch etwas glauben?

Falscher Freund, falsche Fährte

Wie es dem umtriebigen Wirecard-Vorstand Jan Marsalek gelang, deutsche Behörden über Monate hinweg zu verladen und vom Verdacht gegen sein Unternehmen abzulenken

Von Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter, Jörg Schmitt, Jan Willmroth und Nils Wischmeyer, Süddeutsche Zeitung, 29.07.2020

Im April 2019 erscheint Jan Marsalek bei der Kriminalpolizei in München und beklagt sich über sein Schicksal. Es ist kurz nach neun Uhr morgens, neben einem Kripobeamten und einem Staatsanwalt ist noch eine Schreibkraft da. Marsalek ist mit seinem Anwalt gekommen und sieht vermutlich aus wie immer: weißes Hemd ohne Krawatte, blauer Anzug, große Armbanduhr. Marsalek, damals 39, ist Vorstand der Wirecard AG. Er spricht wie jemand, der mächtig ist. Ihm seien Leute unterstellt, die über die ganze Welt verteilt seien, sagt er, Rechnungen bis 250000 Euro unterschreibe er allein.

Aber der lässige Aufsteiger Marsalek beherrscht auch die Rolle des Opfers. Was er gerade ertragen müsse, sei character assassination, sagt er, üble Verleumdung. Die Financial Times thematisiere seinen Anzug, seine Frisur und seine goldene Kreditkarte. Die Journalisten versuchten, ihn als Vorstand der Wirecard AG niederzumachen, um den Börsenkurs zu drücken.

Heute, ein Jahr und drei Monate später, ist Jan Marsalek auf der Flucht, die Staatsanwaltschaft München sucht ihn wegen gewerbsmäßigen Bandenbetrugs. Marsalek und seine Komplizen sollen Umsätze vorgetäuscht haben und sich Bankkredite sowie Geld von Investoren in Höhe von 3,2 Milliarden Euro erschlichen haben. Nun ist dieses Geld wohl größtenteils verloren, Wirecard insolvent und der Fall ein Politikum. An diesem Mittwoch muss Bundesfinanzminister Olaf Scholz dem Fachausschuss im Bundestag erklären, warum die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) den Schwindel nicht erkannt hat – und stattdessen Strafanzeige gegen Journalisten stellte, die Wirecard kritisierten.

Eine der Antworten lautet, dass Jan Marsalek den Staat offenbar gezielt auf die falsche Spur gelenkt hat. Er versorgte die Ermittler und damit letztlich auch die Bafin mit angeblichen Beweisen dafür, dass Journalisten und Spekulanten Wirecard gemeinsam schaden wollten. Das klingt erstaunlich im Lichte dessen, was man heute über die mutmaßlich kriminelle Organisation Wirecard weiß. Noch erstaunlicher aber ist, dass der Trick funktionierte: Eine Zeit lang zumindest ist es Marsalek mit windigen Behauptungen gelungen, sich den Staat zum Helfer zu machen. Marsaleks Anwalt wollte sich auf Anfrage nicht äußern.

Marsaleks Manöver beginnt unmittelbar nach dem 30. Januar 2019, als die Financial Times anfängt, über mutmaßlich aufgeblähte Bilanzen und kriminelles Verhalten im Asien-Geschäft von Wirecard zu berichten. Der Aktienkurs bricht dramatisch ein. Für das Unternehmen ist die Lage bedrohlich, weil es an einer wunden Stelle getroffen wird – mit dem Verdacht, Umsätze zu erfinden. Wirecard geht sofort in die Gegenoffensive: Bereits am 1. Februar erstattet das Unternehmen Strafanzeige wegen Verstößen gegen das Börsenrecht. Die These der Wirecard-Anwälte lautet, die Financial Times mache gemeinsame Sache mit Spekulanten, die auf einen fallenden Aktienkurs wetteten und somit an den Folgen der negativen FT-Artikel verdienten.

Um diese These zu stützen, fahren die Anwälte Wirecards eine Reihe angeblicher Beweise auf. Am 11. Februar erklärt ein vermeintlicher Börsenprofi aus London an Eides statt, dass Aktienhändler schon vorab von den Enthüllungen der FT gewusst hätten. Mit dieser Aussage, die Wirecard an die Staatsanwaltschaft übermittelt, will der Konzern den Eindruck einer Verschwörung zwischen Journalisten und Spekulanten verstärken. Wenige Tage später folgt ein zweiter vermeintlicher Beleg für diese unheilige Allianz: Marsalek berichtet, ein Bekannter habe ihm positive Berichterstattung in einem führenden Medium angeboten – für gut zwei Millionen Pfund. Die Botschaft lautet auch hier: Die Medien sind käuflich und bereichern sich auf Kosten von Wirecard. Auch diese Information übermittelt ein Anwalt Wirecards an die Staatsanwaltschaft München.

Die Ermittler aus Bayern sind alarmiert. Sie warnen am Freitag, 15. Februar 2019, die Bafin eilig per Fax. Darin heißt es, Wirecard sei zur Zahlung einer hohen Summe aufgefordert worden, sonst werde es weitere negative Presseberichte geben.

Ein neuer Angriff von Spekulanten könne bevorstehen. Die Staatsanwaltschaft stufe dies als „glaubhaft“ ein. Daraufhin setzt die Bafin bei der europäischen Aufsicht am Montag, 18. Februar, ein europaweites Leerverkaufsverbot durch: Spekulanten dürfen nicht mehr auf einen fallenden Kurs der Wirecard-Aktie wetten. Der Staat stellt sich damit schützend vor eine Firma, die angeblich zu Unrecht angegriffen wird. Einen größeren Gefallen kann die Bafin Wirecard nicht tun, denn die Spekulanten-Geschichte lenkt davon ab, dass bei Wirecard selbst einiges im Argen liegt. Marsaleks Plan geht offenbar auf.

Wenige Tage später, als es breite Kritik an dem höchst ungewöhnlichen staatlichen Eingriff gibt, bestellt die Staatsanwaltschaft München Marsalek als Zeugen ein. Er soll, so heißt es in der Ladung, zur „Wahrheitsfindung“ beitragen. Marsalek erscheint am 21. Februar um 12 Uhr mit seinem Anwalt. Er sagt, er betreibe seit Jahren „Feindaufklärung“ im Milieu der Londoner Spekulanten und kriege dort einiges mit, auch dubiose Angebote. So habe ihn jüngst ein Erpressungsversuch erreicht. Ein Mann aus London habe gegen Zahlung von 2,2 Millionen Pfund angeboten, einen Reporter einer angelsächsischen Nachrichtenagentur zu bestechen, damit dieser positiv über Wirecard schreibe. Als Beleg führt Marsalek Chat-Nachrichten an sowie den Entwurf eines Vertrags, der den anrüchigen Deal als Sponsoring Wirecards im Autorenngeschäft aussehen lassen soll. Für die Staatsanwaltschaft sind Marsaleks Behauptungen auch jetzt kaum zu überprüfen. Marsaleks Geschichte könnte stimmen, sie könnte aber eine reine Erfindung sein, ein Manöver zur Ablenkung vom eigenen, womöglich kriminellen Treiben. Ist es also voreilig von der Staatsanwaltschaft, die Geschichte vom angeblichen Erpressungsversuch Mitte Februar an die Bafin weiterzuleiten? Die Staatsanwaltschaft erklärt heute, sie habe damals Informationen erhalten, die sie an die Bafin weitergeleitet habe, „wie es ihre Verpflichtung ist, nicht mehr, aber auch nicht weniger“.

Die Bafin nimmt den Hinweis der Strafverfolger aus München sehr ernst. Nicht nur verhängt sie ein Leerverkaufsverbot, sie formuliert auch eine Strafanzeige gegen die FT-Journalisten Dan McCrum und Stefania Palma sowie gegen diverse, teils bis heute anonyme Spekulanten, die mit Wirecard-Aktien Geschäfte gemacht haben. Die

Strafanzeige ist nicht in allen Punkten überzeugend und wirkt jedenfalls da, wo sie die Journalisten beschuldigt, eher lebensfremd. Die Bafin hat erklärt, das Zusammenspiel von bestimmten Abläufen an der Börse und von negativen Presseberichten sei „außergewöhnlich“ gewesen. Tatsächlich haben kurz vor Erscheinen des FT-Artikels am 30. Januar 2019 mehrere Händler auf sinkende Kurse gesetzt und damit Hunderttausende Euro verdient. Das muss aber nicht an sich schon anrüchig sein, schließlich gibt es seit Jahren schon Vorwürfe gegen Wirecard. Und die Verdachtsmomente gegen die beiden FT-Journalisten sind sehr dünn.

Damit steht bis heute der Verdacht im Raum, dass Marsalek mit möglicherweise erfundenen oder stark überzeichneten Geschichten die deutschen Behörden dazu gebracht hat, Wirecard zu verteidigen – und jene strafrechtlich zu verfolgen, die Licht ins Dunkel brachten. Besonders das Eingreifen der Bafin hat dem angeschlagenen Konzern neue Glaubwürdigkeit verschafft und der These quasi ein staatliches Siegel gegeben, Wirecards einziges Problem seien Spekulanten und Journalisten.

Die Vernehmungsprotokolle Marsaleks bei der Staatsanwaltschaft zeigen allerdings auch, dass die Münchner Ermittler nicht nur diese Spur verfolgt haben. Im April 2019, nachdem Marsalek über ehrenrührige Presseberichte geklagt hat, befragen ihn die Ermittler detailliert zu verdächtigen Vorgängen im Asien-Geschäft Wirecards – und zu Marsaleks Rolle darin. Marsalek erklärt, er habe von allerhand dubiosen Vorgängen nichts gewusst. Damals sitzt er einem Staatsanwalt und einem Kriminalbeamten gegenüber. Vermutlich wünschen sich die Ermittler heute, sie hätten Marsalek damals härter angepackt. Ob die seinerzeit vorliegenden Hinweise und die Rechtslage nicht dafür reichten?

Seit dem Frühjahr 2020 aber sind die Vorwürfe viel konkreter geworden. Hätte man Marsalek also nicht wenigstens festnehmen müssen, als die Wirtschaftsprüfer von KPMG entnervt bekannt gaben, dass vieles bei Wirecard hoch fragwürdig und undurchsichtig war? Die Staatsanwaltschaft erklärt dazu, es habe lange keine ausreichenden Tatsachen für einen Haftbefehl gegeben. Erst in der Nacht zum Montag, 22. Juni, habe sich dies geändert, als Wirecard einräumt, ein Guthaben in Höhe von 1,9 Milliarden Euro auf philippinischen Konten habe es wohl nie gegeben.

Wenige Stunden später beantragt die Staatsanwaltschaft München Haftbefehle gegen Vorstand Marsalek und Konzernchef Markus Braun. Marsalek, der ein Jahr zuvor noch als Einflüsterer der Ermittler auftrat, ist da längst verschwunden.

Dubiose Vorgänge

Jahrelang testierten Wirtschaftsprüfer von EY die Bilanzen der Wirecard AG. Zwar dürfen Prüfer im Alltagsgeschäft nicht jedes Detail kontrollieren. Aber warum wurde EY angesichts vieler Ungereimtheiten nicht früher misstrauisch?

Von Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter, Jörg Schmitt, Jan Willmroth und Nils Wischmeyer, Süddeutsche Zeitung, 21.07.2020

Im Frühjahr wurde es oft schwierig zwischen der Wirecard AG und ihrem Rechnungsprüfer EY. Die Kontrolleure mussten jeweils die Bilanz des Vorjahres prüfen, verlangten Papiere und Erklärungen; der Ton zwischen Prüfern und Geprüften war auch mal gereizt. Anfang 2019 kam noch eine zusätzliche Belastung hinzu: Die Financial Times berichtete über mögliche Bilanzmanipulation im Asien-Geschäft von Wirecard.

Die Rechnungsprüfer von EY gingen diesen Vorwürfen kriminellen Verhaltens in Singapur nach. Sie stießen auf verdächtige Verträge, mahnten bessere interne Kontrollen an, sahen aber offenbar nichts, was sich ihrer Einschätzung nach wesentlich auf die Bilanz ausgewirkt hätte. Und so segnete EY im Frühjahr 2019 die Bilanz Wirecards für 2018 ab. Für den Konzern aus Aschheim war es ein Triumph, denn gegen Vorwürfe konnte sich Wirecard fortan damit verteidigen, dass die Fachleute von EY die Bücher für akkurat erklärt hatten. Sie hatten, das war dem veröffentlichten Bestätigungsvermerk später zu entnehmen, sogar genau hingesehen mit Blick auf die verdächtigen Geschehnisse in Singapur.

Heute allerdings, da Wirecard insolvent ist und selbst zugegeben hat, dass Umsätze in Milliardenhöhe schlicht erfunden waren, drängen sich Fragen zur Arbeit von EY auf: Warum haben die Kontrolleure den Schwindel nicht früher entdeckt?

Die bisher vertraulichen, erweiterten Prüfberichte von EY über Wirecard für die Jahre 2017, 2018, 2019 zeigen, dass die Wirtschaftsprüfer seit Jahren immer wieder auf Merkwürdigkeiten gestoßen sind. Wiederholt erfuhren sie von Whistleblowern, die dubiose Vorgänge anprangerten, von Compliance-Mitarbeitern, die sich wegen der Bilanzen sorgten, von Presseberichten, die kriminelles Verhalten nahelegten.

Die Süddeutsche Zeitung konnte die Prüfberichte einsehen. Sie wecken den Verdacht, dass EY sich zu sehr auf eine formal korrekte Papierlage und auf Aussagen von Mitarbeitern bei Wirecard verließ und dabei den größeren Zusammenhang, nämlich den Schwindel in Asien und anderswo, nicht rechtzeitig erkannte. EY weist auf Anfrage darauf hin, dass große kriminelle Energie im Spiel gewesen sei und dass EY die Betrügereien im Juni 2020 selbst entdeckt habe. „Es gibt deutliche Hinweise, dass es sich um einen umfassenden Betrug handelt, an dem mehrere Parteien rund um die Welt (…) mit gezielter Täuschungsabsicht beteiligt waren“, erklärt EY. Weitere Fragen, insbesondere zu der Zeit vor 2020, beantwortet EY nicht und verweist auf die Pflicht zur Verschwiegenheit.

Die erweiterten, nichtöffentlichen Prüfberichte von EY zeigen, dass die Prüfer bereits frühzeitig von einem hochdubiosen Vorgang Kenntnis erlangten: Damals kaufte Wirecard bei einem Fonds auf Mauritius ein indisches Unternehmen für mehr als 300 Millionen Euro, das erst wenige Wochen zuvor den Eigentümer gewechselt hatte – für knapp ein Zehntel des Preises. Die Staatsanwaltschaft München I vermutet heute, dass Wirecard-Manager sich auf Kosten ihrer Firma bereichert haben. Bereits 2016 hatte ein Whistleblower solche Vorwürfe erhoben, er sah Interessenkonflikte, vermutete „Scheinumsätze“.

Die Rechnungsprüfer von EY wussten von alledem, denn in ihrem Prüfbericht für das Geschäftsjahr 2017 heißt es, der Wirecard-Vorstand habe wegen der Vorwürfe sogar eine „forensische Sonderuntersuchung“ beauftragt. Diese sei Anfang April 2018

abgeschlossen worden. Man kenne keine Hinweise, „die auf eine fehlerhafte Rechnungslegung oder sonstige Gesetzesverstöße schließen lassen“, schrieb EY damals – und ließ dabei die Frage unbeantwortet, wer eigentlich wie aufgeklärt hatte, und wie gründlich. Schließlich war ein klarer Interessenkonflikt erkennbar, denn der Vorstand sollte Vorwürfen nachgehen, die sich gegen ihn selbst richteten.

Auch gegen den astronomischen Kaufpreis hatte EY letztlich nichts einzuwenden. In Prüferkreisen heißt es, der Kaufpreis sei eine unternehmerische Entscheidung, die Prüfer sollten nur sicherstellen, dass der Preis richtig verbucht werde.

Ein mögliches Versäumnis von EY liegt ferner darin, das dubiose Drittpartnergeschäft Wirecards in Asien nicht durchschaut zu haben. Der Aschheimer Konzern hatte nach eigenen Angaben große Teile seines Umsatzes mit Partnerfirmen in Dubai, Singapur und auf den Philippinen erzielt. Dieses Geld landete angeblich größtenteils auf Treuhandkonten, zunächst in Singapur, später, von Herbst 2019 an, auf den Philippinen. Inzwischen hat Wirecard eingestanden, dass dieses Vermögen in Höhe von zuletzt 1,9 Milliarden Euro nie existiert hat – das Drittpartnergeschäft insgesamt stehe infrage. Die EY-Prüfer haben dies im Juni 2020 selbst entdeckt, als sie die Bilanz für 2019 prüften. Sie verlangten Bestätigungen von zwei philippinischen Banken, bei denen das Geld angeblich lag. So gesehen haben die Recherchen von EY letztlich den Schwindel aufgedeckt. Wenig später war Wirecard insolvent.

Allerdings bleibt die Frage, ob EY die Unregelmäßigkeiten in Asien nicht schon viel früher hätte feststellen können. Anfang 2019 berichtete die Financial Times über mutmaßlich kriminelle Tricksereien im Asien-Geschäft. EY untersuchte daraufhin gründlicher als sonst und veranlasste sogar geringfügige Korrekturen an der Bilanz. Grundlegende Zweifel am Geschäftsmodell von Wirecard schien es aber nicht zu geben. Dabei wusste EY längst, dass Wirecard einen Großteil seiner Erlöse in Asien nicht etwa auf deutsche Bankkonten leitete, sondern in Singapur von einem Treuhänder verwalten ließ, was an sich schon ungewöhnlich war. EY hat sich im Prüfbericht für 2018 ausführlich damit auseinandergesetzt: Wirecard, heißt es da, dürfe dieses Vermögen einerseits als Sicherheit für asiatische Geschäftspartner auf Treuhandkonten lagern, es andererseits aber als verfügbares Bargeld unter

„Zahlungsmittel“ in der Bilanz verbuchen. Damals ging es um etwa eine Milliarde Euro. Hätte EY nicht Beweise dafür verlangen müssen, dass das Geld wirklich existierte? Der Prüfungsbericht für 2018 lässt nur den Schluss zu, es sei alles in Ordnung mit diesem Geld, das mehr als ein Drittel der liquiden Mittel von Wirecard ausmachte.

Wie sich heute zeigt, war genau um dieses Guthaben herum der mutmaßliche Betrug aufgebaut. Der Bilanztrick bestand darin, sich die vermeintlichen Umsätze im Drittpartnergeschäft zu eigen zu machen. Jenes Geld, das angeblich in Dubai, auf den Philippinen oder in Singapur erlöst wurde, tauchte mit Billigung von EY in der Wirecard-Bilanz auf und ließ den Konzern potent wirken. Um zu verschleiern, dass es sich dabei größtenteils um Luftbuchungen handelte, wurden Gewinne aus diesen vermeintlichen Geschäften zum Schein auf Treuhänderkonten überwiesen. So ließ sich vermeiden, dass EY direkt bei der Bank Kontoauszüge anforderte. Denn der Prüfauftrag für EY beschränkte sich auf Wirecard und galt nicht für Dritte.

EY fiel auf den Trick herein. Die Prüfer begnügten sich mit Saldenbestätigungen, die sie von einem Treuhänder in Singapur erhielten. Hunderte Millionen Euro, die angeblich bei der OCBC-Bank lagen, existierten wohl nie. Aus Sicht der Anleger hingegen verfügte Wirecard über Reserven in Milliardenhöhe. Betriebswirte sprechen von Zahlungsmitteln, auf Englisch heißt es schlicht Cash. Um so in der Bilanz verbucht zu werden, muss das Geld jedoch zu jeder Zeit abrufbar sein: Einen „Purpose Test“ nennt man das. Doch genau den hätte Wirecard wohl niemals bestanden.

„Vom Vorstand der Wirecard wurde uns schriftlich bestätigt, dass die auf den Escrow Accounts (Treuhänderkonten, Anm. d. Red.) gehaltenen Gelder nicht zur Begleichung kurzfristiger Zahlungsverpflichtungen vorgesehen waren“, heißt es in einem Sondergutachten, das KPMG Ende April vorlegte. Der Wirecard-Aufsichtsrat hatte diese forensische Untersuchung durch KPMG im Oktober 2019 in Auftrag gegeben, um diverse Vorwürfe aufzuklären, darunter das Drittpartnergeschäft in Asien. Und weiter notierten die KPMG-Sonderprüfer: „Um kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, ruft die Wirecard vielmehr regelmäßig Finanzmittel aus zur Verfügung stehenden revolvierenden Kreditlinien

ab.“ Lieber ein Darlehen aufnehmen als fast zwei Milliarden Euro an eigenem Geld anrühren. Das hätte stutzig machen müssen. Und so erklärte es KPMG für fragwürdig, vermeintliches Geld auf Treuhandkonten als liquide Mittel zu bezeichnen. Wäre EY dieser Auffassung bereits vor Jahren gefolgt, wäre Wirecards Bilanz zusammengefallen.

Stattdessen stritten sich EY-Prüfer laut Financial Times noch im April 2020 mit ihren Kollegen von KPMG über kritische Formulierungen im Sondergutachten. Es mangele an „Kontext“, sollen die EY-Manager moniert haben. Die beiden für Wirecard zuständigen EY-Partner teilten Vorstand und Aufsichtsrat laut FT am 27. April ihre Bedenken mit, einen Tag vor Veröffentlichung des KPMG-Berichts. Mit ihren Änderungswünschen kamen sie jedoch nicht durch. EY will zu der Episode auf Anfrage nicht Stellung nehmen.

Allgemein erklärt EY, der Schwindel sei zu raffiniert gewesen: „Konspirativer Betrug, der darauf abzielt, die Investoren und die Öffentlichkeit zu täuschen, geht oft mit umfangreichen Anstrengungen einher, systematisch und in großem Stil Unterlagen zu fälschen. Auch mit umfangreich erweiterten Prüfungshandlungen ist es unter Umständen nicht möglich, diese Art von konspirativem Betrug aufzudecken.“

Was unstrittig ist: Bei der routinemäßigen Bilanzkontrolle haben Rechnungsprüfer nicht unbeschränkte Befugnisse. Anders als bei einem forensischen Gutachten, wie es KPMG anfertigte, streben Rechnungsprüfer im Alltag nicht nach absolut sicheren Belegen, sondern orientieren sich an dem, was plausibel ist.

Gleichwohl müssten sich die Merkwürdigkeiten im Asien-Geschäft Wirecards zu einem beunruhigenden Gesamtbild zusammengefügt haben. So fanden sich bei Wirecard in Asien immer wieder Verträge, die nicht unterschrieben waren. In solchen Fällen müssen Rechnungsprüfer genau nachvollziehen, ob es die fraglichen Geschäfte wirklich gegeben hat. Hat EY da genug nachgeforscht? Den Sonderprüfern von KPMG jedenfalls stach der dubiose Charakter des Unternehmens geradezu ins Auge: Ihnen fielen Briefkastenfirmen ohne testierte Bilanzen auf, fehlende Unterlagen und viele faule Ausreden.

All dies hätte EY vermutlich misstrauischer machen müssen. Zur Verteidigung von EY ließe sich anmerken, dass es 40 Sonderprüfern von KPMG in sechsmonatiger, forensischer Arbeit auch nicht gelungen ist, das Fehlen der Milliarden auf den Philippinen nachzuweisen. Aber KPMG hat in seinem Bericht eines sehr deutlich gemacht: Wirecard war ein hoch verdächtiges Unternehmen, in dem Ungereimtheiten keine Zufallserscheinung mehr waren. Zu diesem Schluss kam EY offenbar erst vor gut einem Monat.

Unter Wölfen

Seit einem Jahr steht Wirecard massiv unter Druck. In London haben sich Spekulanten gegen den Dax-Konzern verschworen. Aber auch die Firma verhält sich dubios.

Von Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter, Jan Willmroth und Nils Wischmeyer, Süddeutsche Zeitung, 19.12.2019

Am 21. Februar 2019 fährt Jan Marsalek in die Schleißheimer Straße im Norden Münchens. Dort, über einem Rewe-Markt, haben die Wirtschaftsermittler der Staatsanwaltschaft ihre Büros. Sie haben Marsalek als Zeugen geladen.

Marsalek ist erfolgsverwöhnt. Noch keine 40 Jahre alt, gehört er seit einem Jahrzehnt zum Vorstand von Wirecard, einem Dax-Konzern, der spezialisiert ist auf Bezahl-Apps, Bank- und Kreditkarten. Zahlen ohne Bargeld: ein Zukunftsgeschäft. Marsalek hat den Konzern mitaufgebaut, der heute mehr wert ist als die Deutsche Bank. Aber in diesem Februar ist die Stimmung eisig. Die Schlagzeilen: heftig. Der Aktienkurs: unten. Die Spekulanten: wetten auf fallende Kurse. Nun wollen die Staatsanwälte von Marsalek hören, was er weiß über den Wintersturm an der Börse.

Marsalek trägt die Haare kurz geschoren, dazu meist eng geschnittene, dunkelblaue Anzüge. Er ist höflich, zurückhaltend und etwas glatt, es bleiben bei ihm kaum Auffälligkeiten in Erinnerung, außer dass er mit österreichischem Dialekt spricht. Öffentlich tritt er selten auf, er wirkt so, als wolle er unsichtbar bleiben.

Eigentlich sei er für den Vertrieb zuständig, erzählt er den Ermittlern, aber seit einiger Zeit auch für "Feindaufklärung" - Zuträger erzählten ihm, was im Londoner Milieu der Spekulanten passiere. Offensichtlich sieht Marsalek seine Firma von Feinden umzingelt - und versucht, diese abzuwehren, indem er sich wie ein Geheimdienstler benimmt.

Seit bald einem Jahr beschäftigen die Kontroversen um Wirecard Anleger, Journalisten und Ermittler. Die Urteile gehen so weit auseinander wie in Glaubensfragen. Wirecard sieht sich als Opfer eines angeblichen Komplotts zwischen der Zeitung *Financial Times*, die kritisch berichtet, und den Londoner Spekulanten, die auf sinkende Aktienkurse wetten. Die *Financial Times* dagegen erweckt den Eindruck, Wirecard sei nicht zu trauen, und erklärt den Komplottvorwurf aus Deutschland zu einem Ablenkungsmanöver.

Recherchen der SZ zeigen ein beunruhigendes Sittengemälde: In London treibt eine Szene skrupelloser Informationshändler ihr Unwesen, in der jeder versucht, echtes oder vermeintliches Wissen für den nächsten Millionencoup zu nutzen. Diese Szene setzt immer wieder auf einen Kursverfall der Wirecard-Aktie. Das liegt auch daran, dass Wirecards Geschäftsmodell so undurchsichtig wirkt: keine Fabriken, keine Roboter, keine Lager, stattdessen verdeckte Geldströme über den ganzen Erdball. Was wenig greifbar ist, eignet sich eben für Kursschwankungen und damit für Spekulationen. Dass jemand bei der Financial Times den Spekulanten Informationen zusteckt, ist möglich, aber keineswegs bewiesen. Dass Wirecard mithilfe dubioser Zuträger "Feindaufklärung" im Londoner Milieu betreibt, wirkt zuweilen anrüchig, so, als spiele ein Dax-Konzern amateurhaft Privatdetektiv.

Die Konfrontation zwischen Wirecard und seinen Gegnern beginnt im Jahr 2016. Damals schreiben Londoner Börsenanalysten den sogenannten Zatarra-Report, einen blanken Verriss Wirecards. Dan McCrum, ein Journalist der Financial Times,

verweist bei Twitter auf diesen Report, verleiht ihm Bedeutung. Der Kurs der Wirecard-Aktie fällt, woran einige Investoren gut verdienen, weil sie auf sinkende Kurse gewettet haben. Bei Wirecard hegt man den Verdacht, es gebe eine Verschwörung zwischen Berichterstattern und Börsenzockern. Das ist nicht abwegig: Die Staatsanwaltschaft München wirft einem Zatarra-Autor vor, sein Papier habe gezielt den Aktienkurs manipulieren sollen. In London scheint also etwas faul zu sein.

Als Wirecard-Vorstand Marsalek bei der Staatsanwaltschaft sitzt, erzählt er, dass der Zatarra-Bericht etwas verändert habe. Seither höre er in die Londoner Spekulantenszene hinein; er kenne Leute, die im Zatarra-Umfeld vernetzt seien. Wirecard hat eingeräumt, damals sogar eine "externe Forensik-Beratung" beauftragt zu haben, um den Fall auszuleuchten. Ein Dokument, das die Financial Times veröffentlicht hat, legt nahe: Eine Privatdetektei spielte damals mit dem Gedanken, Mobilfunkdaten abzufangen und Hacker einzusetzen, ein Journalist wurde als Ziel genannt. Wirecard erklärt, es habe niemanden beschatten lassen.

Eine Firma, die dementieren muss, ihre Widersacher auszuforschen, ist in einer misslichen Lage. Auch deswegen raten besonnene Sicherheitsexperten Konzernen davon ab, Privatdetekteien zu beauftragen: Es sei zu riskant, dass dabei etwas Illegales geschehe. Im Umfeld von Wirecard aber behauptet man, Marsalek habe keine andere Wahl, als Informationen einzuholen. "Wir reden hier über eine kriminelle Vereinigung, über ein Wolfsrudel", sagt jemand, der dem Konzern nahesteht. Der Vorstand müsse alles tun, um jene zu erwischen, die der Firma und deren Aktionären schadeten. "Diejenigen, die mit den Geldsäcken davonlaufen, werden in der Regel nicht erwischt." Zumal vieles im Ausland geschehe und der Staat überfordert sei.

Die Wirren des Jahres 2016 sind nur der Prolog für das, was drei Jahre später folgt. Am 30. Januar 2019 berichtet Dan McCrum, der Reporter der Financial Times, dass Wirecard ein schlimmes Problem in Asien habe. In der Singapurer Niederlassung soll ein hochrangiger Manager Zahlen geschönt haben; eine externe Kanzlei vermutet sogar, er habe Straftaten begangen. Wirecard ist böse? Die Börse reagiert heftig: Der Aktienkurs stürzt von 160 Euro auf zeitweise nur noch 99 Euro.

Es könnte eine schlichte Erklärung geben: Der Markt traut Wirecard einfach nicht. Der von Vorstandschef Markus Braun und dessen Ziehsohn Marsalek technokratisch und autoritär geführte Konzern war nie gut darin, seine verschachtelte Firmenstruktur zu erläutern. Statt Fehler bei sich selbst zu suchen, sieht man sich in der verschwiegenen Zentrale in Aschheim bei München offenbar auch diesmal darin bestätigt, Opfer eines Komplotts von Journalisten und Spekulanten zu sein. Aschheimer Wagenburgmentalität.

Marsalek glaubt, wieder ermitteln zu müssen, die Feindaufklärung beginnt. Schon bald taucht Zuträger Nummer eins auf, der behauptet, er habe schon am Vormittag des 30. Januar Gerüchte über einen bevorstehenden Enthüllungsartikel der FT gehört - als der Artikel also noch gar nicht erschienen war. Wirecard zieht daraus den Schluss, dass jemand bei der FT Spekulanten vorab eingeweiht habe. Dieser Einschätzung schließt sich später auch die deutsche Börsenaufsicht an. Aber stimmt diese Geschichte? Der damalige Informant Wirecards ist ein Mann, der sich zuvor in Drogengeschäfte verstrickt hatte und deswegen auch zu einer Haftstrafe verurteilt worden war. Das spricht nicht für die Glaubwürdigkeit des Ex-Häftlings. Andererseits: Wer in diesem Milieu ist überhaupt glaubwürdig?

Bei Marsalek hat sich in der Zwischenzeit Zuträger Nummer zwei gemeldet. Wieder jemand aus London. Der Mann ist Chef einer Finanzfirma und rast in seiner Freizeit mit einem teuren Sportwagen über Rennstrecken, er spricht Marsalek mit "mate" an, Kumpel, und behauptet, alles sei noch viel schlimmer als erwartet: Jetzt wolle auch die amerikanische Nachrichtenagentur Bloomberg Wirecard in Grund und Boden schreiben. Er, der Rennfahrer, könne Bloomberg davon abhalten - wenn Wirecard ihm gut zwei Millionen Pfund zahle.

Marsalek vermutet einen Erpressungsversuch, er meldet die Sache der Staatsanwaltschaft. Die Ermittler schalten die Börsenaufsicht ein, diese verhängt auch deshalb ein Spekulationsverbot für Wirecard-Aktien, was den Kurs stabilisiert.

Marsalek bleibt mit dem Rennfahrer in Kontakt, weil er Einblick in die Szene behalten will. Sie schreiben sich beinahe täglich. "Bitte lass uns loslegen. Wir werden eine Katastrophe erleben, wenn wir das nicht machen. ... Komm schon, Kumpel", fleht

der Mann aus London Marsalek an. Dieser hält ihn mit höflichen Floskeln hin. "Es tut mir leid, ich hatte den ganzen Tag Besprechungen", schreibt er. Aber der Rennfahrer gibt sich zu "zwei Millionen Prozent" sicher, dass er helfen könne. Er behauptet, er könne einen SZ-Reporter feuern lassen, der zu Wirecard recherchiert. Das ist abwegig. Auch die US-Agentur Bloomberg erklärt, das Gerede des Briten sei "lachhaft, wenn es nicht so beleidigend wäre".

Der Rennfahrer mag nur ein Aufschneider gewesen sein. Aber sein Geschwätz hat ein Spekulationsverbot an der Börse mitausgelöst. Man kann dies so auslegen, dass der Staat auf einen fragwürdigen Informanten von Wirecard hereingefallen ist.

Im Frühjahr untersucht die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin), was Ende Januar genau an der Börse passiert ist, und stößt auf ein verdächtiges Muster: Am späten Vormittag des 30. Januar haben mehrere Anleger auf einen sinkenden Kurs der Wirecard-Aktie gesetzt. Wenige Stunden später erschien McCrums Enthüllungsartikel über Wirecards Probleme in Singapur. Der Kurs fiel. Spekulanten verdienten Hunderttausende Euro. Die Bafin hat deswegen Strafanzeige gegen mehrere Spekulanten und den Reporter McCrum gestellt. Ist der Journalist und Zahlenmensch McCrum tatsächlich Zuträger eines Wolfsrudels?

Wer den akribischen und freundlichen Finanzexperten McCrum kennenlernt, kann sich das nur schwer vorstellen. Bislang jedenfalls haben weder die Bafin noch Wirecard bewiesen, dass McCrum selbst Informationen durchgestochen hat. Die Abläufe lassen vielmehr die Möglichkeit offen, dass die Spekulanten auch andere Quellen angezapft haben könnten als ihn. Zum Beispiel hat McCrum seinen bevorstehenden Artikel am frühen Morgen des 30. Januar in einer E-Mail an Wirecard angekündigt und dem Konzern bis zum Nachmittag Zeit gegeben für eine Stellungnahme. Das ist journalistisch sauber, ja notwendig. Wirecard schaltete daraufhin britische Anwälte ein. In Aschheim und London wussten damit etliche Personen von dem geplanten Artikel. Die FT erklärt, sie habe die Vorwürfe gegen McCrum untersuchen lassen und kein Fehlverhalten entdeckt. Eine Erklärung für das mutmaßliche Leck hat sie allerdings auch nicht.

Konkretere Hinweise auf ein Fehlverhalten liegen Anfang 2019 vor allem gegen Wirecard selbst vor. Der Konzern muss einräumen, dass es in Asien einige, wenn auch kleinere Fehlbuchungen gegeben habe und sich örtliche Mitarbeiter womöglich strafbar gemacht hätten. Ermittler der Singapurer Finanzpolizei haben etliche Kisten Material mitgenommen, die Untersuchungen dauern an. Damit steht fest, dass McCrums Enthüllungsartikel vom 30. Januar keineswegs abwegig war.

Es bedeutet auch, dass Wirecard im Frühjahr 2019 frische Munition brauchen könnte, um die Vorwürfe gegen die Zeitung zu stützen. Mitte Juli scheint dann plötzlich der schlagende Beweis aufzutauchen: eine Tonaufnahme. Man hört zwei Londoner Investoren, sie brüsten sich damit, dass sie mit Wetten auf einen Kurssturz der Wirecard-Aktie schon öfter viel Geld verdient hätten. Jetzt hätten sie von einem baldigen Artikel der Financial Times erfahren, der den Kurs abermals nach unten treiben werde. Das wäre genau das Szenario, das Wirecard stets vermutet hat: Die FT informiert Spekulanten vorab.

Der Wortführer unter den beiden Spekulanten spricht mit Zigarrentimbre und dem Selbstbewusstsein eines Mannes, in dessen Einfahrt ein Rolls-Royce Dawn Cabrio für mindestens 300 000 Pfund steht. Herr G. trägt die obersten drei Hemdknöpfe offen; für Ausflüge, so zeigt es der Instagram-Account seiner Frau, wählen die G.s mal Hubschrauber, mal Privatjet.

In G.s backsteinernem Privathaus im teuren Primrose Hill im Nordwesten Londons öffnet eine Nanny einem SZ-Reporter die Tür. Der Hausherr? Nicht da. Wann kommt er wieder? Keine Antwort. Der Reporter lässt einen Brief da, mit der Bitte um ein Gespräch. Keine Reaktion.

Mit welchen Geschäften G. seinen Lebensstil finanziert, haben die deutschen Börsenaufseher der Bafin festgehalten: Im Februar wettete er demnach gut sechs Millionen Euro darauf, dass der Kurs Wirecards fallen würde - binnen weniger Tage hatte er damit knapp 900 000 Euro verdient. Die Bafin fand das verdächtig, weil G. auf einen sinkenden Kurs wettete, obwohl sich die Aktie gerade erholte. Wusste der Spekulant davon, dass schon der nächste kritische Artikel der Financial Times

bevorstand? Verdächtig ist G. laut Bafin auch deswegen, weil er schon von dem umstrittenen Zatarra-Bericht im Jahr 2016 profitiert haben soll.

Im Juli 2019 geben sich G. und dessen Geschäftspartner deshalb etwas vorsichtiger: Diesmal wollen sie nicht selbst wetten, sondern einen Helfer vorschieben, sozusagen als Strohmann. Sie empfangen einen möglichen Kandidaten für diese Aufgabe und erzählen ihm laut Audiomitschnitt, es sei morgen, spätestens übermorgen mit einem neuen Artikel der Financial Times über Wirecard zu rechnen. Man müsse jetzt schnell sein, die Sache sei sicher. Im Erfolgsfall würde man den Gewinn teilen. Halb-halb.

Der Gast, der an dieser Kurswette teilnehmen soll, fragt nach, was denn in dem nahenden FT-Artikel stehe. G. antwortet, es gebe neues Material, interne Dokumente. Es sei "tausendmal stärker" als alles Bisherige. Seine Leute hätten Wirecard untersucht, die Zahlen ergäben keinen Sinn, es sei eine Firma ohne Substanz. Jetzt gebe es neue Belege dafür. Es sei der Sargnagel für Wirecard.

Das Problem für die beiden Spekulanten: Der Gast ist ein Privatdetektiv, der das Gespräch heimlich mitschneidet. Die Aufnahme wäre vor einem deutschen Gericht verwertbar, der Privatdetektiv steht als Zeuge bereit, um die beiden Londoner zu belasten. Das Material würde Wirecard im Streit mit der FT sehr helfen, in der Öffentlichkeit und vor Gericht. Ein Geschenk.

Aber woher kommt dieses Geschenk?

Der Auftraggeber, der den Privatdetektiv losgeschickt und bezahlt hat, ist angeblich ein Mann aus Libyen. Nach dem Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi soll er eine Zeit lang den Auslandsgeheimdienst der Übergangsregierung geleitet haben. Er gilt als freundlich und gebildet, sein Englisch soll sehr gut sein. Im Umfeld von Wirecard heißt es, er sei vermögend und ärgere sich über das Treiben der Londoner Spekulanten. Deswegen habe er den Privatdetektiv losgeschickt und die beiden Londoner Investoren in eine Falle gelockt.

Die Tonaufnahme ist dann auffällig schnell zu Wirecard gelangt. Am 17. Juli belauschte der Privatdetektiv die Spekulanten, unmittelbar danach soll die Aufnahme anonym dem deutschen Konzern zugespielt worden sein. Bereits einen Tag später

schrieben Wirecards Anwälte an die Financial Times, diese sei nun offenbar der Kooperation mit Zockern überführt. Dieser Ablauf weckt den Verdacht, dass Wirecard in die ganze Aktion von vornherein eingeweiht war, ja, sie vielleicht sogar angeordnet hat. Wirecard bestreitet das.

Die Financial Times ließ den Vorwurf, sie kooperiere mit Spekulanten, durch eine externe Kanzlei untersuchen. Dabei wurde der Zeitung zufolge kein Fehlverhalten festgestellt. Auch in diesem Fall hatte der Reporter McCrum im Zuge seiner Recherchen wieder detaillierte Anfragen an Wirecard geschickt, wieder schaltete der Konzern Rechtsanwälte ein. Damit wusste ein größerer Kreis von Personen sowohl bei der Financial Times als auch bei Wirecard von dem geplanten Artikel. Wo also genau das Leck war, bleibt unklar.

Marsalek traf sich nach SZ-Informationen mit dem Libyer, um sich ein Bild von dem Mann zu machen, dem die Londoner Tonaufnahme zu verdanken war. Schließlich legt die Aufzeichnung nahe, dass Spekulanten so dreist sind, dass ein Wolfsrudel im Vergleich wie eine ehrenwerte Gesellschaft anmutet.

Fragt man allerdings bei Wirecard nach, was es mit dem Mann aus Libyen auf sich habe, wehrt sich der Konzern gegen den Eindruck, auch nur das Geringste mit dem früheren Agenten zu tun haben. "Wir haben keinerlei geschäftliche noch sonst wie geartete Beziehung" zu dem Mann, beteuert eine Sprecherin. Offensichtlich nimmt der Konzern gerne die Rechercheergebnisse des Mannes aus Libyen an, geht gleichzeitig aber auf größtmögliche Distanz. Das ist nachvollziehbar: In der vergangenen Woche hat die Financial Times berichtet, dass der geheimnisvolle Mann aus Libyen noch etliche andere Ermittlungen am Laufen habe. So habe er zwei britische Detekteien damit beauftragt, Investoren und Hedgefonds-Manager auszuforschen. Ein Ex-Geheimdienstler aus einem Bürgerkriegsland, der mit großem Aufwand Geschäftsleute in einem demokratischen Land ausforscht - Wirecard scheint zu ahnen, dass es wegen des Mannes aus Libyen noch ein Imageproblem bekommen könnte. Nicht zuletzt wegen dieses Verdachts: Handelt der Libyer vielleicht gar nicht auf eigene Rechnung? Ist er vielleicht ein Strohmann für Wirecard und Wirecard selbst gar nicht so unbeteiligt, wie es tut? Der Konzern betont, er habe weder direkt noch indirekt den Mann aus Libyen oder die Detekteien beauftragt.

Aber es bleibt die Frage, ob sich der Wirecard-Vorstand so sehr in die Gefahrenabwehr verstrickt hat, dass er sich dabei an den Rand des Anrüchigen begibt. Als Marsalek im Februar bei der Staatsanwaltschaft aussagte, erzählte er davon, dass einer seiner Mitarbeiter in den Verdacht geraten sei, Zuträger eines Spekulanten zu sein. Beleg dafür sei eine Flugbuchung. Marsalek sagte, er wisse das von einem Bekannten, der für einen "ausländischen Staat" arbeite. Es klingt sehr dubios, so als setze Marsalek auf Geheimdienstler, um seine Mitarbeiter auszuspionieren. Aber Marsalek sagte das anscheinend ganz unbefangen, als sei gar nichts dabei. Er fügte nur hinzu, seine Quelle sei immer äußert zuverlässig gewesen.

Aschheim gegen London

Wirecard wirft der "Financial Times" vor, sich mit Spekulanten verbündet zu haben - Hilfe kommt von der deutschen Börsenaufsicht.

Von Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter, Jan Willmroth und Nils Wischmeyer, Süddeutsche Zeitung, 05.12.2019

Am 30. Januar dieses Jahres sorgte die Financial Times (FT) für Aufsehen: Ihre Reporter Dan McCrum und Stefania Palma berichteten, dass der deutsche Konzern Wirecard ein schweres Problem in Asien habe. In der Niederlassung in Singapur habe ein hochrangiger Manager Umsatzzahlen geschönt, es stünden diverse Straftaten im Raum. Wirecard ist ein Tech-Unternehmen, das sich auf bargeldlose Bezahlsysteme spezialisiert hat. Weil Wirecard für die Zukunft steht, und weil Umsätze und Gewinne jedes Jahr wachsen, gilt die Firma als Liebling vieler Aktionäre.

Der FT-Bericht zog diese Erfolgsgeschichte allerdings in Zweifel, er warf die Frage auf, ob Wirecard mehr Schein sei als Sein. Was der Konzern aus Aschheim

bestreitet. Als der FT-Artikel am Nachmittag des 30. Januars erschien, stürzte der Kurs der Wirecard-Aktie ab und sank zwei Wochen lang weiter. Von 167 Euro zeitweise sogar unter die magische Schwelle von 100 Euro. Der deutsche Tech-Konzern verklagte die Londoner Zeitung später, im März 2019, auf Schadenersatz.

Noch härter griff die deutsche Börsenaufsicht durch, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) in Bonn. Sie verhängte am 18. Februar ein Leerverkaufsverbot für Wirecard-Aktien. Damit durfte niemand mehr an der Börse auf sinkende Wirecard-Kurse wetten. Am 9. April 2019 erstattete die Bafin sogar Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft München I, wegen des Verdachts der Marktmanipulation. Die Anzeige richtete sich gegen mehrere Börsenhändler. Und gegen Dan McCrum und Stefania Palma, die Reporter der Financial Times. Verfolgen deutsche Behörden nun Journalisten, bloß weil diese über mögliche Missstände in deutschen Unternehmen berichtet haben?

Die Strafanzeige der Bafin, deren Inhalt öffentlich bislang unbekannt ist, liegt der Süddeutschen Zeitung vor. Das 34-seitige Dokument gewährt einen seltenen Einblick in Denken und Handeln der sehr verschwiegenen Börsenaufseher. Und es führt zu der Frage, ob deutsche und europäische Vorschriften zum Schutze des Aktienhandels überhaupt anwendbar sind auf die Arbeit von Journalisten. Und ob bei der Bafin nicht ein elementares Missverständnis vorliegt über Arbeit und Funktion der Presse. In der Anzeige gegen die beiden FT-Reporter heißt es etwa, die beiden hätten ihre Berichte auf der Internetseite der Financial Times (ft.com) veröffentlicht und somit einen "Medienzugang zu der Abgabe der Stellungnahme" ausgenutzt. Stellungnahme? Medienzugang ausgenutzt? Das sind Formeln aus den europäischen Regeln gegen Marktmissbrauch an der Börse, die aber mit der Arbeit der Presse wenig zu tun haben. Journalisten veröffentlichen ihre Ergebnisse natürlich in den eigenen Medien. Und Berichte sind keine Stellungnahmen, wie das die Strafanzeige suggeriert.

Die 34 Seiten enthalten einerseits eine detaillierte Beschreibung dubioser Vorgänge an der Börse: Mehrere Händler haben kurz vor Erscheinen des FT-Artikels am 30. Januar 2019 auf sinkende Kurse gewettet und dadurch Hunderttausende Euro verdient. Die Bafin vermutet deswegen, dass es eine Absprache zwischen Börsenhändlern und den beteiligten Journalisten gegeben haben könnte.

Andererseits offenbart die Strafanzeige, dass die Indizien gegen McCrum und Palma dünn sind. An manchen Stellen wirken die Mutmaßungen der Bafin geradezu lebensfremd, zeigen jedenfalls nur eine geringe Kenntnis darüber, wie Medien arbeiten. Kenner der Bafin sagen, diese habe keineswegs einen Angriff auf die Pressefreiheit beabsichtigt. Faktisch aber beschuldigt der Staat in Gestalt der Bafin Journalisten, über die bislang nur feststeht, dass sie zwar zugespitzt, in der Sache aber weitgehend akkurat über den Fall Wirecard berichtet haben. Legte man den Maßstab der Bafin in dieser Sache auf andere Fälle an, dann dürfte die Börsenaufsicht immer wieder Journalisten anzeigen.

Wirecard und die Financial Times liegen nicht erst seit Januar im Streit. Seit Jahren geht besonders der Reporter McCrum der Frage nach, ob Wirecard Probleme mit seiner Buchführung hat. McCrums Berichte wecken Zweifel an der Substanz des Aschheimer Dax-Konzerns, und der Journalist kann seine Zweifel durchaus begründen: Sein Artikel vom 30. Januar etwa stützt sich auf den vorläufigen Bericht einer Singapurer Kanzlei, die Wirecard selbst mit der Aufklärung dubioser Vorgänge im Asiengeschäft beauftragt hatte. Aus der Sicht Wirecards hingegen ist die Berichterstattung McCrums tendenziös und irreführend. Der Konzern verweist darauf, dass der Bericht der Singapurer Kanzlei nicht abschließend gewesen sei und dass interne Unterlagen Wirecards in der FT verkürzt wiedergegeben worden seien. Wirecard hat deswegen vor dem Landgericht Müncheneine Zivilklage auf Schadenersatz gegen die FT und McCrum erhoben. In dieser Klage heißt es, die FT habe sich mit Spekulanten verbündet. Die FT streitet alle Vorwürfe ab.

Die Strafanzeige der Bafin enthält Vermutungen in dieser Richtung, aber eben nur Vermutungen. Die Börsenaufseher haben eine Reihe von Spekulationsgeschäften mit der Wirecard-Aktie aufgelistet; auffällig sind diese vor allem am 30. Januar, dem Tag, an dem der erste von mehreren Enthüllungs-Artikeln in der FT erschien. So baute ein Händler zum Beispiel am 30. Januar um 12.55 Uhr Shortpositionen in Wirecard-Aktien auf, er setzte also auf einen fallenden Kurs. Gut zwei Stunden später, nachdem der - für Wirecard sehr negative - Artikel in der FT erschienen und der Aktienkurs gefallen war, schloss der Händler seine Position wieder und strich einen Gewinn von gut 366 000 Euro ein. Ein anderer Händler machte auf ähnliche Weise gut 271 000

Euro Gewinn. Ein dritter Händler, der seine Positionen erst Mitte Februar wieder schloss, verdiente an seinen Aktiengeschäften gut 165 000 Pfund.

Aus Sicht der Bafin weckt dies den Verdacht, dass mehrere Händler vorab über die bevorstehende Berichterstattung der FT informiert waren. Die Bafin erklärt dazu auf SZ-Anfrage, das Zusammenspiel von bestimmten Abläufen an der Börse und von negativen Presseberichten sei "außergewöhnlich" gewesen.

Die Strafanzeige enthält aber keinerlei Hinweis darauf, dass der FT-Reporter McCrum vor Erscheinen des Beitrags Informationen an Spekulanten durchgestochen hätte. Es gibt noch nicht einmal eine Hypothese, wie und über wen Erkenntnisse der FT vorab an Geschäftemacher lanciert worden sein könnten. Klar ist indes, dass McCrum am frühen Morgen des 30. Januar 2019 Wirecard auf die bevorstehende Berichterstattung hinwies und um eine Stellungnahme bat. Wirecard schaltete daraufhin eine Londoner Anwaltskanzlei ein, während bei der FT die Vorbereitungen für eine Veröffentlichung liefen. Am Vormittag wussten also auch etliche Personen außerhalb der Financial Times von dem bevorstehenden Artikel. Ein Leck könnte es folglich an mehreren Stellen gegeben haben.

Mangels besserer Informationen stützt die Bafin ihre Strafanzeige denn auch auf eher seltsame Argumente. So macht sie McCrum einen Vorwurf daraus, dass er seine Berichte über mehrere Tage getreckt habe, nämlich den 30. Januar, den 1. und den 7. Februar. Dies sei ein Anhaltspunkt dafür, dass McCrum über einen längeren Zeitraum eine möglichst große Wirkung auf den Aktienkurs von Wirecard habe entfalten wollen. Und dass er damit die Chancen der Spekulanten auf profitable Geschäfte habe erhöhen wollen. Für diese These gibt es keinen Beweis. Es ist Spekulation und verkennt, wie Zeitungen auf der ganzen Welt arbeiten - so ist es durchaus üblich, bei großen Enthüllungen über Tage oder gar Wochen hintereinander zu berichten.

Die Auseinandersetzung zwischen Wirecard und der Financial Times ist so verworren, dass sie selbst die im Wirtschaftsstrafrecht sehr erfahrene Staatsanwaltschaft München an deren Grenzen bringt. "Ich habe meist ein Grundgefühl für einen Fall, aber das fehlt mir hier völlig", sagt Oberstaatsanwältin Hildegard Bäumler-Hösl. "Es ist schwer zu sagen, wohin es geht." Die Bafin scheint

sich hingegen sehr früh darauf festgelegt zu haben, dass das Übel im Fall Wirecard von der Presse ausgeht.

Größtmögliche Verwirrung

Wurden Kundenbeziehungen erfunden? Nein, sagt Wirecard. Fragen gibt es doch.

Von Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter, Jan Willmroth und Nils Wischmeyer, Süddeutsche Zeitung, 05.12.2019

Bevor die Firma mit dem Löwen im Logo einem breiteren Publikum bekannt wurde, hörte sie offiziell auf zu existieren. Banc de Binary, so hieß ein israelischer Online-Anbieter mit Sitz auf Zypern, der seinen Kunden das schnelle Geld in Aussicht stellte. Im Angebot waren sehr spezielle Finanzgeschäfte, sogenannte binäre Optionen: äußerst riskante Wetten auf die Preise von Aktien, Währungen oder Rohstoffen wie Gold. Banc de Binary wollte daraus ein Massengeschäft machen, hatte eine Zulassung der zypriotischen Finanzaufsicht und zwischenzeitlich genügend Geld, um in Großbritannien den Erstligisten Liverpool zu sponsern.

Auf den ersten Blick war das alles legal, bekam aber einen unseriösen Anstrich, als die Börsenaufseher in den USA einschritten. Die New Yorker Behörden verboten der Firma schon 2013, neue US-Kunden anzunehmen. Ein paar Jahre später war dann ganz Schluss. Nachdem mehrere europäische Aufsichtsbehörden die Gefahr für Anleger erkannt hatten und binäre Optionen verboten, gab Banc de Binary im Januar 2017 seine Lizenz zurück und stellte im darauffolgenden März sein Geschäft ein.

In den Büchern von Wirecard existierte Banc de Binary aber offenbar weiter. Aus internen Dokumenten der Finanzbuchhaltung von Wirecard geht hervor, dass der Online-Anbieter im gesamten Jahr 2017 weiter Umsatz erwirtschaftet haben soll, mit Transaktionen im Millionenbereich. Die Dateien gehören zu einer Reihe verdächtiger Excel-Tabellen, die sich Mitarbeiter in der Rechnungslegung von Wirecard im April 2018 per E-Mail zuschickten. Zu einer Zeit also, in der die Wirtschaftsprüfer gerade

die Bilanz untersuchten. Die *Financial Times* (FT) hatte einen Teil dieser Dateien im Oktober ausgewertet.

"Die von der FT veröffentlichten Informationen sind nicht authentisch", erklärt Wirecard auf Anfrage der SZ. Was der Konzern damit offenbar sagen will: Die internen Unterlagen, auf die sich die FT beruft und die auch der SZ vorliegen, sollen zumindest teilweise verändert oder gar manipuliert worden sein. Die Firmen-Unterlagen sind Teil eines Datensatzes aus deren Asien-Zentrale in Singapur. Dort war es bei Wirecard zeitweise drunter und drüber gegangen. Unregelmäßigkeiten, Missstände, Zerwürfnisse. Falls Dateien manipuliert worden wären, dann wahrscheinlich dort. Dann aber hätte Wirecard solche Manipulationen bei den Aufräumarbeiten in Asien möglicherweise längst entdecken können.

Man kann sich Wirecard vorstellen als Zwischenstelle zwischen Käufern und Online-Shops, zwischen Kreditkarteninhabern, Banken und Händlern - oder eben zwischen Anbietern binärer Optionen und ihren Kunden. Wie ein Verteilerkreis. Aber Wirecard tritt nicht immer selbst als Zwischenhändler auf, wenn es um Geldtransfers geht. Der Konzern vertraut nach eigenen Angaben auf mehr als 100 Partnerfirmen, die in seinem Auftrag Zahlungen abwickeln - etwa in Ländern, in denen Wirecard keine eigene Lizenz hat. In den Jahren 2016 und 2017 stammte internen Unterlagen zufolge mehr als die Hälfte des Konzernumsatzes von Wirecard und fast der gesamte Gewinn aus dem Geschäft mit nur dreien dieser Partner.

Der größte und wichtigste davon: Al Alam Solutions aus Dubai. Den Daten aus Singapur zufolge hat das über Al Alam abgewickelte Geschäft im Jahr 2016 mehr als die Hälfte des Konzerngewinns ausgemacht. "Solche Partnerunternehmen erbringen im Backend eine Connectivity Leistung - der durch einen Partner erzielte Umsatz ist null", erklärt Wirecard dazu. Was damit gemeint sein soll, ist schwer nachvollziehbar. Es entsteht der Eindruck, dass es sich um eine ziemlich undurchschaubare Branche handelt.

Al Alam Solutions, 2011 gegründet, veröffentlicht keinen von Wirtschaftsprüfern testierten Jahresabschluss. Das Karriereportal Linkedin listet nur vier Mitarbeiter auf. Aktuelle Stellenausschreibungen beschränken sich auf

Büroassistenzen, Hilfstätigkeiten im IT-Support und auf den Sicherheitsdienst. Auf der Webseite sind keine verantwortlichen Manager benannt. Und die über diese Firma angebundenen Kunden sollen bis vor wenigen Jahren Hunderte Millionen Euro Umsatz zum Geschäft von Wirecard beigesteuert haben?

In den internen Finanztabellen sind 34 Kunden aufgelistet, zu denen die Wirecard-Buchhalter Umsätze über Al Alam verzeichnen. Mal handelt es sich wie im Fall von Etisalat aus Abu Dhabi um eine staatliche Telefongesellschaft, mal mit der Firma Mobilmat um einen früheren Anbieter von Prepaid-Karten aus Italien. Bei den genannten 34 Unternehmen handle es sich um "Bezeichnungen für Kundencluster, die für Reporting- und Abstimmungszwecke erstellt wurden und jeweils Hunderte von echten Einzelhändlern enthalten", hatte der Konzern dazu erklärt. Auf Nachfrage heißt es nun: Die Kernaussage, es seien 34 Händler abgewickelt worden, sei falsch. In Wirklichkeit seien es mehr als 1000 vor allem kleinere Kunden gewesen. Auch sei falsch, dass Umsätze mit Händlern abgewickelt worden seien, die nicht mehr existiert hätten.

Also auch nicht von Banc de Binary. In einer der Dateien ist für diesen Unternehmensnamen allerdings noch im Dezember 2017 ein Transaktionsvolumen von mehr als 3,7 Millionen Euro aufgeführt, und in den Monaten zuvor jeweils in sehr ähnlicher Höhe. Damals hat Banc de Binary offiziell gar kein Geschäft mehr gemacht und soll auch anders als früher nicht mehr Kunde von Wirecard gewesen sein. Aber im Nachhinein sollen Buchhalter von Wirecard den Namen dieses dubiosen Online-Brokers genutzt haben, um eine Gruppe von Hunderten "echten Einzelhändlern" zu bezeichnen, die über den Partner Al Alam angebunden sind? Das ist nur eine von einer Reihe konkreter Fragen, auf die Wirecard nicht so konkret antwortet.

Die obigen Artikel knüpfen an den folgenden Beitrag an, der bereits am 6. April 2019 erschien:

Phönix aus Aschheim

In einem Münchner Vorort gestartet, wird Wirecard mit seinem Internet-Bezahlgeschäft zum Börsenliebling. Doch dann stürzt die Aktie dramatisch ab. Ein Wirtschaftskrimi über Hybris und Spekulantentum im Online-Zeitalter

Von Christoph Giesen, Klaus Ott, Nicolas Richter, Jan Willmroth und Nils Wischmeyer, Süddeutsche Zeitung, 06.04.2019

Wenn in Asien Neujahr gefeiert wird, verdienen die Deutschen kräftig mit. Familien in Singapur, Taiwan oder Hongkong decken ihre Tische zum Neumond bis zum Überborden mit gedünstetem Fisch, Reiskuchen, Teigtaschen und Mandarinen. Früher musste dafür tagelang gekocht werden, heute bestellen immer mehr Familien das Festessen einfach per App. Sie lassen es von Restaurants ins Haus liefern und zahlen digital, per Kreditkarte. So erübrigt sich das Hantieren mit Töpfen und Pfannen – und das mit Scheinen und Münzen.

Zahlen ohne Geld, im Netz oder via Smartphone, das ist das Geschäft von Wirecard. Kreditkarten, Girokarten, Prepaidkarten, Bezahlapps wie Apple Pay oder Boon: Wo immer Geld fließt, ohne dass es jemand in die Hand nehmen muss, sieht der Konzern in Aschheim bei München sein potenzielles Geschäft. Wirecard liefert den Händlern die Bezahl-Software, sorgt dafür, dass sie zügig ihre Erlöse ausgezahlt bekommen, übernimmt sogar das Risiko, dass ein Kunde nicht zahlt. Und kassiert dafür bei jeder Transaktion eine Gebühr. Die Marge mag winzig sein, die Masse verspricht ein attraktives Geschäft.

So macht Wirecard übers Jahr 1,4 Milliarden Euro Umsatz und Hunderte Millionen Euro Gewinn. Es könnte bald noch weit mehr werden, denn das bargeldlose Geschäft wächst weltweit. Besonders in Asien. Ob die Menschen online ein neues Paar Schuhe kaufen, im Supermarkt mit der Girokarte zahlen oder in der Garküche das

Smartphone mit der Bezahl-App zücken: Anbieter wie Wirecard verdienen immer mit. So gut laufen die Geschäfte, dass das Unternehmen im vergangenen Herbst die altehrwürdige Commerzbank aus dem Dax, dem Index der größten deutschen Aktiengesellschaften, verdrängte. Wirecard ist die erfolgreichste deutsche Gründungsgeschichte des Computerzeitalters seit dem Softwareanbieter SAP.

Doch am 30. Januar 2019, wenige Tage bevor in Asien das Jahr des Schweins eingeläutet wird, endet bei Wirecard die Glückssträhne. In der Aschheimer Firmenzentrale, einem unscheinbaren Verwaltungsgebäude zwischen dem Münchner Messegelände, einem Kleingartenverein und dem Zubringer zur Passauer Autobahn, geht frühmorgens eine E-Mail ein. „Good morning, Iris“, schreibt ein Journalist der Financial Times an eine Sprecherin des Unternehmens. Der Reporter des britischen Wirtschaftsblatts lässt wissen, er habe recherchiert, dass ein hoher Manager von Wirecard in Transaktionen mit gefälschten Urkunden verstrickt sei, und bittet um Stellungnahme. Als der Artikel am Nachmittag erscheint, stürzt der Kurs der Wirecard-Aktie drastisch ab, zeitweise fällt er um fast 25 Prozent. Wer sein Geld in das zukunftsträchtige Unternehmen gesteckt hat, ist fast ein Viertel seiner Investition los, unter den Verlierern sind etliche Kleinanleger. Die Reaktion der Börse auf den Zeitungsartikel wirkt so maßlos, dass sich der Verdacht aufdrängt, Spekulanten hätten sich gegen Wirecard verschworen. So sieht man es auch bei der Börsenaufsicht in Frankfurt. Mitte Februar schränkt diese den Handel mit Wirecard-Aktien ein, die Staatsanwaltschaft München beginnt, wegen möglicher Marktmanipulation zu ermitteln.

Recherchen der Süddeutschen Zeitung legen die Details dieses Wirtschaftskrimis offen, der viel verrät über spektakuläre Erfolgsgeschichten im Digitalzeitalter – und deren Tücken. Interne E-Mails und Chats erzählen, wie Wirecard vom Start-up im Münchner Speckgürtel atemberaubend schnell zum global agierenden Dax-Konzern aufstieg. Vielleicht zu schnell: Vor allem in Asien scheint die dortige Finanzabteilung die Kontrolle über die komplexen Geschäfte verloren und zudem zu mehr als unsauberen Methoden gegriffen zu haben.

Als ein Wirecard-Manager in Singapur unter den Verdacht gerät, die Bücher zu frisieren, kommt es zu einem folgenschweren Zerwürfnis zwischen der

Konzernzentrale und Mitarbeitern, die vehement aufklären wollen. Später landen die Details nicht nur in der Presse, sondern offenbar auch bei Börsenspekulanten. Diese wetten auf einen Kurssturz der Wirecard-Aktie und wollen mit dem Wertverfall der Firma ihr eigenes lohnendes Geschäft betreiben.

Der Fall Wirecard wirft nun zwei große Fragen auf. Erstens: Wie schlimm sind die Verhältnisse im Asien-Geschäft wirklich? Während der Konzern beschwichtigt, offenbaren SZ-Recherchen Schlampereien und Versagen. Die Behörden in Singapur ermitteln gegen mehrere dortige Mitarbeiter und haben die örtliche Wirecard-Niederlassung mehrmals durchsucht. Zweitens: Reichen die Missstände, um den heftigen Kurssturz an der Börse zu erklären? In München geht die Staatsanwaltschaft jedenfalls dem Verdacht nach, dass kriminelle Spekulanten hier am Werk gewesen seien.

Im Digitalzeitalter können sich solche Fälle wiederholen, jederzeit. Aufstrebende Tech-Konzerne erzielen im Handumdrehen riesige Umsätze, können aber ebenso schnell das Geld ihrer Investoren verbrennen. So steht dann auch bei Wirecard über allem die Frage, wie viel Substanz das Geschäftsmodell beinhaltet. Der Konzern baut weder Elektroautos noch Batteriefabriken, er bietet Software und Dienstleistungen, die schwer zu durchschauen sind. Verkörpert Wirecard wirklich die Chancen der neuen digitalen Welt? Oder ist der Konzern aus Aschheim nur ein zu schnell gewachsenes Start-up aus einem Münchner Vorort, in den Anleger zu große Hoffnungen setzen?

In Asien ist die Welt so, wie die Wirecard-Manager sie sich erträumen. Immer mehr Menschen wollen mit Bargeld möglichst wenig zu tun haben, zahlen beim Shoppen, beim Lunch und beim Parken per Handy-App. Die Wirecard-Niederlassungen in dieser Weltgegend zeugen vom Geschäftssinn der Münchner Manager. Chennai und Jakarta, Kuala Lumpur und Manila sind Städte, in denen die Zukunft längst zu Hause ist. Wirecards Asien-Zentrale liegt in Singapur, in einer aseptischen „Business City“ mit Blick auf die Containerschiffe auf dem Weg zur Straße von Malakka. Wie in den meisten Tech-Konzernen ist die Stimmung im Unternehmen leger, sind die Hierarchien flach, die Umgangsformen locker.

Manche lästern darüber, dass sich Wirecard intern „WD“ abkürzt – „WC“ kommt nicht wirklich infrage. Selbst mit ihren Chefs kommunizieren die Mitarbeiter intern über Chatgruppen, unterhalten sich untereinander über Fachliches und Zwischenmenschliches oder über die besten Restaurants und Clubs auf Bali oder in Shanghai.

Einer der tonangebenden Männer bei Wirecard in Singapur ist Edo K. Der Indonesier ist Anfang 30, umtriebig, immer bestens gelaunt. Im Büro erzählt man sich, er stamme aus einer wohlhabenden Familie, wolle sich aber beweisen. Edo K. nimmt als einer der obersten Finanzer eine Schlüsselstellung im Konzern ein, er verantwortet unter anderem die Finanzen in Asien. Edo K. gilt als Vertrauter der Unternehmensspitze in Aschheim, war dort bis Mitte 2017 tätig. Regelmäßig tauscht er sich über Telefon, Skype-Chats und E-Mails mit den Chefs aus, bespricht selbst Kleinigkeiten wie eine Abfindung in Höhe von wenigen Tausend Dollar für einen Mitarbeiter.

Doch scheint Edo K. irgendwann den Überblick über die Buchungen und Transaktionen zu verlieren. Immer wieder monieren Wirtschaftsprüfer, dass Unterlagen fehlten, Zahlen nicht plausibel seien. Einmal fordert ein Kollege in Deutschland den Indonesier auf, für eine Bilanz „eine gute Erklärung“ zu liefern. Er warnt, dass der Buchprüfer sonst „die Story nicht akzeptiert“. Ein anderes Mal greift ein Konzernvorstand ein: „Hi Edo, hast Du alles unter Kontrolle?“, fragt der Chef aus Deutschland. „Das wirkt sehr beunruhigend.“

Das Wirecard-Geschäft in Asien macht in der Tat einen chaotischen Eindruck. Mal klagen Mitarbeiter, die Zahlen würden nur so „herumfliegen“, mal warnen sie, dass man den Angestellten einer Tochterfirma schon bald keine Gehälter mehr zahlen könne. Im Juni 2017 schreibt ein Mitarbeiter an Edo K., mindestens zwei Wirecard-Firmen seien „im operativen Defizit und technisch zahlungsunfähig“. Sind dies nur die Symptome eines zu schnellen, unbeherrschten Wachstums, oder geht es um mehr?

Anfang 2018 kommt es noch schlimmer: Ein Whistleblower beobachtet angeblich, wie Finanzchef Edo K. mit Filzstiften an einer Präsentationstafel steht und einem halben Dutzend Mitarbeitern erklärt, wie sich Geld zwischen verschiedenen

Tochterfirmen hin und her schieben lasse – mutmaßlich auf illegale Art und Weise. Der Whistleblower vertraut sich zwei örtlichen Justitiaren an, diese melden den Verdacht nach Aschheim. Ein Juristen-Team aus der Konzernzentrale fliegt nach Singapur, lässt die E-Mail-Postfächer einiger der örtlichen Mitarbeiter sichern und beauftragt die Anwaltskanzlei Rajah & Tann, die Vorwürfe aufzuklären.

Offenbar hat man in München erkannt, was Wirecard drohen könnte: Das Unternehmen ist verwundbar. Der Wert von schnell wachsenden Tech-Unternehmen lässt sich oft nur schwer nachvollziehen. Und dann ist da noch die Firmengeschichte: Wirecard ist seinen schmuddeligen Ruf der Anfangsjahre nie ganz losgeworden. Die Firma wickelte damals vor allem den elektronischen Zahlungsverkehr für Pornofilme und Glücksspiele im Internet ab, an diesem Geschäft verdient der Konzern auch heute noch. Sollten Bilanzmanipulationen in Asien auffliegen, wäre das Gift für den Ruf der Wirecard AG als eines der führenden deutschen Innovationsunternehmen.

Im Frühjahr 2018 scheint also tatsächlich einiges im Argen zu liegen bei Wirecard. Die beiden Juristen in Singapur, die die Zustände im dortigen Büro prüfen sollen, sind nach einer ersten Durchsicht der Mails von Mitarbeitern Edo K.s beunruhigt. Am 20. April meldet einer von ihnen nach Aschheim, das Thema sei „größer, als wir dachten“.

Die Justitiare bei Wirecard in Singapur sind nicht nur gewissenhaft, sie sind penibel, hartnäckig und streitbar. Einer von ihnen, Royston N., kümmert sich um das Thema Compliance, also um rechtlich und ethisch einwandfreies Geschäftsgebaren. Royston N. kommt mit Hosenträgern ins Büro. Er war früher Staatsanwalt in Singapur, die dortige Strafjustiz wird wegen ihrer unerbittlichen Strenge gefürchtet. Sein Kollege, der Justitiar Pavandeep G., gilt zwar als nicht ganz so scharfer Hund, aber auch er nimmt seine Arbeit sehr ernst.

Früh wird klar, dass die beiden Juristen Finanzchef Edo K. als einen Aufschneider betrachten und sich wundern, dass die Zentrale in München diesem Mann blindlings zu vertrauen scheint. Im Singapurer Büro erzählt man sich, der Jurist Royston N. habe dem Finanzchef Edo K. einmal vorgehalten, jemand aus dessen Familie stehe der indonesischen Mafia nahe. Edo K. sei sehr aufgebracht gewesen.

Royston N. könne den Verwandten ja fragen und „schauen, was dann passiert". Daraufhin soll Royston N. einigen Kollegen erzählt haben, Edo K. habe ihn bedroht. Das hat sich bis in die Konzernzentrale in Aschheim herumgesprochen.

Nach weniger als zwei Wochen Arbeit legt die Kanzlei Rajah & Tann Anfang Mai 2018 ihren „vorläufigen Bericht" vor. Der hat es in sich: Der Anfangsverdacht gegen Edo K. habe sich bestätigt, heißt es darin. Zudem seien weitere „Missetaten" aufgefallen. Edo K. und zwei seiner Mitarbeiter hätten mutmaßlich Urkunden gefälscht und fragwürdige Zahlungen veranlasst; offenbar wollten sie die schlechte Finanzlage einzelner Wirecard-Tochterfirmen durch derartige Überweisungen frisieren. Möglicherweise, so die Juristen und Prüfer, seien aber auch noch weit schwerer wiegende Straftaten passiert: Betrug, Korruption oder Geldwäsche.

In der Münchner Konzernzentrale wird dieser vorläufige Bericht heute als voreilig, substanzlos und ehrenrührig abgetan.

Doch im Mai 2018 bringen die Prüfer von Rajah & Tann erst einmal allerhand Verdächtiges zu Papier. So nehmen sie zum Beispiel Anstoß an einer Tochterfirma in Hongkong, mit der Wirecard den dortigen Prepaid-Markt erobern will. Die Tochter braucht ein Mindestkapital und bekommt es aus Deutschland überwiesen.

Es ist ja eine Kapitalerhöhung der AG in einer Tochtergesellschaft. Die Prüfer vermuten, dass dies nur eine Luftbuchung ist, denn nach ihrer Darstellung tauchen die zwei Millionen Euro sehr kurz in der Bilanz der Hongkonger Wirecard-Tochter auf und fließen dann ebenso rasch wieder ab.

Die Fachleute von Rajah & Tann machen gut ein Dutzend dieser mutmaßlichen Scheinbuchungen aus, die Anlass zu einem schweren Verdacht geben: Existierten bei Wirecard in Asien dubiose Geldkreisläufe, in denen ein und derselbe Geldbetrag abwechselnd immer wieder andere Finanzlöcher stopft? Dieser Verdacht könnte den verheerenden Eindruck erwecken, dass das Dax-Unternehmen möglicherweise an der Börse heller strahlt als es den ökonomischen Fakten entspricht.

In Singapur hoffen die beiden Juristen, Royston N. und Pavandeep G., auf ein Treffen der Konzern-Oberen in Aschheim am 7. Mai 2018. Ein interner Chat zwischen

Juristen in Aschheim und Singapur verrät, dass die beiden Aufklärer in Asien dem Termin regelrecht entgegenfiebern: Sie wollen am liebsten nach München fliegen und dem Vorstand persönlich ihre Ermittlungsergebnisse vorstellen. Royston N. stellt eine neunseitige Präsentation zusammen, Titel: „Project Tiger“. Ursprünglich sollte das Projekt „Phoenix“ heißen – wie der Sagenvogel aus der Asche sollte Wirecard auferstehen, befreit von allen Vorwürfen; Aschheim bevorzugte „Tiger“, einen Hinweis auf Singapur, den Tigerstaat. Man sieht auf Folien Schaubilder mit erfundenen Firmennamen, Pfeile, die Geldflüsse anzeigen, Millionen Dollar, die angeblich im Kreis überwiesen werden. Und einen Auszug aus dem Strafgesetzbuch Singapurs: Bilanzfälschung, Korruption, Geldwäsche.

Doch was folgt, ist eine herbe Enttäuschung. Einer der Vorstände schreibt an einen der Juristen, man mache die Probleme in Asien jetzt zur Chefsache: Vorstand Jan Marsalek, der unter anderem für Asien zuständig ist, werde alles Weitere koordinieren, zusammen mit einem Manager in Asien und einer externen Kanzlei. Anders formuliert: Die hartnäckigen Singapurer Juristen sind raus.

Dennoch geben die beiden düpierten Aufklärer in Singapur nicht auf, lassen nicht locker. Royston N., der frühere Staatsanwalt, beschwert sich persönlich beim Finanzvorstand in Aschheim. In einer mehrseitigen E-Mail weist er darauf hin, dass Vorstand Marsalek im vorläufigen Ermittlungsbericht genannt wird, womöglich also selbst in fragwürdige Vorgänge verstrickt sein könnte und deshalb als Aufklärer nicht infrage komme. Doch der Protest bleibt folgenlos. Und auch heute heißt es bei Wirecard dazu nur, Marsalek sei für die Untersuchung gar nicht zuständig gewesen und sei auch nicht belastet.

Kurz darauf nimmt der Argwohn der beiden Juristen sogar noch weiter zu: Eine Wirecard-Tochter in Singapur soll wenige Tage später eine Millionenüberweisung vornehmen, das Geld soll an einen Geschäftspartner gehen, der im Rajah & Tann-Bericht ausdrücklich für verdächtig erklärt wird.

„Ich verstehe das nicht. Was ist los?“, schreibt einer der beiden Justitiare im Gruppenchat mit dem deutschen Compliance-Chef in Aschheim. „Was hat der Vorstand nicht begriffen?“ Sein Singapurer Kollege springt ihm bei: „Ich verstehe

nicht, wie ein paar Leute etliche äußerst schwerwiegende Finanzdelikte begehen und dann ungestraft weitermachen können.“ Der deutsche Teilnehmer dieses Chats, er ist immerhin einer der wichtigsten Verantwortlichen für Rechtsfragen im Konzern, scheint auf Linie mit den asiatischen Kollegen zu sein. Auch er äußert den Verdacht, dass sich die Mächtigen im Unternehmen gegenseitig deckten. Sie „pinkeln sich nicht gegenseitig an“.

Einer der Singapurer Kollegen erwidert: „Das ist keine angemessene Haltung für einen Vorstand … Falls die Zahlung … nicht in Ordnung ist, dann ist das Geldwäsche. Und es wird mit Wissen des Vorstands geschehen sein.“ Der Justitiar in Asien wird nun sehr grundsätzlich: „… Meine Prinzipien sind nicht verhandelbar. Als ehemaliger Staatsanwalt sag ich es in aller Klarheit. Wir werden persönlich strafrechtlich belangt, wenn wir nichts tun.“ Der hartnäckige Jurist ist offenbar zum Äußersten entschlossen. Er kann sich sogar vorstellen, den Vorstand zu umgehen und direkt den Aufsichtsrat einzuschalten. Sein Mitstreiter im Büro Singapur springt ihm bei: „Dem Vorstand ist das Ganze scheißegal, und es gibt intern nicht viel, das wir tun können. Es gibt zu viele Beteiligte mit zu vielen Interessen … und Edo wird eindeutig geschützt.“

Wenige Tage später fließt der umstrittene Millionenbetrag dennoch ungehindert.

Spätestens da wird klar, dass das Verhältnis zwischen den Firmenoberen bei Wirecard und den beiden Juristen in Singapur schwer belastet ist. Auch der Compliance-Chef in Aschheim rückt nun von seinen beiden asiatischen Mitstreitern ab. Im Juni 2018 schreibt er einem der beiden Mitarbeiter in Singapur eine vernichtende Kritik: „Als Compliance müssen wir Partner des Managements sein. Unsere Compliance-Rolle ist es, Schaden vom Unternehmen fernzuhalten und die Graubereiche zu kontrollieren. Wir sind keine Staatsanwälte, die Einzelpersonen zur Rechenschaft ziehen.“ Und weiter heißt es: „Ich glaube, dass der Vorstand das Vertrauen darauf verloren hat, dass wir zum Wohle der Firma ermittelten.“ Dann wird der Mann in Aschheim sehr, sehr deutlich gegenüber seinen asiatischen Kollegen: „Compliance ist immer auch … politisch motiviert.“ Ein Justitiar könne dem Vorstand keine Anweisungen erteilen: „So gewinnt man kein Vertrauen und gilt dem Management nicht als verlässlicher Partner.“

In Aschheim denkt man offenbar, man könne den Konflikt mit solchen Belehrungen eindämmen. Doch das funktioniert bestenfalls vorübergehend: Acht Monate später, am 30. Januar 2019, werden die vorläufigen Erkenntnisse der Kanzlei Rajah & Tann öffentlich. Irgendjemand hat das interne Papier vom Mai 2018 nach außen getragen, nun zitiert die Financial Times daraus. Von wem das Londoner Wirtschaftsblatt die Wirecard-Interna erfahren hat, ist nicht bekannt. In Konzernkreisen heißt es, einer der beiden düpierten Juristen habe den Rajah & Tann-Bericht in Umlauf gebracht. Inzwischen liegen noch viel mehr interne Akten bei den Ermittlungsbehörden in Singapur. Missstände in Unternehmen und Zerwürfnisse über deren angemessene Aufklärung sind oft Auslöser dafür, dass empörte Mitarbeiter zu Whistleblowern werden – und Interna nach außen tragen. Ob das auch bei Wirecard so der Fall war, ist offen.

Mittlerweile haben die beiden Juristen in Singapur das Unternehmen verlassen. In Firmenkreisen heißt es, Royston N. und Pavandeep G. hätten gegen Finanzchef Edo K. einen gewissen Verfolgungseifer entwickelt. Aber es gibt keinerlei Beleg dafür, dass sie übertrieben haben oder ihrem Unternehmen schaden wollten. Es wäre nicht das erste Mal, dass Beschäftigte, die zu viel fragen und zu tief graben, in ihrer Firma nicht mehr wohlgelitten sind. Einer der beiden Juristen in Singapur hat einmal in einem Chat über seinen Kollegen gesagt: „Alles, was er sich wünschte, war eine Firmenkultur, in der man Übeltäter zur Rechenschaft zieht."

Ein Dreivierteljahr später erreicht die Eskalation ihren vorläufigen Höhepunkt. Am 30. Januar 2019 berichtet die Financial Times über den Fall, die Aktie stürzt ab. Kurz darauf erhält Konzernvorstand Jan Marsalek über einen Vertrauten eine Chat-Nachricht mit einem unmoralischen Angebot. Ein Geschäftsmann, der in Journalistenkreisen gut vernetzt sein soll, behauptet, ein zweites einflussreiches Wirtschaftsmedium plane ebenfalls einen verheerendes Bericht über Wirecard. Demnach erreiche die Affäre sogar die Firmenspitze, und der Aktienwert müsse daher mehr als halbiert werden. „Ja, aber was kann man dagegen tun?", schreibt der Vertraute Marsaleks, „sie werden den Artikel nicht stoppen." Daraufhin entgegnet der Geschäftsmann: „Ich kann meinen Kerl dazu bringen, es zu stoppen. Ich habe einen guten Kontakt ..."

Bei weiteren Gesprächen stellt sich heraus, dass der Geschäftsmann angeblich noch mehr zu bieten hat. Er könne nicht nur negative Presseberichte verhindern. Er könne ebenso erfolgreich positive Artikel über Wirecard in den Medien lancieren und Übernahmegerüchte streuen, die den Kurs der Aktie dann in die Höhe treiben würden. Für diese Unterstützung verlangt er 2,2 Millionen Pfund. Sogar eine Scheinrechnung hat er schon vorbereitet, zurückdatiert auf den 28. Mai 2018. Darin steht, Wirecard zahle das Geld als Sponsoring für einen Autorennstall, das Firmenlogo der Aschheimer werde gut erkennbar auf dem Rennwagen und den Anzügen der Fahrer prangen.

Marsalek geht darauf nicht ein, benachrichtigt die Staatsanwaltschaft München: Wirecard sieht sich als Opfer einer Verschwörung zwischen Medien und Börsenspekulanten und erstattet am 1. Februar 2019 Strafanzeige wegen einer möglichen Manipulation des Aktienkurses. Die Staatsanwälte nehmen den Verdacht ernst und leiten Ermittlungen gegen unbekannt ein. Sie sind alarmiert. Da ist zum einen das eindeutige Angebot, die Medienberichterstattung zu steuern und den Börsenkurs zu manipulieren. Der Mann, der dieses Angebot abgegeben hat, gilt nicht als Prahlhans, sondern als einer, der liefern kann. Offenbar ist er tatsächlich in der Lage, das Geschehen an der Börse zu beeinflussen.

Hinzu kommen Auffälligkeiten beim Handel mit Wirecard-Aktien am 30. Januar. Offenbar hatten mehrere Spekulanten rechtzeitig auf fallende Kurse gewettet, bevor der Artikel in der Financial Times erschien. Nach Angaben von Wirecard könnte es dafür eine Erklärung geben; demnach hätte sich an der Börse herumgesprochen, dass ein negativer Bericht erscheinen würde. Die deutsche Firma beruft sich auf einen Händler aus London. Der hat schriftlich erklärt, dass schon am Vormittag des 30. Januar in Börsenkreisen über den bevorstehenden Wirecard-Artikel der Financial Times geredet worden sei. All diese brisanten Informationen leitet die Staatsanwaltschaft München an die Börsenaufsicht in Frankfurt weiter. Die reagiert überraschend schnell auf den ungewöhnlichen Vorgang : Am 18. Februar verbietet die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin), an der Börse auf einen fallenden Kurs der Wirecard-Aktie zu wetten. Die ungewöhnliche Entwicklung der Aschheimer Aktie habe „massive Unsicherheiten an den Finanzmärkten“ verursacht,

erklärt die Bafin, sie sieht eine „ernst zu nehmende Bedrohung für das Marktvertrauen in Deutschland“.

Wirecard sieht sich als Opfer und verklagt die Financial Times vor dem Landgericht München auf Schadenersatz. Der deutsche Konzern wirft der britischen Zeitung vor, irreführend berichtet zu haben. „Der vorliegende Fall ist ein Paradebeispiel übelster Sorte für das abgestimmte Agieren von Journalisten und kriminellen Spekulanten zum Nachteil seriöser Anleger“, heißt es in der Klageschrift. Die Londoner Zeitung weist die schweren Vorwürfe als „substanzlos“ zurück.

Sind die Angriffe Wirecards auf die Presse nur ein Manöver, um von den Missständen abzulenken? Und versucht der Konzern, Kritiker in seinen Reihen sowie außerhalb systematisch zu diskreditieren?

Noch ist nicht bewiesen, dass dem Kurssturz Ende Januar eine groß angelegte Attacke krimineller Spekulanten zugrunde lag. Investoren, die von fallenden Kursen profitieren wollen, nutzen dafür gern sogenannte Leerverkäufe. Diese Spezialität im Aktienhandel ist alltäglich; sie dient unter anderem dazu, sich gegen fallende Kurse abzusichern. Am 30. Januar 2019 ist der Anteil leer verkaufter Wirecard-Aktien im historischen Vergleich eher niedrig. Wenn überhaupt, hat damals offenbar nur ein kleiner Kreis von dem bevorstehenden Artikel der FT gewusst. Wahrscheinlich drückte der Kurssturz also auch ein verbreitetes Misstrauen gegen Wirecard aus. Schon in der Vergangenheit hat der Kurs auf schlechte Nachrichten sehr empfindlich reagiert. Bis heute hat sich die Wirecard-Aktie nicht erholt; sie liegt noch immer um mehr als ein Drittel niedriger als Ende Januar.

In der vergangenen Woche hat Wirecard nun versucht, die Affäre um ihren Finanzchef Edo K. für weitgehend beendet zu erklären. Es gehe nur um einige wenige Unregelmäßigkeiten; diese hätten auf die Bilanz „keine wesentlichen Auswirkungen“. In Aschheim habe sich niemand strafbar gemacht. Wirecard beruft sich unter anderem auf weitere Untersuchungen der Kanzlei Rajah & Tann.

Für den deutschen Konzern ist die Affäre aber längst nicht ausgestanden. Die Spezialeinheit für Finanzkriminalität in Singapur hat die Wirecard-Büros mit dem

spektakulären Blick auf das Meer und die Containerschiffe drei Mal durchsucht und mehr als 200 Kisten Material mitgenommen. Es heißt, mehrere Mitarbeiter hätten in Befragungen durch die Kanzlei Rajah & Tann Fehlverhalten eingeräumt. Auch Wirecard schließt nicht aus, dass sich örtliche Mitarbeiter strafbar gemacht haben, Ex-Asien-Finanzchef Edo K. soll Tricksereien zugegeben haben. Er soll sogar behauptet haben, dass er sich mit dem Vorstand abgesprochen habe. In Firmenkreisen heißt es, das stimme nicht, man habe in Aschheim nichts gewusst. Die SZ hat mehrmals vergeblich versucht, Edo K. zu erreichen.

Inzwischen haben sich Wirecard und Edo K. getrennt. Im Konzern wird heute so getan, als habe vor allem der Ex-Finanzchef für Asien versagt. Bei vielen früheren Wirtschaftsaffären hieß es anfangs, dass nur einzelne Mitarbeiter aus dem Mittelbau der Firma schuld seien, später war es dann aber doch ganz anders. Genau wissen es auch die Ermittler bisher nicht. In Justizkreisen heißt es, man habe noch kein Gefühl dafür, in welche Richtung das Ganze gehe. Die neue Welt der globalen Digitalkonzerne, der Spekulanten und der rücksichtlosen Geschäftemacher, die Insiderwissen verkaufen, ist selbst für gestandene Ermittler nur noch schwer zu durchschauen.

"Geiler Typ"

Philipp Amthor hat in der CDU einen rasanten Aufstieg hingelegt. Nun zeigen interne Unterlagen der New Yorker Firma Augustus, wie er sich von dem Start-up für Lobbyarbeit einspannen ließ und später Aktienoptionen und einen Direktorenposten erhielt. Ist er käuflich?

Von Sven Becker; Rafael Buschmann; Roman Höfner; Nicola Naber; Gerald Traufetter; Christoph Winterbach, DER SPIEGEL, 13.06.2020

Drei Männer standen auf einer Anhöhe über der Bucht von Bonifacio. Die Sonne schien, im Hintergrund schipperten Luxusjachten vorbei. Schöne Aussichten für einen Schnappschuss. Wie gemacht für ein Bild auf Instagram.

In der Mitte posierte der ehemalige Chef der Beratungsfirma Roland Berger. Links daneben ein deutscher Entrepreneur aus New York. Von rechts außen grinste Philipp Amthor in die Kamera, die Nachwuchshoffnung der CDU.

Was machte Amthor mit den Managern auf der französischen Ferieninsel Korsika? Der Parlamentarier war offenbar auch in geschäftlichen Dingen unterwegs. Amthor ist Direktor beim Start-up-Unternehmen Augustus Intelligence. Die Firma wollte den Ex-Chef von Roland Berger anheuern, was auch gelang: Nach dem Besuch wurde Charles-Edouard Bouée zum »President in charge of Business Affairs« ernannt.

Bereits im März hat der SPIEGEL (11/2020) berichtet, dass Philipp Amthor bei Augustus Intelligence als Direktor tätig ist. Doch Amthor beschwichtigte: »Es handelt sich dabei um eine nicht-exekutive Funktion, mit der sich kein regelmäßiger Arbeitsaufwand verbindet«, ließ er über sein Bundestagsbüro ausrichten.

An dieser Version gibt es nun erhebliche Zweifel. Interne Chats, E-Mails und Fotos enthüllen, dass der Jungstar mehrfach geschäftliche Termine für Augustus wahrgenommen hat. Doch auf seinen Social-Media-Kanälen sucht man danach

vergebens. Noch schwerer wiegt, dass er an höchster Stelle Lobbyarbeit für Augustus betrieben hat.

Nach SPIEGEL-Informationen schrieb Amthor, 27, einen Brief an Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Darin bat er um politische Unterstützung für das Start-up. Bei Augustus wurde Amthor für den »geilen Brief« gefeiert. Später bekam er dann Aktienoptionen von Augustus und wurde Direktor bei dem Unternehmen.

Es ist grundsätzlich erlaubt, dass sich Abgeordnete für die Interessen von Unternehmen einsetzen. Problematisch wird es jedoch, wenn sie davon profitieren. Womöglich hat Amthor gegen das Abgeordnetengesetz verstoßen. Der CDU-Mann ließ einen umfassenden Fragenkatalog in dieser Woche unbeantwortet.

Ausgerechnet Amthor, der Shootingstar der deutschen Konservativen. In einer alternden Partei ist er einer der wenigen unter 30-Jährigen, der Seitenscheitel und Anzug trägt, aber auch den Umgang mit Facebook und Instagram beherrscht.

Seit Amthor 2017 in den Bundestag einzog, hat er sich mit kecken Auftritten ins Rampenlicht katapultiert. In seinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern strebt er gerade den CDU-Landesvorsitz an. Die verbliebene Konkurrentin zog ihre Kandidatur in dieser Woche zurück. Nächstes Jahr könnte er als Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen gegen Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) antreten. Vom Sebastian Kurz des Nordens ist in der CDU mitunter die Rede, in Anlehnung an den österreichischen Bundeskanzler, der das Amt mit 31 Jahren übernahm.

Amthor wettert gegen Parallelgesellschaften und Clankriminalität. Die Rolle des Law-and-Order-Mannes kommt gut an in seiner Partei. Zudem gibt er sich öffentlich bescheiden und volksnah.

Doch die Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, zeigen eine andere Seite von Amthor. Er suchte demnach die Nähe zur Upper Class, flog zu Firmentreffen nach New York, urlaubte mit Managern am Mittelmeer und hing in teuren Hotels ab. Wer für die Reisen bezahlt hat, ist noch unklar. Amthor wird sich dazu erklären müssen.

Augustus ist ein Start-up mit großen Ansprüchen, wie schon der Name zeigt. So mächtig wie der römische Kaiser will es sein. Die Büros liegen im One World Trade Center in New York. Die jungen Gründer haben deutsche Wurzeln, sind aber früh in die USA gegangen und haben bei Tech-Riesen wie Amazon oder Google gearbeitet.

Um sich herum haben sie eine Gruppe von meist älteren, konservativen Männern geschart, die ihnen mit Kontakten behilflich sein sollen. Dazu gehören Leute wie der ehemalige Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen oder der frühere BND-Chef August Hanning. Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg stieg als Teilhaber bei Augustus ein und wurde Präsident der Firma. Als weiterer Investor konnte ein Spross der steinreichen Familie von Finck gewonnen werden.

Das Unternehmen will laut Unterlagen Datenzentren betreiben und Software zur Gesichts- und Objekterkennung anbieten. Künstliche Intelligenz ist gerade schwer in Mode in der Wirtschaft. Auf diesen Trend möchte das Unternehmen aufspringen. Die Gründer träumen in Chats davon, eine »100 Mrd. Firma« aufzubauen, »the best company in the WORLD!!!!!!!!!«

Was Augustus wirklich leistet, ist schwer zu beurteilen. Geschäftszahlen wurden noch nicht veröffentlicht. Auf der Website werden weder Namen des Managements noch die Produkte erwähnt. In China wollte es möglicherweise Schmiergelder bezahlen; eine E-Mail mit Hinweisen darauf bekam Philipp Amthor in Kopie. Zwei ehemalige Mitarbeiter werfen der Führungsriege zudem vor, dass sie Investoren mit falschen Zahlen getäuscht habe.

Augustus äußerte sich diese Woche auf eine SPIEGEL-Anfrage nur allgemein und beantwortete konkrete Fragen nicht. Diese könne man aus Loyalität gegenüber Kunden und Mitarbeitern und aus Datenschutzgründen nicht beantworten. Als der SPIEGEL im März das erste Mal über Augustus berichtete, wies es den Vorwurf der Investorentäuschung zurück.

Die Geschichte von Augustus Intelligence beginnt Anfang 2018, als Wolfgang (»Wolfi«) Haupt mit anderen Gründern die Idee entwickelte. Haupt, 33, wurde in Fürth geboren und studierte an der privaten Universität Witten/Herdecke. Nach eigenen Angaben besuchte er auch die Harvard Medical School in Boston.

Haupt ist ein genialer Selbstvermarkter. Gegenüber Investoren gibt er an, die Nichtregierungsorganisation StopThirst aufgebaut zu haben, die Flüchtlinge etwa in Syrien mit sauberem Trinkwasser versorge. Uno-Generalsekretär António Guterres wirbt auf der Website für Spenden. Vergangene Woche fragte der SPIEGEL bei Guterres nach, ob er den Brief geschrieben habe. Ein Sprecher antwortete drei Tage später, man habe StopThirst nun aufgefordert, die Angaben von der Website zu entfernen – sie seien »bestenfalls irreführend«. Laut Insidern schrieb Guterres den Brief nämlich, bevor er im Amt war.

Zum Gründerteam von Augustus gehörte auch Pascal Weinberger, der laut Haupt schon mit 17 Jahren »den Google Translate Algorithmus entwickelt« habe. Ein »richtiges Wunderkind« sei Weinberger, schrieb Haupt an einen Geschäftsmann. Ob der Überflieger allerdings auch gute Produkte entwickeln kann, war intern umstritten. Er sei eher der Forschertyp, hieß es, chaotisch und unfähig zu managen.

Amthor kam offenbar schon früh mit Augustus ins Gespräch. Haupt erklärte intern bereits Mitte 2018, dass Amthor »gut für uns sein wird«. Im September des Jahres besuchte eine Augustus-Delegation den jungen Abgeordneten in Berlin. Dort nahmen die Firmenvertreter zuerst an einem »Expertengespräch« über künstliche Intelligenz mit Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) teil. Abends trafen sie sich mit Amthor zum Biertrinken im noblen Hotel Adlon am Brandenburger Tor, wie ein Foto nahelegt. Am nächsten Tag führte Amthor die Gruppe durch den Bundestag und besuchte mit den Gästen die Reichstagskuppel.

Kurz darauf schrieb Amthor den Brief an Peter Altmaier, der am 2. Oktober im Wirtschaftsministerium einging. Dem SPIEGEL liegt ein Entwurf mit Briefkopf des Deutschen Bundestags vor, der am 30. September bei Augustus kursierte. Der Abgeordnete spielte darin den Türöffner für die Firma. Er habe Altmaier ja schon am Rande der Fraktionssitzung am 25. September auf ein »spannendes und politisch vielversprechendes Investitionsvorhaben« von Augustus angesprochen, schrieb Amthor. Jetzt wolle er ein Gespräch mit dem Firmenchef vermitteln.

Amthor schrieb auch, dass Wolfgang Haupt die NGO StopThirst »in Zusammenarbeit mit Uno-Generalsekretär António Guterres realisiert« habe, offenbar

ohne diese Aussage zu prüfen. Auch sonst liest sich das knapp dreiseitige Schreiben, als hätte Augustus die Feder geführt. Das Start-up verfüge schon jetzt »über eine Unternehmensbewertung von circa 250 Mio. Euro und will deutlich in den klaren Milliarden-Bereich wachsen«.

Ihn freue es »in besonderer Weise«, so Amthor, dass Augustus den Aufbau einer Infrastruktur für künstliche Intelligenz in Deutschland prüfe. Es gäbe allerdings ein Problem: die »hohen Strompreise« hierzulande, die ein Investment erschwerten. Der junge Abgeordnete, der im Innen- und Europaausschuss des Bundestags sitzt und bislang nicht als Experte für künstliche Intelligenz oder Strommärkte aufgefallen war, legte sich enorm ins Zeug. Amthor betonte, dass die Ideen von Augustus für ihn »durchaus eine hohe Priorität« besäßen und sein Bundestagsbüro »jederzeit für eine Terminfindung zur Verfügung« stehe.

Bei Augustus sorgte der geplante Brief für Begeisterung. »So ein geiler Typ«, schrieb Pascal Weinberger, das Augustus-Wunderkind, in einem internen Chat. »Wir müssen uns echt bei ihm bedanken.«

Amthors Brief verfehlte offenbar seine Wirkung nicht. Augustus-Leute besuchten im November 2018 zweimal den damaligen Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, Christian Hirte. Das Ministerium hat die Treffen nach einer Anfrage des Grünenpolitikers Oliver Krischer offengelegt. Es sei um die »Aktivitäten des Unternehmens in Bezug auf künstliche Intelligenz« gegangen. Bei beiden Treffen war Amthor anwesend.

Von da an prahlte Augustus gegenüber Investoren mit guten Kontakten ins Berliner Regierungsviertel. Wolfgang Haupt schrieb an einen deutschen Geschäftsmann: »Wir haben Unterstützung und Anfragen von Wirtschaftsminister Altmaier und Digitale Infrastruktur Minister Scheuer, schnell in den deutschen Markt vorzudringen und uns am Altmaier ›KI Airbus‹ zu beteiligen.« Gemeint war eine Idee Altmaiers, ein deutsch-französisches Projekt ähnlich dem Flugzeugbauer zu initiieren. Damit nahm Haupt den Mund wohl etwas zu voll. Das Wirtschaftsministerium erklärt, Augustus sei nicht »in Sachen künstlicher Intelligenz eingebunden«.

Doch in den Anfangsmonaten dürften die Termine in Berlin sehr genützt haben. Jedenfalls stiegen mehrere Großinvestoren diskret bei Augustus ein. Kevin Washington, Sohn einer der reichsten Familien der USA, wollte 50 Millionen Dollar zur Verfügung stellen. Er wurde als »Lead Investor« beworben. August François von Finck, Spross einer deutschen Unternehmerdynastie, investierte 11,2 Millionen Dollar. Eine Beteiligung der Fincks, der Schweizer Prüfkonzern SGS, war nach Angaben von Augustus einer der ersten Kunden.

Auch ein prominenter Ex-Politiker ließ sich von Augustus' Plänen überzeugen: Karl-Theodor zu Guttenberg. Am 5. Januar 2019 schickte Wolfgang Haupt eine E-Mail an den früheren Verteidigungsminister. Der war acht Jahre zuvor nach dem Skandal um seine plagiierte Doktorarbeit zurückgetreten und in die USA entschwunden. Dort arbeitet er seitdem als Berater und Investor in der Tech-Branche. Guttenberg vereint alle Eigenschaften, die Augustus braucht: Er hat Geld, einen großen Namen und Kontakte zu mächtigen Leuten.

Guttenberg und Haupt hatten sich zuvor offenbar im mondänen Schweizer Skiort Klosters getroffen. Haupt berief sich darauf in der E-Mail an den »lieben KT« und versorgte den Freiherrn mit allerhand Unterlagen zu Augustus. Neben Datenzentren wolle man auch »Spracherkennung und Objekterkennung« anbieten. »Bin auf Deinen Input und weitere Gespräche gespannt«, schrieb Haupt.

Kurz darauf stieg Guttenberg bei Augustus ein, zunächst als Investor. Später wurde »KT« zum Präsidenten ernannt und erhielt einen Sitz im Board of Directors – neben Philipp Amthor.

Es ist schon kurios, dass sich die Wege dieser beiden Männer bei Augustus kreuzten. Der eine, Amthor, will in der Politik nach oben. Der andere, Guttenberg, war schon mal dort und stürzte dann ab.

Auf den ersten Blick verbindet die beiden wenig. Amthor musste sich hochkämpfen. Guttenberg wurde bereits in die sogenannte bessere Gesellschaft reingeboren. Trotzdem verstehen sie sich offenbar gut. Guttenberg sei eine Art Mentor für Amthor, heißt es in Berliner Kreisen.

Wenn alles gut gegangen wäre, hätten die beiden vielleicht mal zusammen auf der Regierungsbank gesessen. Stattdessen brachten sie sich jetzt gemeinsam bei einem Start-up aus New York ein. Ihr besonderes Kapital: politische Kontakte.

Guttenberg berichtete zum Beispiel dem ehemaligen britischen Außenminister David Miliband von Augustus. In einem Chat schrieb er, Miliband sei ein »langjähriger Freund« und wolle gern bei Augustus mitmachen. Der Brite habe zwar »keine Ahnung von Tech, aber ein großartiges Netzwerk«. Genau darauf kam es jetzt an.

Amthor wurde im Mai 2019 ins Board of Directors berufen. Chats zufolge flog er nach New York und verbrachte Zeit mit den Leuten von Augustus. Ab jetzt hatte er eine E-Mail-Adresse der Firma, wenig später folgte die symbolische Anerkennung – eine Augustus-Visitenkarte.

Amthor zeigte sich engagiert: »Lass uns gern regelmäßig telefonieren, dass ich noch ein bisschen mehr an der Produktentwicklung teilhaben kann«, schrieb er an einen Mitarbeiter. Zu seiner früheren Behauptung gegenüber dem SPIEGEL, dass die Tätigkeit bei Augustus mit »keinem regelmäßigen Arbeitsaufwand« verbunden war, passt diese Bitte eher nicht.

Ein Gehalt kassiert Amthor nach Angaben von Augustus vom März nicht. Allerdings bekam er Aktienoptionen, laut einer internen Übersicht mindestens 2817 Stück. Die Optionen ermöglichen es Amthor, zu einem festen Preis später Anteile von Augustus zu kaufen. Der Interessenkonflikt liegt auf der Hand: Setzt sich Amthor erfolgreich für Augustus ein und verschafft dem Unternehmen etwa neue Aufträge, steigt der Wert von Augustus. Sollte er die Aktienoptionen ziehen und die Wertpapiere dann verkaufen, könnte er einen hübschen Gewinn einfahren.

Amthor verteidigte sich im März auf die SPIEGEL-Anfrage damit, dass er die Tätigkeit im Board und die Aktienoptionen der Bundestagsverwaltung im Mai 2019 gemeldet habe. Tatsächlich taucht der Direktorenposten auf seinem Profil unter Bundestag.de auf, die Aktienoptionen allerdings nicht. Amthor sagte dazu, die Parlamentsverwaltung habe ihm bestätigt, dass es sich bei den Optionen um keinen

Vermögensvorteil im Sinne der Verhaltensregeln für Abgeordnete handle und sie deswegen nicht publiziert würden.

Der CDU-Mann profitierte von einer Lücke in den Verhaltensregeln. Während Abgeordnete, die sich nebenbei etwas verdienen, dies ab einer gewissen Grenze veröffentlichen müssen, bleibt der Besitz von Aktienoptionen geheim. Die Öffentlichkeit erfuhr dadurch nichts von Amthors Wertpapieren, obwohl der Verdacht im Raum steht, dass die Optionen eine Belohnung für seine Lobbyarbeit waren.

Ob Amthors tatkräftige Unterstützung für Augustus rechtens war, ist schwer zu sagen. Laut Abgeordnetengesetz dürfen Parlamentarier keine geldwerten Zuwendungen annehmen, die nur gewährt werden, weil dafür die Vertretung von Interessen im Bundestag erwartet wird. Dagegen könnte er verstoßen haben.

Warum ließ sich Philipp Amthor für Augustus einspannen? Vieles spricht dafür, dass sich der Politiker von dem elitären Gehabe der Augustus-Truppe angezogen fühlte. Schließlich war er selbst schon von Parteifreunden als »unser kleines Wunderkind« bezeichnet worden, wie die Zeitschrift »Cicero« mal berichtete.

Amthor hat sich innerhalb weniger Jahre aus kleinen Verhältnissen hochgearbeitet. Er wuchs in Torgelow in Mecklenburg-Vorpommern auf. Seine Mutter verdiente das Geld als Coach von Callcenter-Mitarbeitern, über den Vater spricht Amthor öffentlich nicht. Mit 15 Jahren trat er der Jungen Union bei. Nach dem Abitur wollte er sein Jurastudium in Hamburg aufnehmen, entschied sich dann aber für das nahe gelegene Greifswald. Nach eigenen Angaben riet ihm Angela Merkel dazu. »Sie sagte: Politik macht man am besten von zu Hause.« Die Kanzlerin hat ihren Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern. Amthor besorgte sich schon früh ihre Handynummer, zumindest erzählt er dies gern im kleinen Kreis.

Mit Geschick und einer Portion Kaltschnäuzigkeit schaffte es Amthor vor der Bundestagswahl 2017, den bisherigen CDU-Abgeordneten im Wahlkreis Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern- Greifswald II auszubooten. Er gewann das Direktmandat und zog als einer der jüngsten Abgeordneten in den Bundestag ein.

In Berlin angekommen, machte Amthor schnell von sich reden. Was schon an seinem Äußeren lag. Selbst in der CDU haben sich mittlerweile Jeans, Turnschuhe und

Dreitagebart durchgesetzt, da fiel Amthor mit seinen dunklen Anzügen und geschniegelten Haaren auf.

Eine Bundestagsrede im Februar 2018, in der er mit erhobenem Zeigefinger gegen die AfD wetterte, brachte den Durchbruch. Das Video wurde bei YouTube bis heute über 1,5 Millionen Mal angesehen. Was sicherlich auch daran liegt, dass Amthor gut redet und mit seinem Schuljungengesicht lustige Grimassen schneiden kann.

Nach wenigen Monaten saß er zum ersten Mal in der ARD-Talkshow »Maischberger«. Für Augustus war Amthor genau der Richtige: jung, internetaffin, hungrig nach Erfolg. »Google ihn mal und sein Engagement in den letzten Talk Shows :)«, schrieb CEO Haupt an einen Kollegen.

Im Juli 2019 reisten Amthor und Haupt zu dem Treffen auf Korsika mit Charles-Edouard Bouée, um über dessen Einstieg zu verhandeln. »Philipp und ich sind jetzt bei ihm«, ließ Haupt die Kollegen wissen. Bouée war kurz zuvor überraschend von seinem Chefposten bei der Beratungsfirma Roland Berger zurückgetreten. Das »manager magazin« berichtete, Bouée seien Nebentätigkeiten für einen Fonds zum Verhängnis geworden. Roland Berger wies dies zurück.

Wie es sich in der Geschäftswelt gehört, trafen sich Amthor, Haupt und Bouée nicht nur in sterilen Konferenzzimmern, sondern auch mal in ungezwungener Atmosphäre, um sich jenseits der Zahlen und Fakten besser kennenzulernen. Die Fotos und Videos, die sie verschickten, legen nahe, dass die drei eine gute Zeit verbrachten. Die Sonne, das blaue Meer, sogar Delfine waren zu sehen. Was kostete die Sause? Und wer bezahlte für Amthors Spesen?

Amthor ist ein Abgeordneter, der seine Follower bei Facebook und Instagram stets über seine Arbeit informiert. Sie erfahren, wenn der Volksvertreter Interviews gibt oder im Bundestag Reden hält. Dass er mehrere Tage als Direktor von Augustus am Mittelmeer verbrachte, verschwieg er jedoch im Netz. Auch über den Folgetermin erfuhren seine Anhänger bei Facebook und Instagram nichts.

Vom Mittelmeer ging es offenbar weiter ins vornehme St. Moritz, wie Chats und Fotos zeigen. Amthor gastierte demnach im Fünfsternehotel Suvretta House. Ein Bild zeigt ihn lachend mit Hans-Georg Maaßen in der Lobby des Hotels; auch Haupt und

Roland Berger sind zu sehen. Maaßen war im Sommer 2019 umstritten in der CDU, Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer sprach in jener Zeit über den Parteiausschluss des Ex-Verfassungsschutzpräsidenten, der sich in der ultrakonservativen CDU/CSU-Splittergruppe Werteunion engagiert. Amthor gehörte zu denjenigen, die ihn verteidigten, auch bei Debatten im Bundestag.

Wenige Wochen zuvor hatte Haupt für sich, Maaßen und andere Bekannte einen Privatflieger gebucht. In einer »Gulfstream« ging es laut Unterlagen von Berlin-Schönefeld nach Newark. Hinterher zeigte sich der Ex-Verfassungsschützer erkenntlich. Als ein Mitarbeiter von Augustus die deutsche Staatsbürgerschaft wiederbekommen wollte, rief »hg«, so seine Abkürzung, im Bundesinnenministerium an. Er habe mit dem Referatsleiter Staatsangehörigkeitsrecht telefoniert. Der wolle ihm »Rückmeldung geben«, schrieb Maaßen.

Eine Ministeriumssprecherin bestätigt, dass sich Maaßen im August 2019 »mit einer Rechtsfrage« ans Haus gewandt habe. Es sei um die »Wiedereinbürgerung eines Bekannten« gegangen. Die Anfrage sei vom Referatsleiter beantwortet worden.

Auch August Hanning, der frühere Chef des Bundesnachrichtendienstes, stattete Augustus einen Besuch ab, wie er bestätigt. Für die Sicherheitsbranche ist künstliche Intelligenz ein großes Thema. Software zur Gesichtserkennung oder Objekterkennung können auch Polizisten und Geheimdienstler gut gebrauchen. An dem Termin mit Hanning sollte laut Einladungsliste auch Philipp Amthor teilnehmen.

Für den jungen Abgeordneten muss das alles aufregend gewesen sein. Er gehörte jetzt dazu, wurde zu Investorengesprächen eingeladen und flog im Oktober 2019 wieder nach New York. Der genaue Anlass ist unklar. Aber Fotos zeigen, dass der Trip mit Annehmlichkeiten verbunden war. Einen Abend verbrachten Haupt und Amthor im angesagten Hotel Baccarat auf der 53. Straße. Freunde und Kollegen waren gekommen, es gab Austern und Schampus der Marke Ruinart Blanc de Blancs. Amthor, der Junge aus Torgelow, verkehrte jetzt in New Yorker Szeneläden.

Doch Partys wie diese konnten nicht davon ablenken, dass bei Augustus die Probleme wuchsen. Die Markteinführung von Produkten verzögerte sich, wie intern

bemängelt wurde. Angekündigte Geldspritzen ließen auf sich warten, zum Beispiel die 50 Millionen Dollar, die der Hauptinvestor Kevin Washington geben wollte.

In jener Zeit veränderte sich das Gesicht von Augustus. Zwar arbeiteten weiterhin viele Techies für die Firma, doch Haupt, Guttenberg und Bouée wurden zunehmend einflussreicher. In der Firma machte sich eine andere Gangart breit. Zumindest in einem Fall war Amthor über einen dubiosen Vorgang informiert, wie eine E-Mail vom August 2019 nahelegt.

Es ging um einen deutschen Geschäftsfreund von Augustus namens Marco Streng, auch er laut Wirtschaftspresse ein »Wunderkind«. Strengs Firma Genesis Mining verdient ihr Geld mit Kryptowährungen und betreibt dafür weltweit Rechenzentren. Nun hatte Streng wohl ein Problem mit technischem Equipment im Wert von 300 Millionen Euro in China.

Augustus wollte helfen: Bouée werde »ein wenig Cash brauchen, um entsprechende Türen in China zu öffnen«, schrieb Haupt im August 2019 an Guttenberg. Philipp Amthor bekam die Mail in cc. »1Mio bis 5Mio EUR sollten wir vorab dazu festlegen.« War damit gemeint, dass Bouée in China Schmiergelder verteilen sollte, um Strengs Problem zu lösen? Wenn ja, was sagte Amthor zu den Plänen? Er selbst erklärte im März, sein Direktorenposten komme »in etwa der Funktion eines Aufsichtsratsmitglieds einer deutschen Kapitalgesellschaft nahe«. Aufsichtsräte können sich auch in den USA strafbar machen, wenn sie Korruption dulden.

Im Gegenzug sollte Streng auch etwas für Augustus tun. Augustus wollte einen Geschäftsbereich von Genesis übernehmen, allerdings auf drei Jahre beschränkt und unter weitgehendem Verzicht auf Gewinne. Bei dem Deal ging es offenbar darum, nach außen den Eindruck zu erwecken, dass Augustus wächst. Haupt schrieb, der Vorteil sei, dass dadurch »mehr Umsatz« reinkomme. »Ziel 50Mio bis 100Mio pro Jahr.... aber wenn 30Mio durch ihn rauskommen auch erstmal OK«.

Aus den Unterlagen geht nicht hervor, ob das fragwürdige Geschäft zustande kam. Doch die E-Mail erhärtet den Verdacht, den zwei ehemalige Mitarbeiter seit Monaten gegen Augustus erheben. Augustus hatte sie zuvor wegen Diebstahl geistigen

Eigentums gefeuert und verklagt. Sie bestritten die Vorwürfe und reagierten mit einer Gegenklage. Schon bei der Einstellung seien sie über den Zustand von Augustus getäuscht worden, ebenso wie Investoren.

Augustus wies im März die Vorwürfe der ehemaligen Mitarbeiter zurück. »Wir haben Umsätze und Klienten auf beiden Seiten des Atlantiks«, erklärte das Unternehmen damals. Außerdem habe man sich zwei Patente gesichert. Die Firma sei also in der Lage, Produkte zu entwickeln.

Das Lobbying von Philipp Amthor zugunsten von Augustus war damals noch kein Thema. Allerdings fragte die Lokalpresse nach dem Erscheinen des ersten SPIEGEL-Berichts bei dem Abgeordneten nach, was es mit Augustus auf sich habe. Amthor sagte der »Ostsee-Zeitung«: »Politische Ämter sind immer Ämter auf Zeit, und deshalb erwarten viele Bürger zu Recht von ihren Abgeordneten, dass sie nicht nur Berufspolitiker sind.« Er empfinde es als »gewinnenden und bereichernden Blick«, dass er seine juristischen Kenntnisse für Innovation im Bereich künstlicher Intelligenz einsetzen könne.

Mit seinem Image als bodenständiger Abgeordneter aus der Provinz lässt sich das märchenhafte Leben als Start-up-Direktor dennoch kaum in Einklang bringen. Vor gut einem Jahr begleitete der SPIEGEL den jungen Parlamentarier bei einem Termin in seinem Wahlkreis. Damals sagte Amthor: »Es ist wichtig, nahe an den Menschen zu sein. Dann verliert man die Bodenhaftung nicht.«

Und weg bist du

China Cables Das im November veröffentlichte geheime Aktendossier belegte, wie gnadenlos und umfassend Chinas Obrigkeit die uigurische Minderheit in der Region Xinjiang verfolgt. Die Regierung in Peking leugnet Lager und Repression und versucht seither, ausländischen Besuchern der Gegend ein normales Leben vorzugaukeln. Neue Dokumente offenbaren die bedrückende Realität.

Von Frederik Obermaier und Kai Strittmatter, Süddeutsche Zeitung, 18.02.2020

Die Bürokratie der Repression, ausbuchstabiert in einer Tabelle. Ausgedruckt 137 Seiten lang, darauf persönliche Details von mehr als 2000 Menschen, Angehörige des Volkes der Uiguren allesamt, zu Hause in China, im Kreis Karakax im südlichen Xinjiang, zwischen dem Karakorum-Gebirge und der Wüste Taklamakan. Besonderes Augenmerk richtet die Tabelle auf Hunderte Menschen, die alle eines gemeinsam haben: Sie wurden ihrem Alltag, ihrer Familie und ihrem Beruf entrissen und eingewiesen in Anstalten, die das Dokument „Schulungs-“ oder „Ausbildungszentren“ nennt. Das ist der Euphemismus der chinesischen Regierung für das gewaltige Netz von Internierungslagern, das sie in der Autonomen Region Xinjiang im Nordwesten Chinas errichtet hat, der Heimat der meist muslimischen Uiguren. Insgesamt, so schätzen Experten, sind dort mehr als eine Million Menschen inhaftiert.

Die Karakax-Liste wurde mehreren internationalen Medien, darunter die Süddeutsche Zeitung, zugespielt. Das Dokument, dessen aktuellster Eintrag aus dem März 2019 ist, spricht für mehr als 300 Personen eine Empfehlung aus, ob sie nach Ablauf ihrer einjährigen Internierung weiter eingesperrt oder aber aus den Lagern entlassen werden sollen. Umerziehungslager sind das, in denen die Menschen „deradikalisiert“ werden sollen, wie es die chinesische Regierung nennt. Menschen, die ihr zufolge „infiziert sind mit ungesunden Gedanken“. Gemeint sind Gedanken

über uigurische Kultur, uigurische Sprache und über Religion. Menschen sind das, gegen die es keine Anklage gibt und kein Gerichtsverfahren, die sich also juristisch nichts haben zuschulden kommen lassen, die aber in der Tabelle oft mit dem Begriff „besorgniserregend“ oder „nicht vertrauenswürdig“ belegt werden – in ihnen sieht Peking letztlich potenzielle Terroristen.

Fall 1 zum Beispiel. Männlich. Interniert im Ausbildungszentrum Nr. 1, Einweisung am 23. Mai 2017. Grund der Einweisung: „1. Seine Ehefrau trug früher einen Schleier. 2. Hat vier Kinder mehr als erlaubt.“

Fall 4. Männlich, Ausbildungszentrum Nr. 1, Einweisung am 11. März 2018. Grund der Einweisung: „Er ist eine besorgniserregende Person aus der Generation der in den 1980er-Jahren Geborenen.“

Fall 560. Männlich. Grund der Einweisung: „Hat sich einen Bart wachsen lassen und trägt eine kurze Hose, Hinweise auf wahhabitische Gedanken.“

Fall 568. „Besorgniserregende Person aus der Generation der in den 1990er-Jahren Geborenen. Er hat sein Restaurant während des Ramadans nicht normal weiter geöffnet.“ (Er hat also die muslimische Fastenzeit eingehalten.)

Fall 597. Frau, Ausbildungszentrum Nr. 2. Grund der Einweisung: „1. Sie hat einen Pass beantragt, ohne auszureisen. 2. Sie hat zwei Kinder zu viel geboren.“

Fall 666. „Hat vier Mal Geschäftsbeziehungen gehabt zu sensiblen Staaten.“ (Für China sind das Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung.)

Nochmals: Für all diese Punkte (langer Bart, kurze Hose, zu viele Kinder, Fasten im Ramadan, Pass beantragt, Geschäftsbeziehungen ins falsche Land) sind der Karakax-Liste zufolge Menschen für ein Jahr oder länger in Lager gesperrt worden. Hinweise, dass diese Lager existieren, gab es schon länger. Die Veröffentlichung der China Cables durch das Internationale Netzwerk investigativer Journalisten (ICIJ), zu dessen Mitgliedern mehrere SZ-Journalisten gehören, hatte vergangenen November endgültig bewiesen, dass die angeblichen „Schulen“ in Wirklichkeit mit Stacheldraht und Wachtürmen gesicherte Lager sind: abgeriegelt, streng bewacht und auf politische Indoktrinierung ausgerichtet.

Die Karakax-Liste ist ein weiteres Dokument über das Lagersystem in Xinjiang, das offenbar direkt aus der chinesischen Verwaltung stammt. Im bürokratischen Jargon der KP Chinas liefert es einen Beleg für die wohl größte Internierung einer ethnisch-religiösen Minderheit der Gegenwart. Das Dokument bestätigt, was aus Interviews mit einstigen Insassen bekannt ist. Es zeigt erstmals im Detail und aus der Innensicht, wie das Fußvolk der Überwachungs- und Lagermaschinerie, die Kreis- und Gemeindebeamten, die Internierung an der Basis organisiert. Es belegt, aus welch banalen Gründen die Menschen im Lager landen und wie der Apparat der Partei versucht, mithilfe der jederzeit drohenden Internierung ganze Familien und letztlich ein ganzes Volk in Schach zu halten.

Der deutsche Chinawissenschaftler Adrian Zenz, der mit seinen Recherchen in den vergangenen Jahren wie kein anderer dazu beigetragen hat, die Existenz der Lager zu beweisen, hat die Karakax-Liste untersucht. Er konnte die Identität vieler der aufgezählten Internierten aus anderen Quellen überprüfen und hält die Liste für authentisch. Dies deckt sich mit der Einschätzung weiterer Experten, die SZ, NDR, WDR und Deutsche Welle konsultiert haben. Für Zenz ist die Karakax-Liste „der stärkste Beleg bislang, dass Peking in direkter Verletzung seiner eigenen Verfassung aktiv normale traditionelle religiöse Praktiken verfolgt und bestraft“. Aus dem

Dokument spreche die Angst der Partei vor jeder Art von Religiosität, eine Furcht, die in ihren Auswirkungen bisweilen „an mittelalterliche Hexenverfolgung“ erinnere.

Für den Chinawissenschaftler Rian Thum von der Universität Nottingham ist vor allem eines erstaunlich: „Kein einziger der aufgelisteten Gründe, für die sie die Menschen in die Lager eingewiesen haben, hat irgendetwas mit Terrorismus zu tun“, sagte er auf Anfrage. Thum beschäftigt sich als Forscher seit Langem mit dem Islam in China. Die Karakax-Liste, sagt Thum, untermauere die Sichtweise, wonach es sich bei der massenhaften Internierung der Uiguren um einen „enormen Akt kollektiver Bestrafung“ handle. In Xinjiang war es im vergangenen Jahrzehnt zu einzelnen Gewaltakten und auch Terroranschlägen gekommen. „Aber eine Million Menschen in Internierungslager zu sperren, ist keine gesunde Antwort auf die Gewaltakte von ein paar Dutzend Menschen“, sagt Thum. Tatsächlich seien die in der Liste genannten Internierungsgründe bisweilen „extrem in ihrer Banalität“.

Vereinzelt finden sich in dem Dokument als Internierungsgrund Punkte wie „das Herunterladen von Videos extremistischen Inhalts“ – wobei unklar bleibt, was genau die Videos „extremistisch“ macht. Der überwältigende Teil aber geriet unter Verdacht wegen einfacher Dinge, die auch in China außerhalb von Xinjiang als normal gelten. „Hat Verwandte im Ausland“, wird in der Liste mehrmals als Internierungsgrund genannt, oder: „Hat mit Personen im Ausland gesprochen.“ Ebenso verdächtig sind Uiguren, die ihre Heimat verlassen, um innerhalb Chinas zu reisen. Ein Taxifahrer auf der Liste etwa landete im Lager wegen seiner vielen Langstreckenfahrten. Andere wurden interniert, weil „ihr Denken schwer auszumachen“ ist.

Es ist die Angst eines Staates mit totalitärer Kontrollsucht, die aus der Liste spricht. Ein Staat, in dem keine Unschulds-, sondern eine automatische Schuldvermutung gilt. Verdächtig werden kann man in einem solchen Staat allein durch Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation, der Generation der in den

1980er- oder 1990er-Jahren Geborenen etwa, ein Begriff, der im Dokument fast 100 Mal auftaucht, und zwar stets mit dem Zusatz „bu fangxin“, was sich übersetzen lässt mit „besorgniserregend“ oder „nicht vertrauenswürdig“. 90 Prozent aller Internierten sind Männer, der überwiegende Teil davon ist zwischen 25 und 49 Jahre alt.

Die Karakax-Liste zeugt auch von Sippenhaft. Eine fromme Familie oder eine Ehefrau, die früher einmal einen Gesichtsschleier trug, gelten als Internierungsgründe. In einigen Fällen sind beide Eltern in staatlichem Gewahrsam – es gibt mittlerweile viele Berichte über Tausende uigurische Kinder, für die der Staat offenbar Internate gebaut hat, wo die Kinder die Liebe zur Partei und zu China gelehrt werden und wo „die Schule den Platz der Eltern einnimmt“, wie es die Propaganda ausdrückt.

Die Empfehlung für Entlassung erhält in der Liste, wer „seine Fehler erkennt“, „Reue zeigt“ und sein „Denken reformiert“ hat. Das wird rund drei Viertel der Personen in der Liste zugesprochen. Für den größten Teil der zu Entlassenden wird aber noch eine weitere Empfehlung ausgesprochen, die „Fortsetzung der Überwachung am Ort der Aufenthaltsregistrierung“, durch das Nachbarschaftskomitee am Heimatort zum Beispiel. Manche sollen nach dem Lager zur Zwangsarbeit in eine Fabrik weitergereicht werden. Sprich: Die Kontrolle hat für die meisten auch nach der Lagerhaft kein Ende. Wenn die Mechanismen, die die Karakax-Liste aufzeige, weiter in Kraft blieben, urteilt Xinjiang-Forscher Zenz, dann gleiche jede Minderheitenforschung in der Region „zunehmend der Autopsie an einem Leichnam“.

Die Offenbarung

Wie die Uigurin Asiye Abdulaheb Menschenrechtsverbrechen der chinesischen Regierung enthüllte

Von Kai Strittmatter, Süddeutsche Zeitung, 18.12.2019

Was für Menschen braucht es, um eine Weltmacht wie China in einem neuen Licht erscheinen zu lassen, um die Lügen der größten Propagandamaschine der Erde aufzudecken? Sie ist Mutter und Hausfrau hier in den Niederlanden, weit weg von der Heimat. Er ist Gärtner. Ihr Volk, das sind die Uiguren. „Uiguren? Nie gehört. Wer?“ Ständig blickten die beiden in fragende Gesichter. Niemand schien von ihnen zu wissen, in den Niederlanden, die die beiden aufnahmen. „Und keiner wusste, was mit unserem Volk in China geschieht“, sagt Asiye Abdulaheb.

Asiye Abdulaheb, eine lebhafte, gebildete Frau, und Jasur Abibula, ihr stiller Ex-Mann, sind beide 46 Jahre alt, und es brauchte 46 Jahre, bis die Welt von ihren Namen Notiz nahm. Zur selben Zeit nahm die Welt zum ersten Mal ernsthaft Notiz vom Schicksal ihres Volkes.

Eines Tages entdeckte Asiye Abdulaheb Papiere auf ihrem Computer. Papiere so explosiv, dass Asiye Abdulaheb von ihrem kleinen Wohnzimmertisch aus das über die Welt ausgebreitete Netz aus Lügen der KP Chinas zerreißen konnte.

Was mit den Uiguren geschieht, jenem Volk, das die Region Xinjiang im Westen Chinas bewohnt? Sie verschwinden, die Väter und die Söhne dieses Volkes, die Mütter und die Töchter. Im Umerziehungslager. Mehr als eine Million sitzen wohl schon dort. Ohne Anklage, ohne Gerichtsurteil. Um im Lager zu verschwinden, sagen

Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, reicht es, im Ramadan zu fasten. Es reicht aber auch, Verwandte im Ausland zu haben und ihnen eine Mail zu schreiben. Es genügt, eine nicht erlaubte App wie Whatsapp auf dem Handy zu installieren. Dank Big Data und künstlicher Intelligenz wüssten die Behörden „schon im Voraus, wer einmal ein Terrorist sein wird“, hatte ein Minister in Peking 2017 gesagt. Es ist kein Zufall, dass der Lagerbau in Xinjiang im großen Stil in diesem Jahr begann. Ins Lager kommt, wen die Datenbanken als Gefahr identifiziert haben.

China sagt, es gebe keine Lager. Es gebe nur Schulen und Berufsbildungszentren. Für Menschen, die „infiziert“ seien „mit dem Virus des islamischen Extremismus“. Eine Million von insgesamt zehn Millionen Uiguren. Einer von zehn. China sagt, die Verschwundenen seien nicht verschwunden, sie seien unter der gütigen Anleitung der Partei und ihres Vorsitzenden Xi Jinping auf dem Weg zum besseren Menschen. China verbreitet Videobilder von fröhlich tanzenden uigurischen „Schülern“, die nur innehalten in ihrem Tanz, um die Güte der Kommunistischen Partei zu lobpreisen.

Hier Asiye Abdulaheb und Jasur Abibula, eine Hausfrau und ein Gärtner in einem kleinen Ort in den Niederlanden. Dort China, geführt von der mächtigsten Partei der Erde. Und dann dieser Tag im Juni. Der Tag, an dem Asiye Abdulaheb im Posteingang ihres Laptops jene Dokumente fand, die alles änderten. Asiye Abdulaheb steht am Herd ihrer kleinen Wohnung, schneidet Zwiebeln und erzählt. Sie kocht Polo, uigurischen Reiseintopf mit Karotten und saftigen Lammstücken. Dazu Salat aus Tomaten, Gurken, scharfen Paprika. An der Wand hängen noch bunte Papierschlangen: Die gemeinsame Tochter hat gerade ihren sechsten Geburtstag gefeiert. Jasur Abibula sitzt am Tisch und lauscht. Er kann stundenlang schweigen, während sie erzählt, er nickt, seufzt ab und an, einmal korrigiert er sie. Sie erzählt auf Chinesisch, spricht Mandarin fließend wie eine Muttersprachlerin.

Erst habe sie die Nachricht ignoriert, sie hatte zu tun. Als sie sie dann doch öffnete, habe bald ihr Herz zu klopfen begonnen. Zornig sei sie gewesen, aufgeregt. Die Zahlen, die sie da las: 15683 Menschen wurden in einer Woche in ein Lager im Süden der Region Xinjiang eingewiesen. Nüchternes Beamten-Chinesisch. Anweisungen für Türen, die „doppelt zu verschließen" sind, für „Züchtigungen und Strafen". „Es dürfen auf keinen Fall Ausbrüche passieren", heißt es an einer Stelle, die Insassen seien mindestens ein Jahr lang festzuhalten, an einer anderen. Das Ziel: die „ideologische Transformation". Die Klassifizierung: streng geheim. Die Unterschrift: Zhu Hailun, der stellvertretende Parteisekretär der „Autonomen Region Xinjiang".

Informationen über die Lager kursierten schon seit einiger Zeit. Aussagen ehemaliger Insassen. Satellitenbilder. Öffentliche Ausschreibungen lokaler Regierungen, in denen es um Wachpersonal, Stacheldraht, Wachtürme geht. Puzzleteile, die jeder zusammensetzen konnte, wenn er wollte – oder sie ignorieren. Chinas Regierung war recht erfolgreich darin, Xinjiang von der Welt fast komplett abzuschotten, und all die Berichte als böswillige „Gerüchte" von „Feinden des chinesischen Volkes" abzutun. „Ich bin nicht sicher. Ich bin sehr vorsichtig bei dieser Diskussion, weil ich keine Informationen habe", sagte noch vor einem Jahr der für Geschäfte mit China werbende Altkanzler Gerhard Schröder, als er auf das Lager angesprochen wurde. „Davon ist mir nichts bekannt", sagte in diesem Frühjahr VW-Chef Herbert Diess, dessen Konzern ein Werk in Xinjiang betreibt.

Wenn die Papiere echt waren, waren sie das fehlende Beweisstück. Asiye Abdulaheb wusste das. Interne Regierungsdokumente, die die „Schulen" im Detail beschrieben als abgeriegelte, streng bewachte, auf politische Indoktrinierung ausgerichtete Gefangenenlager. Der Beleg für die laut Experten größte Internierung einer ethnisch-religiösen Minderheit seit der Nazi-Zeit. Asiye Abdulaheb wurde so offenbar das letzte Glied in einer kurzen Kette von Whistleblowern, die dafür sorgten, dass die Welt ihre Augen vor den Lagern nicht länger verschließen konnte. Die China Cables, die das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) und die

ihm angeschlossenen Medien – darunter in Deutschland die Süddeutsche Zeitung, NDR und WDR – weltweit Ende November veröffentlichten: Das waren die 24 Seiten Dokumente aus Asiye Abdulahebs Computer. Darauf deutet derzeit alles hin. Dabei habe sie in ihrer Aufregung erst nicht gewusst, was sie damit tun sollte. Das ICIJ schweigt zur genauen Herkunft seiner Quellen.

Asiye Abdulaheb hatte in den Niederlanden die Welt jenseits der Zensur entdeckt, die zu Hause ihr Begleiter gewesen war. Sie ist getrieben von intellektueller Neugier, interessiert sich für Geschichte, Weltpolitik, grub in den Archiven im Netz alte Dokumente aus, begann, ihre Heimat und China in neuem Licht zu sehen. Wenn die Kinder schliefen oder in der Schule waren, schrieb sie Aufsätze auf Facebook, auf Uigurisch, oft über internationale Politik. Eine Aktivistin aber war sie nie, sie hatte sich nach ihrer Flucht aus China ferngehalten vom Kreis der politisch engagierten Exil-Uiguren. Teil eines Netzwerkes war sie nicht, also entschied sie, eine Seite der Papiere auf Twitter zu posten. Sie hoffte, dass sich vielleicht ein Journalist melden würde.

Einer derer, die sich meldeten, war der Chinaforscher Adrian Zenz, der mit der jahrelangen Auswertung öffentlich zugänglicher chinesischer Regierungsdaten mehr als jeder andere Indizien für die Existenz des gewaltigen Lagersystems in Xinjiang zusammengetragen hatte. Er hatte schnell das Gefühl: „Das ist authentisch. Die Sprache, die nüchtern-bürokratische Begrifflichkeit, ich kannte das alles.“ Schnell erkannte auch er, dass diese Dokumente ein Wendepunkt sein könnten: „Zum ersten Mal hatten wir vertrauliche, interne Anweisungen über die Verwaltung der Lager in der Hand.“

Gleichzeitig geschahen merkwürdige Dinge. Asiye Abdulaheb erzählt, dass sich bei ihr Journalisten meldeten, die keine Journalisten waren. Ihre Konten bei Hotmail, Twitter, Facebook seien gehackt worden. Und es trudelte, auf Uigurisch, eine

Nachricht auf Facebook ein: „Hör auf, sonst wird man dich zerstückelt in der schwarzen Mülltonne vor deinem Haus finden."

Ob sie Angst hatte? „Schrecklich war das. Aber da sitzen eine Million Menschen im Lager. Und irgendjemand in Xinjiang hat diese Dokumente unter Lebensgefahr außer Landes geschickt. Und ich lebe in Europa, in einem Rechtsstaat. Soll ich mir da wirklich um meine Sicherheit Gedanken machen?" Sie sagt kein Wort dazu, wer ihr die Dokumente geschickt hat.

Aufgewachsen ist Asiye Abdulaheb in der Stadt Urumqi in einer Familie, die eine säkulare Form der Religiosität pflegte. Der Vater war Parteimitglied, sie arbeitete jahrelang für die Regierung, hatte ein Faible für Literatur und Poesie. Sie erlebte, wie Millionen Han-Chinesen nach Xinjiang kamen, sie sah, wie die Regierung die Wirtschaft der Region entwickelte und ihre Ressourcen ausbeutete, während die Uiguren selbst vielerorts zur Minderheit in der eigenen Heimat wurden, wie die guten Jobs stets den Han-Chinesen vorbehalten waren, wie die uigurische Sprache in den Grundschulen ersetzt wurde durch Mandarin-Chinesisch, wie die Regierung für den Staatsdienst den Männern die Bärte und den Frauen die Kopftücher untersagte, wie einen erst das Fasten im Ramadan verdächtig machte und bald der Gang in die Moschee, das Beten überhaupt. Heute werden sogar Menschen der Polizei gemeldet, wenn sie ihr Kind Fatima nennen oder Mohammed.

Bei den Unruhen von Urumqi 2009 starben der Regierung zufolge fast 200 Menschen, viele davon Han-Chinesen, getötet von Uiguren. „In einer Nacht musste ich über leblose Körper hinwegsteigen, um nach Hause zu kommen", sagt Jasur Abibula. Der damalige Parteisekretär Wang Lequan hielt eine Rede, in der er sich explizit an die Han-Chinesen in Xinjiang wandte: „Unsere diktatorische Macht wird alle Übeltäter zur Strecke bringen", versprach er. „Plötzlich", sagt Asiye Abdulaheb, „wurden wir Uiguren nur mehr als Monster gezeichnet. Mit einem Mal waren wir alle Terroristen." Jasur Abibula erinnert sich an einen Friseurbesuch. „Da saß ein alter

Chinese im Friseurstuhl. Als er mich im Spiegel sah, rief er: Da ist einer! Tötet ihn! Tötet sie alle!“ Der Friseur, auch ein Han-Chinese, habe versucht, den Mann zu beschwichtigen: „Onkel, das ist Jasur. Ein guter Mensch. Der ist Parteimitglied.“

Asiye Abdulaheb und Jasur Abibula kannten sich da noch nicht. Aber beide beschlossen in diesen Tagen, Xinjiang und China zu verlassen. Mit etwas Glück, guten Beziehungen und viel Geld konnten einige wenige einen Pass ergattern. „Für den Pass habe ich meine Wohnung verkauft“, sagt Jasur Abibula. „Als ich auf dem Flughafen in Amsterdam landete, hatte ich noch genau 600 Yuan in der Tasche.“ Damals knapp 60 Euro. Auch Asiye Abdulaheb landete, über Istanbul kommend, in Amsterdam. Beide beantragten gleichzeitig in Schiphol Asyl, auf dem Flughafen lernten sie sich kennen.

Sie heirateten und bekamen einen Sohn und eine Tochter, bevor sie sich wieder auseinanderlebten und 2016 scheiden ließen. Jasur Abibula ist nicht aktiv in den sozialen Medien, er sagt, er habe keine Ahnung gehabt von den Dokumenten auf dem Computer seiner Ex-Frau, als er Anfang September die Nachricht eines Fremden erhielt, der ihm mitteilte, ein alter Freund aus Urumqi müsse ihn, Jasur, dringend sehen. Und zwar in Dubai. Er habe Nachrichten von Jasurs Mutter. Das Flugticket werde ihm der alte Freund bezahlen. Weder zum Freund noch zur Mutter hatte er in den vergangenen Jahren Kontakt gehabt, die Mutter flehte ihn schon vor Jahren an, er möge nicht mehr anrufen: „Es ist zu gefährlich.“ Als Jasur Abibula zu seiner Ex-Frau eilte, um ihr mitzuteilen, er müsse nach Dubai fliegen, war sie alarmiert. Asiye Abdulaheb erzählte ihm von den Geheimdokumenten und von den Drohungen, die sie erhalten hatte. „Aber ich dachte: Was, wenn der Freund doch Nachrichten von meiner Mutter hat?“, sagt Jasur Abibula. „Und was, wenn er selbst fliehen möchte?“

Er fliegt. Als er in Dubai aus dem Flugzeug steigt, hätten ihn drei uigurische Männer erwartet, darunter der Freund. „Ich habe ihn umarmt, aber er war ganz steif und kühl“, sagt Jasur Abibula. „Da wusste ich, dass etwas nicht stimmte.“ Die anderen beiden hätten sich als Geschäftsleute vorgestellt. Beim Abendessen hätten sie erstmals

offenbart, was sie wollten: „Deine Ex-Frau, Asiye, sie hat Dokumente auf ihrem Computer." Sie hätten einen USB-Stick für ihn, den solle er in den Computer stecken. Jasur Abibula sagt, sie hätten kein Geheimnis daraus gemacht, dass sie Geheimdienstagenten waren. Der Anführer, ein Han-Chinese, den die anderen mit „Direktor" ansprachen, habe ihn am zweiten Tag empfangen. „Wir haben deine Mutter getroffen", habe der Direktor gesagt. „Sie vermisst dich sehr." Der Direktor habe ihm ein Video gezeigt, in dem ein Wagen auf ein Haus zufährt. Es ist das Haus seiner Mutter. Dann ist seine alte Mutter zu sehen. Sie spricht mit brüchiger Stimme. Als der Besucher sie nach ihrem Sohn Jasur fragt, fängt sie an zu weinen.

Jasur Abibula hat das Video mit seinem Handy abgefilmt, spielt es dem Reporter vor. Er hat auch Fotos aus Dubai, viele Wolkenkratzer, und ein Bild, auf dem der mutmaßliche Agent, der sich Dolet nannte, grinsend seinen Arm um Jasur legt. Einmal seien sie mit dem Jeep in die Wüste gefahren. „Dolet drehte sich zu mir um und sagte: Schau mal, wenn man hier einen vergräbt, der wird bestimmt 30, 40 Jahre nicht gefunden." Jasur Abibula willigte nach eigenen Angaben ein. Sie hätten versprochen, er könne zurück nach Urumqi, seine Mutter sehen. „Ich wollte einfach so schnell wie möglich weg", sagt er. Vier Nächte hätten sie ihn dortbehalten. „Ich hatte solche Angst, ich habe mich die ganze Zeit betrunken." Einen Nebenjob hätten sie ihm auch angeboten: Er solle gegen Geld die uigurischen Landsleute in den Niederlanden bespitzeln. „Du brauchst dir keine Sorgen zu machen", hätten sie zum Abschied gesagt: „Wir haben viele Leute in den Niederlanden. Die sind überall. Die wissen, wo du bist und passen auf dich auf."

Außer den Fotos, dem Video und den Bordkarten gibt es keine Beweise für Jasur Abibulas Geschichte. Aber sie passt ins Muster chinesischer Geheimdienstaktivitäten. Die Bespitzelung von Auslandsuiguren durch chinesische Agenten ist in fast jedem europäischen Land aktenkundig. „Viele Uiguren werden selbst gezwungen, als Spitzel zu arbeiten", sagt Adrian Zenz. „Und ihre Familien in Xinjiang werden vom Staat wie Geiseln behandelt."

Asiye Abdulaheb sagt heute: „Es ist ein Wunder, dass Jasur zurückgekehrt ist.“ Zurück aus Dubai. „Er kam hereingestürmt, hat alle Türen geschlossen und Zettel und Stift verlangt.“ Er sagte kein Wort, schrieb auf den Zettel, sie solle ihm frische Kleider holen. Dann zog er die Kleider aus, die er auf der Reise angehabt hatte, und warf sie mit seinem Handy im Garten in die hinterste Ecke. Als die Terrassentür wieder geschlossen war, sagte er ihr alles. So erzählt sie es. Das Außenministerium in Peking war für eine Stellungnahme bis Redaktionsschluss telefonisch nicht zu erreichen.

Jasur Abibula offenbarte sich als Nächstes seinem Chef in der Gärtnerei. Auf sein Anraten hin gingen er und seine Frau zur Polizei, übergaben den USB-Stick. Und wandten sich dann – kurz nach der Veröffentlichung der China Cables durch das ICIJ – an die Amsterdamer Tageszeitung de Volkskrant, die ihre Geschichte am Samstag zum ersten Mal erzählte.

Mit Gesicht und Namen an die Öffentlichkeit, ist das nicht verrückt? „Jasur war nach Dubai in der Hand der Chinesen, wir hatten Angst, sie lassen uns nie wieder los“, sagt Asiye Abdulaheb. „Wir konnten eigentlich nur gleich zur Polizei gehen.“ Von der Veröffentlichung ihrer eigenen Geschichte, sagt Abdulaheb, verspreche sie sich zusätzlich Schutz. „Wie wollen sie mich denn jetzt noch bedrohen? Die Dokumente sind doch schon öffentlich.“ Kurz nach dem Porträt in de Volkskrant erschien ein Artikel in der Pekinger Global Times, in dem das Propagandablatt schrieb, Chinas Regierung habe noch nie Andersdenkende im Ausland bedroht und man wünsche Asiye Abdulaheb einen „sicheren“ Aufenthalt in den Niederlanden. Gleichzeitig, warnte die Global Times, gehe Asiye Abdulaheb ein „echtes Risiko“ ein, wenn sie weiter die Aufmerksamkeit der Presse suche, damit wachse die Gefahr für ihr Leben – zu groß werde „die Verlockung“ für „dunkle Mächte“ im Westen, einen Anschlag auf sie zu planen, nur um ihn dann „der chinesischen Regierung unterzuschieben“.

Beide schlafen noch nicht gut. Jasur Abibula sagt, nach seiner Rückkehr sei er ins Wohnzimmer umgezogen und habe auf der Couch geschlafen, wenn einer über den Balkon einsteige, könne er von dort schneller fliehen. Er fühle sich schon besser: „Drei-, viermal die Woche traue ich mich schon in mein Schlafzimmer."

Asiye Abdulaheb sagt, manchmal, abends, mache sie sich Sorgen um die Kinder, aber vor allem sei sie froh: „Ich habe etwas getan für mein Volk." Die Welt versteht die Uiguren ein wenig besser. Am Tag vor dem Treffen mit der SZ hatte Asiye Abdulaheb eine Niederländisch-Prüfung, sie möchte Politik studieren. „Nun möchte ich, dass die Uiguren die Welt verstehen."

Pakt mit Peking

Siemens macht dort Geschäfte, BASF ist da und die Bahntochter DB Schenker. Volkswagen hat sogar ein Werk errichtet, das nach Ansicht von Experten nicht rentabel sein kann. Deutsche Unternehmen sind seit Jahren in der Uiguren-Region im Nordwesten Chinas aktiv. Doch sie verschließen die Augen vor der staatlichen Verfolgung der muslimischen Minderheit. Warum die Volkswagen-Fabrik in Xinjiang so heikel ist

Von Lea Deuber, Christoph Giesen und Frederik Obermaier, Süddeutsche Zeitung, 26.11.2019

Keine Stadt der Welt liegt so weit vom Meer entfernt wie Urumqi, die Hauptstadt der Autonomen Region Xinjiang, tief im Nordwesten Chinas. Egal in welche Himmelsrichtung man sich wendet – es sind immer einige Tausend Kilometer bis zu einer Küste. Ungünstiger könnte ein Standort für eine Fabrik kaum sein; und doch hat Volkswagen mitten in dieser strukturschwachen Einöde ein Werk gebaut, einen Koloss aus Stahl und Glas, dessen Fassade silbern in der Sonne glänzt. Vor dem Fabriktor wehen die deutsche und – etwas höher – die chinesische Fahne, überall stehen Wachleute herum, die Landschaft ist karg. Eine Kaserne der Bewaffneten Volkspolizei ist in der Nähe.

Seit 2013 baut Volkswagen hier in Xinjiang den Mittelklassewagen Santana, nächstes Jahr soll zusätzlich ein Geländewagen vom Band rollen. Es ist die wohl nutzloseste und mit Abstand politischste Fertigung, die der Konzern aus Wolfsburg unterhält. Ein industrielles Mahnmal für den Pakt, auf den sich die Deutschen offenbar mit China eingelassen haben. Der Deal vor ein paar Jahren, so wird in der Branche erzählt, lautete: Volkswagen betreibt in Urumqi ein ökonomisch unrentables Werk –

und darf im Gegenzug etliche neue Fertigungen an Chinas Ostküste aufmachen. Nun verschließt VW weitgehend die Augen vor den Masseninternierungen in der Region, schweigt zu den Internierungslagern, die zuletzt in der Region errichtet wurden. Kritiker sagen, der Konzern mache sich mitschuldig an einem der wohl größten Menschenrechtsverstöße dieser Zeit. Volkswagen erklärte, die Entscheidung, in der Uiguren-Region ein Werk zu eröffnen, habe man „auf Grundlage rein wirtschaftlicher Überlegungen“ getroffen. „Wir möchten, dass mit Arbeitsplätzen für alle Volksgruppen das soziale Umfeld für die Menschen in Urumqi verbessert wird.“

Volkswagen setzt pro Jahr 4,2 Millionen Fahrzeuge in der Volksrepublik China ab und ist damit der wichtigste Hersteller auf dem größten Automarkt der Welt. Die Gewinne aus Fernost retten seit Jahren die Unternehmensbilanzen des Wolfsburger Autobauers. Ohne den Erfolg in China wären die Auswirkungen der Dieselaffäre viel stärker im Zahlenwerk zu spüren. Es ist keineswegs übertrieben, wenn man behauptet, dass VW inzwischen nicht nur ein deutscher, sondern auch ein chinesischer Konzern ist.

Das Werk in Urumqi ist eines der kleinsten, die VW weltweit betreibt, profitabel ist es bei Weitem nicht, wie aus dem Unternehmen zu hören ist. Das lässt sich auch an der Stückzahl ablesen: 50000 Autos werden jährlich in Urumqi produziert. Ausgelegt sind die Werke normalerweise jedoch für sechsmal so viele Wagen. Seit einigen Jahren werden alle VW-Fabriken nach demselben Muster gebaut wie McDonald’s-Filialen an der Autobahn – nur deutlich komplexer. Es gibt eine Lackiererei, ein Stanzwerk, Bänder, Roboter. Und wie in jedem Werk nennen sie auch in Urumqi die Qualitätskontrolle ganz am Schluss bürokratisch „Zählpunkt acht“. Auf Deutsch. In Urumqi.

Allzu viele zusätzliche Autos wird VW hier trotz hochgesteckter Ziele auch in Zukunft wohl nicht herstellen. Denn in China muss der Konzern in Kooperation mit chinesischen Staatskonzernen fertigen – das ist Gesetz. In Urumqi ist die Shanghai

Motor Corporation (SAIC) beteiligt, das Unternehmen gehört der Shanghaier Stadtregierung. An jedem Volkswagen aus Urumqi verdient SAIC 50 Prozent. Nach Pakistan, Kasachstan oder Kirgisistan verkauft Volkswagen daher – so ist aus dem Unternehmen zu hören – lieber Autos aus Werken, die außerhalb Chinas liegen und VW allein gehören.

Volkswagens Urumqi-Unternehmung war von Beginn an heikel. Schon bevor das Werk eröffnet wurde, warfen Menschenrechtler dem Konzern vor, sich von Chinas Regierung instrumentalisieren zu lassen. In Xinjiang werde die Volksgruppe der Uiguren schließlich schon seit Jahren überwacht und diskriminiert, ein hübsches Automobilwerk solle darüber womöglich nur hinwegtäuschen. Als Experten von der Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), einer Nichtregierungsorganisation, dies in einem Gespräch mit dem damaligen VW-Chef Martin Winterkorn ansprachen, soll dieser laut geworden sein. „Er wollte davon nichts hören“, erinnert sich GfbV-Chef Ulrich Delius, der bei dem Treffen im Juni 2012 dabei war. Winterkorn war für die SZ dazu nicht zu erreichen. Aus seinem Umfeld hieß es jedoch, das Treffen mit den Menschenrechtlern sei „harmonisch“ gewesen.

Im August 2012 besuchte die damalige Grünen-Bundestagsabgeordnete Viola von Cramon-Taubadel das Werk in Xinjiang. Sie sprach mit mehreren uigurischen Mitarbeitern, auch die Menschenrechte waren ein Thema. Kaum war sie abgereist, nahmen die chinesischen Behörden den VW-Repräsentanten in Xinjiang vorübergehend fest. Eine Einladung an eine Politikerin aus Deutschland, die dann auch noch unangenehme Fragen stellte? Das ging dann offenbar doch zu weit.

Der deutsche VW-Repräsentant kam zwar nach kurzer Zeit frei. Doch die Botschaft war klar: Kritische Fragen unerwünscht. Als das Werk einige Monate später eingeweiht wurde, war die Presse aus Deutschland gar nicht erst eingeladen. Bis heute hat offenbar kein deutscher Parlamentarier mehr das Werk besucht. Indes schloss das Joint Venture ein Abkommen mit der Bewaffneten Volkspolizei: auf gute

Nachbarschaft. Laut chinesischen Medienberichten und einer Pressemitteilung des chinesischen Automobilverbandes CAAM, die sich auf Volkswagen beruft, sieht das Abkommen „patriotische Erziehung“ und „militärisches Training“ für neue Werksmitarbeiter vor. Volkswagen bestreitet nicht, dass es ein solches Abkommen gibt, erklärte aber, dass es kein militärisches Training für Mitarbeiter gegeben habe. Ein Sprecher des Konzernbetriebsrats teilte mit, von einer Kooperation mit der Bewaffneten Volkspolizei bislang nichts mitbekommen zu haben.

Seitdem das Abkommen geschlossen wurde, hat sich die Lage in der Region dramatisch verschärft. Mehr als hundert Internierungslager haben Chinas Behörden in den vergangenen drei Jahren offenbar in Xinjiang errichtet, mehr als eine Million Uiguren sind dort nach Expertenschätzungen mittlerweile eingesperrt. Es gibt Berichte von Folter, Vergewaltigungen und zahlreichen Toten. Der Bundestag, der US-Kongress und auch die Vereinten Nationen sind alarmiert. Die China Cables enthüllten Details der Masseninternierungen.

Eine treibende Kraft hinter den Festnahmen ist, nach allem, was aus der Region nach draußen dringt, ausgerechnet die Bewaffnete Volkspolizei, also jene Polizeigruppierung, mit der das Joint Venture von VW und dem Staatskonzern SAIC eine Kooperation unterhält. „Meines Erachtens wurde hier eine rote Linie klar überschritten“, sagt die Grünen-Politikerin Viola von Cramon-Taubadel.

Volkswagen-Chef Herbert Diess hatte noch im April auf der Shanghaier Automesse behauptet, ihm sei von Lagern „nichts bekannt“. Mittlerweile heißt es bei VW, man sei sich „der Lage in der Region bewusst“. Und: Volkswagen sei bemüht, „einen Beitrag zur Entwicklung der Region und zum Zusammenleben der dortigen Volksgruppen zu leisten“. Ein Viertel der Mitarbeiter im Werk Xinjiang seien Angehörige von Minderheiten, verkündet das Unternehmen. Wie viele davon Uiguren sind, verrät die Presseabteilung allerdings nicht. Dass es etwa ein Achtel seien, erzählt man sich in China.

Volkswagen steckt in einer Zwickmühle: Äußert sich der Konzern zu kritisch über das chinesische Vorgehen gegen die Uiguren, riskiert er seine wirtschaftliche Zukunft in der Volksrepublik. Schweigt Volkswagen weiterhin, verspielt das skandalgebeutelte Unternehmen seine Glaubwürdigkeit. Denn wie heißt es gleich noch mal in den Verhaltensgrundsätzen für VW-Mitarbeiter? „Wenn ich Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen in meinem beruflichen Umfeld habe, sorge ich dafür, dass diese Verletzungen verhindert beziehungsweise abgestellt werden."

Ausblenden jedenfalls können die VW-Verantwortlichen die Vorgänge in Xinjiang längst nicht mehr. Zuletzt haben die am Sonntag unter anderem von der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten China Cables die erschreckenden Details der Internierungen offengelegt. Fast jeder Uigure in Xinjiang hat mittlerweile einen Freund oder Verwandten, der von den Behörden abgeholt wurde und seither in einem der vielen Lager verschwunden ist. „Mir kann keiner erzählen, dass das bei den uigurischen Arbeitern bei VW anders ist", sagt GfbV-Chef Delius. Ob die Angestellten jedoch überhaupt danach gefragt wurden, das verrät Volkswagen auch auf Nachfrage nicht.

„Niemand kann mehr sagen, von nichts gewusst zu haben“

Der China-Experte Ross Anthony fordert, dass VW seine Automobilfertigung in der Uiguren-Region so schnell wie möglich einstellen soll

Von Christoph Giesen, Süddeutsche Zeitung, 26.11.2019

Ross Anthony, 42, ist Xinjiang-Experte. Anderthalb Jahre verbrachte er in der Region. Bis 2018 war er Direktor des Zentrums für Chinastudien an der Stellenbosch University in Südafrika. Derzeit lebt er in Nairobi und forscht zum Einfluss Chinas in Afrika.

SZ: Herr Anthony, Volkswagen hat 2013 in Urumqi, der Hauptstadt Xinjiangs, ein Werk eröffnet und stellt seitdem dort Autos her. Eine richtige Entscheidung?

Ross Anthony: Ökonomisch wohl kaum. Dort werden angeblich etwa 50000 Fahrzeuge pro Jahr hergestellt, das klingt nicht sonderlich profitabel. Dennoch: Vor sechs Jahren, als das Werk die Produktion aufnahm, hätte ich gesagt, wenn Volkswagen eine Einstellungsquote für Uiguren befolgt, hilft eine solche Fabrik mehr, als dass sie schadet, weil endlich Uiguren in Arbeit kommen und die sozialen Probleme, die ursächlich für den Konflikt in der Region sind, zumindest ein wenig abgemildert werden. Aber heute mit Hunderten Internierungslagern in Xinjiang und mehr als einer Million eingesperrten Uiguren ist das Werk ein einziger Schandfleck. Was zum Teufel hat Volkswagen in diesem Polizeistaat verloren?

Die Antwort des Unternehmens lautet, man bemühe sich, „einen Beitrag zur Entwicklung der Region und zum Zusammenleben der dortigen Volksgruppen zu leisten“. Warum macht Volkswagen das?

Die Antwort ist simpel: Es geht Volkswagen mutmaßlich ums Geld. China ist der größte Markt für das Unternehmen, deshalb schaut der Konzern nicht so genau hin. Nehmen wir einmal an, ein Lagersystem dieses Ausmaßes würde in einem anderen Staat existieren, der Aufschrei der internationalen Gemeinschaft wäre gewaltig. Weil es aber um China geht, schweigen Unternehmen wie Volkswagen, genauso übrigens wie die muslimische Welt, mehr als 50 Staaten haben sich jüngst gar mit Peking solidarisch erklärt. Die Volksrepublik ist ein Milliardenmarkt, den niemand freiwillig aufgeben möchte.

Wer Kritik übt, muss um sein Geschäft fürchten?

Aber ja, der Einfluss der chinesischen Regierung reicht weit. Ich habe das am eigenen Leib erfahren. Als ich vor einem Jahr ein Visum beantragen wollte, wurde mir von der chinesischen Botschaft in Südafrika mitgeteilt, dass ich in meinen Kursen an der Universität in Stellenbosch nur über das neue China lehren solle.

Das neue China?

Ich sollte über den atemberaubenden wirtschaftlichen Aufstieg der Volksrepublik sprechen, nicht mehr über die Kulturrevolution oder den „Großen Sprung nach vorne“. Die größte Hungerkatastrophe der Menschheitsgeschichte mit mehr als 40 Millionen Toten, verursacht von der Kommunistischen Partei Chinas, sollte ich in meinen Seminaren weglassen, forderte die Botschaft. Seitdem kann ich nicht mehr nach China reisen.

2007 und 2008 haben Sie für Feldstudien in Urumqi gelebt. Ließ sich damals schon erahnen, dass gut zehn Jahre später Hunderttausende Uiguren in Lagern weggesperrt werden?

Das konnte man nicht vorhersehen, unmöglich. Ich habe damals in jenem Teil der Stadt gewohnt, in dem das Uiguren-Viertel an die Siedlungen der Han-Chinesen, der größten Ethnie, grenzte. Die Angst, aber auch die Frustration der meisten Uiguren war gewaltig. Sie fanden keine Arbeit, die Unternehmen stellten lieber Han-Chinesen ein. An den Schulen und Universitäten wurde der Uigurisch-Unterricht zurückgefahren. Es war wie in einem Schnellkochtopf, der Druck stieg von Tag zu Tag, und es war nur eine Frage der Zeit, bis es zur Konfrontation kam. Das passierte dann 2009.

Fast 200 Menschen starben bei Ausschreitungen in Urumqi.

Statt die Ursachen zu bekämpfen und die Uiguren am Wirtschaftswachstum teilhaben zu lassen, wurde die Überwachung gnadenlos hochgefahren und mit jedem weiteren Anschlag verstärkt. Ich frage mich, wo soll das enden? Die chinesische Führung kann doch nicht ernsthaft glauben, dass sie mit diesen Lagern neue Menschen formt, die die Propaganda nachplappern und ihre Kultur verleugnen. Werden diese Umerziehungslager also noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte existieren? Ich fürchte das Schlimmste.

Sie selbst sind während der Apartheid in Südafrika aufgewachsen. Ist das, was in Xinjiang derzeit passiert, ähnlich?

Auf dem Papier haben die Uiguren viel mehr Rechte, als die Schwarzen in Südafrika sie während der Apartheid je hatten. In der Theorie können Minderheiten in einer Autonomen Region, wie Xinjiang sie offiziell ist, darüber entscheiden, welche Sprache gesprochen und welche Kultur gefördert wird. Im Prinzip haben sie auch Einfluss auf die Wirtschaftsförderung der Region. Die Wahrheit ist eine andere: Han-Chinesen entscheiden und behandeln Xinjiang wie eine Kolonie. Daher ist der Vergleich schon sehr treffend, und mit jedem neuen Lager, mit jeder neuen Verhaftungswelle wird er immer treffender.

Nun aber gibt es erstmalig ein Leak aus dem chinesischen Apparat, die China Cables, wie bewerten Sie das?

So etwas habe ich vorher noch nicht gesehen. Wenn in einem streng autoritären System wie in China auf einmal geheime Dokumente durchgestochen werden, dann müssen die Menschenrechtsverletzungen sehr, sehr schlimm sein.

Was heißt das für Volkswagen und das Werk in Urumqi?

Niemand kann mehr sagen, von nichts gewusst zu haben. Das Werk sollte dichtgemacht werden. So schnell wie möglich.

Warum die Welt erst so spät von den Lagern erfahren hat

Hunderttausende Uiguren werden in der Region Xinjiang in China interniert und überwacht - und kaum jemand nimmt davon Notiz. Wie kann das sein?

Von Christoph Giesen, Süddeutsche Zeitung, 25.11.2019

Schon die ersten Meldungen klingen alarmierend: 3600 Menschen, vornehmlich muslimische Uiguren , seien in Umerziehungslager gesteckt worden, berichtet Radio Free Asia im September 2017 über Vorgänge unter anderem in der chinesischen Präfektur Ili, an der Grenze zu Kasachstan. Aber noch ist es Hörensagen.

Im Oktober 2017 die nächste Meldung, wieder hat der uigurische Dienst von Radio Free Asia, einem vom US-Kongress finanzierten Sender, etwas erfahren: Im Großraum Hotan sollen lokale Behörden von übergeordneten Instanzen mündlich angewiesen worden sein, fast die Hälfte ihrer uigurischen Bevölkerung wegen "religiösem Extremismus" in Umerziehungslager zu stecken. Es folgen Aufzählungen einzelner Ortschaften. So seien etwa 46 Personen in Shaptul festgenommen worden. 33 kamen ins Gefängnis, 13 in Umerziehungslager.

Aber so vieles ist noch unklar: Wo genau werden die Menschen festgehalten? Für wie lange? Anfang 2018 veröffentlicht Radio Free Asia schließlich eine Zahl, die aufschrecken lässt: Allein in der Präfektur Kashgar im Westen Xinjiangs seien 120 000 Uiguren interniert. Hochgerechnet auf die gesamte Autonome Region Xinjiang, tief im Nordwesten Chinas, müssten demnach Hunderttausende, wenn nicht gar

Millionen Uiguren seit 2017 in Lagern verschwunden sein, ohne dass die Welt davon groß Kenntnis erlangt hätte. Wie kann das sein?

Nachrichten dringen aus Xinjiang nur sehr spärlich nach außen. Die chinesischen Behörden haben fast allen Uiguren die Pässe abgenommen, und wer mit dem Ausland telefoniert, riskiert Haft. Chinesische Journalisten können wegen der Zensur im Land über die Missstände ohnehin nicht berichten, ausländische Korrespondenten werden von den Behörden systematisch behindert. Wer nach Xinjiang reist, recherchiert unter den Augen der chinesischen Staatssicherheit.

Ausländische Journalistinnen und Journalisten, die oft über Xinjiang schreiben, werden von den Pekinger Behörden "zum Teetrinken" einbestellt - in der Sprache der Dissidenten ist das der Code für ein Verhör. Korrespondenten werden meist in ein Café gegenüber vom chinesischen Außenministerium gebeten. Es sind keine angenehmen Gespräche: Beamte des Außenministeriums erklären einem dann, was - zumindest in ihren Augen - guter und was schlechter Journalismus sei, dass man die Gefühle der chinesischen Bevölkerung verletzt habe und dass es in Xinjiang nun einmal Terroristen gebe, die man unbedingt bekämpfen müsse.

Die neueste Schikane: Einige Korrespondenten, die viel über Xinjiang berichten, bekommen kein Jahresvisum mehr ausgestellt, sondern müssen alle paar Monate aufs Amt und um Verlängerung bitten. Bei Korrespondenten der New York Times, der BBC und der kanadischen Zeitung The Globe and Mail ist das derzeit der Fall.

Die Staatssicherheit kontrolliert auch Diplomaten. Eine EU-Delegation, die 2018 in Xinjiang unterwegs war, wurde von mehreren Agenten überallhin begleitet. Als einer der Diplomaten beim Mittagessen im Restaurant sein Mobiltelefon zückte und einen Überwacher fotografierte, der sie seinerseits zuvor gefilmt hatte, wurde es ruppig - diplomatischer Immunität zum Trotz. "Eine signifikante Anzahl an

bewaffneten Polizisten erschien auf einmal im Restaurant und versperrte den Ausgang", notierten die Diplomaten später in ihrer Depesche. "Zwei der Besucher wurden gebeten, der Polizei den Zugriff auf ihre Telefone zu gestatten, um nach belastenden Bildern zu suchen." Mit Nachdruck: Die Staatssicherheit habe die Diplomaten bedrängt, festgehalten und gezwungen, "die Bilder zu löschen". Erst danach konnten die Diplomaten ihre Reise fortsetzen.

Viele Details über die Lager werden deshalb außerhalb Chinas zusammengetragen. Nachdem die ersten Berichte bei Radio Free Asia erschienen waren, machte sich etwa der deutsche Sozialwissenschaftler Adrian Zenz daran, im Internet nach Spuren zu suchen. Er stieß auf offizielle Ausschreibungen der Behörden, Zementlieferungen, Bestellungen von Überwachungskameras und Tausenden Kilometern Stacheldraht. Zenz schätzt inzwischen die Zahl der Insassen auf mehr als eine Million - das hieße, dass etwa jeder zehnte Uigure in einem Lager sitzt. Ohne Haftbefehl, ohne Prozess, ohne Kontakt zu Rechtsanwalt oder Familie.

Wo die Lager stehen, deren Existenz die nun veröffentlichten China Cables zweifelsfrei belegen, lässt sich ebenfalls am Computer nachverfolgen, auf Satellitenfotos - Google Maps genügt. Vor allem Schulen werden zu Lagern umgebaut, befestigt wie Kasernen. Die meisten davon befinden sich außerhalb der Städte, als Journalist kommt man dort häufig nicht hin.

In der Stadt Kashgar im Westen Xinjiangs jedoch konnte man zumindest bis Sommer 2018 an den Lagern vorbeilaufen, mindestens drei waren im Stadtgebiet errichtet worden, hinter mit Stacheldraht bewehrten Mauern. Man sah die Wachtürme mit Suchscheinwerfern, davor Panzersperren, an den Kreuzungen Mannschaftswagen des Militärs. Und überall waren Soldaten. Eigentlich ist all das kaum zu übersehen - und doch hat es lange gedauert, zu verstehen, was für ein gewaltiges Menschenrechtsverbrechen in Xinjiang begangen wird.

Sammler und Jäger

Um die Uiguren verfolgen zu können, hat China einen gigantischen Überwachungsapparat aufgebaut

Von Lea Deuber, Felix Ebert und Vanessa Wormer, Süddeutsche Zeitung 25.11.2019

Peking/München – Bei Schneetreiben kann Askar die Fahrbahn im Gebirge nur erahnen. Abseits der Straße geht es Hunderte Meter bergab. Angst hat der Lastwagenfahrer nicht. Er kennt die Strecke, die auf gut 3500 Metern über den Irkeschtam-Pass in die chinesische Region Xinjiang hineinführt. Die wirkliche Gefahr lauert für den kirgisischen Staatsbürger an der Grenze. Denn Askar ist Muslim. Schon lange wagt er nicht mehr, auf seinen Fahrten in das Nachbarland zu beten. Den Gebetsteppich lässt er zu Hause. Auch so ist die Einreise schon kompliziert genug: Bis zu zehn Stunden braucht er, um die Grenze zu passieren. Die Beamten durchsuchen seinen Lastwagen und sein Gepäck. Am Ende interessieren sie sich aber vor allem für eine Sache: sein Handy.

China hat in den vergangenen Jahren in Xinjiang einen nie da gewesenen digitalen Überwachungsapparat aufgebaut. Durch ein Netz von Kameras beobachten die Behörden in der Region Millionen Menschen. An so gut wie jeder Straßenecke, in Hotels, in Taxis hängen die Geräte, die Behörden können eine Person innerhalb von Minuten aufspüren. Auf den Autobahnen müssen Reisende in gewissen Abständen an Kontrollpunkten anhalten und ihre Gesichter scannen lassen.

Mithilfe von Apps verschafft sich der chinesische Polizeistaat Zugriff auf die Mobiltelefone von Millionen Bewohnern der Region. Vor zwei Jahren forderten die Behörden die Nutzer des beliebten Messengers Wechat auf, eine Anwendung namens

„Jingwang“ zu installieren. Die App soll automatisch illegale terroristische und religiöse Fotos, Videos und andere Dateien erkennen, die dann gelöscht werden müssten. Außerdem übermittelte sie Daten wie die Gerätenummer des Handys sowie Informationen über alle auf dem Gerät befindlichen Dateien an einen Polizeiserver, ergab eine technische Analyse des staatlich finanzierten US-Forschungsprogramms Opentech Fund.

Betroffen von dieser Art chinesischer Überwachungsapps sind längst nicht mehr nur Menschen, die in Xinjiang leben. An mindestens zwei Grenzübergängen zwischen Kirgisistan und China werden auch ausländische Touristen und Geschäftsleute ausspioniert. Der Grenzübergang in Irkeschtam ist der Ort, an dem auch Lastwagenfahrer Askar aus Kirgisistan sein Handy abgeben muss. Was die Beamten an diesen Grenzübergängen mit den Geräten machen, ist klar, seit der SZ eine App namens „Fengcai“ („sammelnde Honigbiene“) zugespielt wurde. Einmal auf den Smartphones installiert, greift die App auf etliche Informationen auf dem Gerät zu, darunter auf Kontakte, Kalender, Textnachrichten, Standort sowie Anruflisten und überträgt diese an einen Computer der Grenzpolizei. Außerdem sucht sie, ähnlich wie die App „Jingwang“, nach Dateien, die aus Sicht der chinesischen Regierung verdächtig sind. Dazu gehören Pamphlete von Islamisten, aber auch harmlose religiöse Inhalte mit Bezügen zu Taiwan oder Tibet oder Aufnahmen von Koransuren, die gläubige Muslime auf dem Handy speichern. Die App sammelt damit nicht nur intimste Daten ausländischer Staatsbürger, sondern sucht auch dezidiert nach verdächtigem Material, das in einem europäischen Land als völlig harmlos gelten würde. Laut mehreren Experten handelt es sich hierbei eindeutig um Verletzungen der Menschenrechte der betroffenen Personen.

Die meisten Touristen können dem chinesischen Überwachungsstaat entgehen, indem sie solche Grenzübergänge meiden. Die Menschen, die in Xinjiang leben, sind täglich damit konfrontiert. Die Vereinten Nationen erklärten 2018, die muslimischen Minderheiten würden dort inzwischen behandelt „wie Staatsfeinde“.

Längst speichert die Regierung biometrische Daten ihrer Bürger in Xinjiang. Gesundheitsbehörden haben zuletzt im Rahmen von „Gesundheitstests“ Fingerabdrücke, Blutgruppen- und DNA-Proben sowie Augenscans von Anwohnern gesammelt. Diese Daten leiteten sie ohne Einverständnis der Patienten an die Polizei weiter, einer staatlichen Verordnung folgend, wie Human Rights Watch herausfand. Die Tests fanden laut der Menschenrechtsorganisation nicht immer freiwillig statt.

In mindestens einer Präfektur der Region geht die Überwachungswut sogar so weit, dass Bewohner ihre Küchenmesser registrieren lassen müssen. Diese werden dafür mit einem QR-Code bedruckt, über den sich die Besitzer feststellen lassen. Gleichzeitig haben die Behörden Zucker rationiert. Wer größere Mengen kaufen will, muss seinen Ausweis und eine Genehmigung vorzeigen. Dadurch soll verhindert werden, dass der Rohstoff zum Bau von Bomben genutzt wird.

Gebündelt werden viele der Daten über ein zentrales System, die sogenannte „Integrationsplattform für gemeinsame Einsätze“. Chinas Behörden setzten diese laut Recherchen von Human Rights Watch zum ersten Mal Ende 2016 ein. Mithilfe des Systems kann so gut wie jeder Schritt einer Person überwacht werden. Die Plattform bündelt Informationen von verschiedenen Quellen und Apps, auf die das System zugreifen kann, darunter Daten zum Beispiel von Überwachungskameras, Ämtern und Schulen, und wertet diese Daten aus. Bestimmte Verhaltensweisen, die als verdächtig eingestuft werden, lösen einen Alarm bei den Sicherheitsbehörden aus. Allein in einer einzigen Woche im Juni 2017 geschah dies einem der SZ vorliegenden Regierungsdokument zufolge bei 24612 Personen – 15683 von ihnen wurden laut den China Cables daraufhin festgenommen und in Lagern interniert.

Nicht immer ist die Überwachung der Uiguren derart offensichtlich. In den vergangenen Monaten wurde weltweit Apple-Nutzern, die bestimmte uigurische Webseiten besuchten, klammheimlich Schadsoftware untergeschoben. IT-Experten

vermuten, dass es sich um eine staatlich unterstützte Attacke handelte. Die Angreifer hatten Zugriff auf nahezu sämtliche private Daten auf dem Smartphone, wie den Standort, Textnachrichten, Kontakte sowie alle Nachrichten von Messengern wie Whatsapp und Telegram in unverschlüsselter Form. Apple hat die zuletzt bekannt gewordene Lücke im Februar 2019 geschlossen und geht laut eigenen Aussagen davon aus, dass die breite Bevölkerung nicht gefährdet war, sondern der Angriff ausschließlich einer bestimmten Bevölkerungsgruppe galt: den Uiguren. Einem Bericht der Sicherheitsfirma Volexity zufolge gab es vergleichbare Attacken auch auf Nutzer anderer Betriebssysteme, die bestimmte uigurische Nachrichtenseiten wie die 2018 gegründete Uighur Times besuchten: eine Informationsquelle vor allem für Exil-Uiguren.

„Das ist kultureller Genozid“

Der Sozialwissenschaftler Adrian Zenz hat als einer der Ersten Indizien für die Internierung von Uiguren öffentlich gemacht.

Von Frederik Obermaier und Jan Strozyk, Süddeutsche Zeitung, 25.11.2019

Herr Zenz, wie würden Sie beschreiben, was sich derzeit in der Region Xinjiang abspielt?

Es handelt sich um die größte Internierung einer ethnisch-religiösen Minderheit seit der Nazi-Zeit. Die chinesische Regierung hat mehr als eine Million Menschen – vor allem Uiguren – in Lager sperren lassen, sie müssen Zwangsarbeit leisten, auch von Folter berichten Augenzeugen. Außerdem werden regelmäßig Kinder ihren Familien entrissen. Ziel ist es, die Kultur und Tradition der Uiguren auszulöschen. Das ist kultureller Genozid.

Warum geht die chinesische Regierung gegen die Uiguren vor?

Die Beziehung zwischen den mehrheitlich muslimischen Uiguren und den Han-Chinesen (der größten Bevölkerungsgruppe in der Volksrepublik; Anm. d. Red.) ist seit jeher schlecht – das begann schon 1949, als Mao mit sowjetischer Einwilligung die Region annektierte. 2009 ist die Situation dann eskaliert.

Damals demonstrierten in der Stadt Urumqi Tausende Uiguren gegen Unterdrückung. Die Proteste schlugen in Gewalt um, mindestens 197 Menschen kamen ums Leben.

Die jahrzehntelange Unterdrückung ist hochgekocht, und der chinesische Staat reagierte mit staatlicher Überwachung, mit der Entsendung von Polizei und Militär. 2016 wurde dann Chen Quanguo zum Parteisekretär der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang ernannt – ein ganz scharfer Hund, der zuvor schon in Tibet die staatliche Überwachung massiv verschärft hatte. Nur wenige Monate nachdem er sein Amt angetreten hatte, begann er, in Xinjiang Hunderttausende in Lagern zusammenzutreiben.

Sie haben als einer der Ersten das Ausmaß der Internierungen öffentlich gemacht. Wie kam es dazu?

Ich habe gelernt, das chinesische Internet nach Finanzberichten und Projektausschreibungen abzugrasen. Zunächst habe ich das mit Blick auf Tibet gemacht, dann habe ich mir Xinjiang angeschaut.

Waren Sie selbst in der Region?

Ja, aber das ist schon einige Jahre her. Um zu verstehen, was in Xinjiang vor sich geht, muss man aber auch nicht jahrelang dort wohnen. Wenn man sich offizielle Projektausschreibungen und andere Dokumente anschaut, dann wird vieles offensichtlich, das Besuchern der Region oft verborgen bleibt: Da ist beispielsweise von Wachpersonal die Rede und von riesigen Lagerkomplexen mit Stacheldraht und allerlei Technik, die sonst nur in Gefängnissen eingesetzt wird.

Wie viele Lager gibt es Ihrer Schätzung nach derzeit in Xinjiang?

Ich gehe davon aus, dass alle größeren Städte mehrere Lager haben. Insgesamt schätze ich, dass es ungefähr 1200 Lager gibt: so viele, wie Xinjiang Verwaltungsbezirke hat. In den Umerziehungslagern werden die Insassen durch drakonische Mittel zu bedingungslosem Gehorsam gezwungen. Die Insassen müssen stundenlang kommunistische Lieder singen und ihre Fehler bekennen – das bedeutet im Fall der Uiguren: die Ausübung der Religion. Bevor jemand entlassen wird, muss er gut Chinesisch können und der Religion abschwören. Zusätzlich werden die chinesischen Traditionen groß gefeiert – und alle müssen mitmachen.

Sie und andere Experten gehen von mehr als einer Million internierten Uiguren aus – das wäre etwa jeder zehnte, Greise und Kinder eingeschlossen. Warum hat es so lange gedauert, bis die Welt davon Notiz genommen hat?

Jeder kennt Tibet oder Hongkong, viele Menschen waren auch schon mal dort oder kennen dort jemanden. Deswegen kriegen wir mit, was dort passiert. Tibet hat außerdem den Dalai Lama, die Uiguren hingegen nur einige obskure Exilorganisationen. Die Region Xinjiang ist sehr abgelegen, fast niemand kennt sie. Außerdem haben die Chinesen dort schon längst einen Überwachungsapparat installiert. Der Informationsfluss nach außen ist fast vollständig unterbunden.

Die meisten Uiguren sind Muslime. Warum gibt es in der islamischen Welt keinen Aufschrei?

Die Chinesen setzen ihre Außenpolitik ein, um das ganze Ausmaß der Unterdrückung zu vertuschen. Viele muslimische Länder sind wirtschaftlich abhängig von China, außerdem werden sie oft von autoritären Regimen regiert, die sich nicht für Menschenrechte interessieren und selbst Menschenrechte mit Füßen treten. Deswegen schweigen sie.

Die chinesische Regierung weist sämtliche Vorwürfe derweil zurück. Die Insassen könnten die Lager jederzeit verlassen, heißt es. Nun wurden dem International Consortium of Investigative Journalists interne Dokumente der Kommunistischen Partei zugespielt, die Sie auch eingesehen haben. Was zeigen die Papiere?

Die Dokumente belegen die Existenz der Gefangenenlager – und sie geben Auskunft über die Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen. Vor allem belegen sie, dass die Uiguren keineswegs freiwillig in den Lagern sind und dass die Chinesen das ganze Lagersystem vor der Welt geheim halten wollten.

Was ist der Unterschied zwischen diesen Lagern und herkömmlichen Gefängnissen?

Ins Gefängnis kommt man grundsätzlich nur nach einem juristischen Prozess. Das kann ein Schauprozess sein oder auch eine Massenverurteilung, aber es ist immerhin ein Prozess. Die Lager hingegen sind extralegal. Man wird abgeholt und dort inhaftiert.

Die chinesische Regierung behauptet, dass es sich um Berufsbildungszentren handelt…

… die aber interessanterweise oft mit Stacheldraht umzäunt sind und Wachtürme haben. Meine eigene Forschung hat bisher nicht das geringste Indiz darauf gegeben, dass irgendetwas an dieser Umerziehungskampagne freiwillig wäre. Dabei hat man sogar noch „Glück“, wenn man in diese sogenannten Berufsbildungslager kommt, denn von dort aus werden jetzt immer mehr Menschen entlassen: in die Zwangsarbeit.

Glück?

Es gibt sehr brutale Umerziehungslager. Dort geht es sehr hart zu, und es ist unklar, ob man jemals freigelassen wird. Und dann gibt es die Berufsbildungslager. Auch wenn dort Gewalt angewendet wird und Bestrafungen stattfinden, ist es doch eine abgemilderte Form der Umerziehung: Die Menschen, die dort landen, haben die Möglichkeit, in die Zwangsarbeit entlassen zu werden – wenn sie gehorsam waren, wenn sie die Früchte der Gehirnwäsche überzeugend darstellen können.

Volkswagen betreibt in Xinjiang seit 2013 ein eigenes Werk. Auf die Lage vor Ort angesprochen, erklärte VW-Chef Herbert Diess der britischen Rundfunkanstalt BBC vor einigen Monaten, dass er von Menschenrechtsverletzungen an Uiguren nichts wisse.

Mit dieser Einstellung sind viele Deutsche durch die Zeit des Zweiten Weltkriegs gegangen. Sie haben vor dem Unrecht die Augen verschlossen und schön Geld verdient. Die Präsenz deutscher Unternehmen in Xinjiang hilft nicht den Uiguren, sondern der Regierung in Peking. Volkswagen sollte aus seiner eigenen Geschichte lernen, sich zur moralischen Verantwortung bekennen und sich als Zeichen des Protestes aus der Region zurückziehen. Wenn das Unternehmen das nicht tut, machen sich die Manager der Teilhabe an einem beispiellosen Unterdrückungsstaat mitschuldig.

Geheimsache Gulag

In kürzester Zeit hat die chinesische Führung ein brutales Lagersystem in der Region Xinjiang errichtet. Geleakte Dokumente zeigen, wie Hunderttausende Uiguren überwacht, festgenommen und gefangen gehalten werden

Von Lea Deuber, Christoph Giesen, Frederik Obermaier und Bastian Obermayer, Süddeutsche Zeitung, 25.11.2019

Wie erklärt man einem fünfjährigen Jungen, der im sicheren München aufwächst, den Schrecken in der Heimat? Wie erklärt man ihm, dass die Tante wahrscheinlich in ein Lager gesperrt worden ist und dass die Großeltern nicht mehr anrufen, weil sie sonst vielleicht auch deportiert werden? Gülziye Taschmamat, 33, zuckt mit den Schultern, Tränen laufen über ihre Wangen. Sie ist Uigurin, seit 2011 lebt sie, anders als ihre Eltern und ihre Schwester, mit ihrem Lebensgefährten und zwei Kindern in Deutschland. „Ich sage ihm, ein Monster hat unsere Verwandten verschwinden lassen“, sagt sie dann, „denn das ist es: ein Monster.“

Gülziye Taschmamats Schwester Gulgine verschwand Ende 2017. Sie studierte damals in Malaysia Informatik. Die beiden Schwestern stammen aus der Autonomen Region Xinjiang im Nordwesten Chinas, in der rund zehn Millionen Uiguren leben, eine vorwiegend muslimische Minderheit. Gülziye ist vor acht Jahren nach München geflohen, weil sie das Gefühl hatte, dass sich daheim etwas zusammenbraute. Gulgine flog regelmäßig nach Hause, obwohl die Lage dort Jahr für Jahr schlimmer geworden sei, verstärkte Polizeikontrollen, niemand wage mehr, offen zu sprechen. Aber weil sie ihre Eltern 2017 monatelang nicht mehr erreichen konnte, machte sich Gulgine Taschmamat am 26. Dezember 2017 auf den Weg.

Seitdem sei sie nicht mehr aufgetaucht, sagt ihre Schwester. Das Monster hat sie verschluckt.

Offenbar wird Gulgine Taschmamat in einem chinesischen Internierungslager festgehalten – genauso wie mehr als eine Million weiterer Menschen in ihrer Heimat. Die chinesische Führung ließ in Xinjiang in kürzester Zeit mehr als hundert – manche Wissenschaftler glauben sogar: Hunderte – derartiger Camps errichten, die durch Massenverhaftungen gefüllt wurden. Allein in diesem Jahr sollen laut Radio Free Asia in einem einzigen Camp innerhalb weniger Monate mindestens 150 Menschen gestorben sein. Die internationale Politik ist alarmiert, von den Vereinten Nationen über die US-Regierung bis zum deutschen Bundestag. Das Vorgehen Chinas in Xinjiang ist eines der größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit unserer Zeit, und es steht die Frage im Raum, ob das dahinterstehende Ziel schlicht ist, die uigurische Kultur auszulöschen.

Xinjiang ist flächenmäßig größer als Deutschland, Frankreich und Spanien zusammen, eine karge Gegend aus Wüsten und Gebirgen, in die sich nur selten Reisende aus dem Ausland verirren. So blieb vom Rest der Welt lange unbemerkt, was sich dort zutrug, nachdem im August 2016 ein neuer Parteisekretär für die Region ernannt worden war. Der Mann, Chen Quanguo, war zuvor in Tibet stationiert gewesen und dort für seine harte Hand berüchtigt. Für seine neue Mission hatte Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping die Direktive „kein Erbarmen“ ausgegeben.

Chen Quanguo folgte dieser Anweisung, er stockte den Polizeiapparat um Zehntausende Beamte auf, Moscheen wurden zerstört, Friedhöfe plattgemacht und Hunderttausende Menschen in Lager deportiert. Praktisch über Nacht schuf China in Xinjiang eines der größten Gulagsysteme der Geschichte. Der deutsche Wissenschaftler Adrian Zenz glaubt, dass es sogar bis zu 1200 solcher Lager geben könnte. Als eine EU-Delegation 2018 die Gegend bereiste, wunderten sich die Teilnehmer jedenfalls, warum kaum junge und mittelalte Männer zu sehen waren.

Die chinesische Regierung behauptet, bei den Lagern handele sich um „Berufs- und Ausbildungscamps“, deren Besuch freiwillig sei und für die „Schüler“ hilfreich. Ein neues Leak von als geheim eingestuften Dokumenten aus der Kommunistischen Partei legt nun die wahren Absichten der chinesischen Führung offen: Die Lager waren demnach von Anfang an geplant als streng bewachte und gezielt auf staatliche Gehirnwäsche ausgerichtete Internierungscamps – in die Menschen nicht aufgrund von Straftaten, sondern vor allem wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit und Religion deportiert werden.

Die Papiere wurden 2017 und 2018 verfasst und dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) zugespielt – jener Organisation, die bereits Rechercheprojekte wie die Panama Papers geleitet hat. Das ICIJ teilte die Dokumente mit 17 internationalen Medien, darunter die New York Times, der Guardian und Le Monde. In Deutschland werteten Süddeutsche Zeitung, NDR und WDR die Papiere gemeinsam aus. Die Rechercheergebnisse werden in den kommenden Tagen unter dem Titel „China Cables“ veröffentlicht.

Auf Anfrage des Guardian erklärte die chinesische Botschaft in London, die Dokumente seien „reine Fälschung“. Mehrere unabhängige Experten stuften das geleakte Material hingegen als authentisch ein. Das wohl wichtigste Dokument, ein detailliertes Memo des obersten Sicherheitschefs der Region, erklärt die dogmatischen und die praktischen Grundlagen des Lagersystems. Weitere Papiere beschreiben eine staatliche Massenüberwachung von Orwell’schem Ausmaß. Vor einigen Tagen berichtete die New York Times erstmals über geheime Regierungsdokumente, die das theoretische Fundament hinter der Masseninternierung beschreiben. Die China Cables belegen nun, wie eine der wohl größten Masseninternierungen seit dem Zweiten Weltkrieg organisiert wird.

Das Memo des Sicherheitschefs dient dabei als Handreichung für die örtlichen Parteikader. Darin heißt es, Aufstände seien zu verhindern, indem „Geheimkräfte zu verteilen und die Wirkung von Informanten zu entfalten“ seien – Hinweise auf ein Spitzelsystem. Um die Lager geheim zu halten, sei es „streng verboten, Audio- und Videoaufzeichnungsgeräte (...) mitzunehmen“. In den Lagern ist sogar die Zahl der Toilettengänge vorgegeben. Mit einem Punktesystem aus Bestrafungen und Belohnungen werden die Insassen auf Linie gebracht, und wenn das nicht sofort klappt, ist diese Anweisung zu befolgen: „Das Ausmaß von Züchtigungen und Strafen für Zuwiderhandlungen ist zu erhöhen.“ Mindestens ein Jahr müssen die Gefangenen in den Lagern bleiben.

Andere Dokumente beschreiben, wie die Behörden ohne Rücksicht auf Privatsphäre Unmengen persönlicher Daten von in der Region Xinjiang lebenden Menschen sammeln, über allgegenwärtige Sicherheitskameras, Agenten, Durchsuchungen oder Apps, die jeder auf seinem Handy installieren muss. Ein Computersystem, die sogenannte Integrationsplattform für gemeinsame Einsätze, bestimmt dann, wer verdächtig ist – unter Bezugnahme auf Kriterien, die in liberalen Ländern als absolut unverfänglich gelten würden. Etwa ob jemand täglich betet, die Hintertüre seines Hauses nutzt oder öfter ins Ausland reist. Bei „Verdächtigen“, das geht aus den Dokumenten hervor, hätten „Spezialgruppen“ eine klare Aufgabe: „in die Haushalte eindringen, jede Person aufsuchen, sie befragen, Erkundigungen über sie einziehen und sie gründlich überprüfen“.

Wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder länger im Ausland gelebt hat, ist per se verdächtig, auch das geht aus den China-Cables-Dokumenten hervor. Diejenigen von ihnen, „für die Terrorismusverdacht nicht ausgeschlossen werden kann“, sollen interniert werden – ebenso Nutzer von bestimmten, als verdächtig geltenden Apps. Fehlverhalten ahnden, bevor es geschieht? Ein solches Ausmaß von „predictive policing“ kennt man bisher höchstens als Horrorszenario in Science-Fiction-Filmen. In Xinjiang ist es Realität.

Letztlich sind für die chinesischen Behörden alle Uiguren verdächtig: Allein innerhalb einer Woche im Juni 2017 wurden laut der Geheimpapiere 15683 Menschen aus Xinjiang interniert. Radio Free Asia zitierte 2018 einen chinesischen Beamten: „Du kannst nicht jedes Unkraut, das sich zwischen den Feldfrüchten versteckt, einzeln ausreißen. Du musst Chemikalien versprühen, um alles zu töten."

Die Auswirkungen dieses Systems, das laufend Nachbarn und Freunde nach unklaren Kriterien verschwinden lässt, müssen niederschmetternd sein.

Als Gülziye Taschmamat noch in der Heimat lebte, kritisierte sie den chinesischen Staat im Internet – sie wusste aber um die Gefahr. „Die Angst vor dem Staat war überall, immer, ich wollte aber nicht in dauernder Angst leben." Also floh sie 2011 nach München, wo sie politisches Asyl erhielt. Seitdem kehrte sie nie wieder zurück, den Kontakt zu Familie und Freunden hielt sie über Videotelefonate und Chatprogramme, so lange das noch ging.

Ihre Schwester Gulgine dagegen flog regelmäßig nach Xinjiang, erzählt Gülziye Taschmamat. Auch am 26. Dezember 2017 stieg ihre Schwester in den Flieger in ihre Heimatstadt Yining, „obwohl ich ihr tausendmal gesagt habe: ‚Flieg nicht, flieg nicht!'" Kurz vor dem Abflug lieh sich Gulgine Taschmamat das Handy einer Freundin und schickte eine drei Minuten lange Sprachnachricht. Sie habe gesagt, erinnert sich Gülziye, sie hätte jetzt doch ein schlechtes Gefühl, aber sie müsse doch nach den Eltern schauen. Es war das letzte Mal, dass Gülziye Taschmamat die Stimme ihrer Schwester hörte.

Einige Wochen später habe sie von einer Nachbarin der Eltern erfahren, dass Gulgine Taschmamat – die Spitzenstudentin – jetzt wieder daheim „in der Schule" sei. Genau das sollten chinesische Beamte laut einer jüngst an die Öffentlichkeit gelangten

Direktive den besorgten Angehörigen von Internierten erzählen, um sie zu beschwichtigen: dass ihre Vermissten „in einer Schule der Regierung“ seien. Geheimsache Umerziehungslager.

Als die Volksrepublik China 1949 gegründet wurde, waren noch etwa 75 Prozent der Einwohner Xinjiangs Uiguren. Durch den Zuzug vieler Han-Chinesen sind sie inzwischen in der Minderheit, und es eint sie das Gefühl, in eine Art Apartheidsystem gezwängt zu werden. Immer wieder protestierten Uiguren gegen die zunehmende Einschränkung religiöser und kultureller Freiheiten, 2009 kam es in der Hauptstadt Urumqi zu gewaltsamen Unruhen, bei denen knapp 200 Menschen starben. 2013 rasten mehreren Uiguren mit einem Auto in eine Menschenmenge auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, 2014 griffen mehrere maskierte Uiguren mit Messern im südchinesischen Kunming Reisende in einem Bahnhof an. Dutzende Menschen starben.

Viele Uiguren wünschen sich einen eigenen Staat – aber eine unabhängige Uigurenregion, ein Zerbröckeln der Volksrepublik, das ist der Stoff, aus dem die Albträume der Kader sind – zumal Xinjiang die rohstoffreichste Region Chinas ist. Und wer sich in China gegen die Obrigkeit auflehnt, muss in China mit drastischen Konsequenzen rechnen. 1989 traf es die demokratische Bewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens, deren Protest mit Panzern niedergewalzt wurde. In Xinjiang geht die Führung nun einen anderen Weg.

Yining, die Heimat von Gülziye Taschmamat, ist eine mittelgroße Stadt nah an der kasachischen Grenze. Die Polizei steht an fast jeder Straßenecke, Streifenwagen fahren mit Blaulicht Patrouille, Busse voller Soldaten passieren. Kaum ein Winkel wird nicht von einer Überwachungskamera erfasst. Aus Lautsprechern dröhnt mehrmals am Tag die chinesische Nationalhymne, gefolgt von einer fünfminütigen Unterrichtung über die Unteilbarkeit Chinas. Die Moscheen sind geschlossen, der Ruf der Muezzine ist längst verstummt.

In der Straße, in der die Eltern von Gülziye und Gulgine Taschmamat leben, ist es still. Einige Häuser sind verrammelt, mehrere Zufahrten zugemauert. Am Eingang der Straße hat die Stadtregierung eine Mahnung aufgehängt: „Ostturkestan hat nie existiert." Ostturkestan, so nennen viele Uiguren ihre Heimat.

Die meisten Fensterläden am Haus der Familie Taschmamat sind geschlossen, aber die Holztür zum Hof steht offen. Ein Mann bestätigt, dass die Familie hier lebt. „Die haben ihre Tochter geholt", sagt er. „Die", das sind die Sicherheitsbehörden.

In den Augen vieler Uiguren machen „die" vor nichts halt. Den Männern in Xinjiang wurde das Tragen von Vollbärten verboten, den Frauen der Schleier, den Kindern „extremistische" Namen wie Fatima oder Hussein. Längst hat der Staat DNA-Proben, Iris-Scans und Fingerabdrücke nahezu sämtlicher Einwohner Xinjiangs. Im Zuge des Programms „Familie werden" quartiert der Staat sogar Beamte und Parteimitglieder in uigurischen Häusern ein, wo sie darauf achten sollen, dass die chinesische Kultur gepflegt wird. Wenn Ehemänner nicht im Haus sind, schlafen die Beobachter offenbar sogar in den Ehebetten.

Gleichzeitig rüstet die Polizei digital auf, überprüft bei Straßenkontrollen immer häufiger das Smartphone. Die Daten werden gespeichert, und eine App wird installiert, die automatisch feststellt, ob man zum Beispiel verbotene Videos angesehen hat. Von der Staatssicherheit nicht kontrollierbare Apps wie Whatsapp sind illegal.

Als Ende 2017 immer mehr Berichte über Internierungslager an die Öffentlichkeit drangen, stritt die chinesische Regierung zunächst alles ab. Aber die Existenz der Internierungscamps war immer schwerer zu leugnen: Erste Berichte von ehemaligen Insassen kamen in Umlauf, dann identifizierten Rechercheure die

Gebäudekomplexe über Google Earth. Der deutsche Sozialwissenschaftler Adrian Zenz stieß schließlich in öffentlichen Ausschreibungen auf Zementlieferungen, Bestellungen von Überwachungskameras und Tausenden Kilometern Stacheldraht. Indiz um Indiz deutete auf einen Lagerstaat hin.

Im Oktober 2018 gestanden die Behörden die Existenz der Camps ein, es seien jedoch „Berufsbildungslager“ zur Armutsbekämpfung und zur Entradikalisierung von Terrorverdächtigen. Die China-Cables-Dokumente belegen nun, dass die Insassen keineswegs – wie von chinesischer Seite behauptet – die Lager freiwillig verlassen können. So heißt es: „Es dürfen auf keinen Fall Ausbrüche vorkommen“, deswegen seien alle Türen „doppelt zu verschließen“. Die Videoüberwachung müsse „vollständig und frei von toten Winkeln sein“. Die Dokumente halten damit schriftlich fest, was Augenzeugen schon länger berichten: Ab sechs Uhr morgens werde chinesische Propaganda auswendig gelernt, die Insassen müssten „Sünden“ eingestehen. Einige berichten sogar von Folter, etwa ausgerissene Fingernägeln und Elektroschocks.

Eine der Zeuginnen ist die ethnische Kasachin Sayragul Sauytbay, sie unterrichtete in einem der Lager und berichtete nach ihrer Flucht von Vergewaltigungen: „Jeden Tag nahmen die Polizisten die hübschen Mädchen mit, und sie kamen die ganze Nacht nicht in die Zimmer zurück.“

Ein weiteres Dokument aus den China Cables ist das Urteil gegen einen Mann, dem 2018 wegen Verbreitung von extremem Gedankengut der Prozess gemacht wurde. Sein Vergehen: Er hatte muslimische Kollegen ermahnt, keine Pornos anzuschauen, nicht zu fluchen, nicht ohne Gebet zu essen. Der Mann gestand seine „Schuld“ ein, und bat laut Urteil um Milde. Seine Strafe: zehn Jahre Haft.

Tausende Uiguren können solche Geschichten erzählen, manche, wie Gülziye Taschmamat, sogar mehrere. Nicht nur ihre Schwester ist in dem gnadenlosen System verschwunden, sondern auch die Mutter und die Schwester ihres Lebensgefährten sowie eine Cousine. Allerdings nicht in einem der „Bildungslager“, sondern in echten Gefängnissen – die Cousine für neun Jahre, die anderen beiden für je 19 Jahre. Das Vergehen der Schwester ihres Lebensgefährten: Sie überwies der geflohenen Gülziye Taschmamat 500 Euro, sagt diese: „ein Geburtsgeschenk für meine Tochter“.